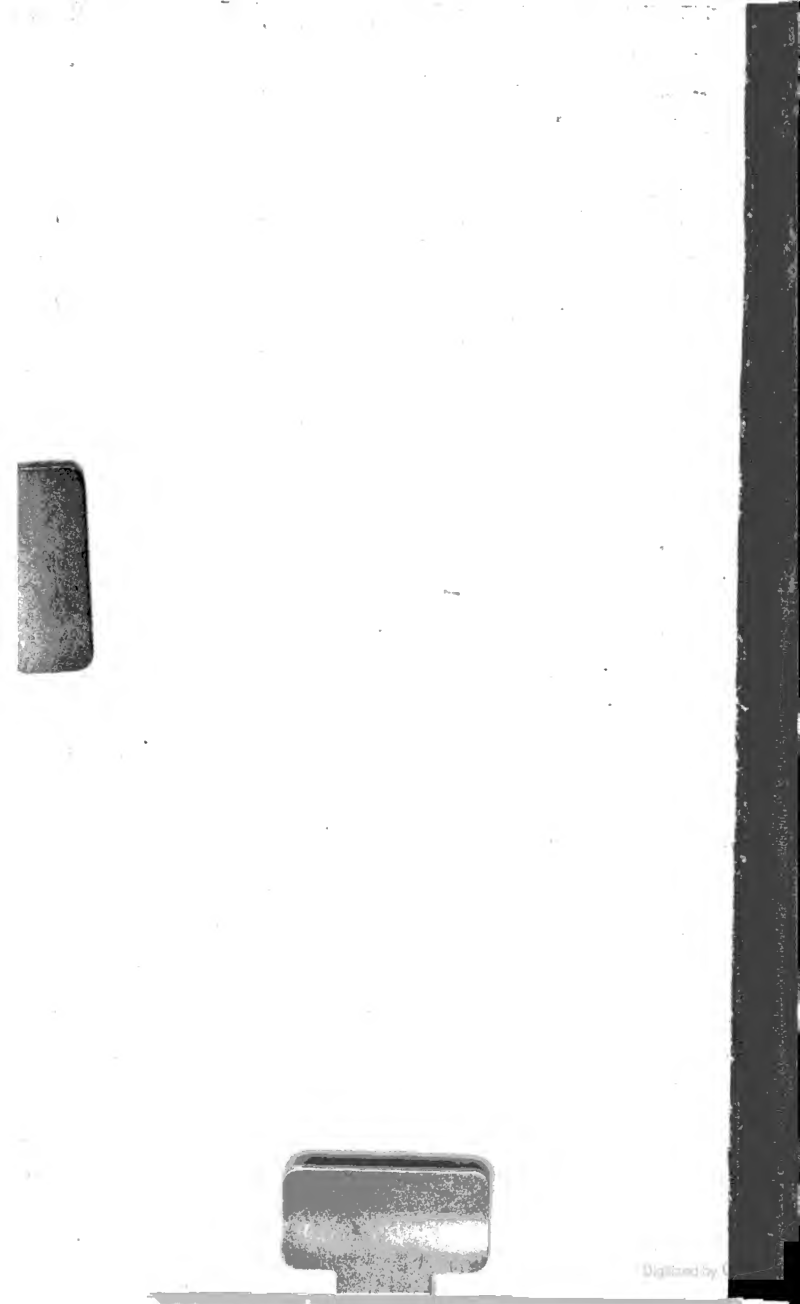


Preußen im Bundestag

1851 bis 1859.

Documente der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft

herausgegeben

von

Dr. H. Ritter v. Poschinger.

Vierter Theil.

(1851—1858.)

Veranlaßt und unterstützt



durch die K. Archiv-Verwaltung.

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1884.

Vorwort.

In der Nachlassenschaft des am 26. November 1883 auf seinem Schlosse Crossen verschiedenen ehemaligen Preußischen Minister-Präsidenten Freiherrn Otto von Manteuffel hat sich eine große Anzahl vertraulicher und fast ausschließlich eigenhändiger Berichte des Herrn von Bismarck vorgefunden, die derselbe, zuerst in seiner Eigenschaft als Gesandtschaftsrath, demnächst als K. Preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. und während seiner außerordentlichen handelspolitischen Mission in Wien (im Sommer 1852) an seinen damaligen Chef, den Minister von Manteuffel gerichtet hat. Diese Berichte sind, als zu den Akten der Frankfurter Legation gehörig, vorgelegt worden. Sie umfassen eine achtjährige Zeitperiode (1851—1858) und bilden bei der politischen Wichtigkeit ihres Inhaltes eine äußerst werthvolle Ergänzung der in unserer Sammlung bisher publicirten diplomatischen Correspondenz des Bundestagsgesandten von Bismarck.

Berlin, im Dezember 1884.

Inhalt.

Vierter Theil.

1851—1858.

Urkunden.

1851.

Anm. Die mit einem * bezeichneten Berichte des Herrn von Bismarck haben Allerhöchsten Orts vorgelegen.

1852.

1857.

Seite

1858.

Vierter Theil.

1851—1858.

1. Eigenhändiger Bericht an den Minister Frhr. v. Manteuffel, betr. die Charakteristik der Mitglieder der Bundesversammlung, der Militair-Bevollmächtigten und des Personals der Österreichischen Gesandtschaft. Verdächtigung des Subalternpersonals der Preußischen Gesandtschaft. Charakteristik des Grafen v. d. Goltz. Die Preußischen Truppencommandeure in Frankfurt a. M. Eindruck und Haltung der Preußischen und Österreichischen Garnison. Charakteristik des Major Deetz. Geselligkeit in Frankfurt a. M. Haltung der diplomatischen Vertreter des Auslandes am Bunde. Frankfurt a. M. 26. Mai 1851.

1851 Mai 26.

„Ew. Excellenz ertheilten mir bei meiner Abreise[1]) die Erlaubniß, Ihnen gelegentlich in vertraulicher Weise über meine hiesigen Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Sowohl die bisherige Geschäftsstille am Bundestage, als auch die Zurückhaltung, welche ich, den Weisungen Ew. Excellenz entsprechend, einstweilen in amtlichen Beziehungen mir zur Regel gemacht habe, schränken mich dabei auf das Gebiet der Persönlichkeiten ein, die ich bisher kennen gelernt habe.

Der Graf Thun[2]) trägt in seinem Äußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr Morgens Hazard (macao), tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner, und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebenso sehr um den Eindruck auf die Zuschauer, als um das eigene Vergnügen zu thun ist. Unter dieser äußerlichen Richtung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen

1) Wie aus Band I von „Preußen im Bundestage" bekannt, erfolgte die Ernennung des Herrn von Bismarck zunächst als Rath der Preußischen Gesandtschaft und Geheimer Legationsrath am 4. Mai 1851. Als Bundestagsgesandter fungirte der General von Rochow. Als selbständiges Departement wurde übrigens Herrn von Bismarck sogleich zu Beginn die Bildung der Preßstation in Frankfurt zugewiesen.

2) Graf von Thun-Hohenstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Bundespräsidial-Gesandter, demnächst Gesandter in Berlin.

1851 Mai 26.

eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der Jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun, in Beobachtung der löblichen Disziplin, welche der Österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treuste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg[1]) zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmungswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den Österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden; ihre Auffassung scheint mehr die eines Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht, und zu letzterem Behuf die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Cavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hülfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: »ça va bien, pourvu que cela dure«.

Die Gräfin Thun ist eine junge hübsche Frau von gutem Ruf, geb. Gräfin Lamberg; sie sieht meiner Schwester ähnlich und ist streng katholisch. Beide Gatten haben eine Färbung von Czechenthum; sie spricht mit ihren Kindern und Mägden nur böhmisch.

Der zweite bei der Österreichischen Gesandtschaft ist der Baron Nell von Nellenburg,[2]) ein geschickter Publicist, wie man sagt; er ist gegen 50 Jahre, zu Zeiten Dichter, sentimental, weint leicht im Theater, ist äußerlich gutmüthig und zuthunlich und trinkt mehr, als er vertragen kann. Er soll Unglück in der Familie gehabt haben.

Der eigentliche Faiseur der K. K. Gesandtschaft scheint der Baron Brenner[3]) zu sein, ein großer hübscher Mann von etwa 40 Jahren, der früher, und bis er hier angestellt wurde, in Italien Einfluß auf die dortige Gestaltung der Österreichischen Politik geübt haben soll. Er macht den Eindruck eines geistig bedeutenden und unterrichteten Mannes, gilt für ultramontan, was ihn nicht abhält, dem schönen Geschlecht zu huldigen, und in diesfälligen Bemühungen auch in die mittleren Schichten der hiesigen Geselligkeit hinabzusteigen.

---

1) Fürst von Schwarzenberg, Österreichischer Minister-Präsident und Minister des Kaiserlichen Hauses.

2) Freiherr Nell von Nellenburg, Österreichischer Hofrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung.

3) Freiherr von Brenner, Österreichischer Legationsrath und Bundeskanzlei-Direktor, demnächst Österreichischer Gesandter in Athen.

Gegen Herren, in specie auch gegen die unsrigen, beobachtet er eine vornehme Zurückhaltung.

1851 Mai 26.

Der General von Schmerling[1]) ist ein eleganter General und scheint seine bevorzugte Stütze in dem Baron Rzikowsky, Major im Ingenieurcorps,[2]) zu finden, einem sehr klugen, gebildeten und liebenswürdigen Offizier, zu dem ich wünschte, daß wir ein Preußisches Gegenstück in der zweiten oder dritten Stelle der Militaircommission hätten.

Über unser hiesiges Subalternpersonal sind mir mehrfache Verdächtigungen, besonders von Österreichischer Seite zugegangen; ich habe indessen bisher noch nicht einmal Vermuthungen über den Grund oder Ungrund; besonders behauptet Graf Thun und auch Graf Goltz,[3]) daß irgend einer unserer Beamten Verbindungen mit der constitutionellen und der Kölner Zeitung haben müsse, wie sich aus Einzelheiten in deren Inhalt mit Sicherheit abnehmen lasse. Goltz hat sich hier gesellschaftlich eine sehr gute Stellung geschaffen, namentlich ist er persönlich in dem Österreichischen Cirkel gern gesehen. Ich habe mich von neuem überzeugt, daß er ein sehr fähiger Geschäftsmann ist, und es thut mir leid, daß er seine Stellung zu Ew. Excellenz durch seine persönliche Gereiztheit verdorben hat. Ich glaube, daß er, wenn er auf bestimmte Bedingungen sein Wort gäbe, es halten würde, und daß hierin die Möglichkeit liegt, seine bedeutenden Fähigkeiten nutzbar zu verwenden. Seine jähe Leidenschaftlichkeit wird er insoweit zähmen, daß er es über sich vermöchte, seine Bitterkeiten in sich zu verschließen; aber soweit sein Auftreten amtlich ist, nehme ich von ihm an, daß er halten würde, was er verspricht. Er ist am Sonnabend von hier nach Karlsruhe gereist, um Savigny[4]) zu sehen, und will morgen wieder hier sein, um sich nach Berlin zu begeben.

Unsere Truppen hier commandirt der Oberst von Herwarth,[5]) ein stattlicher Garde-Offizier, und Oberst von Kessel, Commandeur des 29. Infanterie-Regiments. Letzterer ist ein sehr fähiger Offizier, nach dem Urtheil aller Militairs, die ich über ihn gehört habe, vorzüglicher Regiments-Commandeur, etwas verstimmt, daß wir keinen Krieg gehabt haben, aber sehr ehrenwerth und

1) Ritter von Schmerling, Generalmajor, Österreichischer erster Militair-Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

2) Freiherr Rzikowsky von Dobrschitz, Österreichischer zweiter Militair-Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

3) Robert Heinrich Ludwig Graf von der Goltz war im Jahre 1850 Protokollführer der Bundes-Centralcommission und wurde in demselben Jahre zum Legationsrath ernannt. Im Mai 1851 wurde derselbe wegen des eingetretenen Systemwechsels zur Disposition gestellt. Demnächst finden wir denselben wieder als Preußischen Gesandten in Athen (1857), Constantinopel (1859), Petersburg (1862), Paris (Ende 1862); gestorben 1869.

4) Freiherr von Savigny, Wirklicher Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Karlsruhe.

5) Herwarth von Bittenfeld, Preußischer Oberst.

1851 Mai 26. zuverlässig in seiner Gesinnung; in allen Rivalitäten mit Österreich in den Garnison-Angelegenheiten ist er ein eifriger, aber wohlerzogener Vertreter seiner Truppe. Die 29er machen neben den Österreichern gerade keinen eleganten Eindruck; die Österreichischen Jäger hier sind eine Elitetruppe, die angenehm ins Auge fällt, jeder einzelne Mann; die Uniformen, auch die des hiesigen Infanterie-Regiments, sind luxuriös, neu und proper, die Leute alte Soldaten, und die Österreichischen sowohl als die Bayerischen Offiziere bekommen hier eine nicht unbedeutende Lokalzulage. Es wäre sehr erfreulich, wenn unseren Offizieren hier ein Gleiches gewährt werden könnte, da sie das Zurückstehen schmerzlich empfinden, und das Leben hier in der That über meine Erwartung kostspielig ist, theurer als in Berlin. Übel fällt es auch ins Auge, daß die Uniformen unserer Leute abgenutzter sind, während die große Zahl von Rekruten und die kurze Dienstzeit an und für sich die Unsrigen in weniger soldatischer Haltung erscheinen lassen, und demzufolge vergleichende Urtheile von Hiesigen und Fremden oft etwas Verletzendes für die Preußen haben. Der gute Geist des 29. Regiments, welches in der Gegend vom Hunsrück rekrutirt, hat sonst allgemeines Lob.

Gegen den Stadtcommandanten, Major Deetz,[1]) bin ich hier von verschiedenen Seiten gewarnt worden; einmal von Goltz; dann beklagten sich die Obersten von Kessel und von Herwarth über ihn, daß er unthätig im Dienst sei, sein Zimmer nicht verlasse, und dadurch die Schuld mancher von den Preußischen Truppen leicht abwendbarer Übelstände trage. Auch von dieser Seite her wurde er als politisch intrigant bezeichnet, wogegen der General von Schack[2]) eine sehr viel bessere Meinung über ihn in Mainz gegen mich aussprach. Ich wage ein eigenes Urtheil nicht hinzuzufügen, möchte aber doch Ew. Excellenz anheimstellen, dem General von Gerlach[3]) eine Andeutung zu machen, damit er etwaige Berichte des Major Deetz mit gebührender Vorsicht aufnimmt.

Der Baron Dörnberg[4]) steht in Taxisschem Dienst und hier in nächster Beziehung zu dem Hause der Frau von Brints,[5]) der Schwester der Frau von Meyendorff,[6]) deren täglich offener Salon eine Art von Österreichischem weiblichem Hauptquartier bildet. Schwiegersohn dieses Hauses ist Herr von Bethmann, Bayerischer Kammerherr; der Bruder des letzteren ist unser Consul.

---

1) Deetz, Preußischer Major und Stadtcommandant von Frankfurt a. M.

2) von Schack, Preußischer General-Lieutenant und Commandant der Bundesfestung Mainz.

3) von Gerlach, General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. M. des Königs von Preußen.

4) Freiherr von Dörnberg, Thurn- und Taxisscher General-Postdirektor.

5) Eine Schwester des nachmaligen Österreichischen Ministers des Äußern und des Kaiserlichen Hauses Graf von Buol-Schauenstein.

6) Die Frau des Russischen Gesandten in Wien Peter Freiherr von Meyendorff.

1851 Mai 26.

Abgesehen von dem Salon der Frau von Brints, in welchem täglich auch von den Damen hoch und hitzig gespielt wird, hat die hiesige Geselligkeit nur am vorigen Freitag ein Lebenszeichen von sich gegeben, wo bei Lord Cowley [1]) ein Zauberfest zu Ehren der Königin Victoria [2]) stattfand. Die Herzogin-Wittwe von Nassau (geb. Prinzessin von Württemberg) war mit ihrer unverheiratheten Prinzessin dort; letztere tanzte mit allen vertretenen Mächten, nur mit keinem Preußen.

Die hiesige Diplomatie ist eine springlustige, nicht nur Thun, sondern der mehr als 50jährige Tallenay [3]) und der Vertreter Belgiens, Graf Briey, [4]) sowie Lord Cowley selbst tanzten und nahmen an einem zweistündigen Cottillon als ordentliche Mitglieder Theil. Die Räume waren mit den Farben aller deutschen Staaten sehr bunt decorirt, und dem Englischen Wappen-Transparent gegenüber hing das des Deutschen Bundes: der Doppeladler ohne Krone.

Die Vertreter von England und Frankreich sind sehr entgegenkommend, und man hofft hier, daß in Folge des Eintrittes von Preußen nunmehr ihre baldige Accreditirung am Bundestage erfolgen werde". [5])

2. Eigenhändiger Bericht an den Minister Frhr. v. Manteuffel,*) betr. die Haltung der demokratischen Vereine in Frankfurt a. M. Charakteristik des Herrn v. Blittersdorf, der Bürgermeister v. Günderode und Sieber sowie der Stadtverwaltung. Besuch in Rumpenheim. Mission des Grafen v. Széchényi. Graf v. Thun. Herr v. Radowitz. Dr. Frantz.*) 27. Mai 1851.

Mai 27.

„Ew. Excellenz beehre ich mich, lediglich als Curiosum und zu einmaliger Probe, einige Berichte über die hiesigen demokratischen Vereine zu übersenden, und füge ich eine Broschüre bei, die neuerdings in diesen Vereinen vielfach vertheilt wird. Sie ist nicht ohne Talent geschrieben, vorzugsweise gegen die Bourgeoisie gerichtet, aber zu lang und zu wenig populär in ihrer Haltung,

---

1) Lord Cowley, Großbritannischer Gesandter am Bundestage, demnächst Gesandter in Paris.

2) Victoria, Königin von England.

3) Marquis de Tallenay, Französischer Gesandter am Bundestage.

4) Graf von Briey, Belgischer Gesandter am Bundestage.

5) Das Creditiv des Präsidenten der Französischen Republik für den Französischen Gesandten Herrn von Tallenay datirte vom 9. April 1851. Die Anerkennung desselben bei dem Deutschen Bunde erfolgte erst in der Sitzung vom 7. Juni 1851. In derselben Sitzung erfolgte auch die Anerkennung des Englischen Gesandten Lord Cowley's. cf. Prot. 1851, § 40.

*) Wenn im Folgenden ohne weiteren Zusatz von Berichten die Rede ist, so ist stets ein solcher an den Minister-Präsidenten Freiherr von Manteuffel zu verstehen. Als Ort der Berichterstattung gilt Frankfurt a. M., wenn nicht ein anderer Ort ausdrücklich genannt ist.

1851 Mai 27. um bei dem Publikum, für welches sie berechnet ist, Eindruck zu machen. Halbheit kann man ihr nicht vorwerfen, im Gegentheil ist man mitunter versucht, die Schrift für ein reaktionäres Produkt nach Art des neuerlichen Mazzinischen Manifestes zu halten. Im Ganzen scheint das demokratische Vereinswesen hier nicht von Erheblichkeit zu sein; die Leiter selbst klagen über den Geiz und die Theilnahmlosigkeit ihrer Partei; die Versammlungen sind nur spärlich besucht, und erst ein etwaiger Sieg in Frankreich würde im Stande sein, die Verzweigungen wieder zu beleben, welche sich jetzt der Wahrnehmung entziehen. Vereinzelte Versuche, unsere und Österreichische Soldaten zur Desertion zu verleiten, finden statt, bleiben aber, soviel bekannt, ohne Erfolg; auch schlechte Schriften sind mehrfach von den Soldaten als solche, die ihnen in Wirthshäusern zugesteckt worden, abgeliefert.

Unter den hiesigen Koryphäen habe ich auch Herrn von Blittersdorf [1]) kennen gelernt; seine rastlose geistige Lebendigkeit erinnert etwas an Bülow-Cummerow. [2]) Er hat einen lebhaften Haß gegen Herrn von Radowitz, [3]) der ihn dadurch verletzt hat, daß er ihn weder angenommen, noch seinen Besuch erwidert hat. Seitdem hat er sich auch mit Österreich überworfen und sich, wie er mir wenigstens sagt, von aller Mitwirkung an der Ober-Postamts-Zeitung [4]) zurückgezogen, weil man auf seine Ansichten der Preußisch-Österreichischen Frage nicht habe eingehen wollen. Da er dadurch eine jährliche Einnahme von 1000 bis 1200 Thalern aufgegeben hat, die er für seine Artikel von der Zeitung bezog, so muß, bei seiner Liebe zum Gelde, der Bruch allerdings ernstlich sein. Er gilt hier für einflußreich durch Verbindungen mit Menschen und Zeitungen in allen Theilen Deutschlands; jedenfalls ist er ein gescheuter praktischer Kopf. Seine politische Anschauung der Gegenwart sprach er dahin aus, daß ein ehrliches Zusammengehen Preußens und Österreichs, trotz aller Bemühung von beiden Seiten, nicht werde erreicht werden, solange Österreich nicht materiell und formell die, wenigstens in Deutschland jedenfalls vorhandene Gleichheit der Macht Preußens anerkenne, und solange beide sich nicht über eine gegenseitige Abgrenzung ihres Einflusses auf die übrigen deutschen Staaten einigten. Solange das nicht erfolge, werde Preußen mit oder ohne seinen

---

1) Friedrich Landolin Carl Freiherr von Blittersdorf, 1821 Badischer Bundestagsgesandter, demnächst (1835) Badischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seit 1843 bis 1848 wieder Bundestagsgesandter; gestorben 1861 in Frankfurt a. M.

2) Der bekannte volkswirthschaftliche Schriftsteller, geb. 1775; gestorben 1851.

3) von Radowitz, geb. 1797, 1836 Preußischer Militair-Bevollmächtigter in Frankfurt a. M., seit 1842 gleichzeitig auch noch zum außerordentlichen Gesandten an den Höfen zu Darmstadt, Karlsruhe und Nassau, seit 1847 in die Umgebung des Königs Friedrich Wilhelm IV. berufen und demnächst in die Bundesreformbewegung entschieden eingreifend; vom 26. September bis 2. November 1850 Preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

4) Ein in Frankfurt erscheinendes, Österreichischen Interessen dienendes Blatt.

Willen dahin gelangen, einer Österreichischen Initiative gegenüber dieselbe negirende und hemmende Rolle zu spielen, welche vor 1848 Süddeutschland den Preußischen Bemühungen gegenüber durchgeführt habe. Blittersdorf geht in einigen Tagen nach Marienbad. Er scheint mit dem Dr. Kutscheit in engen literarischen Beziehungen zu stehen, und hat mir dieser zu verstehen gegeben, daß Blittersdorf sehr viel Werth darauf legen würde, wenn Ew. Excellenz ihn aufforderten, von Marienbad nach Berlin zu kommen, um sich mit ihm politisch zu berathen. Ich kann nicht beurtheilen, inwieweit Blittersdorf wichtig oder nützlich genug ist, um eine nähere Verbindung mit ihm für Ew. Excellenz wünschenswerth zu machen. Eine interessante Persönlichkeit ist er immerhin, sehr viel Zutrauen Erweckendes hat er aber nicht.

Unter den Würdenträgern der Stadt passirt der jetzige erste Bürgermeister, von Günderode, für einen Freund Preußens; der zweite, Sieber, für das Gegentheil. Die Stadtverwaltung ist schwach und furchtsam; der Polizei-Senator Hessenberg lehnt, gegen etwaige politische Anzeigen und Zumuthungen einzuschreiten, mit den Worten ab: „Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin selbst Demokrat“.

Gestern habe ich mit Herrn von Schele[1]) einen Besuch in Rumpenheim gemacht, wo ich die Herzogin von Cambridge mit ihrer Tochter, der Prinzessin Marie, traf, einer sehr hübschen und lebhaft unterhaltenden jungen Dame. Außerdem waren drei Hessische Landgrafen da, von denen der eine, der früher Brigadier in Königsberg i. Pr. gewesen ist, lebhafte Anhänglichkeit an Preußen aussprach.

Der Graf Széchényi, Secretair der Österreichischen Bundestagsgesandtschaft, reiste am vergangenen Mittwoch Abends von hier, um seinen Vater zu besuchen, nach Prag; man vermuthet, daß er nach Warschau gegangen ist, um dem Grafen Thun Kenntniß von den dortigen Ergebnissen zu verschaffen. Thun hält sich überhaupt in Kenntniß aller diplomatischen Vorgänge, und die Österreichische Regierung hat in Cöln eine Veranstaltung getroffen, daß ihm von dort aus Mittheilungen über alle wichtigeren Expeditionen zugehen, die von Wien über dort nach London und Paris geschickt werden. In der That ist es, den Abgesandten der kleinen Staaten gegenüber, eins der wirksamsten und wohlfeilsten Mittel, sie sich zu verbinden und Einfluß auf sie zu üben; sie sind dankbar für die geringste Nachricht, bei der sie der erste sein können, der sie Serenissimo nach Hause meldet; Thun weiß die Informationen, die er erhält, in dieser Beziehung zu nutzen und giebt sich das Ansehen, als wisse er viel mehr, als der Fall ist. Ich freue mich auf die Neugier, mit welcher Herr von

---

1) Freiherr von Schele, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter, demnächst Minister des Königlichen Hauses und des Äußern.

1851 Mai 27. Rochow[1]) nach seiner Rückkehr als Eingeweihter von Warschau betrachtet werden wird.

Erwähnen will ich noch, daß Herr von Radowitz bei seiner zweimaligen Durchreise nach und von Baden hier nichts weiter von sich hat hören oder sehen lassen, als daß er eine Nacht im Gasthof schlief. Er wohnte in Baden in demselben Hause mit Sydow[2]) und dem Fürsten Gortschakoff,[3]) und dieses Haus gehört Herrn von Blittersdorf, der mir das Faktum als „curios“ erzählte“.

Postscriptum.

„Erlauben mir Ew. Excellenz noch zu berichten, daß der Dr. Frantz[4]) mir geschrieben und gemeldet hat, daß er Ew. Excellenz als Anstellung nach seinem Wunsche vorzugsweise den Posten eines Legationssecretairs bei hiesiger Gesandtschaft bezeichnet habe. Abgesehen von dem Mangel einer Vacanz hat es mich gewundert, daß er gerade dieses Ziel seinem Ehrgeiz gesteckt hat. Der Hauptzweck seiner Anstellung, seine publicistische Fähigkeit für die Königliche Regierung nutzbar zu machen und nicht in fremde oder unrechte Hände fallen zu lassen, ließe sich indessen durch jede Art von Anstellung, quovis titulo, erreichen. Er berührte außerdem einen Plan, vor seiner definitiven Anstellung, falls solche überhaupt in der Absicht Ew. Excellenz läge, eine Reise von einigen Monaten nach Südfrankreich und den revolutionärsten Schweizer-Cantonen zu machen, um über die Lage und Entwickelung der socialistischen Bestrebungen Kenntnisse zu sammeln.

Ew. Excellenz Ermessen stelle ich anheim, ob und in welcher Eigenschaft die Acquisition dieses jedenfalls sehr gescheuten, wenn auch noch etwas unabgeschliffenen Kopfes Ihnen rathsam scheint“.

3. Eigenhändiger Bericht, betr. ein demokratisches Fest in Frankfurt a. M. 7. Juni 1851.

Juni 7. „Ew. Excellenz beehre ich mich über das gestern hier abgehaltene große demokratische Fest zu berichten, daß dasselbe ohne Thaten, aber mit vielen Gesängen und Reden einen ruhigen Verlauf genommen hat. Die Ankündigungen und Einladungen waren in jeder Weise, am Sonnabend auch noch durch riesenhafte Anschlagezettel vervielfältigt worden, und die ganze Demonstration trug

1) cf. oben S. 1, Note 1.

2) von Sydow, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Bern.

3) Fürst von Gortschakoff, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in Stuttgart, auch beglaubigt beim Bundestage; demnächst Minister des Auswärtigen.

4) Dr. Frantz, 1851 Literat, demnächst im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, später Kanzler beim Preußischen Generalconsulat in Spanien.

1851 Juni 7.

den Charakter dessen, was die Engländer show of physical strength bei ihren Chartisten-Aufzügen nennen. Ich behalte mir vor, Ew. Excellenz morgen den ausführlichen Bericht unseres Agenten einzureichen. Der Major Deetz [1]) hatte vor dem Feste, nach Verhandlung mit dem halbdemokratischen hiesigen Polizei-Senator, sein Verlangen durchgesetzt, daß innerhalb der Stadt weder geschossen werden, noch Aufzüge stattfinden dürften. Zu unserer Sicherheit hatte der Major Deetz sich den Leiter des Festes, Hadermann, [2]) persönlich rufen lassen, und das entschiedenste militairische Einschreiten angedroht, wenn man sich eine Übertretung jener Bestimmungen erlauben werde. Die bei dem Fest anwesende Menge schätzt ein Berichterstatter annähernd auf 25 000 Menschen, wozu das Hauptcontingent von dem zur Zeit des Festes ganz verödeten Frankfurt, der Rest von Hanau, Offenbach und den umliegenden Orten gestellt war. Eine witzig sein sollende Industrie-Ausstellung ist zur Verherrlichung der Feier im Walde angeordnet gewesen, bei welcher Preußen durch Sand, Bayern durch Bier, Rußland durch eine Knute, Baden durch Bajonette u. s. w. repräsentirt gewesen sind. Leider hat unser Agent diesen Fadaisen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den gehaltenen Reden; indessen wird über letztere der Major Deetz durch die von ihm privatim beauftragten Berichterstatter wohl in Stand gesetzt sein, Näheres zu berichten. Auf den Charakter der ausgebrachten Toaste läßt sich aus dem einen schließen: „Möge der Bundestag verrecken und die Freiheit uns erwecken". Nach vielfachen Absingungen revolutionärer Lieder, worunter das Henkerlied, das alte Hambacher (Fürsten zum Land hinaus, jetzt kommt ein Völkerschmauß ꝛc.), hat man sich schließlich mit Tanzen belustigt, und dabei die Melodie der Marseillaise mit dem Takt der Polka zu combiniren versucht. Bezeichnend für den Gedankengang der Bourgeois ist der Umstand, daß die hiesige „besitzende Klasse" heute um **deshalb** ihre Entrüstung über das Fest ausspricht, weil dabei einem mit einer Dame einsam lustwandelnden Bürger, der aus Neugierde gekommen war, die Unannehmlichkeit begegnet ist, daß trunkene Strolche seine Begleiterin in einen Graben geworfen, und ihm die Uhr aus der Tasche gerissen und entwendet haben. Daß das gesammte Fest eine Demonstration des politisch zu ordnenden Straßenraubes en gros war, fällt den Herren nicht auf, und der beifolgende Artikel des Frankfurter Journals zeigt Ew. Excellenz, wie human die blaue Demokratie das Treiben ihrer rothen Geistesverwandten auffaßt".

---

1) cf. oben S. 4, Note 1.

2) Hadermann, ein Führer der Frankfurter Demokratie. cf. unten Urkunde 6.

4. Eigenhändiger Bericht, betr. einen Besuch in Baden-Baden. Event. Abberufung des Herrn v. Savigny aus Karlsruhe. Erklärung Preußens und Österreichs wegen Wahl des Ausschusses für die Centralcommission. Österreichs Bundespolitik. Herr v. Rochow. 11. Juni 1851.

1851 Juni 11.

„Ew. Excellenz beehre ich mich einige Worte über eine Excursion nach Baden-Baden zu sagen, die ich im Fest gemacht habe. Ich fand Savigny[1]) in besserer Stimmung als ich erwartet hatte; er scheint das Glück zu haben, zu vergessen, was nicht zu ändern ist, und sprach von Herrn von Radowitz[2]) mit mehr Anerkennung für sein Herz als für seinen Kopf.

Ich höre durch Herrn von Rochow, daß der Minister von Rüdt[3]) sich lebhaft für Savigny's Abberufung aus Karlsruhe interessirt. Letzterer sagte mir dagegen, daß gerade Herr von Rüdt, der allerdings bei Jedem, den ich danach gefragt habe, für einen Gegner Preußens gilt, hauptsächlich und persönlich den früheren Eintritt Badens[4]) betrieben, und einer Instruktion des Bundesgesandten zu Gunsten Preußens erfolglos entgegengewirkt habe. Nach dem Grundsatz, den Rath des Gegners nicht zu befolgen, würde sich also die Abberufung des Herrn von Savigny nicht empfehlen. Soweit ich persönlich dabei betheiligt sein kann, würde ich mir von ihm mehr eine Stütze als Nachtheil für die Wirksamkeit der Bundestagsgesandtschaft versprechen. Er ist gegen mich, der ich ihn seit langer Zeit näher kenne, in einer Weise offen gewesen, daß ich ihn für einen niedriggesinnten Menschen halten müßte, wenn er falsches Spiel dabei im Sinne hätte. Er würde Karlsruhe ungern verlassen, und da er seine volle Bereitwilligkeit gegen mich aussprach, mit der Politik des Cabinets zu gehen, und sie den Umständen nach für die einzig mögliche erklärte, so glaube ich, daß der Gewinn bei seinem Verbleiben größer ist als die Gefahr. Da er sich vernünftig finden läßt, so scheint es nützlicher, die Thätigkeit eines Mannes von seinen Talenten und Verbindungen für die Regierung verwendbar zu machen, als ihn in Opposition zu erhalten. Jedenfalls würden wir bei seiner Ersetzung durch eine neue Persönlichkeit für den Augenblick Terrain an Österreich verlieren.

Die ursprüngliche Fassung der gemeinsamen Erklärung Preußens und Österreichs in Bezug auf die durch den Bundestag gewählte Commission[5])

---

1) cf. oben S. 3, Note 4.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

4) Baden trat bereits am 2. Mai 1851, also vor Preußen (cf. Band I, S. 6*) in den reactivirten Bundestag ein. cf. Prot. 1851, § 17.

5) Zu verstehen ist hierunter der in der Bundestagssitzung vom 11. Juni 1851 gestellte Antrag, betr. die Übertragung des Bundescommissoriums in der Kurhessischen und Holsteinschen Angelegenheit an Österreich und Preußen. cf. Prot. 1851, § 44.

hatte bei einigen der anderen Gesandten den Argwohn erregt, daß es sich um eine maskirte Exekution dabei handle. Das Aktenstück war mit einer über das ostensible Ziel hinausschießenden Wichtigkeit und Länge gefaßt worden, und der Ausdruck mehrerer Stellen war zweideutig, insidiös und ein anderer, als nach den vorhergegangenen Abreden mit Österreich hätte der Fall sein sollen. Der Entwurf war von dem Baron Nell von Nellenburg,[1]) und ich habe ihn erst nach der Sitzung, in welcher er amendirt worden war, kennen gelernt.

1851 Juni 11.

Ich habe mich darüber gefreut, daß Ew. Excellenz mit der Art und Weise, wie die Dinge hier gehen, nicht einverstanden sind. Österreich scheint zu warten, und den Bundestag vorläufig nicht stark accentuiren zu wollen, sonst könnte Graf Thun nicht so vielfach über die wichtigsten Fragen Mangel an Instruktionen vorgeben.

Bei allen vorzüglichen Eigenschaften meines jetzigen verehrten Chefs[2]) glaube ich doch nicht, daß es seiner Natur und seinen Neigungen entspricht, den schwierigen Fragen mit einer kräftigen Initiative auf den Leib zu gehen, namentlich nicht, wenn dabei obenein eine Art von passivem Widerstande Österreichs zu überwinden ist, es sei denn, daß ihm der bestimmte und in den einzelnen Fragen detaillirte Befehl dazu von Ew. Excellenz zuginge; mich über Herrn von Rochow's Auffassung der Politik und Geschäfte näher auszulassen, tadelnd oder lobend, glaube ich mir nicht gestatten zu dürfen, falls Ew. Excellenz es nicht ausdrücklich befehlen".

Postscriptum.

„In der Hoffnung, daß Ihre Frau Gemahlin, der ich mich empfehle, es mir verzeiht, versehe ich diesen Brief äußerlich mit ihrer Adresse, damit er nicht etwa dienstlicher Weise erbrochen wird".

5. Eigenhändiger Bericht, betr. das Verhältniß zu Herrn v. Rochow. Urtheil über die innere Politik Preußens. Haltung und Einfluß der Kreuzzeitung. Pecuniäre Lage der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M. Badecur des Ministers v. Manteuffel. 12. Juni 1851.

Juni 12.

— — „Herr von Rochow ist heute nach Wiesbaden, um die Königin der Niederlande zu sehen. Ich freue mich sagen zu können, daß er seit einigen Tagen mittheilender in geschäftlichen Beziehungen gegen mich ist, was sonst, ohne daß er eine Absicht damit verbände, nicht in seiner Art und Weise liegt, indem er die vorkommenden Fragen gelegentlich schnell und mündlich mit Graf Thun abmacht, ein Verfahren, bei welchem sein „diplomatischer Säugling", wie mich die Kölnische Zeitung nannte, um seine Nahrung kommt.

---

1) cf. oben S. 2, Note 2.
2) scil. Herr von Rochow.

1851 Juni 12.

In Bezug auf die Entwickelung, welche unsere innere Politik durch die neueren Maßregeln der Regierung genommen hat, hört man hier von allen Schattirungen der Parteien, die man zu den conservativen rechnen darf, die größte Anerkennung, aber auch den Zweifel aussprechen, ob die Durchführung und die Überwindung des Widerstandes der Büreaukratie gelingen werde. Ich zweifle hieran nicht im mindesten, wenn die Königliche Regierung ernst und fest auf dem betretenen Wege vorschreitet, und entschlossen jedes Mittel ergreift, welches das gesammte Arsenal der Gesetze ihr bietet, um den vorhandenen Widerstand zu brechen; ebensowenig zweifle ich auch, daß die Regierung diese Energie entwickeln wird, denn der Rückzug scheint unmöglich, die Schiffe sind verbrannt, und die Consequenzen des Mißlingens, des Verlierens der Schlacht, können keinenfalls schlimmer, müssen jedenfalls weniger übel sein, als die der Umkehr und Aufgabe des Versuchs. Man hat bei letzterer alle Nachtheile der wirklichen Niederlage, ohne die sichere Chance des Sieges.

Ich habe neulich Wagener[1]) geschrieben, er möchte bei Besprechung der von der Regierung zu erwartenden und ihr zu empfehlenden Maßregeln seinen Ton mäßigen und sich weniger dictatorisch ausdrücken. Es ist das bei ihm eine falsche Beurtheilung der Tragweite der Worte, in die man in Bezug auf die Kinder der eigenen Feder so leicht verfällt, und ich bin überzeugt, daß, wenn Ew. Excellenz, falls Sie dieselbe Wahrnehmung gemacht haben, Sich Wagener oder den Dr. Beutner[2]) rufen lassen und über dergleichen wohlwollend rectificiren, die Besserung nicht ausbleiben wird. Der Einfluß und die Bedeutung der Kreuzzeitung wird hier, namentlich in den diplomatischen Kreisen, sehr hoch angeschlagen, ja man kann sagen, daß Artikel aus Preußen fast nur dann Eindruck machen und Aufmerksamkeit erregen, wenn sie in diesem Blatte stehen.

Ein Gegenstand, der mir sehr am Herzen liegt, ist die traurige pecuniäre Lage unserer Subaltern-Offiziere hier;[3]) ich habe mir, nach genauer Ermittelung der nothdürftigsten Sätze, eine Zusammenstellung gemacht, wonach die unvermeidlichen Ausgaben das Gehalt und alle sonstigen Emolumente unseres Seconde-Lieutenants monatlich um 5 bis 6 Thaler übersteigen; die Verschuldung vieler derselben ist unausbleiblich. Ich werde mir erlauben, eine Abschrift dieser Zusammenstellung mit Commentar Ew. Excellenz mit dem Anheimstellen der Rücksprache mit dem Herrn Kriegsminister[4]) nächstens vorzulegen. Die Preise aller Bedürfnisse, einschließlich der Wohnungen, sind hier 30 bis 50 Procent höher als in Berlin.

---

1) Wagener, Assessor, damals Redacteur der Neuen Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung).

2) Nach Wagener der Chef-Redacteur desselben Blattes.

3) cf. oben S. 4.

4) Chef des Kriegsministeriums General-Lieutenant von Stockhausen, seit Februar 1850.

Zum Schlusse wollen mir Ew. Excellenz die Bitte gestatten, daß Sie Sich die Zeit nehmen, dem Rathe Barez's[1]) zu folgen, und Sich bei einer kleinen Badecur von den Anstrengungen der letzten Monate erholen. Ich kann aus der Erfahrung früherer Zeit urtheilen, wie schnell sich Ihre Gesundheit durch den Aufenthalt in ländlicher Freiheit und Muße herstellt; wer weiß, welche Geschäfte die spätere Jahreszeit bringt, und die mit Ihrer temporären Entfernung von Berlin verknüpften Nachtheile würden bei einem etwaigen ernsten Unwohlsein in erhöhtem Maße und auf längere Zeit eintreten können. Ich schicke diesen Brief durch den Herrn von Dewitz-Milzow, der heute Abend nach Berlin reist".

1851 Juni 12.

6. Eigenhändiger Bericht, betr. die Personalvorschläge für das Preußische Finanzministerium. Winke für die Preußische Bundespolitik, insbesondere mit Rücksicht auf die Behandlung der Frage wegen Austrittes der Ostprovinzen aus dem Bunde. Haltung Österreichs und der übrigen Bundesstaaten gegenüber diesem Antrage. Hamburger Vorgänge. Übernahme der diplomatischen Vertretung Preußens in Darmstadt. Vorlage der Dresdener Verhandlungen an den Bund. Das Vorgehen der Preußischen Regierung gegenüber den Provinzialständen. Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Preußischen Zeitung. Ersetzung des Herrn v. Rochow durch Herrn v. Bismarck und Vorschläge wegen der ferneren Gestaltung des Preußischen Bundestags-Gesandtschaftspersonals. Wirksamkeit der Socialdemokratie in Frankfurt a. M. Graf. v. Bernstorff. Hofnachrichten. 29. Juni 1851.

Juni 29.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das gütige Schreiben, welches der Geheime Legationsrath Borck[2]) mir überbracht hat. In den ersten Tagen dieser Woche habe ich einen längeren Brief an den Herrn General von Gerlach geschrieben, der mir seine Unzufriedenheit über mein bisheriges Stillschweigen durch Herrn von Rochow ausdrücken ließ. Ich habe mich die ganze Zeit her auf Finanzminister besonnen; ich habe an Herrn von Lamprecht,[3]) an den Minister von der Heydt,[4]) an den Präsidenten von Wedell in Merseburg und Andere gedacht, ohne bei irgend einem den Muth zu einem Vorschlage zu gewinnen. Ich kenne die höheren qualifizirten Beamten der Mehrzahl nach gar nicht; wenn ich selbst in der Lage wäre, einen Collegen zu wählen, so würde

---

1) Dr. Barez, Geheimer Ober-Medizinalrath, der Leibarzt des Prinzen August von Preußen.

2) Borck, 1851 vortragender Rath in der Ersten Abtheilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

3) von Lamprecht, Präsident des Hauptbank-Direktoriums, Mitglied des Staatsraths.

4) Seit Dezember 1848 Preußischer Handelsminister.

1851 Juni 29.

ich auf seine finanzielle Qualifikation gar keine, sondern alle Rücksicht auf die Übereinstimmung und die Ehrlichkeit der politischen Gesinnung und den moralischen Muth des Candidaten nehmen, indem ich von der Ansicht ausginge, daß das Technische des Faches von den Beamten des Ministeriums zu versehen, bei dem Minister selbst aber die Qualifikation, ein Mitglied des Collegiums zu sein, welches Preußen regiert, des Staatsministeriums nämlich, höher anzuschlagen sei, als die Eigenschaften eines guten finanziellen Kopfes, der seinen Platz gewissermaßen als Chef des Generalstabes unter dem Finanzminister einnehmen könnte. Le mieux est l'ennemi du bien, und hat einer der in Rede stehenden Candidaten Vorzüge vor dem bisherigen Chef der Finanzen,[1]) so würde sein Eintritt wünschenswerth sein, auch wenn er, objectiv betrachtet, Vieles zu wünschen übrig ließe.

Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert; wir müssen ohne Zweifel, wie Ew. Excellenz in Ihrem Schreiben andeuten, die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen dazu, soviel an mir liegen kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß wir, abgesehen von dem außer der Berechnung liegenden Einfluß unvorhergesehener Ereignisse, über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine polizeiliche und militairische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwickelung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten, und eine Befriedigung unserer Bedürfnisse in letzterer Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militairwesen zu suchen, innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebietes. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Nothwendigkeit des Anschlusses an und der Unterordnung unter einander ist hier sowenig vorhanden, daß der Bundestag eher das Bild eines bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Jeder der kleinen Höfe scheint vom Bundestage viel zu erwarten gegen geringe Leistung. In der Frage wegen des Austrittes unserer Provinzen[2]) wurde ein Eingehen auf unsere Wünsche, selbst bei unseren besten Freunden, erst dann bemerkbar, als ich Andeutungen machte, welche durchblicken ließen, daß Preußen, wenn es sogar in Fragen, bei denen es allein betheiligt sei, auf unnöthige Opposition gegen seine Wünsche stieße, in seinen Erwartungen vom Bundestage erkalten, und wider Willen zu der Nothwendigkeit gelangen müsse, sich in ab-

---

1) Chef des Finanzministeriums war damals Rudolf von Rabe, seit 24. Februar 1849. Am 23. Juli 1851 wurde von Bodelschwingh Chef dieses Ministeriums.

2) cf. Band I, Einleitung S. 9* f., S. 5 und Urkunde 11.

wartender Passivität auf seinen eigenen Schwerpunkt zurückzuziehen. Die Hinweisung auf derartige Eventualitäten, sowie auf Bundesbeschlüsse, deren strikte Durchführung den Kleinstaaten schwer oder unmöglich ist, beispielsweise das Militair-Contingent von zwei Procent,[1]) und Österreich gegenüber auf die Erwartungen, welche dessen Regierung unter Umständen von uns zu hegen berechtigt sein könnte, gewährt Mittel der Unterhandlung, durch welche wir den Mangel an Verständniß der gemeinsamen Interessen auf Seiten unserer Verbündeten werden ersetzen müssen. Von letzteren haben wir nichts umsonst, d. h. auf Grund ihrer richtigen Einsicht und ihres guten Willens, zu erwarten; die Grenze, bis zu welcher sie uns entgegenkommen, wird vielmehr lediglich durch die Vortheile oder Nachtheile bedingt, welche ihnen zu versprechen oder anzudrohen in unserer Macht liegt. Diese wie ich glaube unzweifelhafte Disposition der übrigen Staaten, einschließlich Österreichs, setzt uns in die Nothwendigkeit, jenseitigen Wünschen aller Art niemals aus Gefälligkeit, sondern nur gegen äquivalente Concessionen zu entsprechen, auch dann, wenn ersteres ohne Unbequemlichkeit für uns geschehen könnte.

1851 Juni 29.

Verzeihen Ew. Excellenz diese theoretische Expectoration, die sich mir bei dem Gedanken an das Benehmen der Anderen in Bezug auf den Austritt unserer Provinzen aufdrängt. Graf Thun hat die Instruktion ostensibel erhalten, unsere Wünsche in der gedachten Angelegenheit thätig zu unterstützen, er hat mir auch gestern die eifrige Ausführung dieses Auftrages zugesagt; aber er verwies mich gleichzeitig darauf, daß die Majorität leider nicht von ihm abhänge, und wir selbst mit den einzelnen Gesandten unterhandeln möchten, um uns zu überzeugen, daß bei vielen ein gewisses Mißtrauen in Bezug auf die Tendenzen Preußens bei diesem Antrage noch immer obwalte, ja er hatte die ingénuité zu behaupten, daß die übrigen Gesandten befürchten würden, der Eintritt Gesammtösterreichs[2]) könne durch ihr Eingehen auf unsere Wünsche erschwert werden. Diese Befürchtung hegt Österreich unleugbar, und trotz seiner Willfährigkeit en apparence wird es deshalb unsere Wege zu ebenen nicht gerade bemüht sein. Die übrigen Staaten haben so notorisch kein Interesse dabei, ob Ostpreußen zum Bunde gehört oder nicht, daß ihre Bedenklichkeiten gar keine andere Auslegung als die einer Diversion im Sinne Österreichs zulassen. Herr von Nostitz[3]) schützt den besorglichen Eindruck auf die öffentliche

1) cf. Band I, Einleitung S. 32* und die daselbst näher angegebenen Urkunden.

2) scil. in den Deutschen Bund. Im Jahre 1850 wurde (aber nicht in der Bundesversammlung) die Aufnahme der außerdeutschen Länder der Österreichischen Monarchie in den Bund lebhaft ventilirt. Frankreich und England protestirten, die Bundesversammlung wies jedoch diese Proteste energisch zurück. cf. die Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom 17. Juli, 6. und 30. September 1851, §§ 79, 132, 161, und Zachariä: Deutsches Staats- und Bundesrecht. II. Theil. S. 638.

3) von Nostitz und Jänckendorf, Wirklicher Geheimer Rath, K. Sächsischer Bundestagsgesandter.

1851 Juni 29. Meinung vor, den der Austritt Preußens machen werde, und meint sich vor Einholung bezüglicher Instruktion nicht erklären zu können. Schele dagegen ist bereit, ohne Weiteres für unseren Antrag zu stimmen, wenn er lediglich mit Motiven der Convenienz für die innere Politik Preußens unterstützt, und ohne Bezugnahme auf die formelle Ungültigkeit der früheren Beschlüsse[1]) formulirt würde, also in der Gestalt, die in dem gestrigen amtlichen Berichte von hier aus vorgeschlagen würde. Die Übrigen sind bisher mir gegenüber nicht weiter als bis zu allgemeinen Versicherungen ihrer Willfährigkeit gegen Preußische Anträge, verbunden mit einer Hinweisung auf die formellen Schwierigkeiten, die der vorliegende darbiete, gekommen, und werde ich morgen meine desfallsigen Ermittelungen fortsetzen. Schele und Oertzen[2]) sind die offensten von den Herren, aber leider beide Doctrinairs eines selbstgeschaffenen Rechtsbodens, dessen Grundfärbung einen, wie ich mir schmeichle, seit unserem Eintreffen etwas verwischten, schwarzgelben Schimmer zeigt. Beide scheinen dem Gesammteintritt[3]) günstig zu sein, für den bei allen Widersachern unausgesetzte Bekehrungsversuche gemacht werden. Die Gesandten von Bayern[4]) und Württemberg[5]) halten sich äußerst zurückgezogen, und man kann schwer entscheiden, ob die neuerlich von ihnen documentirte Kälte gegen Österreich Schein oder Wahrheit ist.

Der Syndicus Banks[6]) ist in einer sehr bittern, von dem Lübecker Gesandten[7]) getheilten Stimmung über die Hamburger Vorfälle und, wie er mir vertraulich mittheilte, bereits im Besitz der von Hamburg wegen der Bequartirung von St. Pauli bei dem Bundestag einzureichenden Beschwerde.[8]) Er fragte mich, ob es wohl angemessen sei, vorher noch einen Versuch zu machen, die Vermittelung Sr. M. des Königs bei dem Wiener Cabinet zu erbitten. Ich habe ihm erwidert, daß meiner persönlichen Ansicht nach in einem solchen Schritte nichts Unwillkommenes für Se. Majestät liegen könne, daß mir aber bisher die Auffassung, welche die Angelegenheit in Berlin gefunden habe, unbekannt sei.

---

1) Über die Gültigkeit der nach der Wiederherstellung des Bundestags (10. Mai 1851) zunächst ohne Preußen tagenden Bundesversammlung bestand zwischen Preußen und Österreich eine Differenz. cf. Band I, S. 6* f. und S. 2 ff.

2) von Oertzen auf Leppin, Geheimer Rath, Mecklenburgischer Bundestagsgesandter.

3) scil. Österreichs in den Bund.

4) Freiherr von Schrenk, Staatsrath und Kämmerer, Bayerischer Bundestagsgesandter.

5) von Reinhard, Geheimer Legationsrath, Württembergischer Bundestagsgesandter.

6) Dr. Banks, Syndicus, Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Hamburg.

7) Dr. Brehmer, Bürgermeister, Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Lübeck.

8) Wegen Besetzung der Hamburger Vorstadt St. Pauli durch Österreichische, nach Holstein bestimmte Truppentheile (am 8. Juni 1851) beschwerte sich demnächst die Freie und Hansestadt Hamburg beim Bunde, indem sie gleichzeitig Ersatz der ihr durch jene Besetzung erwachsenen Kosten verlangte. cf. Prot. 1851, §§ 69, 77 und 98.

1851 Juni 29.

Herr von Otterstedt[1]) wird seine Urlaubsreise am Dienstag antreten, und mir morgen in Darmstadt die laufenden Sachen übergeben. Ich betrachte diese Geschäftsführung als einen Lehrcursus für formelle Routinirung, und bitte im Voraus um Ew. Excellenz Nachsicht, wenn ich mich in dieser Beziehung als Schüler documentiren werde.

Herr von Rochow war eben bei mir, und gab mir die heute von Ew. Excellenz eingegangenen Erlasse zu einstweiliger Ansicht; er war zweifelhaft, ob danach noch eine Preußische Erklärung der über Vorlage der Dresdener Verhandlungen[2]) gemeinschaftlich abzugebenden hinzuzufügen sei oder nicht. Ich hoffe, mich bei dieser ersten flüchtigen Durchsicht der Piecen nicht geirrt zu haben, wenn ich mich entschieden für die Affirmation aussprach. Herr von Rochow ist jetzt im Begriff, nach Soden zu fahren, wo er Frau von Tettenborn, eine Russin, besucht.

Von dem ruhigen und festen Vorgehen der Regierung in Sachen der Provinzialstände[3]) verspreche ich mir ein günstiges Revirement für unsere inneren Zustände, wenn die Herren Junker ihre Aufgabe richtig erkennen, und mit Entschiedenheit auftreten, ohne die Regierung zu brüskiren, mit welcher eine Verständigung nothwendig vorausgehen müßte, damit man einander in die Hände arbeite, ohne das Ministerium zu compromittiren. Ich würde sehr gern einem der Landtage, in Sachsen oder Pommern, selbst beiwohnen, und meine Wiederwahl, falls sie nöthig ist, bewirken können, ich glaube nur kaum, daß ich so lange hier fortgehen kann und darf. Witzleben[4]) wird stets pater dubiorum bleiben, wie Ew. Excellenz ihn sehr treffend nannten.

Sehr bedauerlich sind mir die Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Preußischen;[5]) das Publikum legt dergleichen Symptomen immer eine tiefere Bedeutung bei, als sie praktisch haben für den, der hinter den Vorhang sieht.

---

1) Freiherr von Otterstedt, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident in Darmstadt.

2) Gemeint sind die auf den Dresdener Conferenzen unerledigt gebliebenen Verhandlungen im Gebiete der Handelsgesetzgebung. cf. Band I, S. 13* f. und S. 32, 36 f. u. 40.

3) Über die damalige Stellung der Regierung gegenüber den Provinzial-Vertretungen vergl. Rönne: Das Staatsrecht der Preußischen Monarchie. 3. Auflage. I. Band. 2. Abtheilung. S. 466 ff.

4) von Witzleben, Oberpräsident der Provinz Sachsen.

5) Man vergleiche besonders den Artikel □ Berlin 14. Juli in der Nr. 161 der Neuen Preußischen Zeitung vom 15. Juli 1851. Die Controverse entstand in der Hauptsache durch die Behauptung der „Preußischen Zeitung" (Deutsche Reform), daß Alles, was von dem großen Einfluß der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" auf Beförderungen und Entlassungen, Dispositionsstellungen und Entsetzungen gefabelt werde, lediglich das Hirngespinst von Personen sei, die nicht die Organe, sondern die Herren einer Partei sein wollten, und die in der von ihnen selbst gepredigten Demuth sogar soweit gingen, sich und ihre Gehülfen für die gesammte conservative Partei zu halten. Die Kreuzzeitung wies diesen abrupten Ausfall in derber Weise zurück.

1851 Juni 29. Herr von Rochow sagt mir, daß er am 1. Juli seinen Bericht und seine Vorschläge wegen fernerer Gestaltung unserer hiesigen Vertretung machen werde,[1]) und daß er einige Wochen später von hier abzugehen glaube. Wenn es noch in Sr. Majestät Absicht liegt, mich zu seinem Nachfolger zu ernennen, und ich habe bisher nicht Veranlassung das Gegentheil anzunehmen, so würde demnächst die Wahl des übrigen Personals der Gesandtschaft Ew. Excellenz Erwägung anheimfallen, da Herr von Gruner[2]) seiner persönlichen Verhältnisse wegen nicht geneigt sein wird, hier zu bleiben. Es wird schwer sein, für mich, weil ich jung und neu im Dienste bin, einen passenden und bereitwilligen Gefährten zu finden. Die eigentlichen Dienstgeschäfte, abgesehen vom Lesen und Schreiben für die Presse, würde ich mit Rudloff[3]) bewältigen können, wenn es nicht sehr viel schlimmer kommt, als bisher. Dagegen würde das Bedürfniß für den persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr, für Erhaltung der Informationen und Beziehungen, die nur auf diesem Wege zu gewinnen sind, durch Rudloff nicht vollständig gedeckt sein, indem dazu eine routinirte, des Französischen mächtige Persönlichkeit von vornehmer Familie erwünscht wäre, falls eine solche disponibel ist.

Die hiesige Demokratie fährt fort, in auffälliger Weise durch Vereine, Vertheilung von Druckschriften und Gesellenverbindungen den Boden für ihre Zwecke zu bearbeiten. Die thätigsten und fähigsten Agenten scheinen Hadermann[4]) und Theodor Schuster zu sein; auffällige Erscheinungen bietet dieses Treiben weiter nicht, als die der maßlosen Schwäche oder vielmehr gänzlichen Abwesenheit der hiesigen Polizei, deren Chef, der Senator Hessenberg, aus Connivenz lau gegen die Demokratie ist. Ich würde einzelne Berichte des Agenten beifügen, wenn ich glauben könnte, Ew. Excellenz damit etwas vorzulegen, was erheblich von den allgemeinen Erscheinungen differirte. Die gedruckten Anlagen[5]) werden ebenfalls kaum etwas Neues sein. Das Motto der Anlage A figurirt auch in den bei Rothjung gefundenen Aktenstücken.

Der Graf Bernstorff[6]) aß gestern mit Frau bei Rochow; er ist ungeduldig zu erfahren, was aus ihm werden soll, worüber ich ihm allerdings keine Aufklärung zu geben vermochte. Er wünscht nach London zu gehen, noch lieber nach Paris, wobei er Hatzfeldt[7]) für Wien bestimmt.

---

1) cf. unten 5. und 11. Juli 1851.

2) von Gruner, Wirklicher Legationsrath, 1851 vortragender Rath in der Ersten Abtheilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

3) Rudloff, Herrn von Bismarck hauptsächlich zur Bearbeitung der Preßangelegenheiten attachirt.

4) cf. oben S. 9, Note 2.

5) Dieselben sind aus unserer Correspondenz entfernt worden, ihr Inhalt also nicht bekannt.

6) Graf von Bernstorff, Wirklicher Geheimer Rath, bis 1851 Preußischer Gesandter in Wien, demnächst in London.

7) Graf von Hatzfeldt, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in Paris.

Nach Privatnachrichten, die der Geheime Rath Borck bestätigte, haben wir Se. K. H. den Prinzen von Preußen am Mittwoch hier zu erwarten, wo er dann wohl am Donnerstag den Prinzen Wilhelm [1]) zu dessen Geburtstage begrüßen würde".

1851 Juni 29.

7. Eigenhändiger Bericht, betr. die ungenügenden Einkommenverhältnisse der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M. Herzog von Augustenburg. 5. Juli 1851.

Juli 5.

„Ew. Excellenz gestatte ich mir, auf die Geldnoth unserer hiesigen Offiziere zurückzukommen, [2]) da eine Anzahl der ärmeren sich unausbleiblich in Schulden verstrickt. Ich lege eine nach den gewissenhaftesten Ermittelungen zusammengestellte Berechnung der nothwendigen Ausgaben eines Seconde-Lieutenants bei, [3]) welche ich Ew. Excellenz anheimstelle, dem Herrn General von Gerlach oder dem Herrn Kriegsminister zu überweisen, und welche meine Angaben bestätigen werden, daß die Lebensbedürfnisse hier um 30 bis 50 Procent theurer sind als in Berlin. Die Österreicher und Bayern zahlen ihre sehr bedeutenden Lokalzulagen mit dem Vorbehalte der Erstattung durch den Bund, unter der Zusicherung, daß Rückzahlungen seitens der Offiziere keinenfalls werden gefordert werden. Es läßt sich daher erwarten, daß diese Staaten, ungeachtet des entgegenstehenden Beschlusses der Bundes-Centralcommission vom 8. Februar 1850, wonach vom 21. ejusdem an alle Bewilligungen von Bundeszahlungen aufzuhören hatten, späterhin die Liquidirung ihrer Auslagen versuchen werden.

Den Herzog von Augustenburg [4]) nebst Familie habe ich gestern in einer Gesellschaft bei Frau von Brints kennen gelernt. Daß er über das Dänische Verfahren in Bezug auf seine Person sehr gereizt ist, liegt in der Natur der

1) Friedrich Wilhelm Carl, Prinz von Preußen, geboren 3. Juli 1783, gestorben 28. September 1851.

2) cf. oben S. 12.

3) Nach der gedachten Zusammenstellung berechneten sich die Einnahmen eines Lieutenants in Frankfurt a. M. pro Monat auf 35 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf.; die etatsmäßigen Abzüge berechneten sich pro Monat auf 6 Thlr. 5 Sgr., wonach der Offizier bloß 29 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf. baar erhielt. Es berechneten sich aber in Frankfurt a. M. die laufenden Ausgaben monatlich: 1) für eine standesmäßige Wohnung auf 14 Fl., 2) für Mittagessen auf 20 Fl., 3) für Frühstück auf 5 Fl., 4) für Abendessen auf 9 Fl., 5) für Getränke beim Abendessen auf 4 Fl., 6) für Wäsche auf 4 Fl., 7) für den commandirten Burschen auf 1 Fl. 45 Kr., 8) für Beschaffung von Stiefeln, Handschuhen 2c. auf 4 Fl., in Summe auf 61 Fl. 45 Kr. oder = 35 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf., wonach ein Minus von 6 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. verblieb, um die nothwendigsten Ausgaben zu decken.

4) Über die Verhandlungen des Herrn von Bismarck mit dem Herzog Christian Carl Friedrich August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg wegen Verzichts auf seine Dänischen Erbrechte gegen eine Geldentschädigung vergl. Band I, S. 16* ff. und die daselbst angeführten Urkunden.

1851 Juli 5. Dinge, und er konnte diese Stimmung trotz der Zurückhaltung, die er mir gegenüber beobachtete, nicht verbergen".

Juli 5. [Eigenhändiger Bericht des Bundestagsgesandten v. Rochow, betr. dessen Abberufung von Frankfurt a. M. und Ersetzung durch Herrn v. Bismarck.[1]) 5. Juli 1851.]

---

1) Der gedachte Bericht lautet wie folgt:

„Ew. Excellenz hatten Anfangs Mai cr. die Gewogenheit, im Ah. Auftrage mir die zeitweise Mission nach Frankfurt a. M. zur Anknüpfung der Theilnahme Preußens an der Vervollständigung der Wirksamkeit eines allgemeinen deutschen Centralorgans mündlich anzukündigen und dabei zu bemerken, daß die Dauer dieses vertrauensvollen Auftrags Sr. M. des Königs, u. A. H., sich auf etwa sechs Wochen ausdehnen solle. Dieser Zeitraum ist jetzt abgelaufen und ich bin so frei, Ew. Excellenz zu bitten, einen Nachfolger für mich bei dem Bundestage zu wählen und ihn mit Vollmachten zu versehen, damit ich auf meinen Posten nach Rußland, wie es der Ah. Wille des Königs zu sein scheint, abgehen kann.

Als ich den Vorzug hatte, Ew. Excellenz nach Warschau zu begleiten, gestatteten Hochdieselben mir den unmaßgeblichen Vorschlag, mein Verbleiben in Frankfurt a. M. bis zu dem Moment zu verlängern, wo der Verwaltungs-Ausschuß des Bundes, dessen Wirksamkeit auf sechs Wochen festgesetzt war, seine Aufgabe erfüllt haben würde. Dieser Ausschuß hat mit unablässiger Thätigkeit gearbeitet; es ist anzunehmen, daß er der Bundesversammlung in etwa zehn Tagen Bericht erstattet, daß ihm dann nur noch eine kurze Zeit bleiben wird, einzelne Geschäftszweige abzuwickeln. Außerdem sind wichtige Vorlagen für die Bundesversammlung zwischen Sr. M. Regierung und dem K. K. Österreichischen Cabinet verabredet, und es waltet weder Grund noch Zweifel ob, daß solche in kürzester Frist zur Sprache gebracht werden können, und wenn ich endlich noch hoffen darf, daß der diesseitige Antrag wegen Austrittes unserer Ostprovinzen sowie die Flottenfrage in Bälde einer Schlußfassung zuzuführen sind, so scheint mir alsdann der Augenblick gekommen, wo diejenigen Einleitungen getroffen sind, zu deren Behuf des Königs Majestät mich hierher geschickt und wonächst bessere Kräfte gewählt werden müssen, an den Bundestagsarbeiten Theil zu nehmen.

Ew. Excellenz bitte ich daher, die Eingangs beantragten Einleitungen bald treffen zu wollen, damit ich eben mit dem Ablauf dieses Monats Frankfurt verlassen und demnächst einer anderen Bestimmung wieder zueilen kann.

Da nach Sr. M. des Königs Allerhöchsteigen mündlichen huldreichen Äußerungen die fernere Wahl für den hiesigen Posten schon feststeht, so dürfte es nicht bloß überflüssig, sondern sogar anmaßend scheinen, wollte ich mich noch erkühnen, mir in dieser Beziehung unvorgreifliche Andeutungen zu erlauben.

Was unter den jetzigen Verhältnissen in Deutschland nützlich und möglich ist, was sich hier wird erzielen lassen, wie die einzelnen Vertreter der Bundesglieder zu behandeln sind und was mithin dazu gehört, Preußens Rechte und Interessen wahrzunehmen, das hat Ew. Excellenz Scharfblick längst übersehen. Es gehören dazu ganz vornehmlich: Entschiedenheit und Festigkeit des Charak-

[Bericht des Bundestagsgesandten v. Rochow, betr. die Wahl des Herrn v. Bismarck zu seinem Nachfolger.[1]) 11. Juli 1851.] 1851 Juli 11.

8. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Kritik über die Schwarzenbergsche Politik. Mißbilligung der Haltung der Kreuzzeitung. Falsche Beurtheilung der Vorgänge in Höchst. Kritik über die „neuen Gespräche" des Herrn v. Radowitz. Nochmals die Kreuzzeitung. 12. Juli 1851.

— — „Der Dr. Frantz[2]) ist heute, von Wien kommend, hier angelangt, Juli 12.

---

ters, Würde und Anstand im Lebenswandel, Wohlwollen im Umgang, reife Menschenkenntniß, Vorsicht im Ausdruck, die Gabe, Vertrauen zu erwecken und Achtung sich zu erwerben, sowie Geschäftserfahrung. Der ausgezeichnete Mann, welchen des Königs Majestät für die hiesige dornenvolle Aufgabe in Ah. Ihrer Weisheit aus der Zahl mehrerer wahrer und hingebender Patrioten auszuersehen geruhte, besitzt so hervorleuchtende Verstandes- und Charakter-Eigenschaften, daß er das, was ihm vielleicht für den nächsten Moment an Erfahrung noch abgehen möchte, durch andere überwiegend nützliche Eigenschaften und selten anzutreffende große Gaben hinreichend ersetzt. Derselbe ist ganz unstreitig eine Zierde der Preußischen Ritterschaft, ein Stolz derjenigen Wohlgesinnten, welche mit Muth und Hingebung für den Glanz der Krone sowie für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes unablässig arbeiten, ja ich möchte nicht anstehen, die Behauptung auszusprechen, daß eine solche Persönlichkeit in vieler Hinsicht für den hiesigen Posten zu gut ist, insofern nämlich so bewährte Eigenschaften mehr für ein thatkräftiges Einschreiten, für eine höchste Stelle im Innern des Vaterlandes vorzugsweise berufen zu sein scheint, unterdessen hier weniger glänzende Fähigkeiten genügen, wenn nur der Preußische Bundestagsgesandte mit positiver conservativer Gesinnung und allen solchen Qualitäten ausgerüstet ist, die einem tüchtigen Geschäftsmann, dem ehrenwerthen kräftigen Diener des Königs, einem wahren Preußen unentbehrlich sind. Wenn ich so frei war, die Eigenthümlichkeit und Befähigung meines designirten Nachfolgers sehr hoch anzuschlagen und auf den wesentlichen Nutzen aufmerksam zu machen, den derselbe im innern Staatsdienste wird leisten können, so will ich damit gar nicht gemeint haben, daß er nicht auch hier und überhaupt im Auslande den Ah. Erwartungen Sr. M. des Königs und Ew. Excellenz persönlichem Vertrauen vollständig entsprechen wird".

1) Herr von Rochow berichtete dem Minister-Präsidenten vertraulich über den Besuch Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in Frankfurt a. M. und eine längere Unterredung mit demselben. Gegen den Schluß des Berichts heißt es:

„Herrn von Bismarck haben Se. K. Hoheit sehr freundlich begrüßt; als ich mit Hochdemselben zum Hôtel fuhr, fragten Sie: „Und dieser Landwehr-Lieutenant soll Bundestagsgesandter werden?" — Allerdings, entgegnete ich, und ich glaube, die Wahl ist gut; Herr von Bismarck ist frisch, kräftig und wird gewiß allen Anforderungen Ew. K. Hoheit entsprechen. Der Prinz konnte darauf nichts entgegnen und hatte im Allgemeinen eine gute Meinung von diesem ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre Preußische Gesinnung. Ich glaube, Se. K. Hoheit wünschen Herrn von Bismarck nur mehrere Jahre und graue Haare — ob man mit diesen Attributen gerade die Ansprüche des Prinzen durchführen kann, wage ich nicht zu entscheiden".

2) cf. oben S. 8, Note 4.

1851 Juli 12. und habe ich eine längere Unterredung mit ihm gehabt. Er brachte einen Brief von Meyendorff[1]) an Herrn von Rochow, und hat sich, wie mir scheint, vom Fürsten Schwarzenberg[2]) mehr imponiren lassen, als ich erwartet hätte. Er vertheidigt für Österreich dasselbe Prinzip der centralisirenden Büreaukratie, welches er in seinen Brochüren über heimische Zustände so heftig angreift, und erwies sich in der Discussion, die ich darüber mit ihm hatte, als den Anhänger eines rein utilitarischen Princips, welches die Faktoren des „Rechtes" in seinen Combinationen außer Ansatz läßt. Mit der Phrase: „Ich kann meinen sechs blödsinnigen Vettern unmöglich alle Gouverneurstellen geben" fertigt der Fürst Schwarzenberg die Österreichische Aristokratie ab, die er allerdings nicht im Staatsdienste anstellen, wohl aber in der lokalen Organisation nutzbar machen sollte; anstatt das reiche Material für Communal- und Provinzialzwecke, welches Österreich in seinem Adel und in städtischen Corporationen besitzt, zu beleben und nutzbar zu machen, zerschlägt er es, um den subalternen Schreiber und den Gendarmen an die Stelle zu setzen. Wenn er sein System durchführt, so fürchte ich, daß er selbst noch den praktischen Beweis erlebt, wie wenig er den Namen eines Conservativen verdient. Den eisernen Reif, der das Staatswesen zusammenhalten soll, nach Zersetzung alles rechtlichen und organischen Bandes, sieht der Fürst allein in der Armee und in deren corporativer Isolirung; ganz abgesehen von jedem anderen Bedenken scheint mir dabei die Gefahr, aus der Volkssouverainetät unter die eines prätorianischen Heeres zu gerathen, durch die Erfahrungen der letzten drei Jahre, die gerade Österreich gemacht hat, nahe gelegt, zumal wenn man die Zusammensetzung dieses Heeres bedenkt, die Erbitterung der Nationalitäten, und den Umstand, daß mehr als die Hälfte der gebildeten Offiziere Ausländer sind, und daß wir in nächster Zukunft leicht Zeiten erleben können, die einem glücklicheren Wallenstein Spielraum für seinen Ehrgeiz gewähren. Glaubte doch die Österreichische Regierung im Jahre 1809 in dieser Beziehung den Mitgliedern des eigenen Kaiserhauses nicht trauen zu dürfen. Verzeihen Ew. Excellenz diese politischen Phantasien, die ich nicht wagen würde Ihnen vorzulegen, wenn ich nicht annehmen könnte, daß diese Zeilen erst in der Muße von Eilsen[3]) werden gelesen werden. Die Vertheidigung jener Politik von Frantz zu hören, habe ich besonders auch um deshalb bedauert, weil ich in seinen Äußerungen ein Echo von Meyendorffschen Ansichten zu vernehmen glaube, bei dem ich sonst eine mehr Deutsche als Russische Rechtsauffassung voraussetze.

---

1) Peter Freiherr von Meyendorff, Geheimer Rath, Russischer Gesandter am Wiener Hofe, accreditirt am 20. Oktober 1850.

2) cf. oben S. 2, Note 1.

3) Eilsen, Dorf in Schaumburg-Lippe am Fuße des Harrlberges, besucht wegen seiner Schwefel-, Eisen- und Schlammbäder.

1851 Juli 12.

Über die Polemik der Kreuzzeitung gegen die Organe der Regierung [1]) habe ich Wagener [2]) durch gemeinschaftliche Freunde angehen lassen; er setzt in den Augen des Publikums die Bedeutung des Blattes herab, indem er demselben den Nimbus benimmt, als ob jede politische Evolution, die es macht, ein Ausdruck der Partei wäre, die es vertritt; denn von einer großen und intelligenten Partei wird Niemand im Ernst glauben, daß sie ihre Stellung zur Regierung lediglich aus dem Grunde ändern werde, weil irgend eine einzelne Persönlichkeit, die den meisten gar nicht bekannt ist, eine Stellung einnimmt, der man sie nicht für gewachsen hält. Einen anderen Grund zu einer unfreundlichen Haltung kann der Leser in der Provinz aus dem Blatte selbst nicht entnehmen. Dergleichen untergeordnete Personalfragen können gerade jetzt weniger als jemals die Haltung der Partei, welche von der Kreuzzeitung vertreten wird, der Regierung gegenüber bestimmen. Den Ton mehrerer Artikel habe ich mehr als den Inhalt gemißbilligt, und bin nur durch die vielen Geschäfte der letzten Tage gehindert worden, Wagener direkt eine Vorhaltung zu machen. Leider ist es unvermeidlich, daß gerade die edlen und heut zu Tage so seltenen Eigenschaften furchtloser und unbeugsamer Charakterfestigkeit ihre unbequeme Kehrseite haben, die man mit in den Kauf nehmen muß.

Die Adlerzeitung in Nr. 10 enthält wieder mehrere falsche Nachrichten von hier unter dem Correspondenzzeichen ÷, die in einem officiösen Organ von übler Wirkung sind. Ein Verbot, das Nassauische Gebiet zu betreten, ist von der hiesigen Militairbehörde niemals ergangen, und wenn in dem Organ der Königlichen Regierung die Mißhelligkeiten wegen des Höchster Vorfalls [3]) als „unausgeglichen" bezeichnet werden, so ist das nicht ohne üblen Einfluß auf die desfallsigen Unterhandlungen. Meines Erachtens eignet sich diese Sache mehr zur Behandlung durch den Bundestag als durch die Preußischen Behörden, indem der Grund der Unrechtmäßigkeit des jenseitigen Verfahrens gerade darin liegt, daß die betheiligten Soldaten zu den Bundestruppen ge-

---

1) cf. oben S. 17.

2) cf. oben S. 12, Note 1.

3) Im Sommer 1851 verhaftete das Herzoglich Nassauische Justizamt Höchst wegen in Nied vorgefallener Excesse sieben Soldaten des Preußischen 29. Infanterie-Regiments. Es handelte sich demnächst um die Frage, ob das Nassauische Gericht zur Vornahme der Verhaftung competent war, oder ob vielmehr nach der für die Garnison der Bundesfestung Mainz bestehenden Übung, auch für die in Frankfurt a. M. befindlichen Bundestruppen deren militairischer Gerichtsstand ausschließlich zur Anwendung komme, und in Fällen von Excessen den Herzoglichen Behörden nur der erste Angriff mit der ihm entsprechenden Informativ-Verhandlung obliege und zustehe, verhaftete Militairpersonen aber baldmöglichst und ohne Einholung höherer Ermächtigung an das Militaircommando zu Frankfurt a. M. abzugeben seien. Preußen beantragte demnächst, daß die Nassauische Regierung der Gerichtsbehörde zu Höchst wegen der völlig rechtswidrigen Verfügung und Vollstreckung einer mehrtägigen Gefängnißstrafe gegen zwei der verhafteten Soldaten einen ernstlichen Verweis ertheile. Das Nähere s. in den Protokollen 1851, §§ 57, 84, 111.

1851 Juli 12. hörten, in Bezug auf welche Nassau sowie ganz Deutschland als Inland zu betrachten ist, und welche daher in Bezug auf eine in Nassau verübte Handlung sich nicht außerhalb der Jurisdiction ihres gesetzmäßigen Richters, des Militairgerichts, befinden. Eine Genugthuung, die mir dringend wünschenswerth erscheint, wird der Bund um so leichter erlangen können, als Herr von Wintzingerode [1]) nach seiner eigenen Erklärung jede Veranlassung gern ergreifen will, die ihn von den demokratischen Justizbeamten in Höchst erlösen könnte.

Die „neuen Gespräche“ des Herrn von Radowitz [2]) habe ich hier von Leuten verschiedener Parteien beurtheilen hören; alle diese Kritiken stimmen darin überein, daß sie Bedeutenderes von ihm erwartet haben. Das Werk macht den Eindruck, als ob es mit einer gewissen Flüchtigkeit geschrieben wäre. Es scheint, daß gerade dieser Autor das »nonum prematur in annum« nicht ungestraft vergißt. Im Vergleich mit den „älteren Gesprächen“ drängt sich dem Leser die Überzeugung auf, daß letztere mit der Kraft und Liebe eines Mannes geschrieben sind, der wirklich glaubt, was er sagt, während die neueren die undankbare Aufgabe haben, zu beweisen, daß alle Handlungen des Verfassers mit den Grundsätzen in Einklang gewesen seien, die er für die seinigen von der Welt gehalten zu sehen wünscht. Das Buch ist eingegeben von der Unfähigkeit, zu sagen „ich habe mich geirrt“, verbunden mit dem Bestreben, seine Gegner zu verletzen und die Vielseitigkeit der Gegenstände, mit denen sich ein tiefer Denker beschäftigt, öffentlich zur Anerkennung zu bringen. Ich kann mir nicht denken, daß der König, wenn er dieses Buch mit Aufmerksamkeit liest, die Überzeugung einer Seelenverwandtschaft mit Herrn von Radowitz festhält.

Soeben kommt mir die letzte Nummer der Kreuzzeitung zu Gesicht, deren Inhalt mich in der Absicht bestärkt, noch heute an Wagener zu schreiben, und Gerlach's Einfluß auf ihn zu Hülfe zu nehmen. Ich bin es der Offenheit schuldig, die ich mir gegen Ew. Excellenz zur Pflicht gemacht habe, zu erklären, daß ich objektiv die Ansicht Wageners theile, indem ich gleichfalls die Persönlichkeit, um die es sich handelt, nicht für ihren jetzigen Wirkungskreis geeignet halte; aber wenn ich mir nicht einmal in einer vertraulichen Correspondenz gestatte, Ew. Excellenz in dieser Beziehung meinen unberufenen Rath aufzudrängen, so ist das noch viel weniger angemessen für die Zeitung, und obenein in einem Ton, der Ew. Excellenz die Ausführung der begehrten Veränderung, selbst im Fall Sie damit einverstanden wären, erschweren würde“. [3])

---

1) Freiherr von Wintzingerode, Präsident des Nassauischen Staatsministeriums.

2) cf. oben S. 6, Note 3. Im Jahre 1846 erschienen dessen „Gespräche aus der Gegenwart“. Die „Neuen Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche“ erschienen 1851: Erfurt. (2 Theile.)

3) Hiermit schließt die Correspondenz des Gesandtschaftsraths von Bismarck ab, da derselbe am 15. Juli 1851 an Stelle des Herrn von Rochow zum Bundestagsgesandten ernannt worden war. cf. Urkunde 9.

9. Eigenhändiger Bericht, betr. die Einführung des Herrn v. Bismarck in die Bundesversammlung. Äußere Haltung des Grafen v. Thun in derselben. Ernennung eines Sardinischen Gesandten am Bunde. Verhängung des Belagerungszustandes über Frankfurt a. M. Herr v. Rochow. Wahl des Herrn v. Bismarck in den Provinzial-Landtag des Herzogthums Magdeburg und Wiederwahl in die Zweite Kammer. 27. August 1851.

1851 Aug. 27.

„Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich heute, wie ich schon durch den Telegraphen nach Berlin gemeldet habe, in die Bundesversammlung eingeführt worden bin. Es fanden in dieser Sitzung Verhandlungen nicht weiter statt, als daß der Beschluß gefaßt wurde, mich, ohne Präjudiz für die Zukunft, als gewählt für alle diejenigen noch bestehenden Commissionen zu betrachten, deren Mitglied Herr von Rochow war.[1])

Graf Thun hält auch in seinem Auftreten in der Bundesversammlung denselben Typus von Formlosigkeit aufrecht, der ihn im Allgemeinen charakterisirt. Er präsidirte in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckte, mit einer geringen Andeutung von Halsbinde, übrigens in Nanking, und den Vortrag im Conversationston haltend. Im Verkehr ist er seit meiner Ernennung sehr offen und entgegenkommend für mich. Eine unrichtige Auffassung ist es von seiner Seite, daß er die rechtliche Stellung des Präsidiums überschätzt.

Lord Cowley war von Sardinien beauftragt, bei dem Bunde anzufragen, ob die Person des Herrn von Pralorme in Paris für die Stellung eines Sardinischen Gesandten dem Bunde genehm sei. Graf Thun hat es, worin ich ihm ganz beistimme, unangemessen gefunden, daß Sardinien diesen Schritt durch Lord Palmerston[2]) hat thun lassen, anstatt die Vermittelung Preußens oder Österreichs in Anspruch zu nehmen. Er hat aber auch sofort erklärt, daß er aus diesem Grunde eine amtliche Erwiderung auf die Anfrage Lord Cowley's verweigere. Ich glaube kaum, daß eine derartige Erklärung im Namen des Bundestags, ohne Rückfrage zu geben, in den Attributen des Präsidialgesandten liegt. Da indessen die Mittheilung, die Graf Thun hierüber nach Erledigung der Sitzungsgeschäfte machte, von ihm als eine vertrauliche bezeichnet wurde, ich sonst auch ohne Kenntniß dieses Vorganges war, so habe ich geglaubt, meine Bedenken für mich behalten zu können.

Eine ähnliche Neigung, die Stellung der Präsidialgesandtschaft stärker als richtig zu accentuiren, trat in einer Privatunterredung über die etwaige Nothwendigkeit des Belagerungszustandes für Frankfurt hervor. Der Fürst Schwarzenberg hat dem Grafen Thun, unter Mittheilung des Inhaltes des

1) cf. Band I, Urkunde 4.

2) Viscount Palmerston, Großbritannischer Staatssecretair des Äußern.

1851 Aug. 27. von Herrn von Rochow an Ew. Excellenz hierüber erstatteten Berichts, die Absicht oder doch die Tendenz ausgesprochen, den Belagerungszustand durch den Bundestag eventuell beschließen zu lassen. Ich bin mit Graf Thun in der Überzeugung einig, daß die Mehrheit der Mitglieder zu einem solchen Beschluß gar nicht zu bringen sein wird; sie werden alle Instruktion einholen wollen, und viele sich lieber krank melden, als die Verantwortung eines solchen Beschlusses auch nach eingeholter Instruktion übernehmen. Außerdem würde ein guter Theil des Zwecks der Maßregel durch das mit der Behandlung in der Bundesversammlung unvermeidlich verbundene Bekanntwerden derselben vereitelt werden. Graf Thun schlug mir dagegen vor, daß er in seiner Eigenschaft als „Präsidium", nach vorgängiger Rücksprache mit mir, den Belagerungszustand anordnen und dann dem Bundestage mittheilen wolle, daß er es für nöthig gehalten habe und bereit sei, es zu verantworten. Ich stellte ihm dagegen vor, daß dieser Weg geeignet sei, bei den anderen Staaten, die schon durch Eifersucht auf ihre Souverainetät geplagt würden, Bedenken zu erregen wegen eines Präcedenzfalles, in welchem das Präsidium eine derartige Machtvollkommenheit Namens des Bundes ausübe, und schlug vor, lieber das Obercommando in eigenem Namen und in Vorsorge für die Sicherheit der Truppen und der Ordnung des militairischen Dienstes handeln zu lassen, vorbehaltlich der Rechtfertigung der Maßregel vor dem Vorgesetzten des Obercommandos, dem Bundestage. Letzterer würde dann die Triftigkeit der Gründe des Obercommandos nach Niedersetzung einer Commission zu diesem Behuf untersuchen, und nach eingeholten Instruktionen darüber entscheiden, ob der Belagerungszustand beizubehalten oder wegen Unzulänglichkeit der Befürchtungen aufzuheben sei. Man müßte die Maßregel vor Tagesanbruch nehmen, gleichzeitig die Häuser, in denen man Personen und Gegenstände vermuthe, militairisch besetzen und durchsuchen, damit der Schlag vollkommen unerwartet käme. Graf Thun war auch mit dieser Auffassung schließlich einverstanden.

Wenn es sich nun darum handelt, den Belagerungszustand auszusprechen oder nicht, so erkläre ich mich, salvo meliore, für die Affirmative, und zwar in der vorstehenden Modalität für die Einleitung. Ich halte es für unmöglich, der offen und geheim durch Tausende von Theilnehmern in Westdeutschland betriebenen Verschwörung, vermöge deren sich die Demokratie unter den Augen der Regierungen organisirt und täglich numerisch verstärkt, um den günstigen Tag für das Losschlagen gerüstet zu erwarten, auf die Dauer ruhig anzusehen, wenn man nicht zur Zeit der Entscheidung mit später Reue an das, was man in der Zeit der Ruhe hätte thun können, zurückdenken will. Für ebenso unmöglich muß es gelten, dieser Verschwörung wirksam entgegenzutreten, solange sie in Frankfurt einen Fuchsbau besitzt, der keinem Jäger zugänglich ist, solange sie hier, im Knotenpunkt des Weltverkehrs ein Asyl gegen jedes Einschreiten und jede Controle findet. Ich lege nicht großen Werth auf die Symptome, daß die

hiesige rothe Presse seit einigen Wochen frecher in ihrer Sprache wird (der Polizei-Direktor Schultz hat einige der kleinen Tagesblätter für Ew. Excellenz mitgenommen), daß nach einer Benachrichtigung von Deetz, die ich heute erhalte, seit mehreren Tagen Bewaffnete, mit Hirschfänger und Büchse, mit den Maindampfschiffen hier eintreffen, und sich in der Stadt verlieren. Sollten die Revolutionärs irgend etwas hier unternehmen, um das öffentliche Interesse nicht einschlafen zu lassen, so würde dies ein sehr günstiges Ereigniß sein, dem vorgebeugt zu sehen gar nicht in meinen Wünschen liegen würde. Aber auch ohne ein solches direkt veranlassendes Ereigniß glaube ich, daß Preußen und Österreich von Frankfurt polizeilich Besitz ergreifen müssen; die Pflicht der Nothwehr gegen die Revolution gebietet es. Von der hiesigen Regierung ist Abhülfe unter keinen Umständen zu erwarten, sie hat die Personalkräfte nicht, welche Anweisungen sie auch vom Bundestage empfangen möchte. Die conservativsten Leute hier sagen mir, daß, wenn sie den jetzigen Chef der Polizei, Senator Hessenberg, der sich, um sein Nicht-Einschreiten zu entschuldigen, selbst einen Demokraten nennt, aus dem Amte verlören, so würde keiner da sein, der es wagte, sein Nachfolger zu werden. Die benachbarten Regierungen Nassau und Hessen bemänteln ihre eigene Zaghaftigkeit mit der Ausrede, daß ihre Maßregeln nutzlos seien, solange der jetzige Zustand in Frankfurt dauere. Wenn hier der Schlag geführt würde, so ermuthigten sie sich, und Mainz müßte bald nachfolgen. Dort und in Worms giebt das Treiben dem hiesigen wenig nach. Es ist wahrscheinlich, daß man hier, wenn die Vorbereitungen geheim genug blieben, und der Belagerungszustand plötzlich genug einträte, interessante Materialien in die Hand bekäme; aber selbst wenn die Betheiligten vorsichtig genug wären, diesen Fall vorausberechnet, und nichts Verdächtiges in ihren Händen hätten, so würde ich die Maßregel gegen Frankfurt doch für eine politische Nothwendigkeit halten, um der erfolgreichen Bearbeitung der Bevölkerung am ganzen Rhein zu steuern, die durch die eingeschmuggelten Druckschriften und das Vereinswesen betrieben wird. Dieselbe erstreckt sich schon auf die Soldaten, von denen einzelne, am meisten Bayern, seltener Preußen, die Vereine besuchen, und sich in verdächtigen Verbindungen in Bornheim und anderen Orten umhertreiben.

1851 Aug. 27.

Der langen Rede Sinn ist, daß ich bitte, daß Ew. Excellenz Sich mit der Österreichischen Regierung darüber vereinbaren möchten, daß eine baldige Verhängung des Belagerungszustandes, auch ohne daß noch zu erwartende auffälligere Ereignisse dazu provociren, herbeizuführen sei, und die Modalitäten entweder zwischen beiden Cabinetten verabredet und hierher angeordnet, oder daß Graf Thun und ich autorisirt werden, in Gemeinschaft mit dem Obercommando die Maßregel, sowie es nach Zeit und Gelegenheit angemessen erscheint, ins Leben zu führen. Zur richtigen Würdigung dieser meiner Auffassung wiederhole ich nochmals, daß ich an momentane Aufstände und sonstige Fährlichkeiten theils

1851 Aug. 27. nicht glaube, theils sie für kein Unglück halte, daß ich aber die Besitzergreifung und militairische Handhabung der hiesigen Polizei für ein unentbehrliches Glied in der Kette der zur Bekämpfung der Revolution nöthigen Operationen halte. Zieht sich die Ausführung aber in die Länge, so verlautbart der Plan, und verliert dadurch viel an moralischem Eindruck und materiellem Nutzen. Sollte es wirklich soweit kommen, so wäre die Hersendung von einem oder zwei routinirten Exekutivbeamten unserer Polizei einige Tage vorher sehr wünschenswerth. Der Polizei-Direktor Schultz wird Ew. Excellenz ohne Zweifel besonderen Bericht über die von ihm gemachten Erfahrungen abstatten. Er hat Herrn von Rochow mißfallen, wie ich glaube durch eine zufällige, nicht übel gemeinte, aber conventionell ungeschickte Äußerung. Heut ist Herr Goldheim bei mir gewesen; ein intelligent aussehender Mann, den ich gebeten habe, einen Tag hier zu bleiben, um sich für zukünftige Fälle mit Personen und Gelegenheit etwas bekannt zu machen; er soll diesen Brief mit nach Berlin nehmen, von wo ich hoffe, daß er Ew. Excellenz noch nach Ischl zu Händen gelangt. Einige inzwischen eingegangene Polizeiberichte füge ich bei.

Herr von Rochow ist gestern früh abgereist, noch ziemlich leidend; wenn Ew. Excellenz dies zu Händen gelangt, werden Sie ihn schon in Ischl gesehen haben.

Im Herzogthum Magdeburg bin ich für den Provinzial-Landtag gewählt worden; nach jetziger Sachlage, und da der Sächsische Landtag dem Vernehmen nach schon Anfangs September zusammentritt, dürfte aber keine Aussicht für mich sein, daran Theil zu nehmen.

Meine Wiederwahl zur Zweiten Kammer habe ich nunmehr zu betreiben angefangen.[1]) Zu jener Zeit werden wir ja doch wohl soweit aus den Schwierigkeiten heraus sein, daß ich bei wichtigen Vorfällen den Verhandlungen beiwohnen kann".

10. Eigenhändiger Bericht, betr. den Geschäftsgang in den Bundestags-Ausschüssen. Verhalten des Grafen v. Thun in geschäftlicher und gesellschaftlicher Beziehung. Inaussichtnahme einer Bundestagssitzung behufs Einbringung gemeinschaftlicher Anträge von Österreich und Preußen. Ausscheiden der Preußischen Ostprovinzen aus dem Bunde. Geschäftliches Verhalten des Herrn v. Rochow gegenüber Herrn v. Bismarck. Mißgeschick eines Frankfurter Preßagenten. Thätigkeit des politischen Ausschusses. Abreise des Herrn v. Bismarck zum Landtage nach Merseburg; Aufgabe des Landtags. Finanznoth in Kurhessen. 6. September 1851.

Sept. 6. „Ew. Excellenz werden nunmehr, und wie ich hoffe und wünsche, in guter Gesundheit wiederum in Berlin eingetroffen sein, wenn Sie diesen Brief er-

1) Herr von Bismarck wurde demnächst für die zweite Legislaturperiode in das Abgeordnetenhaus gewählt, und zwar im dritten Wahlbezirke des Regierungsbezirks Potsdam (Westhavelland und Zauch-Belziger Kreis).

halten. Ich habe, seit ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehen, zwar die Geschäfte übernommen, aber es hat seit meiner Einführung eine weitere Sitzung des Bundestags noch nicht stattgefunden. Die Ausschußverhandlungen sind an sich weniger bedeutsam und werden eine Geduldprobe durch das Verfahren in denselben. Graf Thun präsidirt in den meisten, und da er die eingehenden Piecen nicht vorher liest, so lernt er sie erst dadurch kennen, daß er sie dem Ausschusse buchstäblich von Anfang bis zu Ende vorliest, eine Operation, welche mitunter bei einer einzelnen Piece, z. B. einem 30 bis 40 Bogenseiten starken Bericht über das Rechnungswesen der Flotte, voller Ziffern und Beläge, mehrere Stunden dauert, während welcher der Graf mit beneidenswerther Lunge liest, Herr von Schele einschläft, Herr von Nostitz unter dem Tisch ein Buch liest, und General Xylander[1]) neben mir neue und phantastische Laffetten-Construktionen auf sein Löschblatt zeichnet. Dieses Vorlesen ist nur das Mittel, zu erfahren, wovon das Aktenstück handelt, und wenn Graf Thun sich davon vor der Sitzung überzeugte, so würde er uns viel Zeit ersparen, und wir die Sache durch den Vortrag des Referenten später beurtheilen können, indem wichtige Sachen doch bei Allen circuliren und demnächst der Gegenstand zweimaliger Re- und Correlation werden, im Ausschusse und im Bundestage. In den Ausschüssen wird kein Protokoll geführt, die zu fassenden Beschlüsse auch nirgend eingetragen, sondern sind nur ihrer Wirkung nach aus den Akten ersichtlich, und aus dem, was der Referent darüber in sein Referat niederlegt. Es giebt daher weder eine Sicherheit, daß die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses richtig wiedergegeben wird, noch eine Möglichkeit, sich durch eine authentische, von allen Mitgliedern anerkannte Niederschrift von dem Wortlaute der Ausschußbeschlüsse zu überzeugen. Ich habe dem Grafen Thun Vorstellungen über das Unmögliche dieses Geschäftsbetriebes gemacht; er that auf gut Österreichisch, als ob er nicht begriffe, um was es sich handle und wie es anders sein könne, obschon diese Sache der Gegenstand der Beschwerde auch anderer Gesandten, namentlich des Herrn von Schele, wiederholt gewesen ist. Er wurde dann gereizt, sprach von Mißtrauen und brach die Unterredung ab. Bei der jetzigen Geschäftsordnung liegt die Deklaration der nicht niedergeschriebenen, sowie der Besitz und die leichte Zugänglichkeit der in den schriftlichen Referaten in nur Einem Exemplar niedergeschriebenen Ausschußbeschlüsse allein in den Händen der Präsidialgesandtschaft.

1851 Sept. 6.

Ich muß überhaupt die Klage meines letzten Briefes[2]) wiederholen, daß Graf Thun bemüht ist, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und faktisches Übergreifen, ungebührlich zu erweitern. Remonstrationen dagegen nimmt

---

1) Ritter von Xylander, General-Major und Bayerischer Bundestagsgesandter, demnächst Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

2) cf. Urkunde 9.

1851 Sept. 6. er mit Heftigkeit auf. Er ist gescheuter und geschäftskundiger, als ich glaubte, aber in der That in seiner äußerlichen Politur unfertiger, als man seinem Herkommen nach annehmen sollte. Gegen Herrn von Schele[1]) wurde er gestern im Ausschusse so heftig, daß dieser mich beauftragte, ihn zu fordern; ich zog indessen vor, den Vermittler zu machen und die Sache beizulegen, obschon eine anderweite Entwickelung ohne Zweifel pikanter gewesen wäre. Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt, seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die officiellen, nie erwidert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines Englischen Zeitungs-Correspondenten gehabt. Selbst mit Herrn von Rochow machte er es nicht anders; Wentzel[2]) sagt mir, daß er mit Rochow zusammen 20 Minuten dort antichambrirt habe. Er steht nie von seinem Sitze auf, um Jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich theile Ew. Excellenz dies nur zu Ihrer Erheiterung mit; ich beobachte dieses seltene Exemplar von Diplomat mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon einiges beizutragen, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren.

Morgen ist eine Sitzung des Bundestags, in welchem die gemeinschaftlichen Erklärungen von uns und Österreich in der Flottensache,[3]) wegen des hier aufzustellenden Bundescorps[4]) und über Holstein-Hessen[5]) vorgebracht werden sollen. Obschon wir uns über diese Erklärungen noch nicht verständigt hatten, so ist mir doch vom Grafen Thun nicht eher als durch das amtliche Circular, also spät gestern Abend, die Absicht bekannt gegeben, daß er auf heute eine Sitzung zu diesen Zwecken anberaumt habe. Nach genommener Rücksprache mit mir hat er die Sitzung auf morgen verschoben. Unsere noch obwaltende Differenz über die Dislokation des Preußischen Contingents zu dem aufzustellenden Corps wird aber bis morgen auch nicht erledigt sein, wenn mir der Telegraph nicht bis dahin eine andere Instruktion als die bisherige vom 11. Juni bringt.

---

1) cf. oben S. 7, Note 1.

2) von Wentzel, Legationsrath bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage und Minister-Resident bei der Freien Stadt Frankfurt.

3) cf. unten S. 49, Note 2.

4) cf. unten S. 37, Note 3.

5) cf. unten S. 47, Note 2.

Den Antrag wegen unserer Ostprovinzen[1]) beabsichtige ich erst in der folgenden Sitzung einzubringen, da sich bei meiner Geschäftsübernahme durch persönliche Umfrage herausstellte, daß mit den Gesandten für Thüringen,[2]) Mecklenburg,[3]) die 16.[4]) und die 17. Curie[5]) noch gar nicht über die Sache gesprochen war, und sie deshalb noch ohne Instruktion waren. Mecklenburg und Herr von Holzhausen für die 16. Curie haben mir ohne Weiteres ihre Beistimmung zugesichert. Die Herren von Fritsch und Brehmer waren aber vom deutsch-nationalen Standpunkte aus persönlich dagegen, und haben um Instruktion nach Hause geschrieben. Ich werde aber, wenn Ew. Excellenz es nicht anders bestimmen, den Antrag jedenfalls in der ersten Sitzung der nächsten Woche einbringen, denn erst durch praktische Verhandlung der Sache werden die etwaigen Winkelzüge zu Tage kommen, die sich an die Sächsische Erklärung, daß Einstimmigkeit erforderlich sei, knüpfen können. Für diejenigen, welche von der Ansicht ausgehen, daß die Einverleibung rechtlich vollendet gewesen ist, dürfte allerdings consequenter Weise der Beschluß des Wiederaustrittes nur durch Einstimmigkeit zu fassen möglich erscheinen.

1851 Sept. 6.

Ich habe die Lage dieser Angelegenheit und den Mangel an Vollzähligkeit der zu erwartenden Zustimmungen bisher und vor meinem Amtsantritte nicht übersehen können, da Herr von Rochow über die laufenden Geschäfte, obschon ich mich täglich zu diesem Behuf bei ihm meldete, nicht in dem Grade mittheilend war, wie ich es gewünscht und für meine Vorbereitung erforderlich gehalten hätte. Ich habe von dem Eingange wichtiger Rescripte nicht Kenntniß erhalten, und bei Herrn von Rochow's Abreise hat er mir keine Mittheilungen über die Lage der schwebenden Angelegenheiten gemacht, nicht einmal eine Übergabe fand statt. Er gab mir den Termin seiner Abreise noch am Abend vorher um 24 Stunden später an, als er sie beschlossen hatte, und schickte mir am anderen Morgen ein Abschiedsschreiben, worin er erklärte, daß er sich wegen des schönen Wetters entschlossen habe, einen Tag früher zu fahren. Ich konnte ihn nur noch einige Minuten auf dem Bahnhofe sehen, und übernahm dann ex officio die Geschäfte, ohne Mittheilung über deren Lage von Seiten meines Vorgängers. Einen Beweis, wie weit die Zurückhaltung meines Vorgängers in Beziehungen des Geschäftsverkehrs ging, wollen Ew. Excellenz daraus entnehmen, daß ich von der Existenz des umfangreichen und wichtigen Rescriptes

---

1) cf. oben S. 15 f.

2) Freiherr von Fritsch, Großherzoglich und Herzoglich Sächsischer Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Bundestagsgesandter für das Großherzogthum Sachsen und die Sächsischen Herzogthümer.

3) von Oertzen; s. oben S. 16.

4) Adolf Freiherr von Holzhausen, Fürstlicher und Landgräflicher Wirklicher Geheimer Rath, Bundestagsgesandter für beide Reuß, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg (16. Curie).

5) Dr. Brehmer; s. oben S. 16, Note 7 (z. Z. Führer der 17. Curie).

1851 Sept. 6. vom 3. Juli[1]) erst dadurch Kenntniß erhielt, daß der Dr. Quehl[2]) sich nach dem Erfolg desselben erkundigte. Die diesseitigen Berichte, welche das Rescript vom 3. Juli theilweise widerlegt, rühren nicht von mir her und sind mir großentheils nicht bekannt geworden; ein Gleiches gilt von allen denen, welche das Treiben der Ultramontanen betreffen; deren intellectueller Urheber ist W. Menzel, soweit ich sie indeß durch Rudloff[3]) kenne, enthalten sie in ihrer Allgemeinheit viel Wahres. Herr von Rochow hat mich, wie mir schien aus höflicher Abneigung, meine Arbeiten zu streichen oder zu ändern, so gut wie gar nicht als Concipienten herangezogen, so daß er mich fast ganz außerhalb des eingehenden sowohl wie des abgehenden Geschäftsverkehrs hielt. Ich bin indessen, obgleich ich nicht unempfindlich für das Drückende und Verletzende einer solchen Stellung sein konnte, in äußerlich freundschaftlichem Verhältnisse mit ihm geblieben und geschieden, weshalb ich Ew. Excellenz auch bitte, meine Herzensergießungen über dieses Thema zu secretiren.

Der kleine Zirndorfer,[4]) den Ew. Excellenz in Mainz und Baden gesehen haben, ist seit einigen Tagen in großer Aufregung, weil zwei Briefe von ihm an Herrn von Rochow, die an und für sich ohne Inhalt sind, aber Bezug nehmen auf Berichte, die er Herrn von Rochow und mir eingereicht habe, in den hiesigen demokratischen Tagesblättern mit seiner Namensunterschrift abgedruckt worden sind, unter der Überschrift: „Beiträge zu dem Denunciantenwesen in Frankfurt". Zwischen beiden ist ein Bericht über das Treiben der Propaganda in Frankreich und deren Beziehungen zu einigen hiesigen Demokraten abgedruckt, welcher gleichfalls Herrn von Rochow durch Zirndorfer eingereicht war, aber nicht von seiner Handschrift ist. Wie diese Stücke in den Besitz der Demokraten gelangt sind, habe ich nicht ermitteln können; das Wahrscheinlichste ist, daß ein Bedienter, den Herr von Rochow in den letzten Wochen annahm, sie gestohlen und ausgeliefert hat. Zirndorfer trägt seitdem einen Dolch von ungewöhnlichen Dimensionen, und wünschte, daß ich eine fulminante Note an den hiesigen Senat wegen crimineller Untersuchung der Sache erlassen sollte. Ich habe indessen geglaubt, daß diese Angelegenheit nur um so unangenehmer wird, wenn man sie mit Wichtigkeit behandelt, und habe amtlich nichts in derselben gethan.

In dem politischen Ausschusse des Bundestags werden jetzt die Modalitäten des Beschlusses vom 23. August, in Betreff der Einwirkung des Bundestags auf die einzelnen Verfassungen,[5]) berathen. Es wird schwer sein, eine

---

1) Betraf die Stellungnahme der Regierung gegenüber der Presse.

2) Dr. Quehl, Referent der Centralstelle für Preßangelegenheiten in Berlin.

3) cf. oben S. 18, Note 3.

4) Ein Preßagent.

5) Vergl. über diesen Ausschuß Band I, S. 29* und die über die Aufgabe des sogenannten „Politischen Ausschusses" handelnde Urkunde 1 im Band II.

Form zu finden, welche die theoretische Sicherheit gewährte, daß sich der Bund nicht in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen versucht, ohne die Möglichkeit abzuschneiden bei anderen Bundesstaaten, bis Hannover und Württemberg aufwärts, haltbare Zustände wieder herzustellen. Die jetzige Hannoversche Verfassung, vermöge deren in der dortigen Ersten Kammer die reifere Intelligenz durch eine bäuerliche Majorität, das conservative Element durch die Advokaten vertreten wird, geht soweit, daß sie den König ausdrücklich verpflichtet, einen Minister sofort zu entlassen, von welchem die Majorität der Kammer erklärt, daß er eine „Gesetzverletzung" begangen habe.

1851 Sept. 6.

Auf Veranlassung einer heute erhaltenen telegraphischen Depesche, der schon ein Brief von Klützow ankündigend vorherging, werde ich mich zur Eröffnung des Landtags auf Einen Tag nach Merseburg begeben, um Witzleben [1]) beizustehen. Ich glaube mit Ihrem Herrn Bruder, [2]) der mir darüber geschrieben hat, daß die ständischen Vertreter nichts Besseres thun können, wie sich den Kammern gegenüber als praktische und besonnene Leute zu erweisen, die ihre Vorlagen mit Tüchtigkeit erledigen. Verwahrungen wirklicher oder vermeintlicher Rechte, Wünsche in Bezug auf verfassungsmäßige Annäherung an das ständische Princip, brauchen nicht zu unterbleiben, dürfen aber nach Fassung und Gelegenheit nicht in der Art hervortreten, daß sie Spaltungen der verschiedenen Stände unter einander hervorrufen oder ans Licht bringen, die den moralischen Eindruck der Sache vorweg vernichten würden.

Vorgestern war der Kurhessische Bundestagsgesandte von Trott [3]) bei mir mit der vertraulichen Anfrage, ob der Bundestag wohl geneigt sein werde, die Garantie einer Hessischen Anleihe von 3½ Million Thalern zu übernehmen; ich habe erwidert, daß ich das nicht glaubte, und von dem Versuch dazu abgerathen, vielmehr empfohlen, durch schleunige Vorlage eines Revisions-Entwurfs der Verfassung dem Bundestage möglich zu machen, daß er einem provisorischen Verfassungswerk vorbehaltlich weiterer Revision eine einstweilige Wirksamkeit verschaffe, durch welche die Kurfürstliche Regierung in den Stand gesetzt würde, ihre Finanzen zu regeln. Herr von Trott sagte, daß die landesherrlichen Kassen noch vor Ablauf des jetzigen Monats vollständig erschöpft und außer Stande sein würden, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen".

---

1) cf. oben S. 17.

2) Freiherr von Manteuffel, Unterstaatssecretair im Preußischen Ministerium des Innern.

3) von Trott, Geheimer Rath, Kurhessischer Bundestagsgesandter.

11. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg. Fürst v. Metternich. Benehmen des Grafen v. Thun bei dem Antrage Preußens und Österreichs wegen Aufstellung eines Bundescorps zum Schutze der Bundesversammlung. Verhältniß zu dem Grafen v. Waldersee. 17. September 1851.

1851 Sept. 17.

„Ew. Excellenz beehre ich mich neben dem officiellen Berichte vom heutigen Tage[1]) über die Art, wie ich bemüht gewesen bin, den mir unter dem 11. cr. ertheilten Auftrag zu erledigen, noch die nachstehenden Details über meine gestrige Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg vorzulegen.

Ich begab mich gestern Nachmittag nach Wiesbaden, begegnete Sr. Durchlaucht in Begleitung der Frau Herzogin und der jungen Prinzessinnen im Curgarten; nach Entfernung der Damen machte ich mit dem Herzog einen mehrstündigen Spaziergang, welchen ich zu den mir befohlenen Eröffnungen benutzte. Se. Durchlaucht nahm meinen Vortrag mit Ruhe und Freundlichkeit auf, zündete eine Cigarre an und forderte mich auf, das Gleiche zu thun. Die Erwiderung des Herzogs richtete sich zuerst auf die Erklärung vom 28. Mai 1786, die Entsagung des Herzogs (Prinzen) Friedrich Christian enthaltend,[2]) auf deren Vorhandensein ich mit der Befürchtung hingedeutet hatte, daß Dänemark aus derselben einen Titel zu einem dauernden Retentionsrecht der Herzoglichen Besitzungen werde herzuleiten versuchen. Der Herr Herzog sprach sein Erstaunen über die „Perfidie" des Dänischen Gouvernements aus, welches dieser Urkunde wissentlich eine andere Tragweite unterlege, als sie jemals gehabt habe. Wörtlich gleichlautende Verzichtleistungen seien seit dem Erlaß des Königs-Gesetzes von jeder sich verheirathenden Dänischen Prinzessin ausgestellt worden, welche sich indessen nicht auf die Successionsrechte in der Regierung Dänemarks oder der Herzogthümer, sondern nur auf Privat-Erbschafts- und Sustentationsansprüche dem Königlichen Hausvermögen gegenüber bezogen hätten. Der Herzog sagte, daß er noch im Besitze der Original-Correspondenz sei, welche über die Vermählung seiner Frau Mutter mit dem damaligen Dänischen Minister, wenn ich nicht irre Grafen Bernstorff, geschlossen sei; diese wolle er mir demnächst vorlegen, aus derselben werde die Richtigkeit seiner Auffassung, und daß es sich dabei nur um den „Artikel 22 der lex regia" handle, hervorgehen. Ich suchte das Gespräch von Erörterung der Rechtsfragen ab und auf das Gebiet der Betrachtung darüber zu lenken, was unter den jetzigen thatsächlich vorhandenen Umständen und Aussichten für Se. Durchlaucht zu thun rathsam sein möchte, indem ich geltend machte, daß, in Betracht der lebhaften Theilnahme, welche Se. M. der König für die Rechte des Herzoglichen Hauses jederzeit gehegt und bethätigt habe, in der Natur des

1) cf. Band I, Urkunde 10.

2) Abgedruckt Band I, S. 16, Note 2.

Rathes, den Se. Majestät Sr. Durchlaucht ertheilten, der sicherste Beweis läge, daß keine Aussicht zur Durchführung eines den Rechtsauffassungen des Herzogs mehr entsprechenden Systems vorhanden sei; vielmehr würden die Chancen des Herzoglichen Hauses in Bezug auf die für eine Verzichtleistung zu stipulirenden Entschädigungen sich entschieden ungünstiger gestalten, sobald die Mittheilung eines getroffenen Abkommens an die Europäischen Mächte officiell erfolgt sei, indem alsdann Dänemark das Bedürfniß eines rechtlichen Abkommens mit Sr. Durchlaucht in vermindertem Grade empfinden werde. Der Herzog entgegnete hierauf, er gebe zu, daß die Lage der verwickelten und einander widersprechenden Rechtsansprüche des Königlich Dänischen und seines eigenen Hauses in der That verschiedener Auffassung fähig sei, und daß er nicht verkenne, wie die dermalige politische Lage von Europa, solange sie dauere, ihm die Hoffnung auf eine Durchführung auch selbst seiner vollständig liquiden Rechte benehme, und ihn nöthige, mehr die politische Durchführbarkeit, als den rechtlichen Werth seiner Ansprüche ins Auge zu fassen; wenn er lediglich seine persönlichen Interessen und Neigungen berücksichtigen wollte, so würde er schon früher die Hand zu einem Abkommen geboten haben, seine Pflichten gegen die Herzogthümer, gegen seine Kinder und Agnaten ließen ihn aber ermessen, daß er nicht in der Welt sei, um nach seiner eigenen Annehmlichkeit zu leben. Ich würde fürchten, Ew. Excellenz zu ermüden, wenn ich den Faden dieser fast dreistündigen Unterredung genau verfolgen wollte, und beschränke mich daher auf das, was mir schließlich die Summe der Äußerung Sr. Durchlaucht im Verlauf derselben zu sein scheint. Ich halte dafür, daß er im Ganzen geneigt ist, den von Sr. M. dem König ertheilten Rath zu befolgen, sich aber, ehe er eine Erklärung abgiebt, mit den Prinzen, seinen Söhnen, und unter den Agnaten, besonders mit Sr. K. H. dem Großherzog von Oldenburg, in Beziehung zu setzen, auch wenn es möglich ist, vorher etwas Näheres und Sicheres über die Natur und Ausdehnung der Entschädigung zu erfahren, auf die er sich nach Lage der Verhandlungen und der gegnerischen Auffassungen Hoffnung machen kann. Wenn Se. M. der König befiehlt, daß ich die Unterhandlungen auf Grundlage der gestrigen Unterredung fortsetzen soll, so dürfte es zur Erleichterung und Beschleunigung derselben förderlich sein, wenn Ew. Excellenz mir vertraulich andeuten könnten, von welcher Beschaffenheit und Höhe die dem Herrn Herzog zu gewährende Entschädigung ungefähr sein dürfte, ob dieselbe in Geld, Domainen oder etwa, wie mir ein Russischer Diplomat früher einmal gelegentlich andeutete, in dem Herzogthum Lauenburg möglicherweise bestehen könnte. Der Herzog sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß der Plan, ihm das Großherzogthum Oldenburg, unter Übertragung der Dänischen Krone auf das Großherzogliche Haus, zu überlassen, gescheitert sei, zumal er ohnehin ein Recht auf Oldenburg nach Abgang des Königlich Dänischen Mannsstammes habe. Er sagte mir schließ-

1851 Sept. 17.

1851 Sept. 17. lich, als einstweilige officielle Erklärung seinerseits, daß er bis zum 21. cr. die Prinzen, seine Söhne, gesehen haben werde, und sich vorbehalte, mich alsdann hier in Frankfurt zu besuchen, um mir weitere Eröffnungen zu machen. Besonders schwierig schien es Sr. Durchlaucht, namentlich bei seiner Unbekanntschaft mit der Lage der Verhandlungen, die Initiative zu ergreifen, seinerseits mit Vorschlägen herauszutreten; er brauchte dabei den Vergleich mit einem Gutshandel; sobald in einem solchen der Verkäufer zuerst mit seinen Bedingungen hervorkomme, stehe auch fest, daß er überhaupt verkaufen wolle, und er gerathe dadurch dem Käufer gegenüber in eine unvortheilhaftere Lage, als wenn diese Frage noch unentschieden bliebe, mit anderen Worten, der Herzog fürchtete, daß eine Präcisirung von Bedingungen seinerseits, lediglich und ohne Eingehen auf dieselben, so gedeutet werden könne, als zweifle er an seinem Recht und fange an „mürbe" zu werden. Ich erwiderte, daß sich diese Gefahr vielleicht dadurch vermeiden lasse, wenn Se. M. der König, sobald Allerhöchstdemselben die Wünsche Sr. Durchlaucht vertraulich bekannt gegeben würden, dieselben vielleicht im eignen Namen, als freiwilliger rerum gestor Sr. Durchlaucht, den übrigen Mächten und in specie Dänemark, vorschlügen; ich hätte zwar zu einem Versprechen der Art keinen Auftrag von Sr. Majestät, würde mir aber erlauben, diesen Weg wenigstens zur Sprache zu bringen. Der Herzog erklärte diesen Ausweg für allerdings zusagend und behielt sich vor, später darauf zurückzukommen. Soviel habe ich aus den Äußerungen des Herrn Herzogs gestern entnehmen können, daß er, neben der direkt zu beanspruchenden Entschädigung, einen hohen Werth darauf legt, wie demnächst die Successionsordnung für die Dänische Monarchie werde festgestellt werden; er wünscht, wie ich glauben darf, das Erbrecht seines Stammes nach etwaigem Abgange des Mannsstammes derjenigen Linie, die jetzt auf den Thron berufen werden würde, anerkannt zu sehen, und sprach sich entschieden für gänzliche Abschaffung der weiblichen Erbfolge auf den Dänischen Thron aus, weil sonst die Erhaltung des letzteren in dem Hause Holstein mit jeder Generation in Frage gestellt werden könne. Daß der Herzog mit seinen Söhnen zu Rathe geht, scheint nicht nur natürlich, sondern auch nothwendig, da beide nach Sr. Durchlaucht Meinung majorenn und also durch eine väterliche Verzichtleistung nicht gebunden sein würden.

Sobald ich im Besitze der ferneren, von Sr. Durchlaucht in Aussicht gestellten Mittheilungen bin, werde ich die Ehre haben, Ew. Excellenz darüber zu berichten, und bemerke ich noch, daß der Herzog während der ganzen Unterredung wiederholt in Ausdrücken des wärmsten Dankes von Sr. M. dem König, auch in Bezug auf diesen neuen Beweis der Allerhöchsten Theilnahme sprach, und die Erörterung selbst in keiner Phase einen für mich unbehaglichen Charakter annahm, was im Grunde mehr war, als ich erwartet hatte.

1851 Sept. 17.

Der Fürst Metternich [1]) ist gestern zu Wasser nach Mannheim, wohin ihn die Großherzogin Stephanie [2]) eingeladen hat, abgereist, um über Heilbronn und die Donau abwärts nach Wien zu gehen.

Graf Thun hat mir in der vorigen Bundessitzung eine Verlegenheit bereitet, die mich zu erhöhter und mißtrauender Vorsicht in dergleichen Fassungsfragen auffordert. Er hatte in dem gemeinsamen Antrage wegen Aufstellung des Bundescorps [3]) die Wendung stehen lassen, daß alle Truppentheile so dislocirt sein sollten, daß sie in „Einem Tage" Frankfurt erreichen könnten, obschon ich ihm meine entgegenstehenden Instruktionen, soweit es nöthig war, um ihn au fait zu setzen, wörtlich mitgetheilt hatte. Ich habe Ew. Excellenz schon vorzutragen die Ehre gehabt, wie er mich in der Sitzung über diese Meinungsverschiedenheit beschwichtigte und sie vor den Anderen zu verschweigen bat. Der Antrag ist natürlich in der verlesenen Fassung zu Protokoll gegangen, so daß Preußen anscheinend mit der darin angedeuteten Dislokation einverstanden ist. Ich habe darauf gerechnet, die Sache mit Thun dadurch ins Geleise zu bringen, daß wir in der nächsten Sitzung Beide erklären würden, nach genommener Rückfrage bei unseren Regierungen und zur Erleichterung der Zustimmung der Betheiligten modifizirten wir den Antrag dahin, daß die Clausel wegen des „Einen Tags" ausfiele; nun macht aber Graf Thun mir deshalb Schwierigkeiten, behauptet meine damaligen mündlichen Äußerungen mißverstanden zu haben, was den Umständen nach gar nicht möglich war. Auf meine bestimmte Versicherung, daß ich, wenn der Antrag in der jetzigen Fassung wieder zur Abstimmung käme, erklären müsse, daß das Einverständniß Preußens mit dem fraglichen Passus auf einem Mißverständniß beruhe, hat er nun nochmals in Wien um neue Instruktion angefragt, und will die Abstimmung bis zum Eingang derselben verschieben. Bayern und Kurhessen sind ebenfalls nicht geneigt, ihre Truppen, die zu dem Corps gehören sollen, in Cantonnirung zu legen, und werden dem Beschluß voraussichtlich nur unter einer, unseren Wünschen analogen Modifikation zustimmen.

Mit Graf Waldersee [4]) ist mein Verhältniß sehr gut geworden; er hat Vertrauen zu mir gefaßt, und wir besprechen alle gemeinschaftlichen Interessen ohne Unbequemlichkeit und mit voller Offenheit. Letztere ist ein großer Vorzug des Grafen, der auf dem hiesigen Felde der Intrigue und Doppelzüngigkeit nicht hoch genug anzuschlagen ist".

---

1) Fürst von Metternich, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, ehemaliger Österreichischer Hof-, Haus- und Staatskanzler.

2) Stephanie Louise Adrienne, Wittwe des am 8. Dezember 1818 verstorbenen Großherzogs Carl Ludwig Friedrich von Baden.

3) cf. Band I, Einleitung S. 10* und Urkunden 5 und 70; siehe auch oben S. 30.

4) Graf von Waldersee, General-Major, Preußischer erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

12. Eigenhändiger Bericht, betr. die Besorgnisse vor einer revolutionären Krisis im Jahre 1852. Unmöglichkeit einer conservativen Opposition in Preußen. Aus der Bundestagssitzung. 29. September 1851.

1851 Sept. 29.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 25. cr. habe ich gestern Abend durch den Cölner Schirrmeister erhalten und Ihrem Befehle gemäß verbrannt. In Bezug auf den Inhalt desselben glaube ich mit Ew. Excellenz, daß die Besorgniß vor 1852 eine übertriebene ist; solange nicht ein überwiegender Theil der Französischen Armee meuterisch und socialistisch ist, besteht das Schlimmste, was eintreten kann, in einem einfachen Kriege Frankreichs gegen eine Europäische Coalition; aber auch daran glaube ich nicht; ich bin überzeugt, man wird parturiunt montes sagen, wenn die Zeit kommt. Aufstände in Frankreich oder Deutschland ohne Theilnahme der Französischen Armee können nur der Reaction dienen und würden mir mehr erwünscht als furchtbar scheinen. Das sage ich freilich in der Voraussetzung, daß Se. Majestät fest bei dem System bleibt, jedes erlaubte Mittel im Kampfe gegen die Revolution aller Schattirungen furchtlos zu handhaben; wenn auf irgend einem Gebiete, so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt, daß Muth und Sieg nicht im Causalzusammenhange, sondern identisch sind; wenigstens für einen König von Preußen Gott sei Dank ist es noch so.

Die Bethmann-Goltzsche Opposition und Zeitung [1]) wird, wenn sie wirklich ins Leben tritt, ganz anders verlaufen, als die Herren beabsichtigen; die Möglichkeit einer „conservativ-oppositionellen" Richtung beruht auf einer Täuschung; eine conservative Opposition kann nur mit und durch den König geführt werden, nicht durch öffentliche Blätter, sondern durch persönliche Einwirkung am Hofe; jede andere hat bei uns keinen Boden, oder sie muß radikal werden, und das werden diese Herren mit ihrer „conservativen" Opposition sehr bald „schaudernd selbst erleben"; sie werden in den Ton der Kölnischen Zeitung, in den Ton des flachen Liberalismus verfallen, oder an Langeweile, die sie Anderen machen, sterben. Selbst das Junkerthum, welches durch seine Verzweigung im Grundbesitz, im Heer, in der Büreaukratie sehr viel mächtiger ist, als diese rheinisch-conservativen Opponenten, kann einem entschlossenen Ministerium gegenüber nur dann mit Erfolg opponiren, wenn es die Person des Königs für sich hat; selbst dann, wenn die Junker durch wirkliche Rechts-

1) von Bethmann-Hollweg war Mitbegründer der Kreuzzeitung, trennte sich aber bald, weil er eine ehrliche constitutionelle Regierung wünschte. Demnächst gründete er „Das Preußische Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen" (Verantwortlicher Redacteur Dr. von Jasmund. I. Jahrgang. 1852. Berlin, bei Gustav Schade). Auch dieses Blatt gerieth bald in eine heftige Polemik mit der „Neuen Preußischen Zeitung" (Kreuzzeitung); vergl. z. B. die geharnischte Erklärung von Bethmann-Hollweg's gegen dieselbe, abgedruckt in der Ersten Beilage zu No. 16 (20. März 1852).

verletzung und schweren materiellen Schaden zu Einigkeit und Energie aufgestachelt werden. 1851 Sept. 29.

Die Regierungsgewalt ist in Preußen, sobald nur Krone und Minister einig sind, stärker und fester als in irgend einem Lande der Welt; so lange Sr. Majestät der Entschluß zum Befehlen nicht abgeht, wird die Neigung zu gehorchen auch da sein, 1852 nicht weniger als heute. Auf die Gefahr hin, von Ew. Excellenz für einen constitutionellen Renegaten gehalten zu werden, erlaube ich mir dabei zu bemerken, daß ich einen Gewaltschritt zur Beseitigung der Verfassung, einen formellen Bruch derselben, nicht einmal wünschenswerth, geschweige denn nothwendig halte, so wie die Umstände jetzt liegen. Die Verfassung hat durch die Art, wie sie sich in den letzten beiden Jahren ausgebildet und interpretirt hat, aufgehört, das Regieren an sich zu hemmen, und wird mehr und mehr das Gefäß, dem erst die Persönlichkeiten, welche regieren, den Inhalt verleihen. Ich setze dabei als unbestritten voraus, daß der angebliche „Geist" des constitutionellen Systems keine Verbindlichkeiten für das Gouvernement mit sich bringt, letzteres vielmehr nur solche Veränderungen des früheren Rechtszustandes anerkennt, welche, nach strikter Auslegung der Verfassungs-Paragraphen, expressis verbis und zweifellos in letzteren ausgesprochen sind.

Die Bundestagssitzung ist auf morgen verschoben; es wird die Bentinck-sche [1] und die Angelegenheit der Hannoverschen Ritterschaften [2] vorkommen, und in beiden voraussichtlich auf Einholung der Gegenerklärungen votirt werden".

13. Eigenhändiger Bericht, betr. die neuen Wohnungsverhältnisse des Herrn v. Bismarck. Ausscheiden der Preußischen Ostprovinzen aus dem Bunde. Matrikularumlage für Rastatt. Handelspolitische Frage. Reise nach Cassel. 3. Oktober 1851.

„Ew. Excellenz wollen entschuldigen, daß ich mit meinem officiellen Berichte in der Dänischen Sache, in welcher ich übrigens meinem Privatschreiben [3] Erhebliches nicht hinzuzufügen habe, in Rückstand geblieben bin, weil ich in den letzten zwei Tagen unter erschwerenden Umständen und mit dem Intermezzo langer Ausschußsitzungen den Umzug in meine neue Wohnung, Bockenheimer Allee 40, zu bewerkstelligen hatte. Ich wohne von der Stadt so weit, Okt. 3.

1) Gemeint ist die Vorstellung der Reichsgrafen Carl Anton Ferdinand und Heinrich Johann Wilhelm von Bentinck, betr. die Herstellung einer rechtmäßigen Regierung in der Herrschaft Kniephausen. cf. Band I, S. 56, Note 1.

2) Im Jahre 1851 war der Bund mit der Reklamation mehrerer Hannoverscher Ritter- und Landschaften wegen Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßigen landständischen Rechte befaßt. Näheres hierüber in Urkunde 14.

3) Gemeint ist das Privatschreiben vom 1. Oktober 1851, Band I, Urkunde 14.

1851 Okt. 3. wie das Brandenburger Thor vom Zeughaus entfernt ist, für hiesigen Maßstab allerdings weit, aber ich hatte keine Wahl, und die Kanzlei wird auf dem halben Wege von der Stadt zu mir sein.

Unser Antrag in Bezug auf das Verhältniß der Ostprovinzen[1]) ist in der heutigen Sitzung einstimmig angenommen, unter Erklärung der Freien Städte, daß die Verzögerung ihrer Zustimmung aus der Erwartung hervorgegangen sei, daß mit ihnen gleich den anderen Staaten direkt werde verhandelt werden[2]) . . . .

Meine Instruktion in der Sache der Rastatter Matrikularumlage[3]) erhielt ich erst heute Mittag, also zu spät, ich habe aber gleich in der heutigen Sitzung eine gegen Österreich milder als die Instruktion gefaßte Erklärung zu Protokoll gegeben; im Princip schließt sie sich an die Instruktion an, in den speciellen Ausdrücken nicht, man kann die Zügel später straffer ziehen, ich möchte nicht eine Erklärung, die Zwiespalt beider Mächte durchblicken ließ, ohne vorgängige Verabredung abgeben, und hoffe darin auf Ew. Excellenz Zustimmung.

Delbrück[4]) ist hier. Thun's Vorschlag, in Fortsetzung der Dresdener Verhandlungen Bayern bei den Sachverständigen präsidiren zu lassen, habe ich abgelehnt; Österreich will nicht präsidiren, sondern nur als Betheiligter fungiren; ich habe vorgeschlagen, die Herren unter sich wählen zu lassen.

Meine Frau erwarte ich am 6. und werde sie nur von Cassel einholen. Verzeihen Ew. Excellenz die formlose Eile dieses Schreibens, der Bote drängt".

14. Bericht, betr. den Zusammenhang der Hannoverschen Verfassungsfrage mit dem Zollvertrage zwischen Preußen und Hannover. 4. Oktober 1851.

Okt. 4. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß gestern Morgen vor der Bundestagssitzung der Hannoversche General-Steuer-Direktor Klenze mich besuchte; er brachte den Zusammenhang der Beschwerde der Hannoverschen Provinzial-Landschaften beim Bundestage[5]) und Preußens Verfahren in dieser

---

1) cf. oben Seite 31.

2) Folgen Bemerkungen über die Hannoversche Verfassungsfrage (cf. oben S. 39, Note 2), welche mit Rücksicht auf die Urkunde 14 hier übergangen werden können.

3) Gemeint ist die Umlage zur Beschaffung von Kasernen- und Hospital-Einrichtungen der Bundesfestung Rastatt. cf. Band I, Einleitung S. 9* und S. 24 ff.

4) Delbrück, Geheimer Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Preußischer Commissar zur Theilnahme an der Berathung des aus den Dresdener Conferenzen hervorgegangenen Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs. cf. Band I, Urkunden 6 und 18.

5) cf. Note 2.

Sache mit dem Vertrage vom 7. September d. J.[1]) zur Sprache und machte darauf aufmerksam, daß das Fortbestehen des Hannoverschen Ministeriums[2]) von der Behandlung abhängig sei, welche jene Frage bei der Bundesversammlung finde. Wenn, meinte Herr Klenze, diesem Ministerium eines folge, welches dem Vertrage abgeneigt sei, so würden sich die Mittel, die Ausführung des Vertrages zu verzögern, vielleicht gänzlich zu verhindern, durch Influencirung der Kammern finden lassen; er legte namentlich ein Gewicht darauf, daß in dem jetzigen kritischen Augenblicke die Frage noch nicht entschieden würde, ob der Bundestag sich competent halte.[3]) Da Herr Klenze der irrigen Ansicht war, daß durch Annahme des Ausschußantrages in der jetzigen Fassung[4]) diese Competenz entschieden sein würde, so schlug ich ihm vor, sich vor Beginn der Sitzung mit dem substituirten Gesandten der Hannoverschen Stimme, Herrn von Eisendecher, über eine hinzuzufügende Clausel zu verständigen, nach welcher ausdrücklich festgestellt würde, daß durch Annahme des Antrages in der Competenzfrage nichts präjudicirt sein solle, indem ich ihm meine Unterstützung für die Annahme einer solchen Clausel zusagte.

---

1) Gemeint ist der Vertrag zwischen Preußen und Hannover, wodurch letzteres sich verpflichtete, mit den dem Vertrage beitretenden dermaligen Steuervereinsstaaten in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den zollvereinten Staaten zu treten. cf. auch Band I, Einleitung S. 22* ff.

2) Das Hannoversche Ministerium war damals wie folgt gebildet: von Münchhausen, Minister des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Präsident des Gesammt-Ministeriums; Dr. Lindemann, Minister des Innern; Generalmajor Jacoby, Kriegsminister; Dr. Meyer, Minister des Cultus und Unterrichts; Freiherr von Hammerstein-Boxten, Minister der Finanzen und des Handels; von Rössing, Minister der Justiz.

3) Zur Erläuterung des Textes ist zu bemerken: „In der Beschwerdeschrift der Ritterschaft des Fürstenthums Osnabrück, sodann der Landschaft des Fürstenthums Lüneburg war die Bitte gestellt: „1) Es wolle eine hohe deutsche Bundesversammlung die K. Hannoversche Regierung veranlassen, zur Berathung der allgemeinen Landesangelegenheiten eine solche allgemeine Ständeversammlung des Königreichs herzustellen, welche auf den ständischen Organen der Provinzen ruht und mit diesen im richtigen Einklange sich befindet, also, daß solchergestalt unsere Ritterschaft die im Artikel 55 der Wiener Schlußacte und zur Zeit der ersten Gründung der allgemeinen Stände von dem derzeitigen Landesherrn verheißene, auch früher uns bis zum Jahre 1848 gewährte angemessene Berücksichtigung zu Theil werde; 2) ferner wolle eine hohe deutsche Bundesversammlung dahin wirken, daß die K. Hannoversche Regierung nicht im Wege der allgemeinen Landesgesetzgebung Grundzüge für die Organisation der Provinzialstände feststelle, vielmehr das ausschließliche Recht der Provinzialstände, namentlich unserer Osnabrückischen, hierbei mitzuwirken, und soviel die Zusammensetzung der Curien anlangt, wenigstens für unsere ritterschaftliche (und die städtische) Curie deren Rechte, darüber selbst zu beschließen, anerkennen], hiernach auch ihre weiteren Regierungsmaßregeln bemesse".

4) Die Reklamations-Commission trug darauf an: „Die K. Hannoversche Regierung 1) um die Abgabe ihrer Erklärung unter Rücksendung der mitzutheilenden Beschwerdeschriften nebst Anlagen, und 2) darum zu ersuchen, daß sie mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einhalte; und 3) von diesem Beschlusse die Beschwerdeführer in Kenntniß zu setzen".

1851 Okt. 4. Ich selbst begab mich zum Grafen Thun und fand auch diesen geneigt, auf meine desfallsige Vorstellung einzugehen. Noch während meiner Anwesenheit daselbst traf Herr von Eisendecher ein und verständigten wir uns dahin, daß Letzterer im Namen Oldenburgs diese Zusatz-Clausel vorschlagen werde, daß er aber für Hannover den bestimmten Auftrag habe, auf Instruktionseinholung resp. auf Auslassung von Nr. 2 des Ausschußvotums anzutragen. Daß Herr von Eisendecher die persönliche Auffassung dieser Frage durch den Grafen Thun nicht richtig würdigte, bewies mir der Umstand, daß er ausdrücklich erklärte, das Fortbestehen des Hannoverschen Ministeriums sei in diesem Augenblicke davon abhängig, daß der Ausschußantrag ohne den vorgeschlagenen Zusatz nicht angenommen werde — eine Erklärung, welche den Grafen Thun zu der Erwiderung veranlaßte, daß er in diesem Umstande nur ein Motiv finden könne, gegen die Zusatz-Clausel zu stimmen. Bei fortgesetzter Unterredung zwischen dem Grafen Thun und mir allein trug dieser indessen kein Bedenken, sich nach wie vor mit dem Zusatze einverstanden zu erklären. Nach solcher vorhergegangenen Verständigung mit Herrn von Eisendecher habe ich geglaubt, mich gegen den Antrag auf Instruktionseinholung erklären zu können, ohne dadurch dem Hannoverschen Ministerium eine uns im Augenblick unwillkommene Verlegenheit zu bereiten.

Den Verlauf der Sache in der Sitzung[1]) werden Ew. Excellenz aus dem Immediatberichte ersehen haben, dem ich nur noch hinzufüge, daß die Competenz des Bundestags in dieser Sache namentlich von dem Gesandten der Freien Städte, außer diesem nur von dem Niederländischen Gesandten und zwar vom Letzteren mit besonderer Lebhaftigkeit bestritten wurde. Mir persönlich erscheint, soweit ich mir bisher ein Urtheil habe bilden können, die Competenz des Bundestages unzweifelhaft, obschon ich durch Annahme derselben eine den Landschaften günstige Entscheidung noch keineswegs gesichert halte. Ich werde mich im ferneren Verlauf der Sache bemühen, im Anschluß an die von Ew. Excellenz mir mündlich gegebene Weisung eine mehr vermittelnde Rolle zu spielen, soweit dieses möglich sein wird, ohne die Königliche Regierung der Vermuthung auszusetzen, daß ihre Wünsche in Bezug auf den Vertrag vom 7. September d. J. von Einfluß auf ihr Verhalten in Bezug auf vorliegende Rechtsfrage sei, und werde ich mich über den einzuschlagenden Weg mit Herrn von Schele,[2]) sobald er zurückgekehrt sein wird, näher besprechen".

---

1) Die Bundesversammlung hatte in der Sitzung vom 3. Oktober beschlossen, die Hannoversche Regierung zu ersuchen, ihre Erklärung zu den Beschwerden abzugeben; sowie ferner zu ersuchen, ohne daß dadurch den in der Sache in Betracht kommenden formellen und materiellen Vorfragen irgendwie präjudicirt werden soll, daß sie mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einhalte (§ 177 der Prot.).

2) cf. oben S. 7, Note 1.

15. Eigenhändiger Bericht, betr. die Opportunität einer Wahl des Herrn v. Bismarck in die Kammer. Feier des Königlichen Geburtsfestes in Frankfurt a. M. Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Die handelspolitischen Fachmänner. Auseinandersetzung zwischen Herrn v. Bismarck und dem Grafen v. Thun. Emanation eines Österreichischen Zolltarifs. 5. Oktober 1851.

1851 Okt. 5.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir diese Zeilen zu schreiben, hauptsächlich um Ihre Ansicht über die Möglichkeit für mich, eine Kammerwahl anzunehmen,[1]) zu erbitten. So wie der Lauf der Geschäfte bisher ist, habe ich allerdings wenig Aussicht, der Regierung in der Kammer nützlich zu sein; indessen läßt sich, nach einer Rücksprache, die ich mit dem Grafen Thun genommen habe, im Laufe des Winters eine ruhigere Epoche, wenn nicht gar Ferien, absehen, so daß ich alsdann ab und zu auf längere oder kürzere Zeit in Berlin anwesend sein könnte. Die Wahl findet am 13. cr. statt, und da die Zeit drängt, so habe ich einstweilen erklärt, ich sei bereit, die Wahl anzunehmen; finden es Ew. Excellenz unmöglich, so ist es noch immer früh genug, zu widerrufen. Meine Wahlfreunde wünschen sehr, mich zu einer Vorversammlung am 12. dort zu sehen. Ich werde aber theils wegen der Bundesgeschäfte, theils wegen der Vorbereitungen zu den Festlichkeiten am 15.[2]) hier nicht fortgehen können. Auch hat es seine Bedenken bei den immerhin unsicheren Wahlresultaten, wenn ich die Anstrengung soweit triebe, meinen Posten zu verlassen, über 100 Meilen zu reisen, und dann vielleicht doch nicht reüssirte;[3]) ich habe mir deshalb vorgenommen, nicht hinzugehen, die meisten werden doch durch Parteiverbindung bestimmt, und nicht durch den persönlichen Eindruck.

In Bezug auf die hiesigen Feierlichkeiten zum 15. habe ich mir erlaubt, heute einen Bericht an Ew. Excellenz mit der Bitte um eine Beihülfe für die Subaltern-Offiziere abgehen zu lassen. Nach dem früheren Herkommen, der letzten Jahre wenigstens, und nach dem Vorgange der Österreicher ist es nicht zu vermeiden, daß diese Festlichkeiten einen Zuschnitt haben, der, obschon die Kosten pro rata der Gehälter der Chargen vertheilt werden, die engen Grenzen der Offizierkassen übersteigt. Die Repartition trägt auf einen Seconde-Lieutenant 25 bis 30 Thlr. aus, eine Summe, die hinreicht, ihn, wenn er nicht Zulage hat, lange an dieses Fest denken zu lassen, und ausschließen kann sich keiner. Die hiesige Garnison ist in dieser Beziehung in einer exceptionellen Lage, sie feiert das Fest im Auslande, an einem Punkte, wo jede Schaustellung des Preußenthums scharf kritisirt wird, und mit der herkömmlichen Ver-

1) cf. oben S. 28.
2) Geburtsfest Sr. M. des Königs.
3) Daß Herr von Bismarck gewählt wurde, ist bereits oben bemerkt.

1851 Okt. 5. pflichtung, die Österreichisch-Bayerisch-Frankfurter Kameraden zu bewirthen. Das Kriegsministerium hat im vorigen Jahre 100 Thlr. bewilligt, eine Summe, deren geringer Belauf eher übel als gut auf die Stimmung der damit Bedachten wirkte. Ich möchte behaupten, daß das Offiziercorps hier gewissermaßen einen Act diplomatischer Repräsentation im Auslande zu vollziehen hat, welcher eine Verwendung aus dem Fonds des auswärtigen Ministeriums rechtfertigt. Ich glaube, daß 1000 Thlr., wenn Ew. Excellenz geneigt sind, sie zu verwenden, hier in mehr als einer Beziehung sehr gut angelegt sein würden.

Was meine eigenen Beziehungen zum 15. Oktober anbelangt, so darf ich annehmen, daß die für den Prinzen Wilhelm K. H.[1]) befohlene Trauer an diesem Tage cessirt. Ich gedachte am Morgen des 15. mich mit den Mitgliedern der Gesandtschaft in die Kirche zu begeben, um an unserem Militairgottesdienst Theil zu nehmen, der Parade beizuwohnen, dann zu Hause die voraussichtlichen Glückwünsche zu empfangen und ein Gala-Diner zu geben, zu welchem ich den Bundestag, die bei diesem und der Stadt accreditirten Diplomaten, beide regierende Bürgermeister und die Mitglieder unserer Gesandtschaft incl. Crüger[2]) und Delbrück einlade.

Mit Herrn von Bülow[3]) habe ich wegen der Augustenburger Sache[4]) gesprochen, er ist gern bereit, die Verhandlung zu führen, sobald er die Instruktion seiner Regierung erhält, wünscht aber auch Preußische Vermittelung, und verspricht sich nach dem, wie er den Charakter des Herrn Herzogs beurtheilt, wenig Nachgiebigkeit und Neigung zum Abschlusse auf dessen Seite.

Die handelspolitischen Fachmänner[5]) sind nun alle hier bis auf Wendt[6]) für die Thüringischen Staaten, und werden morgen ihre Arbeiten beginnen. Ich habe mich mit Delbrück dahin verabredet, daß er, bis auf Ew. Excellenz ferneren Befehl, im „Allgemeinen" sich zu Allem bereit erklärt, im „Besonderen" es aber zu keinem Abschlusse kommen läßt, d. h. daß er sich auf dem Gebiete jener überaus wohlredenden und zu nichts verbindenden Erklärung bewegt, welche Preußen über die Dresdener Verhandlung abgegeben hat.

Mit Graf Thun habe ich vor etwa 14 Tagen eine sehr offene und rückhaltlose persönliche Explikation gehabt, über die Art, wie er mir durch Mangel an Rücksicht und Höflichkeit die Beziehungen zu ihm erschwert, und dem

1) gestorben am 28. September 1851; cf. auch oben S. 19, Note 1.

2) Crüger, Preußischer Geheimer Regierungsrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung.

3) von Bülow, Dänischer Kammerherr, Herzoglich Holstein- und Lauenburgischer Bundestagsgesandter.

4) cf. oben S. 34 ff. und Band I, S. 26 ff.

5) scil. zur Theilnahme an der Berathung des aus den Dresdener Conferenzen hervorgegangenen Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs. cf. Band I, Urkunden 6 und 18.

6) Wendt, Preußischer Geheimer Finanzrath, General-Inspektor des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins.

Räderwerk unseres Verkehrs das Oel der socialen Formen versagt. Er war für meine Offenheit auf das Vollständigste und über mein Erwarten empfänglich, versprach Abstellung meiner Gravamina, und seitdem geht Alles zwischen uns besser, und er ist, für mich wenigstens, sehr viel rücksichtsvoller. Als Probe von Handschrift und Manier erlaube ich mir ein eben von ihm eingehendes Billet ohne Bedeutung beizulegen".

1851 Okt. 5.

Postscriptum.

„Ich habe vergessen zu erwähnen, daß Graf Thun mir vorgestern sagte, nach der Rückkehr des Kaisers aus Italien werde unverzüglich der Tarif[1]) publicirt werden. Er theilte dasselbe auch im Handelsausschusse mit einiger Geflissentlichkeit den übrigen Herren mit, weshalb ich eher eine Demonstration als eine sichere Nachricht in dieser Äußerung vermuthe. Daß sie irgend ein Paroli gegen den Vertrag vom 7. September[2]) im Schilde führen, glaube ich fast, weil sie in letzter Zeit in der Presse über den Vertrag schweigen. Von meinen Collegen vermeidet Jeder, namentlich aber Thun, dieses Thema mit mir zu berühren, und sucht auszuweichen, wenn ich es thue".

16. Eigenhändiger Bericht, betr. die Bestrebungen Österreichs auf dem Gebiete der Handelspolitik und des Zollvereins. Hannoversche Ministerkrisis. Kurhessische Verfassungsangelegenheit. Empfänglichkeit der deutschen Regierungen für Österreichische Einflüsse. Einsetzung einer Central-Polizeibehörde. Abwesenheit von Gesandten. Verschleppung des Zusammentritts der Marine-Sachverständigen. Frhr. v. Dungern. Politische Richtung des Frhr. v. Münch. Flottenangelegenheit. Häusliches. 9. Oktober 1851.

Okt. 9.

„Ew. Excellenz beehre ich mich durch den Geheimen Rath Delbrück, der heute Abend nach Berlin zu reisen beabsichtigt, diese Zeilen zu übersenden. Aus dem gestrigen Berichte dieses Herrn werden Ew. Excellenz ersehen haben, wie in der ersten Sitzung der Sachverständigen[3]) das Streben Österreichs ziemlich unverhüllt hervortrat, die Aufgabe der Commissarien zu erweitern, in ein ganz anderes Gebiet zu drängen, als das ist, für welches sie hergesandt sind, und weniger den Charakter eines Rathgebers, als den bevollmächtigter Unterhändler bei ihnen hervortreten zu lassen. Das Bestreben Österreichs, die deutsche Handelsgesetzgebung aus dem Zollverein in den Bundestag zu verlegen, ist ebenso natürlich, als das entgegengesetzte Preußens, seine Stellung im Zoll-

1) Die Publikation eines neuen Österreichischen Zolltarifs fand demnächst nicht statt. cf. Band I, S. 40.

2) cf. oben S. 41, Note 1.

3) cf. oben S. 44, Note 5.

1851 Okt. 9. verein nicht mit Österreich zu theilen, namentlich da der einzige Zuwachs, welchen der Verein bei dieser Gelegenheit noch zu erwarten hätte, nach dem Vertrage vom 7. September[1]) eben nur in unserem Nebenbuhler um die Hegemonie im Vereine besteht. Ich glaube, daß es Delbrück an Gewandheit nicht fehlen wird, den von der anderen Seite stets wiederkehrenden Versuchen die Spitze abzubrechen, ohne seinen Ablehnungen eine Fassung zu geben, die zur Verdächtigung Preußens benutzt werden könnte. Aber ich kann mich der Überzeugung nicht verschließen, daß Österreich seine ganze Energie und Beharrlichkeit für die nächste Zeit auf die angedeutete Handelspolitik concentriren wird, und wir schließlich der Nothwendigkeit trockner Weigerung nicht werden ausweichen können.

Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das durch meine Frau erhaltene Schreiben. Die Anlage[2]) ist unzweifelhaft in einem unpassend väterlichen Ton geschrieben, aber ich theile ganz Ew. Excellenz Ansicht, daß im diplomatischen Verkehr scharfe Worte, die kein anderes Ziel haben, als dem Gegner eine unangenehme Empfindung zu verursachen, nur nachtheilig für die Interessen desjenigen wirken, der sich ihrer bedient, auch wenn er nach den Regeln von Privatverhältnissen sich dazu berechtigt fühlen sollte. Wir befinden uns in der glücklichen Lage, keiner Kraftentwickelung, welche die Grenzen des formellen Rechtes durchbräche, zu bedürfen, und haben deshalb nicht nöthig, den etwaigen politischen Vortheilen zu entsagen, welche uns in der öffentlichen Meinung bei einem Vergleich unserer Zustände mit den Österreichischen zufallen. Ob an andere Staaten in ähnlichem Sinne geschrieben worden ist, habe ich in Bezug auf die größeren Staaten bisher nicht herausbringen können; bei den kleineren, von Hessen abwärts, scheint es nicht der Fall gewesen zu sein.

Geheimrath Klenze scheint hier etwas den Allarmisten in Bezug auf die Hannoversche angebliche Ministerkrisis[3]) zu machen. Er geht soweit, die Möglichkeit des Grafen Adolph Platen — in Wien[4]) — als Minister in Aussicht zu stellen. Platen ist ein leidenschaftlicher Gegner Preußens, aber, wie ich ihn auf Grund längerer persönlicher Bekanntschaft beurtheile, wird er sich hüten, die bequeme Stellung eines Frondeurs und Kritikers an dem ihm politisch befreundeten Wiener Hofe mit der dornenvollen eines Objektes der Kritik, d. h. eines unter eigener Verantwortung handelnd auf der Bühne stehenden Ministers zu vertauschen. So entschiedene Abneigung ich dagegen habe, im eigenen Vaterlande das Recht der Politik zu opfern, so habe ich doch Preußischen Egoismus genug, um in Bezug auf Hannoversches Recht nicht in demselben

1) cf. oben S. 41, Note 1.

2) Der Inhalt der Anlage ist nicht bekannt.

3) cf. oben S. 41, Note 2.

4) Graf von Platen-Hallermund, Hannoverscher Gesandter in Wien, später in der That Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Grade gewissenhaft zu sein, und würde, wenn Ew. Excellenz meine Ansicht forderten, unmaßgeblich rathen, in Hannover nur ein solches Ministerium zu stützen, welches sich unserer Politik im Sinne des Vertrages vom 7. September[1]) anzuschließen bereit wäre, möchte seine politische Farbe sein, welche sie wolle. Unser eigenes Haus ist fest genug, so daß wir in Hannover eher ein liberales als ein Österreichisches Ministerium dulden und halten können.

1851 Okt. 9.

In der Kurhessischen Sache[2]) wollen Ew. Excellenz Sich erinnern, was ich bei einer früheren Gelegenheit über ein durch Herrn von Trott angebrachtes Gesuch wegen Übernahme einer Anleihe-Garantie geschrieben habe.[3]) Nach seinen damaligen Äußerungen ist anzunehmen, daß die Kurfürstlichen Kassen sich in diesem Augenblick schon außer Stande finden werden, ihren Verpflichtungen vollständig zu genügen. Der Minister Uhden[4]) wird Ew. Excellenz vorgetragen haben, in welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet, und wie die Hessische Regierung demnächst durch provisorische Einführung eines vorzulegenden Verfassungs-Entwurfs zu bewilligenden Kammern und zu Geldmitteln zu gelangen denkt. Ich bringe diese Angelegenheit nur zur Sprache, um mich des Einverständnisses Ew. Excellenz darüber zu versichern, daß es angemessen sein dürfte, diese Angelegenheit zu benutzen, um bei der Regierung in Cassel das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie des Preußischen Wohlwollens ebenso sehr bedarf, als des Österreichischen. Das Bedürfniß unserer Mitwirkung zu einer Beschleunigung der Verfassungs-Einführung würde dazu einen Anhalt geben.

Einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die meisten unserer deutschen Verbündeten für Österreichische Einflüsse empfänglicher sind als für Preußische, ist der, daß man Österreich als nachtragend und rachsüchtig fürchtet, uns aber für gutmüthiger hält. Allerdings treten auch andere Gründe hinzu, Mißtrauen gegen unionistische Mediatisirungspläne, und die Hoffnung der Höfe, durch Österreich absoluter gestellt zu werden als durch uns.

Den Antrag wegen der Centralpolizei[5]) hat Graf Thun auf meinen Wunsch bis zur nächsten Sitzung verschoben, um vorher die Stimmung mehrerer Gesandten noch dafür zu gewinnen; hier ist starke Opposition von Bayern zu erwarten, aber ich glaube doch, daß der Antrag durchgeht. Wenn dieses

---

1) cf. oben S. 41, Note 1.

2) Gemeint ist der eben auch den Bund beschäftigende Kurhessische Verfassungsconflict. cf. Band I, S. 3 und Urkunden 35, 38 (S. 58); Band II, Urkunden 6, 23, 112, 127; Band III, Urkunden 153 und 167.

3) cf. oben S. 33.

4) von Uhden, Preußischer Bevollmächtigter in Cassel.

5) Der gemeinschaftliche Antrag mit Österreich wegen Einsetzung einer Central-Polizeibehörde des Bundes erfolgte in der Bundesversammlung vom 11. Oktober 1851 (Prot. § 185), gelangte aber während der Amtsdauer des Herrn von Bismarck nicht zur Beschlußfassung.

1851 Okt. 9.

Institut ins Leben getreten ist, so bietet es vielleicht eine Brücke, die Frankfurter Polizei in die Hand zu nehmen, und den Übelständen ein Ende zu machen, die aus der hiesigen Polizeilosigkeit hervorgehen. Denn solange hier die Sorge für Sicherheit und Aufsicht einem auf Ein Jahr gewählten Bürgermeister und einem feigen und unerfahrenen, ebenfalls nur auf Zeit (3 Jahre) ernannten Polizei-Senator und dessen Nepoten überlassen bleibt, ist auf Besserung nicht zu rechnen, zumal wenn die Competenz der Polizeibehörde einer so großen Stadt und eines so verkehrsreichen Centralpunktes unmittelbar vor dem Thore aufhört, und weitere Einwirkung nur durch ein sehr unvollkommenes und weitläufiges Requisitionswesen zu üben ist. Dabei ist die hiesige Gendarmerie ein Corps, dessen Mitglieder mehr der Kategorie kleinstädtischer Gemeindediener und Nachtwächter, als der von polizeilichen Exekutivbeamten, zum Theil aber sogar der Demokratie angehören.

Von den Gesandten sind mehrere abwesend; der Syndicus Banks[1]) ist so leidend und contract, daß er in seinen Wagen getragen werden mußte, um nach Italien zu reisen. Herr von Schele hat gestern geschrieben, daß seine Rückkehr sich verzögern werde und er den Tag noch nicht angeben könne.

Ich habe ziemlich sichere Indicien, daß mit Graf Thun's Einverständniß die Herkunft des Admirals Brommy,[2]) und somit der Zusammentritt der drei Marine-Sachverständigen, unter dem Vorwande von unabweislichen Dienstgeschäften verzögert werden soll, bis Herr von Schele zurückkehrt; ich habe auf eine neue kategorische Berufung von Brommy mit Erfolg gedrungen; Thun nahm zwar auch den Ton der Entrüstung über Brommy's Ausbleiben an, aber am Tage vorher hatte er mir den Wunsch ausgedrückt, den neuen Österreichischen Vorschlag über die Gestaltung der Marine noch so zeitig im Einverständniß mit Preußen vorzubringen, daß er den Berathungen der drei Sachverständigen noch zu Grunde gelegt werden könne, und daß es sehr zu beklagen sei, wenn Schele nicht vor dieser Zeit zurückkehrte. Ich sagte ihm, daß ich mic über diesen neuen Vorschlag noch nicht erklären könne, sondern Instruktioi abwarte; derselbe ist, wie Ew. Excellenz ebenfalls anerkennen, in Bezug au die zukünftigen Gestaltungen verfrüht, in Bezug auf die Abwickelung der gegen wärtigen Flottensache unbillig.

Herr von Dungern, der Nassauische Gesandte,[3]) ist seit längerer Zeit i Österreich, um dort mehrere junge Verwandte als Cadetten in der Armee unte zubringen.

Herr von Münch[4]) war vor kurzem in Belgien, wo er seine Söhne i

1) Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Hamburg.

2) Brommy, Contre-Admiral der deutschen Nordsee-Flotte. cf. Band I, Urkunde 9.

3) Freiherr von Dungern, Nassauischer Staatsminister und Kammerherr, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau (13. Curie).

4) Freiherr von Münch-Bellinghausen, Wirklicher Geheimer Rath und Oberst-Kammerherr, Großherzoglich Hessischer Bundestagsgesandter.

einer Erziehungsanstalt placirt hat. Daß dieser Letztere Katholik ist, habe ich erst kürzlich erfahren, und dadurch eine neue Aufklärung über seine politische Richtung gewonnen; auf welchem staatsmännischen Standpunkte er steht, wollen Ew. Excellenz daraus entnehmen, daß er in einer Privatunterhaltung erklärte, er würde es auf das Tiefste beklagen, wenn man die noch immer auf dem Bundespalais stehende schwarzrothgoldene Fahne herabnehmen wollte, indem man dadurch der Demokratie das Gebiet nationaler Sympathien abtreten würde, während man sie von dem nationalen Element, welches in diesen drei Farben seinen Ausdruck finde, abschneide, indem man dem Bunde diese Farben erhalte. Alle Bundesnoten werden noch immer schwarzrothgolden geheftet und der Geschütz- u. s. w. Anstrich in den Festungen des Bundes ist ebenso.

1851 Okt. 9.

Als ich dem Grafen Thun gestern mittheilte, daß Preußen die Dresdener Umlage[1]) zahlen werde, umarmte er mich vor Freude. Er hatte eben eine telegraphische Depesche erhalten, durch welche er zur Zahlung der Österreichischen Rate angewiesen wurde. Wenn wir in Dresden wirklich zugesagt haben, so müssen wir Ehrenhalber zahlen; die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Zahlung der zweiten Rate aber darf ich wohl noch einigermaßen ausbeuten, wie dies die Instruktion auch vorschreibt, und dachte ich damit eine Verwahrung der Art, wie Legationsrath Wentzel sie Ew. Excellenz überbrachte, in Verbindung zu bringen[2]).

Seit ich Frau und Kinder hier habe, sehe ich Frankfurt mit viel mehr Behagen an, soweit mich die vielen Handwerker, die ich im Hause habe, dazu kommen lassen".

17. Eigenhändiger Bericht, betr. die Eröffnung der Wintervergnügungen in Frankfurt a. M. Graf und Gräfin v. Rossi. Ball bei dem Grafen v. Thun. Besuch in Coblenz. Herr v. Radowitz. Besorgniß wegen einer Vertretung durch Herrn v. Rochow während der Kammersitzungen. 5. November 1851.

Nov. 5.

— — „Die hiesigen Wintervergnügungen haben sich in dieser Woche mit zwei kleinen Bällen bei A. Rothschild[3]) und bei Graf Thun eröffnet.

Die Gräfin Rossi ist in allen Salons zu treffen; sie hat sich embellirt, seit sie Berlin verlassen hat, der kupfrige Teint ist ziemlich geschwunden. Sie spielte, namentlich in der Nachtwandlerin und der Tochter des Regiments, mit

1) scil. zur Erhaltung der deutschen Flotte.

2) Bezüglich der hier mehrfach berührten Angelegenheit der deutschen Flotte cf. Band I, Einleitung S. 11* ff. und 31*, sowie die Urkunden 9, 19, 21, 25, 29, 40—42 und 44—54.

3) Freiherr von Rothschild, Preußischer Hofbanquier und Banquier der deutschen Bundesversammlung, Chef des Bankhauses M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M.

1851 Nov. 5. einer Hingebung an die Rolle und einem Aufwande leidenschaftlicher Mimik, welche beweisen, daß sie sich auf der Bühne und unter dem fanatischen Beifall, der ihr wurde, mehr zu Hause fühlt als in der gräflichen Wirklichkeit, und welche für mich das Peinliche des Contrastes zwischen ihrer socialen Stellung in Berlin und ihrem Anblick auf der hiesigen Bühne, in den durch das Stück bedingten körperlichen Beziehungen zu miserabeln Mitspielern, beträchtlich erhöhten. Graf Rossi ist derselbe wie in Berlin; er spielt den grand seigneur und hohe Partien, raucht unbezahlbare Cigarren, und jede drückende Empfindung über seine und seiner Frau Stellung scheint ihm fern zu liegen. Als er ankam, hat er Zirndorfer besucht und zu Tisch eingeladen; dieser würdige Recensent und Mouchard erzählt mir, daß er jederzeit Zutritt bei der Gräfin habe, den Grafen Thun antichambriren lasse, wenn er bei ihr sei, und über beliebige Billets disponire. Madame Sonntag, wie sie hier genannt wird, empfängt nach 3 Uhr die haute volée von Frankfurt, und erregt die Unzufriedenheit der Kellner im Hôtel de Russie dadurch, daß sie erst um halbzwei mit kaltem Champagner zu Nacht speist.

Der gestrige kleine Ball bei Graf Thun vereinigte die Spitzen der hiesigen Gesellschaft. Die Toiletten würden in Berlin alles ecrasiren durch ihren Glanz, der durch reichen Diamantschmuck gehoben wird. Die Manieren der Damen sind äußerlich elegant, sie sprechen zum Theil gut und mit Ostentation französisch, waren in Paris, lassen ihre Männer zu Hause; die Unterhaltungen sind nach unseren Gewohnheiten nicht frei von Leichtfertigkeit.

Am Sonnabend habe ich meine Frau nach Coblenz gebracht und Kleist [1]) wohlauf und guten Muthes gefunden; er will in nächster Woche eine 14tägige Rundreise durch die Provinz machen. Obschon ich nur die Nacht dort blieb, befahl J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen doch, mich zu sehen, und empfing mich zwischen 8 und 9 Uhr Morgens.

Herr von Radowitz [2]) führt eine lebhafte Correspondenz mit einem Professor Molitor hier; dieselbe geht von hier aus unter Couvert an einen Geheim-Secretair Sander in Berlin, und kamen die Antworten früher, wie ich höre, an den Hauptmann Bergmann, der nunmehr von hier versetzt ist.

General Schack [3]) besuchte mich gestern, und entnahm ich aus seinen Äußerungen, daß er den Auftrag hatte, Herrn von Rochow Nachricht zu verschaffen, ob ich für die Zeit der Kammersitzung Frankfurt aufgeben werde. Eine formelle Vertretung hier wäre mir, soweit meine persönliche Auffassung dabei in Be-

---

1) von Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) von Schack, Preußischer General-Lieutenant, Commandant der Bundesfestung Mainz.

tracht kommt, nicht willkommen, und eine solche durch Herrn von Rochow würde vielleicht in ihrer Wirkung auf die Geschäfte über die Tragweite einer bloßen Vertretung hinausgehen". 1851 Nov. 5.

18. Eigenhändiger Bericht, betr. die Hannoversche Verfassungsfrage und den Zollanschluß an Preußen. Politische Richtung in Hannover. General-Direktor Klenze. Ministerialrath Hock. Unterredung mit dem Grafen v. Thun. Portofreiheit in Bundessachen. 6. November 1851.

Nov. 6. „Ew. Excellenz haben die Geneigtheit gehabt, mir die dem Grafen Nostitz [1]) wegen der Behandlung der Hannoverschen Verfassungsfrage [2]) gegebene Instruktion mitzutheilen; ich habe hiervon Gelegenheit genommen, Herrn von Schele, mannigfachen ihm gemachten Insinuationen gegenüber, die Beruhigung zu geben, daß die Stellung Preußens zu dieser Sache lediglich durch die Rechtsgrundsätze, deren Gebiet dieselbe angehört, bedingt sein werde, wenn ich auch angewiesen sei, dahin zu wirken, daß in den Formen der Behandlung der Hannoverschen Regierung von Seiten des Bundestags jede mit der Sache verträgliche Freiheit und Rücksicht gewährt werde. Andererseits gab mir Herr von Schele die Versicherung, daß er, obschon früher kein Freund des Zollanschlusses, doch jetzt, nachdem der Vertrag [3]) abgeschlossen und von seinem König und Herrn vollzogen sei, denselben entschieden aufrecht zu erhalten und durchzuführen für seine Pflicht und für rathsam halten würde, wenn er selbst Minister wäre. In ähnlichem Sinne sprach sich der Graf von Bernstorff aus Gartow aus, der mich während seiner Anwesenheit hier mehrmals aufsuchte, und von hier nach Wien ging, um auch dort für die Interessen der Ritterschaft thätig zu sein.

Derselbe sprach sich außerdem dahin aus, daß er nicht an die Dauer des jetzigen Ministeriums in Hannover [4]) glaube, und daß bei einer Änderung in den Personen nur eine Combination ohne Herrn von Münchhausen [5]) möglich sei, weil dieser nur auf der entschiedenen Linken Männer finden werde, die seine Collegen würden sein wollen.

Herr von Schele klagt darüber, daß man ihn von Hannover aus ohne alle Nachrichten lasse, namentlich wisse er nichts über das Befinden Sr. M. des Königs Ernst August. Über die von dem Kronprinzen dermaleinst zu erwartende politische Richtung waren die Herren von Schele und von Bernstorff

---

1) Graf von Nostitz, General der Cavallerie und General-Adjutant des Königs von Preußen, in außerordentlicher Mission am Hofe von Hannover beglaubigt.

2) cf. oben S. 40 ff.

3) scil. vom 7. September 1851. cf. oben S. 41, Note 1.

4) cf. oben S. 41, Note 2.

5) Hannoverscher Minister-Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

1851 Nov. 6. ganz im Unsichern, und schienen keine ihren Ansichten günstige Erwartungen zu hegen.

Der General-Direktor Klenze hat gestern bei mir gegessen; er war sehr übler Laune darüber, daß er hier, wie er sich ausdrückte, bei einer schlechten Comödie wider seine Überzeugung habe mitspielen müssen; seine Mienen erheiterten sich nur, als er mir sagte, daß Se. Majestät ihm den Stern zum Rothen Adler verliehen habe.

Ministerialrath Hock[1]) scheint bestimmt zu sein, den Baron Nell,[2]) der sich einstweilen nach Wien begiebt, hier zu ersetzen. Er hat seine Frau kommen lassen, eine Wohnung auf sechs Monate gemiethet, und wird den Winter benutzen, um beim Bundestage und bei den westdeutschen Höfen für die Handelspolitik seiner Regierung thätig zu sein.

Mit Graf Thun habe ich eben eine längere Unterredung gehabt; es sind ihm Instruktionen zugegangen über die Portofreiheit in Bundessachen,[3]) über die wegen der Flüchtlinge in England bei der dortigen Regierung zu thuenden Schritte[4]) und wegen eventueller Verhängung des Belagerungszustandes.[5])

Wegen der Portofreiheit bitte ich um baldige Instruktion, da der Termin abläuft; die Österreichische, von dem Finanzminister herrührende, ist so lang und verworren, daß Graf Thun selbst sagte, er wisse sich keinen Vers daraus zu machen. Jedenfalls war darin enthalten, daß ohne Anhörung und Entschädigung der Taxisschen Verwaltung nicht zu verfahren sei".

19. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Personalveränderung im Preußischen diplomatischen Corps. 10. November 1851.

Nov. 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir in Bezug auf die hier und in Darmstadt beabsichtigten Personalveränderungen, deren die beiden heute eingegangenen Rescripte gedenken, den Umstand mitzutheilen, daß Herr von Oterstedt[6]) durch seine Versetzung nach Lissabon sehr schmerzlich berührt sein wird. Er hatte ge-

1) Ritter von Hock, Ministerialrath (cf. auch Band I, S. 32, Note 3), Österreichischer Commissar zur Theilnahme an den Berathungen des Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs.

2) cf. oben S. 2, Note 2.

3) Betraf die von der Bundes-Militaircommission angeregte Portobefreiung von Dienstschreiben in Bundesangelegenheiten. cf. das Protokoll über die Bundestagssitzung vom 30. September 1851, § 168.

4) In der Bundestagssitzung vom 6. Dezember 1851 stellten Österreich und Preußen gemeinsam einen Antrag in Betreff der wegen des Treibens der politischen Flüchtlinge in England von Seiten des Deutschen Bundes an die K. Großbritannische Regierung zu richtenden Vorstellungen. cf. Prot. 1851, §§ 251 und 256, auch Band I, S. 213 und 220 f.

5) Vergl. oben S. 25 ff. Diese letztere Frage gelangte am Bundestage nicht zur Verhandlung.

6) cf. oben S. 17, Note 1.

rüchtweise, vermuthlich in Folge einer Correspondenz von Subalternbeamten, davon gehört, als er vor einigen Tagen bei mir war. Er hat in den letzten Jahren bald hintereinander zwei kostspielige Umzüge gehabt, wie er mir klagte, und sich eben in Darmstadt wohnlich eingerichtet; seine Geldverhältnisse sind, wie ich höre, nicht so brillant, als man aus dem jährlichen Zuschuß seiner Frau von 6000 Thlr. abnehmen sollte, indem dieser Zuschuß, wie man mir sagt, nur für die Lebensdauer seines Schwiegervaters gezahlt wird, ohne daß nachher ein Capital an dessen Stelle zu treten hat. Ich freue mich sehr, daß Canitz [1]) herkommt, und halte seinen Eintritt an Otterstedt's Stelle im Interesse des Königlichen Dienstes für einen entschiedenen Gewinn; nur thut mir Otterstedt leid; er ist, innerhalb der Schranken seiner Befähigung, ein treuer und militairisch gehorsamer Diener der Regierung, und hat sich niemals auf die gerade in der Diplomatie leider so allgemein grassirenden frondistischen Intriguen eingelassen. Ich führe das nicht an, um einer Änderung in den beabsichtigten Ernennungen das Wort zu reden, sondern nur um Ew. Excellenz zu bitten, die Maßregel, wenn es möglich ist, mit einem Zeichen der Anerkennung für Otterstedt zu begleiten, da er sehr unglücklich über dieselbe sein wird. Ich habe seine Klagen schweigend angehört, so wie ich ihn beurtheile, thut aber eine Charaktererhöhung oder ein Orden viel bei ihm; daß die Verhältnisse es gestatten, die erstere in der Ernennung zum Gesandten in Lissabon bestehen zu lassen, wie er selbst gewiß wünschen wird, da er früher schon einen derartigen Wunsch bezüglich seiner jetzigen Stellung äußerte, glaube ich allerdings kaum".

1851 Nov. 10.

20. Bericht, betr. die Stellung Österreichs zur deutschen Flotte. Voraussetzungen eines bundesfreundlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich. Unterredungen mit Herrn v. Nostitz über die Preußische Bundespolitik und mit Herrn v. Eisendecher über die Flottenfrage. Anschauungen des Herrn v. Blittersdorf über die Aufgaben und Ziele der Preußischen Politik in Deutschland. 19. November 1851.

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre mit der heutigen Post einen Bericht über den von Herrn von Schele für den Marine-Ausschuß entworfenen Vortrag zu übersenden,[2]) und erlaube ich mir, demselben die nachstehenden Bemerkungen hinzuzufügen. [3])

Nov. 19.

Wie ich mir schon früher anzudeuten erlaubte, scheint die persönliche Auffassung des Grafen Thun der Hannoverschen Anschauung dieser Frage näher

1) Freiherr von Canitz und Dallwitz, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident bei dem Großherzogthum Hessen, Nassau und der Freien Stadt Frankfurt.

2) cf. Band I, Urkunde 29.

3) cf. oben S. 49, Note 2.

1851 Nov. 19. zu stehen als derjenigen, welche Veranlassung gab zu dem gemeinschaftlichen Antrage Österreichs und Preußens. Meines Erachtens hat sich Graf Thun die Aufgabe gestellt, der Entwickelung dieser Frage eine solche Wendung zu geben, daß die Nordseeflotte dem direkten, oder soweit dies unmöglich, doch dem von der Präsidialmacht zu übenden indirekten Einflusse Österreichs unterworfen bleibt, ohne daß der Kaiserstaat für die Vergangenheit oder die Zukunft pecuniäre Opfer bringt. Bei der von Österreich vorgeschlagenen Dreitheilung würde die zu gründende Nordseeflotte von einer Corporation ressortiren, welche ihren Centralpunkt wesentlich nur in dem Bundestage, und also nach dem jetzigen Stand der Dinge unter vorwiegend Österreichischem Einflusse, finden könnte. Der vollständige Anschluß der Ansichten des Grafen Thun an die des Herrn von Schele wird nur dadurch verhindert, daß Österreich den Beitrag, dessen Zahlung in der Consequenz der Ansichten des Herrn von Schele liegen würde, nicht zu leisten entschlossen ist. Der Bericht des Herrn von Schele ist in seiner künstlichen Fassung von dem Bestreben geleitet, diese Differenz nicht zu berühren, und das den Ansichten des Verfassers und denen des Grafen Thun gemeinsame Terrain festzuhalten. So geschieht es, daß von den beiden entgegengesetzten, in der Bundesversammlung vorhandenen Ansichten über das Eigenthumsverhältniß der Flotte eine jede, je nachdem sie für die Preußischen Interessen nachtheilig ist, geltend gemacht wird. Herr von Schele deducirt, daß die Flotte Bundeseigenthum sei, ohne daraus eine Zahlungspflicht Österreichs für dieses Bundesinstitut herzuleiten, während Graf Thun der Flotte die Eigenschaft einer Bundeseinrichtung bestreitet, nichtsdestoweniger aber dem Bunde das Dispositionsrecht über dieselbe in einer dem Preußischen Interesse nachtheiligen Weise vindicirt.

Ich glaube Ew. Excellenz Einverständnisses versichert sein zu dürfen, wenn ich, unbeirrt durch die Färbung der Hingebung für nationale Zwecke, mit welcher die jenseitigen Pläne eingekleidet werden, jedes in der Stellung Preußens am Bundestage liegende Mittel zur Anwendung bringe, um einem Zustande ein Ende zu machen und Plänen zu begegnen, deren Unbilligkeit in Anforderungen an Preußen durch jede Nachgiebigkeit unsererseits gesteigert wird. In dem Festhalten Österreichs an seinem, durch die Ereignisse des letzten Jahres in widernatürlicher Weise geschaffenen Einflusse auf eine ohne Zuthun Österreichs entstandene Flotte kann ich nur einen Eingriff in das natürliche Gebiet Preußischen Einflusses sehen, der mir mit der Achtung vor dem gegenseitigen Besitzstande, welche allein eine dauernde Basis eines so engen Bündnisses, wie das jetzige mit Österreich, gewähren kann, unverträglich zu sein scheint. Ich kann nicht beurtheilen, inwieweit die Haltung des Grafen Thun in dieser Frage, und die ähnliche des Herrn Hock[1]) und anderer Österreichischer

1) cf. oben S. 52, Note 1.

1851 Nov. 19.

Organe auf dem handelspolitischen Gebiete, die Billigung des Fürsten Schwarzenberg[1]) hat. Insoweit letzteres der Fall sein sollte, erlaube ich mir Ew. Excellenz Ermessen die Frage zur Erwägung zu unterstellen, ob es nicht gerade im Interesse der Befestigung und der Dauer des guten Einvernehmens zwischen beiden Mächten angemessen sein möchte, wenn Ew. Excellenz die Geneigtheit hätten, dem Fürsten Schwarzenberg bei sich darbietender Gelegenheit die Bedingungen einer gegenseitigen Rücksichtnahme und Förderung der Interessen zu vergegenwärtigen, unter welchen allein ein in demselben Grade wie bisher bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens auf die Dauer durchführbar sein kann. Die Persönlichkeit des Grafen Thun, und die Nothwendigkeit, am Bundestage den anderen Gesandten gegenüber den Eindruck der vollsten Übereinstimmung Preußens und Österreichs festzuhalten und zu verstärken, lassen es mir nicht rathsam erscheinen, dem Grafen Thun gegenüber eine politische Verstimmung über die Haltung Österreichs an den Tag zu legen und die möglichen Consequenzen einer solchen so entschieden zu beleuchten, als erforderlich sein dürfte, einen Eindruck hervorzubringen, abgesehen davon, daß die Stellung eines einzelnen Gesandten, und in specie die des Grafen Thun seinem Chef gegenüber, nicht von der Natur ist, um durch sie einen hinreichenden Einfluß auf die Haltung des vorgesetzten Cabinets üben zu können. Ich vermeide daher meinerseits dem Grafen Thun gegenüber geflissentlich jede Erörterung über Fragen, deren Entscheidung von uns Beiden nicht abhängt, und deren Besprechung, ohne Vortheil für die Sache selbst, auf unser bisher sehr gutes persönliches Einvernehmen rückwirken könnte.

Auffällig ist mir der Inhalt einer Unterredung gewesen, die ich vor einigen Tagen mit Herrn von Nostitz[2]) hatte. Derselbe deutete in einem beiläufigen Privatgespräch darauf hin, daß, wie ihm scheine, die Preußische Regierung keine Neigung habe, die Institutionen des Bundes besonders zu accentuiren und zu beleben und eine einheitliche Centralisation Deutschlands im Wege des bestehenden Bundes zu fördern. Ich erwiderte ihm in derselben vertraulichen Weise, daß nach der bestehenden Bundesverfassung die Stellung Preußens mir allerdings nicht in dem Grade gesichert und den natürlichen Machtverhältnissen meines Vaterlandes entsprechend erscheine, daß Preußen nicht Veranlassung hätte, jeden Schritt, der zu einer Stärkung der Bundesgewalt auf Kosten der territorialen Unabhängigkeit führen könne, sorgfältig zu prüfen; außerdem sei die Haltung der Majorität des Bundestags, von welcher ich in dieser Beziehung Sachsen leider nicht ausnehmen könne, der Preußischen Politik gegenüber von der Art, daß Preußen darin keine Aufforderung erblicken könne, in die Hände dieser Majorität einen stärkeren wie den bisherigen Einfluß auf die

1) cf. oben S. 2, Note 1.
2) cf. oben S. 15, Note 3.

1851 Nov. 19. Entschließungen seiner Regierung zu legen. Herr von Nostitz entgegnete seinerseits, daß Preußen allerdings gegenwärtig den ihm zustehenden rechtmäßigen Einfluß in Deutschland nicht habe, der Grund davon liege theilweise in dem noch nicht ganz geschwundenen Mißtrauen der Regierungen und besonders der Höfe, welches der Preußischen Unionspolitik seinen Ursprung verdanke; anderentheils sei aber auch die Stellung, die Preußen jetzt freiwillig einnehme, nicht geeignet, allen denjenigen Sympathien, welche sich mehr zu Preußen wie zu Österreich neigten, einen Anschlußpunkt zu bieten. Besonders scheine ihm das seit der Reconstruktion des Bundestags übliche System, alle wichtigeren Anträge von Hause aus gemeinschaftlich mit Österreich zu stellen, nicht das richtige, wenn Preußen die vor 1848 unbestreitbar vorhanden gewesene Stellung am Bundestage wieder einnehmen wolle. Mit der Bundesverfassung an und für sich sei ein vorwiegender Einfluß Preußens sehr wohl verträglich, wie das die Erfahrung früherer Jahre praktisch nachweise; ja es liege sogar in den gegebenen Verhältnissen Deutschlands die Nothwendigkeit Preußischer Hegemonie, da die Mehrheit der Bundesstaaten durch ihre geographische Lage und durch die historischen und nationalökonomischen Beziehungen auf den Anschluß an Preußen angewiesen sei. Ganz besonderes Gewicht aber legte Herr von Nostitz den confessionellen Beziehungen bei, deren Berührung jetzt Jeder vermeide, welche aber bald in den Vordergrund treten würden, wo Preußen dann von selbst seine natürliche Stellung an der Spitze der deutschen Protestanten zufallen werde. Ich lasse dahingestellt sein, welche Bedeutung diesen Äußerungen des Sächsischen Bundestagsgesandten in einer vertraulichen und zufälligen Privatunterredung beizulegen sein mag, habe aber doch geglaubt, sie zu Ew. Excellenz Kenntniß bringen zu sollen.

Über die Flottenfrage insbesondere habe ich vor einigen Tagen ein Gespräch mit Herrn von Eisendecher[1]) gehabt, bei welchem derselbe sowohl persönlich, als auch im Sinne seiner Regierung sich dahin äußerte, daß er an das Zustandekommen einer Nordseeflotte ohne Betheiligung Preußens nicht glaube, daß aber seine Regierung den Gedanken an die Herstellung einer Flotte auf der Grundlage des Zollvereins gewiß um so freudiger aufnehmen werde, als der Beitritt Oldenburgs zu dem Zollverein außer allem Zweifel stehe.

Schließlich erlaube ich mir noch einer an den Inhalt des vorstehenden Schreibens sich anschließenden Auffassung des Herrn von Blittersdorf[2]) zu gedenken. Derselbe war mir, vor seiner im Sommer unternommenen Reise nach Österreich, in auffallender Weise entgegengekommen, hat sich aber seit seiner Rückkehr ganz von mir ferngehalten. In der erstgenannten Zeit sprach er wiederholt seine Bereitwilligkeit aus, seinen Rath und seine Dienste Preußen

1) Dr. von Eisendecher, Oldenburgischer Geheimer Staatsrath, Bundestagsgesandter für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg (15. Curie).

2) cf. oben S. 6, Note 1.

zu widmen, wie ich dies damals Ew. Excellenz mitzutheilen mir erlaubt habe.[1] Als eine nothwendige Aufgabe der Preußischen Politik bezeichnete er damals den Widerstand gegen jede lebendigere Entwickelung der Bundesverfassung und jede Kräftigung der Bundesgewalt. Das Terrain des Bundestags wäre seiner Meinung nach, seit die Unionspolitik einmal zu Tage getreten sei, ein für Preußen entschieden ungünstiges, und es läge in unserem Interesse ebensowohl wie in unserer Macht, einstweilen jedes schärfere Anziehen der Zügel der Centralgewalt Deutschlands zu hindern. Ich kann nicht leugnen, daß ich diese Ansicht insoweit theile, als ich nicht glaube, daß der Bundestag in seiner jetzigen Gestaltung das letzte Wort unserer Politik sein könne, vielmehr sehe ich in demselben nur eine Schale, innerhalb welcher sich das, was in der Unionspolitik an gesunden und praktischen Elementen lag, auszubilden hat, und welche von selbst abfällt, wenn der Kern reif ist. Solange aber die Unsicherheit der jetzigen politischen Lage gegenüber der Revolution ein enges Zusammengehen mit Österreich, und vorausgesetzt, daß die Österreichische Politik nicht aggressiv gegen uns verfährt, eine Vertagung der zwischen beiden Staaten unvermeidlich vorhandenen Streitfragen gebietet, dürfte es allerdings durch die Nothwendigkeit gegeben sein, solche Pläne, welche den Bestand des Bündnisses mit Österreich gefährden, nicht ostensibel zu Tage treten zu lassen. Indessen können wir an letzterem System nur dann festhalten, wenn Österreich eine ebenso rücksichtsvolle Haltung uns gegenüber in allen Punkten bewahrt. Geschieht dies nicht, so würde ich, insoweit es mir vergönnt wäre, meine Ansicht über diesen Punkt bei Ew. Excellenz geltend zu machen, mich lediglich von der unbestreitbaren Thatsache leiten lassen, daß das Kaiserliche Cabinet des Preußischen Bündnisses in der nächsten Zukunft in höherem Grade und mit mehr Wahrscheinlichkeit bedürfen wird, als wir des Österreichischen".

1851 Nov. 19.

21. Eigenhändiger Bericht, betr. eine vertrauliche Unterredung mit dem Grafen v. Thun über die Haltung Österreichs in der Zollvereinskrisis, die Übertragung der Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund, sowie die Stellung Österreichs und Preußens am Bunde. Frhr. v. Nell. Ende November 1851.

„Ew. Excellenz Rescript in Bezug auf die handelspolitischen Bemühungen Österreichs und das Privatschreiben vom 22. cr. habe ich durch Graf Stolberg erhalten. Bei Gelegenheit einer Besprechung mit Graf Thun über die Hamburger Sache[2]) habe ich heute früh, in der Form einer rein privativen Expektoration, ihm die, nach meinem Dafürhalten unausbleiblichen beklagenswerthen Folgen entwickelt, welche die aggressive Politik Österreichs gegen den

Ende Nov.

1) cf. oben S. 6 f.
2) cf. oben S. 16, Note 8.

1851 Ende Nov. Zollverein nach sich ziehen müsse. Er antwortete mir mit dem Tone freundschaftlicher Offenheit in résumé ungefähr Folgendes: Die unverhältnißmäßigen Opfer, welche Preußen in dem Vertrage vom 7. September[1]) gebracht habe, seien der beste Beweis, daß es sich bei demselben weniger um die commercielle als um die politische Bedeutung handle. Wenn ich annähme, daß er ein ebenso guter Österreicher sei als ich Preuße, so werde ich natürlich finden, daß er es billige, wenn seine Regierung alles daransetze, um zu verhindern, daß Österreich in noch schrofferer Weise, als früher vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Corporation ausgeschlossen werde. In Wien sei man weit davon entfernt, den Zollverein zerstören zu wollen, nur müsse derselbe Basen annehmen, die einen Beitritt Österreichs, wenn nicht sofort ermöglichten, doch anbahnten. Den Zweck, die Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund zu übertragen, gestand er ein, und fand ihn ganz natürlich für Österreich; auch leugnete er keineswegs, Hock[2]) mit entsprechenden Aufträgen an die westdeutschen Höfe gesandt zu haben; er bedauerte, daß Preußen in dem Bunde nur ein Polizei- und Militair-Institut wolle. Ein überwiegender Einfluß Österreichs in Deutschland liege in der Natur der Dinge, solange Österreich ohne Selbstsucht sich Deutschland hingebe; breche es die letztere Bedingung, so werde Preußen an Österreichs Stelle treten, halte es jene Bedingung, so sei Preußens Aufgabe eine gleiche, mit Österreich gemeinsame Hingabe für die Interessen der Gesammtheit. Solange das gegenseitige Verhältniß nicht frei von partikularistischer Eifersucht sei, könne das jetzige gute Einvernehmen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. Er sprach wie Posa und entwickelte großdeutsche Schwärmerei; ich vervollständigte seinen Ideengang dahin, daß danach die Existenz Preußens, und noch weiter der Reformation, ein bedauerliches Faktum sei, wir Beide könnten es aber nicht ändern, und müßten nach Thatsachen, aber nicht nach Idealen rechnen, und ich bäte ihn zu überlegen, ob die Resultate, die Österreich auf den Hock'schen Wegen wirklich erreichen werde, die Annehmlichkeit des Preußischen Bündnisses aufwiegen würden; denn ein Preußen, welches, wie er sich ausdrückte, „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagte", um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erz-Kämmerer hingeben zu können, bestehe in Europa nicht, und ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riethe, würde eine Entscheidung durch den Degen vorhergehen müssen. Er verglich Preußen mit einem Manne, der Einmal das Loos von 100 000 Thlr. gewonnen hat, und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichte. Ich erwiderte ihm, wenn diese Ansichten in Wien so klar wären wie bei ihm, so sähe ich allerdings vor-

1) cf. oben S. 41, Note 1.
2) cf. oben S. 52, Note 1.

aus, daß Preußen nochmals in der bewußten Lotterie werde setzen müssen; ob es gewinnen werde, stehe bei Gott. Diese Unterhaltung wurde im Ganzen in mehr scherzhaftem Tone geführt, und verlor nicht den Charakter objektiver freundschaftlicher Betrachtung; bei mir hat sie aber die Überzeugung befestigt, daß Österreich die Bedeutung unseres Bündnisses oder unserer Abneigung empfinden muß, ehe es den Werth davon einsehen oder nach dieser Einsicht handeln wird. Thun ist stets in seinen Meinungen das Daguerreotyp seines Chefs, und ich zweifle nicht, daß Letzterer seine Politik in dem Sinne gegen Thun entwickelt hat, wie dieser heute gegen mich. Ich darf Ew. Excellenz wohl bitten, von dem Vorstehenden keinen Gebrauch zu machen, der Graf Thun unangenehm sein oder zu seiner Kenntniß kommen könnte, da er sonst die, ich möchte sagen jugendliche Offenheit bereuen würde, mit der er zu sprechen pflegt, wenn ich den Ton von Cavalier gegen Cavalier anschlage, und er gerade bei gefühlvoller Laune ist, was ihn nicht hindert, bei anderen Gelegenheiten wieder bauernschlau und insidiös zu sein. Mündlich werde ich mir einen detaillirteren Bericht erlauben.

1851 Ende Nov.

Der Baron Nell[1]) ist, als er den Tod Ernst August's[2]) erfahren hat, sehr erfreut gewesen, und hat seinem Sohne gesagt: „Nun haben wir gewonnen Spiel".

Für heute zwingt mich wieder die Poststunde zum Schluß; die Ausschußsitzungen nehmen täglich den besten Theil des Tages".

22. Eigenhändiger Bericht, betr. den geschäftlichen Umgang mit dem Grafen v. Thun. 24. Januar 1852.

1852 Jan. 24.

„Ew. Excellenz beehre ich mich nach eben beendeter Sitzung einen kurzen Bericht über das Resultat derselben[3]) zu überreichen. Ich füge mit der Bitte um Rücksendung zwei Briefe bei, den einen von Schele, dessen Inhalt Ew. Excellenz vielleicht interessirt, den anderen von Thun, lediglich damit Sie aus seiner eigenen Erklärung entnehmen, welche Schwierigkeit ich mit diesem Herrn habe, das persönliche Gebiet von dem politischen zu trennen. Ich fand ihn in gereizter Stimmung, namentlich sprach er sich über das Verhältniß und die Persönlichkeit des Regierungsraths Crüger[4]) so maßlos aus, daß ich ihn auf das Unmögliche einer derartigen Behandlung dienstlicher Meinungsverschiedenheiten ernstlich aufmerksam machen mußte. Bei den übrigen Gesandten trat eine Verstimmung über die jüngsten Zwischenfälle[5]) äußerlich wenigstens nicht hervor".

---

1) cf. oben S. 2, Note 2.

2) Ernst August, König von Hannover, gestorben am 18. November 1851.

3) Der Hauptgegenstand der Sitzung betraf die Flottenfrage. cf. Band I, Urkunde 49, besonders S. 72, Note 1.

4) cf. oben S. 44, Note 2.

5) scil. die Differenzen wegen des Schicksals der deutschen Flotte.

23. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reformvorschläge für die Erste Preußische Kammer. Verhandlungen über den Beselerschen Antrag. Unterredung mit Herrn v. Eisendecher bezüglich des Austrittes Preußens aus der Bundesversammlung. 2. Februar 1852.

1852 Febr. 2.

— — „Meine Absicht ist, wenn Ew. Excellenz es nicht anders bestimmen, den 10. Februar und die alsdann stattfindende Abstimmung über die Flotte hier zu erwarten,[1]) und unmittelbar nach derselben wieder nach Berlin zu reisen, um dann, soweit das Resultat es erforderlich scheinen läßt, meiner Abreise zugleich einen demonstrativen Charakter zu geben.

Privatbriefe, die ich aus Berlin erhalte, schildern die Situation in den höchsten Kreisen mit Bezug auf die Reformvorschläge für die Erste Kammer sehr unerfreulich,[2]) indem Se. Majestät in Mätzke, Bethmann[3]) und der Linken die Freunde der Allerhöchsten Pläne sehen und letztere in dem Heffterschen Antrage[4]) wieder erkennen. Wäre das richtig, so schiene mir der natürlichste und wirksamste Gegenzug darin zu bestehen, daß man aus der Rechten ein Amendement unverzüglich hervorgehen ließe, welches sich der Auffassung des Königs, die wenigstens vor 14 Tagen mit dem Heffterschen Antrage nicht übereinstimmte, noch näher, oder gänzlich anschlösse. Der Plan, der dem König ganz freie Hand läßt, scheint mir praktisch nützlicher, als die genaue und die Regierung bindende Kategorisirung des Heffterschen, aber ganz abgesehen davon würde es schon ein Gewinn sein, wenn man bei Sr. Majestät dem Entstehen gefährlicher Täuschungen vorbeugt, die aus der anscheinend größeren Bereitwilligkeit der Linken, den Königlichen Wünschen entgegen zu kommen, hervorgehen könnten.

---

1) Vergl. zu diesem Schreiben Band I, Urkunden 50 und 51.

2) Über die in der Sitzungsperiode 1851—1852 gemachten parlamentarischen Versuche, betreffend die Bildung der Ersten Kammer in Preußen, vergl. Rönne: Das Staatsrecht der Preußischen Monarchie. 3. Auflage. I. Band. 2. Abth. S. 336.

3) Dr. Moritz August von Bethmann-Hollweg, Preußischer Cultusminister vom 6. November 1860 bis März 1862, von März 1849—1851 Mitglied der Ersten Kammer, 1852—1855 Mitglied des Abgeordnetenhauses, während der dritten Session der dritten Legislaturperiode 1854—1855 zweiter Vicepräsident. Begründer der Fraction von Bethmann. cf. auch oben S. 38, Note 1.

4) Am 19. Januar 1852 stellte das Mitglied der Ersten Kammer Heffter den Antrag, die Kammer wolle beschließen: 1) den Artikel 65 der Verfassungsurkunde abzuändern und dahin zu fassen: „Die Erste Kammer besteht: a) aus den großjährigen Königlichen Prinzen, b) aus den Häuptern der Hohenzollernschen Fürstenhäuser, c) aus den Häuptern der ehemaligen unmittelbaren reichsständischen Fürsten in Preußen, d) aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der Ersten Kammer vom König beigelegt wird. In der Verleihungsurkunde werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, an welche die Ausübung dieses Rechts geknüpft ist. e) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht beschränkt. 2) Die übrigen, sich auf das Verhältniß der Ersten Kammer beziehenden Artikel demgemäß zu modificiren".

Die Verhandlungen über den Beselerschen Antrag[1]) habe ich mit vielem Interesse gelesen, aber auch neue Belege für meine Ansicht daraus geschöpft, daß ich entweder falsche Auffassungen durch Schweigen bestätigen, oder Dinge hätte sagen müssen, die meine hiesige Stellung erschwerten, wenn ich dagewesen wäre. Was Vincke von der Überlegenheit Österreichs in Ränken und Pfiffen sagt,[2]) mag richtig sein, aber dergleichen führt heut zu Tage nicht weit, höchstens zur Erbitterung des anderen Theils, aber nicht zu reellen Vortheilen. — 1852 Febr. 2.

Ein langer, mehr fragender als mittheilender Besuch des Herrn von Eisendecher hat mich bis zum Herannahen der Poststunde abgehalten, dies Schreiben zu schließen. Der Oldenburgische Herr sprach seine lebhaften Besorgnisse aus, Preußen möchte sich faktisch aus den Bundesverhandlungen zurückziehen. Ich habe nicht geglaubt, diesen Befürchtungen entgegentreten zu sollen, vielmehr durchblicken lassen, daß es für uns von wenig Werth sein könne, einen Gesandten in der Bundesversammlung zu haben, wenn letztere nicht mehr Gewicht als bisher auf die Stimme Preußens lege".

24. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit Herrn v. Schele über die Hannoversche Ministerkrisis, die Flottenfrage, die Zollverhandlungen mit den süddeutschen Staaten, die Zulassung Österreichs zu den Zollconferenzen, sowie die zollpolitischen Anträge Bayerns und Königreich Sachsens. Hannover, 27. März 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich nachstehendes Ergebniß einer Unterredung, die ich heute mit Herrn von Schele gehabt habe, zu referiren: — März 27.

Die Auffassung des Letzteren über die hiesige Ministerkrisis und deren Resultat fällt mit der des Herrn von der Decken[3]) nicht zusammen. Herr von Schele findet, daß die Unverträglichkeit der Herren von der Decken und Borries[4]) und von Windthorst[5]) und Bacmeister[6]) mehr persönliche als sachliche Motive

---

1) Am 12. Dezember 1851 stellten der Abgeordnete Beseler und Genossen in der dritten Session der Zweiten Kammer des Preußischen Abgeordnetenhauses den Antrag: „Die Kammer wolle beschließen zu erklären, daß durch die Theilnahme der Preußischen Regierung an der zu Frankfurt a. M. zusammengetretenen Bundesversammlung die Souverainetät der Krone Preußens und die Wirksamkeit der Preußischen Verfassung in keiner Weise haben beschränkt werden können; daß insbesondere die Beschlüsse dieser Bundesversammlung, insoweit sie eine Abänderung der Verfassung oder der Gesetze Preußens enthalten, oder dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegen sollen, ohne die Zustimmung der Kammern für Preußen unwirksam sind". Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diesen Antrag fanden am 29. und 30. Januar 1852 statt. cf. Stenogr. Berichte S. 201 ff.

2) Die betreffende Rede des Abgeordneten von Vincke befindet sich a. a. O. S. 209 ff.

3) von der Decken, Hannoverscher Minister.

4) von Borries, Hannoverscher Minister.

5) Windthorst, Hannoverscher Minister der Justiz.

6) Bacmeister, Hannoverscher Minister der Finanzen und des Handels.

1852 März 27. hat, und hält es nicht für unmöglich, daß er sich von den Erstgenannten, oder auch von allen seinen Collegen trennt und ein ganz neues Cabinet bildet; jedenfalls schien er mir heute mehr geneigt, die beiden bürgerlichen Minister zu conserviren, als die anderen. Er glaubt auf dem Wege seinen eigenen Standesgenossen besser dienen zu können, wenn er auch voraussieht, daß sie ihn als Renegaten betrachten würden. Seine Absicht ist, jedenfalls die Einheit im Cabinet durch Personenwechsel nach einer von beiden Seiten hin herzustellen, um endlich mit entschiedenen, die Verfassung ändernden Propositionen vor die Kammern treten zu können, unter Bezugnahme auf das Bundesrecht. Dazu glaubt er die Herren Windthorst und Bacmeister leicht disponiren zu können, nur persönliche Gereiztheit habe die Einigung bisher gehindert. Die Stände würden voraussichtlich diese Zumuthungen ablehnen, wo man sie dann auflösen, und verstärkte Mahnungen und Androhungen vom Bunde extrahiren müßte, um damit auf die nächsten Kammern zu wirken. Bei dem Verkehr mit den Ständen seien ihm Decken und Borries durch ihre Unbeliebtheit nachtheilig, Bacmeister durch gewandte Behandlung förderlich. In dem ritterschaftlichen Streit[1] hat er die Hoffnung, durch Vergleich zum Ziele zu kommen, nicht aufgegeben. Von Stüve[2] fürchtet er erst dann etwas, wenn er selbst (Schele) zurücktritt. Das Resultat ist also bisher: Unentschiedenheit darüber, wer aus dem Cabinet tritt, Wahrscheinlichkeit, daß es Decken und Borries sein werden, Gewißheit, daß Schele bleibt, der allein das Vertrauen des Königs hat, und auch für uns bis jetzt allein die wichtige Person bleibt. Ich habe ihn offen und wohlwollend gefunden wie früher.

Von der Flotte wollte er gar nichts mehr wissen, und „wenn auch Neptun selbst mit in den Verein treten wollte", namentlich war er böse über das Verhalten Bayerns in dieser Sache.[3]

In Betreff der Berliner Zollverhandlungen[4] wünschte er, daß wir die Süddeutschen recht sehr suaviter in modo behandeln möchten, ihnen nicht von Hause aus conditiones sine quibus non vorlegen; ihre verletzte Empfindlichkeit werde sich durch unwesentliche Änderungen an dem Septembervertrage[5] zufriedenstellen lassen, aber gefährlich werden, wenn man sie noch mehr reize.

In Bezug auf die Zulassung Österreichs zu den Zollconferenzen[6] ist hier durch Koller[7] und Montgelas[8] mit mehr Heftigkeit auf Schele gewirkt wor-

---

1) cf. oben S. 39 ff., und S. 51.

2) Stüve, Vorstand des Hannoverschen Ministerial-Departements des Innern.

3) cf. Band I, Urkunde 49.

4) Über diese Zollverhandlungen, die Stellung und Wünsche Österreichs und Preußens cf. Band I, S. 22 ff.

5) cf. oben S. 41, Note 1.

6) scil. in Berlin. cf. oben Note 4.

7) Freiherr von Koller, Österreichischer Gesandter in Hannover, demnächst in Berlin.

8) Graf von Montgelas, Bayerischer Minister-Resident in Hannover.

den, als diesem angenehm zu sein schien. Letzterer gab mir zu, daß eine direkte Zolleinigung mit Österreich unmöglich, die Einräumung gegenseitiger Vetos in Zollgesetzen zwischen uns und Österreich nicht zu verlangen, im Handelsvertrage mit letzterem, des guten Vernehmens wegen, aber zu wünschen sei. Er sah ein, daß es Schwierigkeiten bringen, und namentlich manche Staaten zu bedenklicher Steigerung ihrer Prätensionen ermuthigen würde, wenn wir soweit nachgäben, einen Vertreter Österreichs von Hause aus zu den Zollconferenzen zuzuziehen, wünschte aber doch, daß man um des Friedens willen, neben den Zollvereins-Verhandlungen und gleichzeitig mit Österreich solche über einen Handelsvertrag eröffne.

1852 März 27.

Bayern und Sachsen sollen beantragen wollen, die Resultate der Wiener Verhandlungen[1]) in Berlin zu Grunde zu legen, auch das schätzbare Material von Dresden und Frankfurt gleich mit hineinzuziehen, mit Rücksicht auf Artikel 19 der Bundesacte, und auf die Clausel im Septembervertrage wegen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung. Bayern hat sich hier neuerdings durch Montgelas sehr unzufrieden in Bezug auf den Septembervertrag und die zu machenden Schwierigkeiten ausgesprochen; Herr von Schele sagte aber, er wisse wohl, que les deux Bavières (der König und von der Pfordten[2])) n'étaient pas toujours d'accord, und wenn die süddeutschen Staaten sich bindend verpflichtet hätten, in Berlin auf alle Fälle im Sinne der Wiener Abreden zu wirken, so sei das an ebenso erasive Bedingungen geknüpft, wie die Bayerisch-Sächsischen Versprechungen für die Flotte, die zuletzt darauf hinauskommen, daß Hannover diese beiden Staaten für ihre maritimen Leistungen aus seinem praecipuum schadlos halten solle".

25. Eigenhändiges Privatschreiben, betr. den Tod des Fürsten v. Schwarzenberg. 6. April 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich die eben hier eingehenden beiden Depeschen des Herrn von Canitz zu überreichen. Auf Graf Thun hat die Nachricht vom Tode des Fürsten Schwarzenberg[3]) einen tiefen und niederschlagenden Eindruck gemacht; er war so bewegt, daß er die heutige Ausschußsitzung abbrach. Er sprach mit Bitterkeit und Besorgniß von der Partei der Alt-Conservativen, und von seinem Vetter, dem Grafen Wurmbrand. Daß das Regiment unmittelbar in die Hände dieser Herren übergehen werde, ist indessen bei der geringen numerischen Stärke und dem Mangel an innerem Zusammenhange dieser Fraction kaum wahrscheinlich. Der Englische Gesandte[4]) war, als ich ihm die

April 6.

1) cf. Band I, S. 106, Note 1.
2) Dr. von der Pfordten, Bayerischer Minister des Königlichen Hauses und des Äußern.
3) cf. Band I, Urkunden 63 und 66.
4) Lord Cowley.

1852 April 6. Nachricht mittheilte, sehr betroffen und sagte dann: »au fond c'est un bonheur«. Ich sage meinen Dank für die Benachrichtigung; ich war der Erste, der sie hier empfing, da mir die Depesche vier Stunden nach dem Ableben des Fürsten zukam".

26. Eigenhändiger Bericht, betr. die Lösung der Dänischen Erbfolgefrage unter Mitwirkung des Bundes. Flottenauflösung. Österreichs Politik nach dem Tode des Fürsten v. Schwarzenberg. 7. April 1852.

April 7. „Ew. Excellenz beehre ich mich in der Anlage ein ausführlicheres Schreiben über die Chancen eines Versuchs, den Bund an der Lösung der Dänischen Erbfolgefrage zu betheiligen, zu überreichen.[1]) Ich habe dasselbe so abgefaßt, daß es sich vielleicht zur Mittheilung an Se. Majestät eignet, ohne den Anschein zu haben, daß es darauf berechnet ist. Ich erachte in der That den Plan[2]) nicht nur den Preußischen Interessen entschieden zuwider, auch wenn ich mich von jeder Kurmärkischen Engherzigkeit lossage, und theile in dieser Beziehung ganz die Auffassung Ew. Excellenz, sondern ich habe die aufrichtige und feste Überzeugung, daß er bei dem Versuch der Ausführung aus den angegebenen Gründen scheitern, oder nur nach viel Anstrengungen und Zeitverlust, unter Schaustellung der schmutzigen Wäsche Deutschlands vor Europa, zur Ausführung gelangen würde. Ich habe heute mit Herrn von Nostitz, dem Sächsischen Gesandten, der den Barometerstand des Bundestags aus Erfahrung zu kennen pflegt, genau über die Holsteiner Bundesangelegenheit gesprochen. Er meinte, die territorialen Fragen würden sich, wenn auch mit Mühe, machen lassen, die Successionsfrage aber solle man ja nicht in die Bundesversammlung werfen, bevor eine Entscheidung der Europäischen Mächte erfolgt sei; nach solcher werde man, ähnlich wie in der Luxemburger Frage nach der Juli-Revolution, allmählich ins Reine kommen, vorher aber nichts als Verdruß und Verwirrung erreichen. Ohne meine Ansichten zu kennen, entwickelte er wesentlich denselben Ideengang, wie ihn mein anliegendes Schreiben enthält.

Die heutige Sitzung war ohne Belang, die Flottenauflösung wurde dem Militair-Ausschusse zugeschoben, und Niemand, Thun an der Spitze, will die öffentliche Bekanntmachung, daß die Bestandtheile der Flotte verkauft werden

---

1) Herr von Bismarck überreicht mittelst dieses Berichts seinem Chef das im I. Bande unserer Sammlung S. 89 ff. zum Abdruck gelangte Privatschreiben vom 6./7. April (Urkunde 64). Daselbst auch das Nähere über den augenblicklichen Stand der Holsteinschen Bundesangelegenheit.

2) scil., daß der Bund als Ganzes der Convention, welche in London behufs Regelung der künftigen Thronfolge in der Dänischen Monarchie von den Europäischen Mächten demnächst abgehalten werden sollte, beitrete, und zwar unbedingt, und ohne alle materielle Abänderung der vorgeschlagenen Stipulationen.

sollen,[1]) unterzeichnen. Man will es dem zu ernennenden Commissar überlassen, und hat als solchen Niemand als den Hamburger Beschwerdeführer Hübbe (in der Verfassungssache) ausfindig machen können, den der Hamburger Gesandte vorschlug, um ihn, wenn er es annimmt, in der öffentlichen Meinung zu discreditiren.[2]) — 1852 April 7.

Graf Thun ist sichtlich beruhigt seit Eingang der Depesche von Werner,[3]) daß in der Politik durch den Tod des Fürsten (scil. Schwarzenberg) nichts geändert werde".[4])

27. Bericht, betr. die Preußenfeindliche Haltung der in Westdeutschland ansässigen standesherrlichen Familien. Feindseligkeit der Ober-Postamts-Zeitung gegen Preußen. Zweifel an der Ernennung des Grafen v. Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten. Beschwerde v. d. Pfordten's über den Preußischen Gesandten in München. Fürst v. Gortschakoff's angebliche Verdienste in Betreff der Aussöhnung zwischen Preußen und Österreich. Empfehlung des Herrn v. Wintzingerode in Berlin. Ernennung des Grafen v. Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten und Verhältniß desselben zu dem Grafen v. Thun. 11. April 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in der Anlage einen Bericht des Herrn von Canitz[5]) zu überreichen, aus welchem Sie ersehen wollen, wie es gerade ein Preuße gewesen ist, der in Darmstadt Anträge von entschiedener Feindseligkeit gegen uns gestellt hat, und leider muß ich die Überzeugung aussprechen, daß das Verhalten des Prinzen August von Wittgenstein[6]) ein charakteristisches Symptom nicht bloß seiner eigenen, sondern der Gesinnung einer großen Anzahl von Mitgliedern der in Westdeutschland ansässigen standesherrlichen Familien gegenüber der Preußischen Monarchie abgiebt. Ew. Ex- — April 11.

1) cf. Band I, Urkunde 73.

2) Demnächst wurde mit dem odiosen Commissorium der Großherzoglich Oldenburgische Staatsrath a. D. Fischer betraut. cf. Band I, Urkunde 73.

3) Freiherr von Werner, Wirklicher Geheimer Rath, Unterstaatssecretair im Österreichischen Ministerium des K. K. Hauses und des Äußern.

4) Auf vorstehendem Schreiben des Herrn von Bismarck finden sich nachstehende eigenhändige Bemerkungen des Ministers Freiherrn von Manteuffel: „Herrn von Le Coq Hochwohlgeboren. Gegenwärtiger Brief ist mir von Bismarck unter Eigenhändig gesandt. Ich bitte davon Kenntniß zu nehmen und zu erwägen, ob es nicht gut sein würde, den anliegenden Brief (Urkunde 64 in Band I — nicht diesen —) durch Gerlach Sr. Majestät vorlesen zu lassen, damit ich das Eis weniger hart finde". Herr von Le Coq entsprach dem Wunsche des Minister-Präsidenten. Herr von Le Coq war Unterstaatssecretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

5) cf. oben S. 53, Note 1.

6) Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Nassauischer Staatsminister.

1852 April 11. cellenz werden besser als ich im Stande sein zu ermessen, daß diese Erscheinung keine zufällige und leicht vorübergehende ist, sondern das natürliche Resultat mannigfacher historischer, sowie auch verwandtschaftlicher und religiöser Beziehungen. Die thätigsten Werkzeuge der antipreußischen Agitation in der hiesigen Nachbarschaft sind Mitglieder der standesherrlichen Häuser Leiningen und Hohenlohe, deren Bestrebungen von Berlin aus durch Nachrichten und anderweitig von dem Grafen Görtz,[1]) dem Schwiegersohne des Prinzen August von Wittgenstein und dem persönlichen Freunde des Prinzen Emil von Hessen, unterstützt werden. Wenn diese Herren gegen Preußen allerdings keine andere Verpflichtung haben, als die der Dankbarkeit für das lebhafte Interesse, welches Se. M. der König selbst den Rechten und der Stellung sämmtlicher Standesherren widmet,[2]) so sollte man glauben, daß das Fürstliche Haus Wittgenstein nicht nur durch seine Preußische Staatsangehörigkeit, sondern auch durch das besondere Maß, in welchem demselben die Gnade des Königshauses jeder Zeit zu Theil geworden ist, Verbindlichkeiten gegen Preußen fühlte, aber nicht nur der jetzige Nassauische Staatsminister, sondern auch der hier wohnende Prinz Adolph von Wittgenstein-Hohenstein zeichnen sich durch feindselige Parteinahme gegen Preußen aus, so gern auch, wenigstens der Letztere, bei passenden Gelegenheiten die Eigenschaft eines Preußen geltend macht. Ich bin fern davon, allen diesen Herren aus ihrer politischen Richtung einen Vorwurf zu machen, ich finde es vielmehr erklärlich, daß die Traditionen ihrer Familien sie mehr an Kaiser und Reich und an manche phantastische Restaurationspläne im Österreichischen Lager, als an den Preußischen Staat knüpfen; wohl aber würde man den Lenkern des letzteren, von mehr als einer Seite her, glauben es vorwerfen zu dürfen, wenn ihre Entschließungen von der Annahme beherrscht würden, daß die politischen Sympathien der Häuser Ahremberg, Thurn und Taxis, Wallmoden unter allen Umständen zuverlässige Säulen des Preußischen Thrones und Staates abgeben würden.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, Ew. Excellenz Aufmerksamkeit wiederholt auf die zunehmende Feindseligkeit der Ober-Postamts-Zeitung [3]) gegen Preußen zu lenken, und Ihrem Ermessen anheim zu geben, ob es nicht an der Zeit sei, amtlich und entschieden gegen ein Organ einzuschreiten, dessen Haltung einen öffentlichen Scandal bietet, wenn man erwägt, daß der Eigenthümer desselben, von dessen Befehlen es durchaus abhängig ist, der Fürst von

---

1) Carl Heinrich Graf von Schlitz gen. von Görtz, Großherzoglich Hessischer Gesandter in Berlin, seit Oktober 1850.

2) cf. den in Band I als Urkunde 99 aufgenommenen Immediatbericht des Herrn von Bismarck, betr. die Verhandlungen wegen der vormals reichsständischen Fürsten und Grafen.

3) cf. oben S. 6, Note 4. Über die Preußenfeindliche Haltung dieses Blattes und der Frankfurter Presse überhaupt vergl. auch Band II, S. 84—87, 306, 307, 342.

Thurn und Taxis, ein naher Verwandter des Königlichen Hauses und Preußischer Standesherr ist, ganz abgesehen davon, daß dieses Blatt in der öffentlichen Meinung den Charakter eines Organs des Bundestags hat. Dem letzteren Verhältniß ein Ende zu machen, werde ich mich bemühen, soviel in meinen Kräften steht. Der Graf Thun, von welchem indessen eine regelmäßige Geschäftsthätigkeit bis zu erfolgter Consolidirung der Verhältnisse in Wien wohl nicht zu erwarten ist, sprach gestern schon gegen mich die Absicht aus, ein ernstes Wort mit der Redaction jenes Blattes zu sprechen. Meinerseits etwas der Art zu thun, schien mir der Würde der Regierung nicht angemessen, auch habe ich mich früher überzeugt, daß auf gütlichem Wege immer nur eine, nach Zeit und Maß sehr geringe Modifikation in der Haltung der Ober-Postamts-Zeitung zu erlangen ist. Bemerkenswerth schien mir, daß sowohl Graf Thun, wie Herr von Nostitz bei Gesprächen über dieses Thema mich auf die Nothwendigkeit verwiesen, daß Preußen zu energischen Maßregeln gegen die Presse die Hand biete.

1852 April 11.

Graf Thun ist bisher der Ansicht, daß die Nachricht von der Ernennung des Grafen Buol[1]) sich nicht bestätigen werde. Er fand die Verschwägerung mit Herrn von Meyendorff[2]) bedenklich, auch schien er von den persönlichen Mitteln des Grafen Buol keine hohe Meinung zu haben und denselben überhaupt nicht zu lieben. Die hier lebende Frau von Vrints, durch lebhafte Unterhaltungsgabe und hohes Spiel eine der Celebritäten der hiesigen Gesellschaft, ist eine andere Schwester des Grafen Buol, deren Mann eine Stelle bei der Taxisschen Post unter Herrn von Dörnberg, dem Schwager und General-Direktor des Fürsten Taxis, bekleidet. Für den Fall, daß die Ernennung des Grafen Buol sich bestätigen sollte, äußerte Graf Thun die Hoffnung, dessen Nachfolger in London zu werden, und klagte dabei lebhaft über die Arbeitslast und die sonstigen Unannehmlichkeiten seiner hiesigen Stellung; unter letztere rechnet er auch seine Beziehungen zu Frau von Vrints, die ihrerseits in einem näheren Verhältniß, als Frau von Meyendorff, zu ihrem Bruder stehen soll, und schon bestätigende Nachrichten über die Ernennung des letzteren haben will.

Durch den Grafen Thun hörte ich, daß der Minister von der Pfordten in Darmstadt lebhaft über Herrn von Bockelberg[3]) geklagt und erklärt habe, daß er außeramtlich gar nicht mehr mit demselben spreche.

Als Curiosum will ich noch anführen, daß der Fürst Gortschakoff,[4]) als er vor zwei Monaten hier anwesend war, glaubte, die vollständige Aussöhnung

---

1) Graf von Buol-Schauenstein, der Nachfolger des Österreichischen Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg, damals Österreichischer Gesandter in London.

2) cf. oben S. 22, Note 1.

3) Freiherr von Bockelberg, Preußischer Gesandter in München.

4) Geheimer Rath Fürst von Gortschakoff als Gesandter und bevollmächtigter Minister am Hofe zu Stuttgart, auch am Deutschen Bunde beglaubigt. cf. auch S. 8, Note 3.

1852 April 11. zwischen Preußen und Österreich durch seinen persönlichen Einfluß vermittelt zu haben, obschon er dieses Verdienst nicht sich selbst, sondern dem Umstande zuschrieb, daß er »le faible écho de la voix de l'Empereur« sei. Das Thatsächliche ist, daß bei der Ankunft des Fürsten die Verständigung mit Österreich in den hier schwebenden Streitfragen, soweit sie überhaupt Platz gegriffen hat, bereits erfolgt war. Im Übrigen befremdete es mich, daß der Fürst die ganze Sache wesentlich durch eine Österreichische Brille sah, an dritten Orten und bei dem Grafen Thun selbst entschieden für die Österreichische Auffassung Partei nahm, auch den über das Resultat seiner Mission erstatteten Bericht vor dem Abgange dem Grafen Thun vorgelegt und nach dessen Andeutungen vervollständigt hat. Graf Thun hat dieses Faktum dem Oldenburgischen Gesandten Herrn von Eisendecher mitgetheilt.

Der ehemalige Nassauische Staatsminister von Wintzingerode[1]) beabsichtigt am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin auf einer Reise zu seinem Bruder, der in Breslau angestellt ist, einzutreffen. Wenn Ew. Excellenz anwesend sind, wird er Ihnen ohne Zweifel seine Aufwartung machen. Auch halte ich für wahrscheinlich, daß er sich bemühen wird, in Preußen angestellt zu werden. Ich weiß zwar nicht, wieweit hierzu Aussicht ist, erlaube mir aber wenigstens Ew. Excellenz um einen freundlichen Empfang des Herrn von Wintzingerode zu bitten. Derselbe hat sich während seiner Amtsführung zu jeder Zeit als einen entschiedenen Anhänger Preußens bewiesen, und ist lediglich um dieser Ursache Willen unter Mitwirkung des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Leiningen aus seiner Stellung verdrängt worden. Außerdem wird er im Stande sein, Ew. Excellenz manche interessante Details über das Auftreten der Österreichischen Propaganda am Herzoglichen Hofe mittheilen zu können".

Postscriptum.

„Herr von Brints, der eben bei mir war, hatte noch keine direkte Nachrichten über die Ernennung seines Schwagers, betrachtet sie aber, auf Grund mehrerer aus London und Brüssel erhaltener Notizen, als gewiß. Er meint, Graf Buol werde schwerlich auf die Dauer mit Bach[2]) gehen können, dagegen werde er sich eng an Kübeck[3]) anschließen, der zum Minister-Präsidenten bestimmt sei. Die fernere Unterhaltung ließ mich entnehmen, daß eine Abneigung zwischen den Grafen Thun und Buol gegenseitig ist. Im Grunde kann ich nicht sagen, daß mir Graf Thun's Abgang von hier erfreulich scheine, so lange man nicht weiß, wer sein Nachfolger sein wird".

---

1) Präsident des Staatsministeriums, seit 11. Juni 1849.

2) Freiherr von Bach, Österreichischer Minister des Innern.

3) Geheimer Rath Carl Freiherr von Kübeck, seit Dezember 1850 Präsident des Österreichischen Reichsraths.

28. Eigenhändiger Bericht, betr. die Vertretung des Bundes auf der Londoner Conferenz für die Regelung der Thronfolge in Dänemark. Winke für die Behandlung der Mittel- und Kleinstaaten in Bezug auf die Zollvereinskrisis. Unterhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Herr v. Radowitz. Graf v. Nesselrode. Theilnahme an den Preußischen Kammerverhandlungen. 18. April 1852.

1852 April 18.

„Ew. Excellenz geehrtes Schreiben vom 15. cr. habe ich gestern durch Expressen von Erfurt erhalten. Ich hatte um die Abschrift meines Briefes vom 6.[1]) gebeten, um etwaige Wiederholungen oder anscheinende Widersprüche in meinem officiellen Berichte zu vermeiden; bei' genauerer Überlegung erinnerte ich mich indessen der Fassung des Schreibens hinreichend, um die amtliche Erledigung des Erlasses vom 4. cr.[2]) nicht länger zu verzögern, da deren Beschleunigung Ew. Excellenz erwünscht sein mußte. Ich habe mich absichtlich auf Darlegung derjenigen Gründe gegen die Vertretung des Bundes in London beschränkt, welche aus den hiesigen Personal-Verhältnissen hervorgehen. Dieselben scheinen mir hinreichend unabweislich, und ich fürchtete ihren Eindruck zu schwächen, wenn ich, auf eine allgemeine politische Beurtheilung des intendirten Schrittes eingehend, bei Sr. Majestät vielleicht die Vermuthung erweckte, meine Überzeugung von der Unzweckmäßigkeit der Maßregel wirke bestimmend auf meine Ansicht über ihre Unausführbarkeit. Ew. Excellenz wollen aus diesem Grunde die Magerkeit meines Berichts[3]) entschuldigen.

Ich freue mich, daß die Ansichten Sr. Majestät über die Zollfrage[4]) so entschieden sind, bin aber ganz der Ansicht Ew. Excellenz, daß erst im Falle zwingender Nothwendigkeit mit der Aufstellung kategorischer Alternativen vorzugehen sein möchte. Durch anerkennende Worte und gefällige Formen ist gewiß viel zu machen. In diesem Sinne wäre es zweckmäßig, wenn unsere Zeitungen mehr Vertrauen zu den Mittel- und kleinen Regierungen aussprächen, anstatt sie durch Geringschätzung und hohen Ton zu verletzen. Vielleicht könnte Ihr Herr Bruder[5]) namentlich der Kreuzzeitung in seinem und meinem Namen einen Wunsch in dieser Beziehung aussprechen. Bayern und Sachsen klagen hier gegen mich, daß ihnen durch die Haltung unserer Presse jede Annäherung erschwert werde.

Als ich dieses schrieb, kam der Herzog von Augustenburg, mich zu besuchen. Von seinen Entschließungen und von dem Dänischen Anerbieten über-

1) cf. oben S. 64, Note 1.

2) Über den Inhalt dieses Erlasses cf. Band I, S. 89, Note 2.

3) Herr von Bismarck deutet hier auf den in Band I, S. 93, Note 1 bezeichneten Bericht vom 15. April 1852 hin.

4) cf. oben S. 62 f.

5) cf. oben S. 33, Note 2.

1852 April 18. haupt hat er kein Wort gesprochen. Heinrich Arnim[1]) hat, solange er hier war, viel mit dem Herrn Herzog verkehrt; er soll von hier nach München gegangen und dort mit Franke, ehemaligem Statthalter in Schleswig, jetzt in Coburgischen Diensten, zusammengetroffen sein. Gagern[2]) und Jucho hat er ebenfalls viel gesehen, solange er hier war; auch verkehrte er viel in dem Hause der Frau von Günderode,[3]) bei welcher Herr von Radowitz[4]) sein Hauptquartier aufzuschlagen pflegt und Herr von Sydow,[5]) ihr Verwandter, wohnt, wenn er hier ist.

Die Reise des Herrn von Radowitz nach London hat den Leuten hier viel Kopfzerbrechen gemacht; bei seiner ersten Durchreise nahm er Frau von Reuter, die Schwiegermutter Schukoffsky's, von hier mit nach Baden.

Die Bekanntschaft des Grafen Nesselrode[6]) wird mir sehr interessant sein, und komme ich mit Vergnügen zu der Zeit nach Berlin.

Ist in der Kammer Mangel an Stimmen, so befehlen Ew. Excellenz über mich; nur bei der Berathung über Neubildung der Ersten Kammer[7]) würde ich es lieber sehen, wenn meine Geschäfte mich hier fesselten".

29. Eigenhändiger Bericht, betr. einen Wechsel in der Person des Präsidialgesandten. Hannoversche Ministerkrisis und Parteiverhältnisse. Bedeutung und Erfolglosigkeit eines Auftretens des Herrn v. Bismarck gegen die Ritterschaft in der Preußischen Kammer. Graf v. Thun. 23. April 1852.

April 23. „Ew. Excellenz werden vielleicht schon durch Herrn von Gerlach aus meinem Schreiben, welches ich heute an denselben gerichtet habe, erfahren haben, wie sehr ich besorgt bin, daß ein möglicher Wechsel in der Person des Österreichischen Bundestagsgesandten Herrn von Prokesch[8]) hierher führen könnte, wo ohne Zweifel, vermöge der eigenthümlichen Stellung der Präsidialgesandtschaft, noch schwerer mit ihm zu leben sein würde, als in Berlin. Von Graf Thun selbst und von Frau von Brints, der Schwester des Grafen Buol,[9]) weiß ich, daß das Verhältniß zwischen diesen beiden Herren, auf Grund per-

1) Freiherr von Arnim, Minister des Auswärtigen März 1848.

2) Heinrich Wilhelm August Freiherr von Gagern, Präsident der deutschen Nationalversammlung des Jahres 1848 und Reichsminister.

3) Freiherr von Günderode, Schöffe von Frankfurt a. M.

4) cf. oben S. 6, Note 3.

5) cf. oben S. 8, Note 2.

6) Graf von Nesselrode, Russischer Reichskanzler.

7) cf. oben S. 60, Note 4.

8) Freiherr von Prokesch-Osten, Geheimer Rath und Feldmarschall-Lieutenant, seit März 1849 Österreichischer Gesandter in Berlin.

9) cf. oben S. 67, Note 1.

1852 April 23.

sönlicher Berührungen aus früherer Zeit, ein schlechtes ist. Außerdem hat Graf Thun an den Fürsten Schwarzenberg bittere Urtheile über Herrn von Werner[1]) geschrieben, die bei dem plötzlichen Tode des Fürsten entweder in die Hände des Betheiligten selbst, oder doch in die des Grafen Buol gerathen sein werden, so daß zwischen dem die deutschen Geschäfte leitenden Herrn von Werner und Grafen Thun kein gegenseitiges Vertrauen mehr obwalten wird. Da nun gerade die hiesige Stellung mehr als jede andere für ihren Inhaber die Nothwendigkeit mit sich bringt, sich das Vertrauen seines Chefs zu bewahren, so spricht Graf Thun selbst von der Möglichkeit, daß ihm seine hiesige Stellung unhaltbar erscheinen könne. Nachdem seine Aussicht, nach London versetzt zu werden, geschwunden ist, sagte er mir, er würde aus dem Dienst scheiden, wenn nicht Familienverhältnisse ihm den Aufenthalt zu Hause verleideten. Sollten Ew. Excellenz gelegentlich von der Intention des Kaiserlichen Cabinets hören, hier eine Änderung eintreten zu lassen, so wende ich mich an Ihr Wohlwollen mit der Bitte, mich nach Kräften vor dem Herrn von Prokesch zu schützen; Graf Rechberg[2]) wäre nach Allem, was ich höre, dem entschieden vorzuziehen, als ein zwar leidenschaftlicher, aber gerader und ehrliebender Mann. Lieber als Beide behalte ich Thun, trotz mancher Wunderlichkeiten.

Herr von Bothmer[3]) schilderte mir heute, wie in Hannover durch Gerüchte und Preußische Blätter die Ansicht genährt werde, als ob unsere Regierung, aus Besorgniß vor Österreichischer Tendenz der Ritterschaft, letztere fallen lasse und ultraliberale Tendenzen begünstige, auch der Entwickelung der letzten Ministerkrisis die jetzige Richtung[4]) gegeben habe. Ich versicherte ihn, daß dergleichen ganz aus der Luft gegriffen sei, und die Königliche Regierung sich weiter nicht bei der Sache betheiligt habe, als durch Darlegung ihres Vertrauens auf die Person des Herrn von Schele.[5]) Das letztere Gefühl theilt auch Herr von Bothmer, er fürchtet aber, mit manchen seiner Parteigenossen, daß Schele weiter werde gedrängt werden, als er jetzt zu gehen gedenke, und so auf einen Punkt gelangen werde, wo der innere Widerspruch ihn zu plötzlichem Austritt bewegen müsse; dann folge wieder der Stüve'sche[6]) Radikalis-

---

1) cf. oben S. 65, Note 3.

2) Johann Bernhard Graf von Rechberg und Rothenlöwen, geboren 17. Juli 1806, bei der Ernennung Schmerling's zum Österreichischen Minister im Juli 1848 zu dessen Nachfolger als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt ernannt; 1851 erhielt er die Stelle eines Österreichischen Internuntius in Constantinopel, 1853 wurde er dem Feldmarschall Radetzki für die Civil-Angelegenheiten des lombardisch-venetianischen Königreichs ad latus beigegeben; später (1855) Bundes-Präsidialgesandter in Frankfurt a. M.

3) von Bothmer, Staatsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.

4) cf. oben S. 61 f.

5) cf. oben S. 7, Note 1.

6) cf. oben S. 62, Note 2.

1852 April 23.

mus, aus dessen Händen die Zügel der gewaltsamen Reaction anheimfallen würden. Abgesehen davon, ob gerade diese Reihenfolge eintritt, glaube ich doch, daß entweder durch Schele oder nach ihm die ritterschaftliche Partei entweder an's Ruder oder zu entscheidendem Einfluß nach einiger Zeit gelangen wird, und daß es nützlich für Preußen ist, wenn durch die Presse und sonstige Wege dahin gewirkt wird, daß diese Partei sich nicht daran gewöhnt, uns als Gegner und Österreich und den Bundestag als einzigen Ankergrund für ihr Schiff zu betrachten. Auch Herrn von Schele selbst bereitet es Schwierigkeiten in der Verfolgung des von ihm eingeschlagenen Weges, wenn es den Anschein hat, als glaubten wir ihm zu helfen, indem wir die Ritterschaften angreifen. Ich weiß, daß letzteres nicht der Fall ist, aber es wäre meines Erachtens nicht ohne Nutzen, wenn durch die Presse und durch Äußerungen des Grafen Nostitz[1]) gegenüber den Mitgliedern jener Partei und anderen geeigneten Personen der falschen Auffassung entgegengetreten würde, als ob Preußen die Hannoversche Ritterschaft als Österreichische Partei betrachte und ihr deshalb den Krieg mache.

Die telegraphische Mittheilung über die morgen in der Zweiten Kammer stattfindende Verhandlung erhielt ich gestern Abend, so daß ich, wenn ich mit der nächsten Gelegenheit hätte abreisen wollen, um den Wünschen Sr. Majestät in dieser Sache zu entsprechen, doch erst morgen Abend eingetroffen sein würde. Aber selbst wenn ich da wäre, und die Zahl der für die Auffassung unseres Allergnädigsten Herrn Stimmenden um Einen oder Einige vermehrte, so würde dieser Vortheil den Nachtheil nicht aufwiegen, der für die Regierung und namentlich für die Krone im engeren Sinne aus der Decomposition unserer Partei hervorgehen würde. Wenn ich mich öffentlich durch ein Votum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser lossagte, so würde das gerade in dem entschlossensten und innersten Theile unserer Partei einen unheilbaren Spalt lassen, und ich würde das verlorene Vertrauen meiner politischen Stützen in der Kammer und im Lande so leicht nicht wieder gewinnen. Daß die Stellung, in welche unsere Ritterschaft in dieser Sache gerathen ist, eine schiefe und mehr durch Parteiumtriebe, als durch sachliche Gründe herbeigeführt ist, habe ich Sr. Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten, oder es auch nur bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig lossagen, wenn man sie nicht sich unterwerfen kann. Für eine Thorheit halte ich es, in Preußen eine conservative Adelsopposition im Widerspiel gegen die Krone zu machen. Dazu sitzt uns der Absolutismus zu sehr in succo et sanguine, und eine Entfremdung zwischen Krone und Ritterschaft kann nur dahin führen, die Schreiber- und

1) cf. oben S. 51, Note 1.

Gendarmen-Herrschaft nomine regis als einzigen Ausgangspunkt übrig zu lassen. Wenn ich aber im vorliegenden Fall mich, wie Se. Majestät es auffaßt, gegen die verfehlte Richtung meiner Standesgenossen in die Bresche werfen wollte, so würde ich keinen anderen Erfolg haben, als daß diese mit aufrichtigem Bedauern in mir für alle Zukunft einen durch Amt und Würde erkauften Überläufer in das Lager serviler Büreaukratie erblickten, und der augenblicklich durch mich Sr. Majestät erwiesene Dienst würde, wie ich glaube, sehr viel geringer sein, als meine Einbuße an Fähigkeit, dem König ferner Dienste zu leisten. Diese Erste-Kammer-Sache geht, das bin ich überzeugt, schließlich doch in das Geleise, in welches Se. Majestät sie haben will, mag es auf den jetzigen Wurf gelingen oder nicht. 1852 April 23.

Morgen früh habe ich mit Graf Thun eine Schnepfenjagd, auf der er mir wohl sein Herz ausschütten wird".

30. Eigenhändiger Bericht, betr. die außerordentliche Sendung des Herrn v. Bismarck nach Wien: Besuch bei dem Grafen v. Arnim. Schwierigkeit einer Audienz bei der Erzherzogin Sophie. Unterredung mit dem Grafen v. Buol über die Zollkrisis und die Zollunion. Hintertreibung eines Empfanges des Herrn v. Bismarck am Kaiserlichen Hoflager durch den Grafen v. Buol. Frau v. Meyendorff. Preis- und Münzverhältnisse in Wien. Erndte-Aussichten. Besuch bei dem Fürsten v. Metternich und Begegnung mit dem Grafen v. Rechberg. Verhalten des Grafen v. Buol bei einer wiederholten Begegnung. Fürst v. Schwarzenberg. Die Fürstinnen v. Schönburg und v. Bretzenheim. Unterredung mit dem Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz. Die Träger der Preußenfeindlichen Richtung in Wien. Wien, 10. und 11. Juni 1852.

„Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich vorgestern Abend hier eingetroffen bin.[1]) Ich begab mich unmittelbar nach meiner Ankunft zum Grafen Arnim[2]) und überreichte ihm die an ihn gerichteten Depeschen. Er war schon im Bett und glaubte, daß ich als Reisender käme; die Nachricht, daß ich zu seiner Vertretung geschickt sei, überraschte ihn und er fand das Arrangement ungewöhnlich, um so mehr, da nichts hier zu thun sei. 1852 Juni 10.

Ich hatte die Absicht, auch mit dem von mir überbrachten Schreiben J.

---

1) Vergl. auch die Band I, S. 102ff. abgedruckten Berichte des Herrn von Bismarck über seine außerordentliche Sendung nach Wien.

2) Graf von Arnim-Heinrichsdorff, außerordentlicher Gesandter Preußens am Wiener Hofe (beglaubigt 6. Mai 1851). Herr von Bismarck wurde nach Wien entsandt, um den Grafen Arnim während eines ihm gewährten sechswöchentlichen Urlaubs zu vertreten. cf. Band I, S. 102.

1852 Juni 10. M. der Königin an J. K. H. die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn[1]) mich zu melden, um dort zu erfahren, ob und wie es thunlich sei, daß ich Sr. M. dem Kaiser nach Ungarn folge und dort vorgestellt würde, um, wenn nicht meine Creditive, doch das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Diesen Weg gestattet indessen die hiesige Hofsitte nicht, wie mir Graf Arnim wiederholt und bestimmt erklärte, und Graf Buol[2]) bei meiner Unterredung gestern Morgen bestätigte. Von beiden Seiten wurde mir gesagt, daß die Beschaffung einer Audienz bei der Frau Erzherzogin, bei der zeitigen Abwesenheit der obersten Hofchargen, zwei bis drei Tage Zeit erfordern werde. Ich habe daher den mir als vorschriftsmäßig bezeichneten Weg einschlagen müssen, wonach das Schreiben J. M. der Königin durch den Grafen Arnim an das Hofmarschall-Amt übermittelt worden ist, und ich weitere Befehle der Frau Erzherzogin zu gewärtigen habe.

Graf Buol empfängt fremde Gesandten nur an drei Tagen in der Woche von 2 bis 4 Uhr. Da glücklicher Weise gestern ein solcher Tag war, so fuhr Graf Arnim mit mir zu ihm. Die Erzählungen von dem steifen und boutonnirten Wesen dieses Ministers habe ich nicht bestätigt gefunden; seine Haltung ist ruhig und besonnen, aber freundlich mit einem Anschein von Gradheit. Er schien etwas empfindlich darüber, daß er von meiner Sendung hierher keine vorgängige Kenntniß gehabt hatte. Nachdem er Ew. Excellenz eigenhändiges Schreiben gelesen und ich ihm den ungefähren Inhalt unserer jüngsten Zollconferenzen[3]) mitgetheilt, auch das Schriftstück zur demnächstigen Einsicht abgegeben hatte, sprach er sich etwa in folgender Art aus: Das Aufhören der bisherigen volkswirthschaftlichen Isolirung Österreichs liege eben so sehr in Deutschlands wie im eigenen (Österreichischen) Interesse; Österreich habe gethan, was in seinen Kräften stehe, um einen besseren Zustand herbeizuführen; der wichtigste seiner Bundesgenossen weigere sich, die dargebotene Hand anzunehmen, für Österreich bleibe danach nichts übrig, als nunmehr ruhig abzuwarten, daß man von unserer Seite den Augenblick für gekommen erkläre, wo Preußen bereit sei, auf die Anträge Österreichs einzugehen; bis dahin werde die Haltung des hiesigen Cabinets eine passiv abwartende sein. Das aber könne man von Österreich nicht verlangen, daß es denjenigen deutschen Staaten, welche Österreichs Wünschen entgegengekommen seien und die Zollunion mit Österreich für vortheilhaft und für nothwendig hielten, nunmehr den Rath ertheilen solle, von dem Verlangen nach einer Unterhandlung über diese Frage Preußen

1) Friederike Sophie Dorothea, geboren 27. Januar 1805, des verstorbenen Königs Maximilian Joseph von Bayern Tochter, vermählt 4. November 1824 mit Erzherzog Franz Carl Joseph, dem Vater des Kaisers Franz Joseph I (Schwester der Königin Elisabeth von Preußen).

2) cf. oben S 67, Note 1.

3) cf. oben S. 62 f.

gegenüber zurückzustehen. Die Verhandlungen zwischen uns und unseren Zollverbündeten berührten Österreich nicht, und wir müßten zusehen, wie wir uns mit ihnen einigten. Ich erwiderte, daß ich durch das Gehörte nur die Überzeugung bestätigt fände, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Wien, bei näherer Besprechung der Ansicht hier und dort, gar nicht so erheblich sei, als man gewöhnlich annähme, denn eine Haltung des hiesigen Cabinets, wie die von dem Grafen angedeutete, sei unseren Wünschen und Interessen vollkommen entsprechend und nur zu wünschen, daß die Staaten der Darmstädter Coalition[2]) sich keinen Täuschungen über die Stellung Österreichs hingäben, da sie, wenn sie der Neutralität der Stellung Österreichs gewiß wären, ohne Zweifel nur ihre Interessen zu Rathe ziehen, die Reconstruktion des Zollvereins beschleunigen und uns dadurch in die Möglichkeit setzen würden, dem Wiener Cabinet die Aufrichtigkeit unseres Strebens nach einer handelspolitischen Annäherung zu bethätigen. Preußen könne in dieser Frage lediglich seinen volkswirthschaftlichen und finanziellen Vortheil zu Rathe ziehen; dieser bedinge einen Zollverein mit dem Südwesten durchaus nicht, und der Erhaltung desselben Opfer zu bringen hätten wir keinen Beruf. Wir erwarteten eine ganz freie, aber nach Möglichkeit beschleunigte Entschließung unserer bisherigen Verbündeten, um recht bald demnächst unsere Beziehungen zu Österreich und unsere eigenen Einrichtungen reguliren zu können. Diese Themata wurden von beiden Seiten wiederholt und variirt. Der Gesammteindruck blieb mir, daß man eine so bestimmte Ablehnung der Vorschläge in der Zollconferenz hier nicht erwartet hatte. Gleich darauf hat Graf Buol eine Besprechung mit den übrigen Ministern gehabt, und Graf Platen,[2]) der mit ihm gegessen, sagte mir später, daß er ungewöhnlich verstimmt gewesen und über die schlechten Neuigkeiten geklagt habe, die ich mitgebracht.

1852 Juni 10.

Mein Wunsch war, nach dieser Einführung bei Graf Buol und Überreichung der Abschrift meiner Creditive, mit dem Nachtzuge nach Pest zu gehen, um dem Kaiser das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Graf Buol sagte, er werde darüber ungesäumt die Befehle Sr. M. des Kaisers einholen und könne mir nur rathen, dieselben hier abzuwarten, da ich erst am anderen Tage (heute) in Pest ankommen, wegen des Zusammenströmens der Ungarn zu der Kaiserlichen (Frohnleichnams-) Procession kein Unterkommen, auch an dem Tage schwerlich Gelegenheit finden werde, mich dem Kaiser zu nähern, zumal fraglich sei, ob Se. Majestät ohne Anwesenheit des Ministers mich empfangen werde, da meine amtliche Eigenschaft doch schon unter der Hand — durch Gräfin Ugarte[3]) wie ich höre — am Hofe gemeldet sei.

1) cf. Band I, S. 89, Note 1.

2) cf. oben S. 46, Note 4.

3) Elisabeth Caroline Louise, älteste Tochter des Freiherrn von Rochow, Preußischen Gesandten in St. Petersburg, vermählt mit Joseph Graf von Ugarte, K. K. Kämmerer und (bis 1849) Österreichischer Gesandter in Stuttgart.

1852 Juni 10. Am Freitag (morgen) reise Se. Majestät ganz früh nach den Cantonnements der Truppen auf mehrere Tage in's Land und die Reiseroute sei dem Ministerium ganz unbekannt. Aus Allem ging hervor, daß Graf Buol nicht wünscht, daß ich ohne ihn und ohne Vorbereitung mit Sr. M. dem Kaiser in Berührung komme. Dies wird mir von befreundeter Seite mit dem Zusatz bestätigt, daß der neue Minister sich noch sehr wenig vertraut mit den Geschäften fühle, und bei der täglich zunehmenden selbständigen Entschiedenheit des Kaisers ängstlich sei, sowohl in Fassung von Entschließungen ohne vorherige Billigung Sr. Majestät, als auch in Überwachung des Verkehrs Anderer mit Höchstdemselben. Ich hatte gehofft, daß der Brief J. M. der Königin mich in den Stand setzen würde, durch Vermittelung der Frau Erzherzogin Sophie diese Schwierigkeiten zu heben, aber wie gesagt, habe ich nicht zu J. K. Hoheit gelangen können. Meine ganze Sendung ist ein sehr entgegenkommender Schritt von unserer Seite und wird von den hiesigen Blättern als solcher behandelt und ausgebeutet; ich habe deshalb geglaubt, jede Demarche vermeiden zu müssen, die als ein verfehlter Versuch, mich Sr. Majestät oder der Frau Erzherzogin zu nähern, gedeutet werden könnte, und diese Betrachtung hat mich abgehalten, von Hause aus den kürzesten Weg zu ergreifen, und ohne Rücksicht auf Buol, lediglich als Überbringer eines Briefes unseres Allergnädigsten Herrn an Se. M. den Kaiser nach Ungarn zu gehen und Letzteren aufzusuchen. Die Aufforderung, dieses Schreiben durch das Ministerium befördern zu lassen, lehnte ich mit der Angabe ab, daß ich den Befehl hätte, das Allerhöchste Schreiben selbst zu überbringen. Es ist demnach noch in meinen Händen, worüber ich Ew. Excellenz bitte, mich bei unserem Allergnädigsten Herrn nöthigenfalls auf Grund der vorstehenden, deshalb etwas weitläufigen Darstellung rechtfertigen zu wollen. Der Besuch bei Graf Buol endete mit einer Einladung auf morgen Mittag, einem freundlichen Händedruck und dem Ausdruck der Hoffnung auf volle Verständigung.

Ich sah dann Frau von Meyendorff,[1]) die eben Reconvalescentin von einem Fieber ist, mich sehr ausfragte, sich zu meiner Verwunderung unfreundlich über Graf Arnim äußerte und nicht begreifen zu können erklärte, warum wir Rochow nicht hierher schickten, und was wir eigentlich gegen Prokesch hätten, der sich 1850 sehr versöhnlich gezeigt habe, trotz angeborner Heftigkeit. Sie wollte mir eine Audienz bei der Frau Erzherzogin vermitteln, besann sich aber nachher, daß sie ihrem Bruder nicht „ins Gehäge kommen" dürfe. Sie bezahlt für $1\frac{1}{2}$ Etagen, etwa von der Größe wie Ew. Excellenz Wohnung, 11 100 Fl. C. Miethe.

Überhaupt sind die Valuta-Verhältnisse hier der Vorwand zu maßlosen

---

1) Die Frau des Russischen Gesandten in Wien, eine Schwester des Minister-Präsidenten Grafen Buol.

Preissteigerungen aller Gegenstände geworden. Der Conventionsgulden in Papier hat fast direkt die Stelle des Fl. W. W. eingenommen. Preußisches Geld wird man nicht so gut los, als ich glaubte, namentlich Gold nicht. Silber habe ich noch gar nicht gesehen, außer in meiner Börse; man nimmt aber die schmutzigen Sechskreuzer-Zettel überall willig.

1852 Juni 10.

Die Erndte hier in Niederösterreich, sowie in den Theilen von Mähren und Böhmen, die ich sah, wird im Ganzen schlecht. Viele Felder sind wegen Mangel an Regen schon gelblich und vor der Reife verdorrt, ebenso der Rasen; man will mir kaum glauben, daß es bei uns fast zu naß ist.

Juni 11.

Vorgestern Abend war ich bei dem Fürsten Metternich;[1] seine Geistesfrische, sowie Gesicht und Gehör haben seit vorigem Sommer sehr abgenommen, wenn er nicht am Morgen anders ist als am Abend. Was er außer Erzählungen aus der Vergangenheit spricht, hat nicht immer Zusammenhang und verständlichen Schluß. Graf Rechberg[2] lernte ich dort kennen; ich hatte ihn anders gedacht; seine brillentragende Erscheinung hält etwa die Mitte zwischen Robert Goltz[3] und dem Hofdrucker Decker, und er sieht mehr wie ein Kammergerichtsrath aus, als wie ein Diplomat und Graf Rechberg. Er war sehr entgegenkommend und mittheilend für mich, und gefällt mir sonst gut; aber auch er glaubt, der Deutsche Bund würde durch eine officielle Adoption der schwarzrothgoldenen Farbe Kräfte gewinnen und solche der Demokratie entziehen. Er geht nicht nach Constantinopel, weil man sich geweigert hat, ihm das dortige corrumpirte Subalternpersonal — Testa[4] 2c. — zu opfern.

Auf dem Diner bei Lord Westmoreland[5] sah ich gestern den Grafen Buol. Er hatte offenbar noch keine genügende Antwort von Pest, obschon der Telegraph in drei Stunden communicirt, denn er war in sichtlicher Verlegenheit, was er mit mir sprechen sollte, und schwankte zwischen Ausweichen und Annähern, bis er im Augenblicke der Trennung entschieden auf mich zuging und mich fragte, ob ich schon einmal in Wien gewesen sei. Gewiß ist es Verlegenheit und Unentschlossenheit, was ihn in den Ruf abstoßender und anglomaner Steifheit gebracht hat. Eigenthümlich finde ich, daß er mit keiner Silbe davon spricht, ob und welche Schritte er gethan hat, um die Befehle des Kaisers über mich einzuholen, und daß er nach zwei Tagen meinen officiellen Antrittsbesuch noch nicht erwidert hat. Fürst Schwarzenberg hat, wie ich höre, den Gesandten niemals Gegenbesuche gemacht.

1) Fürst von Metternich, vom Mai 1821 bis März 1848 Österreichischer Haus-, Hof- und Staatskanzler.

2) cf. oben S. 71, Note 2.

3) Robert Heinrich Ludwig Graf von der Goltz, geboren 6. Juni 1817, damals (1852) Preußischer Legationsrath, später Gesandter am Französischen Hofe.

4) Heinrich Freiherr von Testa, K. K. Agent und Generalconsul für die Moldau.

5) Graf von Westmoreland, Geheimer Rath, Großbritannischer Gesandter in Wien.

1852 Juni 11. Gestern Abend habe ich in den Fürstinnen von Schönburg und Bretzenheim zwei überraschend liebenswürdige Schwestern des verstorbenen Fürsten Schwarzenberg im Hause der Ersteren kennen gelernt. Ebenso den Feldmarschall Fürst Windischgrätz, der mich gleich bei seinem Eintritte auf den ganzen Abend in Beschlag nahm, sich mit Bitterkeit über die amtliche Revolutionirung des Landes durch die Gesetzgebung und über die Unmöglichkeit eines Systems aussprach, welches sich nur auf Soldaten und Beamte von meistens wenig Bildung und Moral stützen wolle. Mit der größten Anerkennung und Freundschaft sprach er über alles Preußische. Letzteres soll auch die Stimmung der höheren Militairs in der Nähe des Kaisers sein, der Generale Graf Grünne,[1]) Degenfeld,[2]) Heß[3]) und Anderer.

Als Träger der feindlichen Richtung gegen uns, besonders auf dem handelspolitischen Gebiete, bezeichnet man mir die vom verstorbenen Premier-Minister gehobene „Juden-Clique" — Bach,[4]) Hock[5]) und Zeitungsschreiber, obschon Bach kein Jude ist. Um so wünschenswerther wäre es mir, Bekanntschaften in der militairischen Welt, die den Kaiser umgiebt, anzuknüpfen. Die Unbekanntschaft des Grafen Buol mit dem Lande und den Geschäften, von der ich allgemein höre, trägt dazu bei, den Einfluß des Schwarzenbergschen Nachlasses aufrecht zu erhalten. — Ich schließe hier, weil sich gerade eine Gelegenheit zur Beförderung bietet".

31. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufschub eines Empfanges des Herrn v. Bismarck durch den Kaiser von Österreich. Aussichten über das Ergebniß der Mission in Bezug auf die Zollfrage. Empfang des Kaisers von Österreich in Pest und fernere Reisedispositionen Desselben. Ansichten des Grafen v. Platen über die Österreichische Zollpolitik. Zeitungsnachrichten über Herrn v. Bismarck's Mission. Frau v. Meyendorff. Damen-Diplomatie in Wien. Frhr. v. Manteuffel. Herr v. Linden. Wien, 12. Juni 1852.

Juni 12. „Ein Aufschub in der Reise des Überbringers gestattet mir noch eine Nachschrift zu meinem Briefe von gestern.[6]) Graf Buol theilte mir, als ich gestern bei ihm zu Tisch war, eine vom gestrigen Tage um 2 Uhr Mittags aus Ofen datirte telegraphische Depesche des Grafen Grünne mit, etwa des In-

1) Graf von Grünne, Feldmarschall-Lieutenant, Erster General-Adjutant des Kaisers.

2) Graf von Degenfeld-Schonburg, Feldmarschall-Lieutenant, Chef der Armee-Organisation und Inspekteur aller Militair-Bildungsanstalten.

3) Freiherr von Heß, Feldzeugmeister, Chef des Generalstabes.

4) Dr. Bach, Minister des Innern (seit 28. Juli 1849).

5) cf. oben S. 52, Note 1.

6) cf. die vorhergehende Urkunde.

1852 Juni 12.

halts, daß Se. M. der Kaiser, im Begriff Ofen zu verlassen, mich dort nicht mehr empfangen könne und Graf Buol den Brief Sr. M. des Königs annehmen und befördern solle. Da der Telegraph von Ofen-Pest nur Eine Stunde Zeit braucht, ich aber den Grafen Buol schon am 9. Vormittags um die Erlaubniß gebeten hatte, das Allerhöchste Schreiben an Se. M. den Kaiser überbringen zu dürfen, so fand ich in dem jenseitigen Verfahren nicht denjenigen Grad von Empressement, ein Schreiben unseres Allergnädigsten Herrn in Empfang zu nehmen, den wir unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem wir den ersten Schritt zur Beseitigung der vorhandenen Spannung gethan haben, erwarten durften. Es gehen täglich drei Züge nach Ungarn und in weniger als zehn Stunden ist man in Pest, es war also reichliche Gelegenheit, die Sache einzurichten, oder doch Veranlassung zu einer entschuldigenden Bemerkung, wenn man es nicht that. Ich sagte mit Rücksicht auf diese Umstände dem Grafen, daß ich von Sr. Majestät den Befehl hätte, das Schreiben selbst zu überbringen, und, wenn das nicht anginge, die Befehle des Königs in dieser Beziehung erbitten werde; ich bat dabei zu entschuldigen, wenn meine Neuheit in dergleichen Geschäften mich vielleicht buchstäblicher an einem erhaltenen Befehle hängen lasse, als in den Absichten Sr. M. des Königs gelegen haben möge. Ich bin dabei lediglich von dem Wunsche geleitet worden, daß von uns nicht größere Hast an den Tag gelegt werde, als von jener Seite, zumal die Thatsache meiner Sendung und des Überbringens besonderer Schreiben hier ohnehin so gedeutet zu werden scheint, als ob nicht höhere politische Zwecke und bundesfreundliche Gesinnung, sondern eine drängende Besorgniß vor dem Resultat unserer Zollverhandlungen [1]) uns die gesuchte Verständigung zum Bedürfniß machte. Wie sehr man die Dringlichkeit dieses Bedürfnisses für uns überschätzt, hat mir gestern eine lange Unterhaltung mit Herrn von Linden [2]) bewiesen, der zu glauben vorgiebt, daß wir revolutionäre Regungen zu fürchten hätten, wenn wir den Zollverein nicht erneuerten. Im Übrigen würde ich es für unverfänglich gehalten haben, dem Grafen Buol das Schreiben auszuhändigen, und war meine Absicht, damit nur solange zu warten, als zu der Annahme nöthig ist, daß ich nach Berlin geschrieben habe, und durch das Nichteingehen einer telegraphischen Depesche verständigt worden sei.

Ich glaube nicht, daß meine Mission hier ein positives Resultat in Bezug auf die Zollfrage bringen wird; der Eindruck, den ich davon auf unsere anderen Verbündeten erwarte, ist der, daß wir in jeder Art bemüht gewesen sind, das, was wir thun mußten, in bundesfreundlicher Weise zu thun, der Mangel an eingehendem Verhalten aber auf Seite Österreichs gewesen sei. In der

---

1) cf. oben S. 62 f.

2) de Peule Freiherr von Linden, Staatsrath, Württembergischer Gesandter in Wien.

1852 Juni 12. Richtung finde ich auch die Zeitungsente von einer meiner Abreise vorhergehenden Conferenz mit Prokesch nützlich.

Se. M. der Kaiser soll in Pest die Alt-Conservativen kalt empfangen haben; er hat deutsch und wenig mit ihnen gesprochen, mit dem Volk aber ungarisch. Seine Anrede und sein gutes Reiten haben unter einem Sturm von Eljen ein begeistertes Durchbrechen der für die Zuschauer gezogenen Schranken zur Folge gehabt. Der Kaiser wird am 23. in Ofen erwartet, und vor dem werde ich ihn vermuthlich nicht sehen.

Graf Platen [1]) sagt mir, er sei angewiesen, nach allen Kräften dahin zu wirken, daß Österreich die Hand biete zur Erhaltung und baldigen Reconstruktion des Zollvereins. Er meint schon bei Gelegenheit der hiesigen Zollconferenzen die Gewißheit erhalten zu haben, daß Österreich nicht darauf bestehen werde, einen bestimmten Termin zum Eintritte der gewünschten Zollunion genannt zu sehen. Die kleinen Staaten hätten dieses Zugeständniß zur Erleichterung des Preußischen Beitrittes durchgesetzt, und man werde zufrieden sein, wenn man einen Vertrag in der Richtung und mit dem eingestandenen Ziel einer „Union zu gelegener Zeit" erreicht. Das wird wohl richtig sein, mit der Richtung könnten wir uns befreunden, mit der officiellen Bezeichnung der Union als Ziel vielleicht weniger.

Der Lloyd thut mir die unverdiente Ehre an, meine Sendung mit der von Ew. Excellenz nach Olmütz zu vergleichen.

Frau von Meyendorff [2]) hat mich heute zu einem Diner tête-à-tête eingeladen, wo ich nähere Bekanntschaft mit ihren diplomatischen Talenten machen werde. Die Damen-Diplomatie scheint hier überhaupt mehr als bei uns im Schwunge geblieben zu sein. Auch Frau von Linden (Württemberg — geb. Hügel —) hat mir Proben davon gegeben, und wünscht heute Abend die Verhandlungen fortzusetzen.

Ich sehe aus den Zeitungen, daß Ew. Excellenz heute und morgen in Breslau sind, und da die Abreise des Mr. N. auch heute nicht ganz sicher ist, so will ich dies lieber durch meinen Diener nach Oderberg schicken, damit es vielleicht morgen noch zu Ihnen gelangt.

Herr von Linden verläßt mich eben; die Herbeiführung einer Verständigung liegt auch ihm sehr am Herzen".

---

1) cf. oben S. 46, Note 4.
2) cf. oben S. 76, Note 1.

32. Eigenhändiger Bericht, betr. die Aushändigung des Königlichen Handschreibens an den Kaiser von Österreich. Anschluß Oldenburgs an Preußen in der Zollfrage. Hannoversche Vorschläge für die Reconstruktion des Zollvereins. Unterredung mit Frhr. v. Kübeck. Promemoria Klindworth's. Rheinbund-Velleitäten. Besuch bei dem Grafen v. Buol. Bundespreßsache. Liquidationswesen am Bunde. Obercommando über die Bundestruppen in Frankfurt a. M. Vorstellung bei dem Kaiser Franz Joseph. Urlaub an Herrn v. Werthern. Wunsch bezüglich der Rückkehr nach Frankfurt a. M. Auslassungen der Wiener Gesellschaft. Die Minister Frhr. v. Bach und v. Krauß. Der Kaiser Franz Joseph. Wien, 18. und 19. Juni 1852.

1852 Juni 18.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 14. habe ich vorgestern durch den Überbringer dieses richtig erhalten. Ich würde von Hause aus kein Bedenken getragen haben, den diesseitigen Wünschen in Bezug auf die Aushändigung des Schreibens Sr. M. des Königs zu genügen, wenn nicht ein gewisser Mangel an Entgegenkommen mich genöthigt hätte, auch meinerseits jeden Anschein von Empressement zu vermeiden, und ich zweifle nicht, daß ich in Ew. Excellenz Sinne gehandelt habe, wenn ich, auch ohne Eingang fernerer Weisungen abzuwarten, das Allerhöchste Schreiben nach Verlauf einiger Tage ausgeliefert habe.

Die Nachricht von dem unbedingten Anschlusse Oldenburgs [1]) ist natürlich im Lager unserer Gegner mit großem Mißbehagen aufgenommen worden. Graf Platen versicherte mit großer Aufrichtigkeit, daß ich ihm durch diese Mittheilung sein Diner verdorben hätte, setzte aber hinzu, daß auch ohnedies ein Rücktritt Hannovers unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich gewesen sei; jetzt fehle jeder Vorwand, die Möglichkeit desselben auch nur zu behaupten; um so eifriger müsse Hannover daran arbeiten, die übrigen deutschen Staaten bei dem Zollverein zu erhalten. Er glaubt, daß letzteres, als dem Interesse Preußens doch auch entsprechend, unter folgenden Bedingungen leicht zu erreichen sei: Sobald ich die vertrauliche Versicherung gäbe, daß Preußen ein solches Anerbieten nicht ablehnen werde, würden die süddeutschen Staaten Österreich zu dem Vorschlage bewegen, daß der ganze Zollverein auf Grund des September-Vertrages [2]) sofort en bloc, und vorbehaltlich der Revision reconstruirt werden solle, wenn Preußen verspreche, den Handelsvertrag lit. A. [3]) mit Aus-

1) scil. an Preußen in der Zollfrage.

2) cf. oben S. 41, Note 1.

3) Wie bereits in einer Note zu Urkunde 76 in Band I erläutert, legte die Österreichische Regierung auf den in Wien am 4. Januar 1852 eröffneten Zollconferenzen die Entwürfe von zwei Verträgen vor: A. eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Österreich, B. eines bereits die spätere Zolleinigung aussprechenden Vertrages. Am 20. April 1852 hatte in Wien unter Berücksichtigung der Darmstädter Vereinbarungen die Feststellung des Schlußprotokolls mit den beiden Entwürfen A und B stattgefunden.

1852 Juni 18. nahme von Artikel 4, unmittelbar nachher abzuschließen, und zur Verhandlung darüber Zollconferenzen mit Zuziehung eines Österreichischen Vertreters zu berufen. Dabei würde man bereit sein, außer Artikel 4, der pure zu streichen, auch diejenigen Artikel (1, 23 2c.), welche der Zollunion gedenken, dahin zu modificiren, daß die Zollunion nicht als etwas Abgemachtes, mit einem bestimmten Zeitpunkt gewiß Eintretendes, sondern nur im Allgemeinen als das Ziel bezeichnet werde, zu dessen Erstrebung man den Handelsvertrag schließe. Auch werde es dabei thunlich sein, den Eintritt der lediglich principiell als „vorschwebendes" Ziel anzuerkennenden Zollunion von Bedingungen in Betreff der Österreichischen Valuta- und Douane-Verhältnisse abhängig zu machen, vermöge deren Preußen die Freiheit bleibe, zu bestreiten oder einzuräumen, daß diese Bedingungen erfüllt, und demgemäß der Zeitpunkt, wo man der Zollunion näher zu treten habe, gekommen sei. Es komme nur darauf an, daß Preußen das in seinen früheren Zollverträgen aufgestellte Princip einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung auch ferner aufrecht erhalte, nicht aber fallen lasse, sobald es sich nur noch um Österreich handele. Graf Platen ist überzeugt, daß die süddeutschen Staaten, wenn sie annehmen dürften, daß vorstehendes Arrangement bei uns auf günstige Aufnahme rechnen dürfe, gedrängt von der Furcht vor Lösung des Zollvereins, entweder Österreichs Einwilligung erlangen, oder die Verbindung mit letzterem zu unseren Gunsten lösen würden. Ich habe dem Grafen Platen auf die wiederholten und dringenden Auseinandersetzungen in obigem Sinne erwidert, daß es nicht in unserer Absicht liege, eine principielle Anerkennung der Zollunion, wäre die Verbindlichkeit, sie ins Leben zu führen, auch noch so unbestimmt angedeutet, schon jetzt, und bevor ein Handelsvertrag uns mehrjährige Erfahrungen über die praktischen Folgen einer Annäherung geliefert haben würde, auszusprechen; wir wollen die Frage solange ganz als res integra erhalten wissen. Meiner Ansicht nach müssen wir auch daran festhalten, und würden wir die Erklärungen, welche ich, nach meinem Berichte vom 15.,[1] dem Grafen Buol gegenüber abgegeben habe, fortwährend die äußersten rathsamen Grenzen unseres Entgegenkommens bilden, wenn Ew. Excellenz mir nicht fernere Weisungen ertheilen.

Ich habe den Courier einen Tag länger aufgehalten, um noch von einer Unterredung mit dem Baron Kübeck[2] schreiben zu können, die sich erst heute machen ließ. Ich habe in ihm bei Weitem den für uns wohlwollendsten und versöhnlichsten Staatsmann gefunden, den ich bisher unter den Österreichern kennen gelernt habe. Ich habe ihm lediglich meine Unterredung mit Graf Buol historisch mitgetheilt; er schien einigermaßen überrascht, daß dieser Minister sich alles entgegenkommenden Eingehens enthalten habe. Er fragte

1) cf. Band I, S. 103 ff.
2) cf. oben S. 68, Note 3.

1852 Juni 18.

mich, ob wir wohl bei einem Handelsvertrage erklären würden, daß wir principiell „nicht gegen" die Zollunion seien; ich sagte, daß mir eine solche Erklärung implicite darin zu liegen scheine, wenn bei Abschluß eines, dem materiellen Inhalt nach annähernden Handelsvertrages gar nichts über diese Frage gesagt werde, für deren Entscheidung allein Erfahrungen über den Einfluß der Annäherung auf die materielle Wohlfahrt maßgebend bleiben würden. Es ist möglich, daß man mir noch Vorschläge in diesem Sinne macht, da man bisher, wie Herr von Fonton[1]) mir sagt, der Meinung ist, ich hätte „meinen Sack noch nicht ganz ausgeschüttet". Ich bin nur in Einem Punkte zweifelhaft; wie ich mich verhalten soll, wenn Graf Buol mir proponirt, die Vertreter der Darmstädter Staaten an Conferenzen zwischen ihm und mir theilnehmen zu lassen. Nach meiner persönlichen Ansicht würde ich nichts dagegen haben, auch unter dieser Modalität die Erklärungen über unsere Absichten, die ich dem Grafen Buol neulich gegeben habe, zu wiederholen, um so mehr, als man hier bestrebt ist, meine Mission so darzustellen, als wollten wir hinter dem Rücken und auf Kosten der Anderen uns mit Österreich verständigen, das Kaiserliche Cabinet aber einen solchen Versuch bundestreu von sich weisen. Natürlich würde ich bei einer solchen Conferenz nur das wiederholen, was ich dem Grafen Buol schon gesagt habe. In unseren Concessionen weiter zu gehen, halte ich aus Rücksicht, weniger auf die Zollsache selbst, als auf die Stellung der Regierung im Innern, für bedenklich. Eine Stärkung des Vertrauens der öffentlichen Meinung in Preußen zu der Festigkeit der Regierung nach Außen ist ein Gewinn, den wir jedenfalls aus der jetzigen Situation ziehen können; dieser aber wird sehr geschmälert, wenn wir in wirklich oder scheinbar unwesentlichen Punkten die einmal genommene Position aufgeben und dadurch entstellenden Versionen über unsere Nachgiebigkeit einen Anhalt bieten. Ich würde es beklagen, wenn meine Sendung auch nur die Möglichkeit zu derartigen Verdächtigungen der Regierung böte; ich war bei Übernahme derselben darauf gefaßt, daß sie erfolglos bleibt, und sehe das auch jetzt noch ohne Kummer voraus, trotz der anscheinend günstigeren Dispositionen des Baron Kübeck, unter dessen Einfluß der Finanzminister[2]) wesentlich zu stehen scheint. Es wird dann in den diesseitigen Blättern nicht an Insinuationen fehlen, als ob ich persönlich die Schuld trüge, daß keine Verständigung zu erreichen gewesen sei, wie der „Wanderer" schon gestern andeutete, daß es Preußen nicht an älteren und erfahrenen Diplomaten fehle, welchen die Aussöhnung mit Österreich leichter werden würde, als der „modernen, specifischen Sprödigkeit". Durch dritte Hand

---

1) von Fonton, Staatsrath, erster Botschaftsrath bei der Russischen Gesandtschaft in Wien.

2) Ritter von Baumgartner, Reichsrath und Österreichischer Minister der Finanzen, auch Minister des Handels, der Gewerbe und der öffentlichen Bauten.

1852 Juni 18. hat man nicht verfehlt, mich auf die Gefahr meines jungen diplomatischen Rufes, und auf der anderen Seite auf den durch Abschluß einer wichtigen Verhandlung zu gewinnenden Ruhm, unter perspectivischer Hindeutung auf Österreichische und andere Großkreuze, aufmerksam zu machen. Ich komme mir dabei natürlich vor wie jener Römer, Fabricius wenn ich nicht irre, unter den Einschüchterungen und Lockungen des Pyrrhus.

Juni 19. Zur Mitnahme eines, wie mir Hofrath Weymann [1]) sagt, kostbaren Manuscripts ist die Reise des Überbringers noch einen Tag verschoben worden.

In dem remittirten Promemoria von Klindworth [2]) finde ich in dem, was Preußen versprechen soll, die Nr. 3 besonders bedenklich, weil es benutzt werden kann, unsere bona fides bei Anderen und auch in Norddeutschland zu verdächtigen, Nr. 2 aber nicht rathsam aus der oben gedachten Rücksicht auf die Stimmung bei uns im Lande. Gegen Nr. 1 würden Ew. Excellenz wohl ohnehin nichts erinnern. Vielleicht ist der ganze Plan nur ein Weg, um das am Schluß gewünschte Schreiben Sr. Majestät zu provociren, und so in einer genugthuenden Art den Rest der Spannung beider Monarchen zu beseitigen, die für Württemberg noch unbehaglicher ist, als für uns. Denn wenn bei der jetzigen Lage Deutschlands irgend ein Staat Veranlassung hat, sich zu uns zu halten, so ist es Württemberg, und in dieser Ansicht finde ich allerdings ein Gegengewicht gegen das Mißtrauen, welches das Promemoria und dessen Schreiber einflößt. Auch ist dort die Geldnoth wegen Ablösung der Domanialgefälle größer als bei den Anderen, und Württemberg daher vielleicht die schwächste Seite der Coalition. Vielleicht bietet Ew. Excellenz Antwort dem Klindworth doch noch einen Anknüpfungspunkt zu weiteren Unterhandlungen.

Ew. Excellenz Schreiben in Bezug auf die Rheinbund-Velleitäten habe ich vorgestern durch die Post erhalten. Geöffnet schien es nicht zu sein. Ich habe schon bei früheren Conversationen gefunden, daß man an die schon vorhandene Existenz solcher Verhandlungen hier nicht glaubt, weil man die Betheiligten nicht für unvorsichtig genug hält, sich auf dergleichen zu früh einzulassen.

Bei Graf Buol bin ich gestern wieder gewesen, habe aber nur von Bundesangelegenheiten mit ihm gesprochen, und dabei die Überzeugung gewonnen, daß seine Unbekanntschaft mit den Geschäften, besonders mit den deutschen und mit der ganzen Sachlage in diesen wirklich unglaublich ist. Das Bedürfniß, dieses nicht merken zu lassen, macht ihn zurückhaltend und ausweichend, und seiner Art aufzufassen fehlt es an Schnelligkeit und Orientirungsvermögen, so daß eine baldige Abhülfe jenes Mangels nicht zu erwarten steht. Er klagte

---

1) Weymann, Hofrath, Geheimer expedirender Secretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien.

2) Klindworth, ein sich längere Zeit in Paris aufhaltender, von Gesandten vielfach benutzter Agent. cf. auch Band II, S. 263.

1852 Juni 19.

darüber, daß Graf Thun nicht hier oder ich nicht in Frankfurt sei, und rief dann Herrn von Biegeleben[1]) zu Hülfe, mit dem ich in diesen Tagen versuchen wollte, mich über die Behandlung der Preßsache[2]) zu verständigen. Ich habe durch den Telegraphen um eine Abschrift unseres Entwurfs gebeten, die in den Akten der Gesandtschaft über diese und über die deutschen Sachen überhaupt nicht zu finden ist. Vielleicht hat Graf Arnim dergleichen in seinem Gewahrsam.

Von der Aufnahme des Liquidationswesens am Bunde[3]) will man hier gar nichts wissen, und Graf Buol behauptet, daß Österreich größere Forderungen als irgend Jemand an den Bund habe. Ich habe ihn gebeten, sie doch wenigstens anzumelden, damit den anderen Staaten die unrichtige Voraussetzung des Gegentheils benommen werde. Die Einsetzung einer vorbereitenden Commission dazu in Frankfurt scheint dringend zu urgiren, denn das Präsidium verschleppt diese Sache eingestandenermaßen.

Wegen des Obercommandos in Frankfurt[4]) werden Ew. Excellenz den hiesigen Erlaß vom 17. wohl schon durch Herrn von Prokesch[5]) erhalten haben; ich hatte die Sache schon vor Eingang des Rescripts vom 14. monirt. Danach scheint Österreich in der nicht unbedeutenden, sondern sehr entschiedenen Differenz über die Stellung der Frankfurter Garnison zu dem von Preußen zu ernennenden Bundes-General nachzugeben, wodurch die Aussicht zu einer befriedigenden Lösung gegeben ist.

Über Zeit und Art meiner Vorstellung bei Sr. M. dem Kaiser und Übergabe meiner Creditive ist mir noch nichts weiter mitgetheilt worden; am 23. cr. ist Se. Majestät wahrscheinlich wieder in Pest.

Herr von Werthern[6]) wünschte auf das Dringendste, und womöglich zum 21. cr. zur Besorgung von Geschäften auf ein oder zwei Tage nach Thüringen zu gehen. Da nach Inhalt von Ew. Excellenz Schreiben ein rechtzeitiger Urlaub hierzu nicht zu erwarten war, so habe ich auf Ew. Excellenz Nachsicht gerechnet, und es auf mich genommen, ihn unter Beding der Rückkehr bis zum 24. cr. nach Hause reisen zu lassen.

In der Voraussetzung, daß ich bis dahin dem Kaiser vorgestellt sein werde, erlaube ich mir für mich selbst an Ew. Excellenz Güte die dringende

---

1) Freiherr von Biegeleben, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern.

2) cf. Band I, S. 29* f., 13 f., 115, 124 f., 291, 316 f.; Band II, S. 226 f., 293; Band III, S. 83 f.

3) Gemeint ist die Kriegskosten-Liquidation für militairische Aufwendungen.

4) Diese Maßregel wurde veranlaßt durch die geplante Aufstellung eines Bundescorps zum Schutze der Bundesversammlung. cf. Band I, S. 10*, 6 ff. und 70 f.

5) cf. oben S. 70, Note 8.

6) Freiherr von Werthern, Kammerherr, Legationssecretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien.

1852 Juni 19. Bitte zu richten, mich nach Rückkehr des Herrn von Werthern wenigstens vorläufig auf Urlaub nach Frankfurt begeben zu dürfen, da die Zeit der Entbindung meiner Frau herankommt, und die Nachrichten, die sie von ihrem Befinden giebt, mich nicht ohne ernste Besorgniß diesem Ereigniß entgegensehen lassen.

Den Kreis meiner Bekanntschaften zu erweitern wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendet, fast Alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adligen Casino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höheren Gesellschaft. Diese gehört im Allgemeinen der altconservativen Partei an, frondirt, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Theils Furcht vor Rügen vom Hof, theils eine phäakische Genußsucht und die Besorgniß vor Allem, was Mühe macht oder an Unruhe und an Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche, dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach applicirte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militairische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Conversation. Unbehagen empfindet Jeder und meint im Vertrauen, es könne so nicht bleiben; die Meisten sind einig in Anklagen gegen Fürst Schwarzenberg, dessen Unkenntniß des Landes von Bach mißbraucht sei, und von dem man meint, er habe mit seiner eigen- und leichtsinnigen Kühnheit nur für die Zeit der Gefahr gepaßt; die Wenigen, welche, wenn auch oberflächlich, sich um Politik kümmern, klagen namentlich über die Unmöglichkeit der jetzt geltenden Gemeindeordnung, selbst höhere Beamte. Zu dem Resultat der neuen Anleihe in Bezug auf Besserung der Valuta-Verhältnisse herrscht wenig Vertrauen; man glaubt, das in den Verkehr gelangende Silber werde schnell den Weg des anderen gehen, d. h. versteckt werden, und das Silber-Agio nach dieser Erscheinung noch höher als jetzt steigen.

Bach und den Justizminister Krauß habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt; Krauß gilt für rechtlich und mittelmäßig, und spricht sich politisch etwa so aus, wie bei uns der vormärzliche und wohlgesinnte Liberalismus eines bürgerlichen Gerichtsraths in der Provinz, humanistisch aufgeklärt und ohne Widerstandsfähigkeit gegen das Princip der Revolution. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesco; er spielt jetzt den Cavalier, benimmt sich mit Nonchalance und läßt die Tischgesellschaft darauf warten, daß er sich fünf Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt. Seinen Reden nach wird er nicht anstehen, schließlich die Heilung der hiesigen Finanzen in einem lucrativen Bankrott nach amerikanischem Zuschnitt zu suchen. Seine Haltung gegen Buol scheint das Bewußtsein zu verrathen, daß der ihn noch weniger entbehren kann, als Fürst Schwarzenberg es konnte; und das glaube ich auch; der Haß der Aristokratie, auch der militairi-

schen, gegen Bach ist groß, und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. Nur des Kaisers Name und Amt schützt ihn vor ähnlicher Behandlung, wie sie Pillersdorf[1]) erlitten, dem der General Graf Hardegg in einem vornehmen Salon vor Zeugen gesagt hat: „Wie kann so ein Schurke wie Sie sich unterstehen mit mir in Einem Salon zu sein; nur aus Achtung vor den Damen speie ich Sie nicht an, aber gehen Sie hinaus". Letzteres geschah. In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet oder gar eingeladen. Ich weiß nicht, ob es nur Haß gegen ihn ist oder Wahrheit, wenn man ihn mir als den Träger und Schürer der Leidenschaftlichkeit gegen Preußen schildert.

1852 Juni 19.

Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um 4 Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Rathschläge, sowie Fragen schnell ab, läßt die eigene selbständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten und giebt sie kurz und entschieden. Die eigene angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei Anderen voraussetzen, und jeder Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Dabei ist er niemals barsch in der Form. Gerühmt wird seine große Wahrheitsliebe. Die vorstehenden Urtheile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle".

33. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis. Abreise des Herrn v. Bismarck nach Pest. Bundes-Preßangelegenheit. Wien, 22. Juni 1852.

Juni 22.

„Ew. Excellenz beehre ich mich durch den Englischen Courier das anliegende Schreiben zu übersenden, welches ich vorgestern von Herrn von Schele durch den Grafen Platen als verschlossene Einlage erhalten habe. Mit der Bitte um Rücksendung verbinde ich die Secretirung desselben für jeden Anderen, da Schele das bisherige persönliche Vertrauen zu mir verlieren würde, wenn er eine weitere Mittheilung des Schreibens vermuthen könnte. Nur der von mir angestrichene Passus auf der zweiten Seite des Bogens 3 eignet sich vielleicht, als ein von mir Ew. Excellenz ausdrücklich mitgetheilter Wunsch des Herrn von Schele behandelt zu werden, um so mehr, da die Erklärungen des Grafen Buol gegen mich, auf einen Handelsvertrag ohne Versprechen der Zolleinigung gar nicht eingehen zu wollen, eine entschiedene Ablehnung des Hannoverschen Wunsches durch Österreich enthält. Ich habe

1) Freiherr von Pillersdorf, Österreichischer März-Minister.

1852 Juni 22.

Schele gestern schon durch Herrn von Rosenberg ausführlich geantwortet, sowohl in Bezug auf vorstehenden Punkt, als im Allgemeinen, indem ich nach Analogie meines am 15. cr.[1]) an Ew. Excellenz eingereichten Berichts ihm die Starrheit und Unbilligkeit der Forderungen Österreichs, und die ruhige, jeder Verständigung die Thür offenhaltende Auffassung Preußens geschildert habe. Ich habe ihn außerdem darauf hingewiesen, daß es ein allgemein deutsches Bedürfniß sei, in Preußen das Vertrauen zur Festigkeit der Regierung nach außen zu stärken, daß das Gegentheil nothwendig mit einem, auch in Hannover sehr fühlbaren Rückschlag zu einer liberaleren Färbung der Preußischen Politik nach Innen und Außen endigen müsse; daß jeder Schein von Schwäche und Neigung zum Widerruf der eigenen neuesten Erklärungen, namentlich aber jedes Gerücht, daß Hannover nicht fest zu uns halte, durch Steigerung der Kühnheit der Darmstädter Coalition[2]) gerade zu dem Gegentheil dessen, was Schele erstrebt, führen, und den Zollverein gewiß sprengen werde, während nur gemeinschaftliche Festigkeit der Haltung ihn retten könne. Ich habe dabei angedeutet, daß uns von einzelnen Gliedern der Coalition schon jetzt Insinuationen zugingen, welche das Zerfallen des Darmstädter Sonderbundes prognosticiren ließen. Ich habe ihm ferner meine persönliche Ansicht nicht verhehlt, daß ich es für einen unstreitigen Vertragsbruch halten würde, wenn Hannover aus den willkürlich von unseren früheren Verbündeten gestellten Bedingungen in Bezug auf die Aufnahme außerdeutscher Länder in den Zollverein einen Vorwand zu einseitiger Lösung des September-Vertrages[3]) entnehmen wollte. Dabei habe ich einfließen lassen, daß selbst die Befürchtung, in die handelspolitische Isolirung von vor 1819 zurücktreten zu müssen, uns auf dem eingeschlagenen Wege nicht irre machen könne.

Für die Stellung der Partei, welcher Platen in Hannover angehört, ist es charakteristisch, daß er, anstatt sich zu freuen, wie ich von ihm verlangte, bestürzt und gereizt wurde, als ich zu ihm sagte, daß wir von zweien der Darmstädter Regierungen schon Symptome ihrer Geneigtheit, die Coalition im Stich zu lassen, erhalten hätten. Er zerbrach sich den Kopf, welche die Treubrüchigen sein könnten. Er macht den Vermittler zwischen mir und Österreich-Sachsen. Ich glaube, er wird mir, im Verein mit Herrn von Könneritz,[4]) den Entwurf einer Version der Bezugnahme auf die Zollunion in einem zu schließenden Handelsvertrage vorlegen, der etwa dahin lautet, daß Preußen, um die nöthigen Erfahrungen in Bezug auf eine zu schließende Zollunion zu sammeln, und den künftigen Abschluß derselben

1) cf. oben S. 82, Note 2.

2) cf. Band I, S. 89, Note 1, und oben S. 81 ff.

3) cf. oben S. 41, Note 1.

4) von Könneritz, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, K. Sächsischer Gesandter in Wien.

zu ermöglichen und anzubahnen, nachdem dieselbe jetzt aus den und den Gründen nicht möglich sei, folgenden Handelsvertrag schließt. 1852 Juni 22.

Wenn ich mich bereit erkläre, zu versprechen, daß wir in der Art nach en bloc-Annahme des Zollvereins- und September-Vertrages abschließen, so will man letztere herbeiführen. Halten Ew. Excellenz dergleichen für unthunlich, so würde ich umgehend um ein telegraphisches „Nein“ bitten. Versprechen werde ich natürlich nicht ohne Anfrage. Im dringenden Falle würde ich diese telegraphisch mit den Worten machen: „Soll Graf Lynar [1] kommen“ und darauf nur Ja oder Nein erwarten. Soll ich mich gar nicht auf Versuche, einen solchen Ausweg zu finden, einlassen, so würde ich schon auf diesen Brief um ein „Nein“ nach Pest bitten, wohin ich morgen reise, um am 25. dem Kaiser vorgestellt zu werden. Graf Buol und Minister Bach werden auch dort sein. Am 26. denke ich von Pest zurückzukehren.

In der Bundes-Preßangelegenheit [2] bin ich mit Graf Buol auf Grundlage unserer Auffassung ziemlich einig geworden, und sagte er mir, daß Graf Thun Instruktionen in dieser Richtung theils schon erhalten, theils erhalten werde“.

34. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis. Beseitigung der Preßfehde zwischen Preußen und Österreich. Kaiser Franz Joseph. Graf v. Grünne. Empfang des Herrn v. Bismarck in der Umgebung des Kaisers. Ofen, 25. Juni 1852.

„Ew. Excellenz habe ich bereits in einem früheren Schreiben [3] die Vermuthung ausgesprochen, daß man diesseits zu der Ansicht gekommen sei, ein wirklicher Eintritt der Sprengung des Zollvereins werde unter den jetzigen Umständen das richtigste Mittel sein, das Programm Österreichs zur Durchführung zu bringen. Aus dem beifolgenden Immediatberichte [4] wollen Ew. Excellenz entnehmen, wie Se. M. der Kaiser Veranlassung gab, daß Graf Buol die Zollfrage nochmals mit mir besprach. Er stellte in den Vordergrund die eingegangenen Verpflichtungen Österreichs gegen die süddeutschen Verbündeten, die Vertragstreue, welche Österreich ein einseitiges Verhandeln mit uns untersage, und das Verlangen nach gemeinschaftlicher Besprechung der Frage als einer allgemein deutschen. Wenn wir dazu nicht die Hand bieten wollten, so glaube er, wie er mir im Vertrauen sagen wolle, daß ein vorübergehender Bruch die Einigung am schnellsten fördere, und die kleinen Staaten bewege, den engeren Anschluß an Österreich und Preußen ernstlich zu suchen. Ich Juni 25.

---

1) Graf zu Lynar, Attaché bei der Preußischen Bundestags-Gesandtschaft.

2) cf. Band I, Einleitung S. 29* f. und die daselbst bezeichneten Urkunden sowie Band II Urkunden 125 und 161; s. auch oben S. 67.

3) cf. Band I, Urkunde 76, S. 108.

4) Abgedruckt in Band I als Urkunde 78.

1852 Juni 25. machte ihn auf das Trügerische eines solchen Calcüls aufmerksam, und auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Folgen des wirklich eintretenden Bruches vermuthlich die entgegengesetzten seien, und von da an die Divergenz der Preußischen und der Österreichischen Handelspolitik zunehmend bleiben werde, daß es vielmehr, wenn Österreich die Zolleinigung überhaupt zu erreichen gedenke, vor Allem den Zollverein nicht auseinandergehen lassen dürfe, vielmehr freiwillig das ganze Gewicht seiner Vermittelung einsetzen müsse, um ihn zu erhalten. Er meinte mit einiger Entrüstung, es würde erniedrigend für Österreich sein, die bisherige Haltung zu desavouiren, und seine „Vermittlung" für einen Verein aufzuwenden, durch welchen es als der einzige, und zwar wider seinen manifesten Willen von Deutschland ausgeschlossene Deutsche Staat hingestellt werde. Das politische Moment steht für Österreich obenan, nicht das materielle; Deutschlands Einigkeit sei früher ohne den jetzigen Zollverein ganz erträglich gewesen, und es sei gegen das Interesse Deutschlands, wenn Österreich allein in der Sonderstellung eines Nicht-Mitgliedes des Vereins erscheine. Im Übrigen wiederholte er mehrmals, daß Österreich wegen einer Meinungsverschiedenheit in der einen Frage niemals Empfindlichkeiten auf die Behandlung einer anderen übertragen werde, und daß es Zeit habe, mit der Förderung einer gemeinsamen Handelspolitik zu warten, wenn wir inzwischen auf dem sonstigen Gebiete in Frankfurt Hand in Hand gehen wollten. Graf Buol verlängerte die Unterredung, welche bei mir stattfand, auf mehr als zwei Stunden. Er fragte mich, was ich als Privatmann für den wahrscheinlichen Ausgang dieser Krisis hielte. Ich bezeichnete als solchen die Reconstruktion des Zollvereins, vor oder nach einem formellen Bruch, unter Bedingungen, welche für Österreich und für Süddeutschland unwillkommener wären, als die jetzt vorliegenden; für uns scheine es vortheilhafter, obschon wir nicht danach strebten, wenn ein Bruch der Neubildung vorherginge, und wir letztere nicht dem guten Willen, sondern den bösen Erfahrungen verdankten, welche unsere Verbündeten auf dem Wege antipreußischer Politik sammeln würden. Das résumé d'une conversation avec le Comte de Buol, welches Graf Nesselrode Ew. Excellenz mitgetheilt hatte, wollte Graf Buol nur in Betreff des überwiegenden Einflusses, den Österreich durch Preußen im Zollverein geübt sehen will, anerkennen. Den Passus, daß Österreich nichts weiter verlange als die Prüfung de ses propositions consignées dans le projet de traité de commerce lit. A, sowie die Stelle »quant au traité lit. B . . . . bis avantages réciproques« bestritt er, beides als durch Graf Nesselrode[1]) mißverständlich aufgefaßt. Er blieb vielmehr dabei, daß der Handelsvertrag von Österreich gar nicht verlangt und gewürdigt werde, sondern nur die unumwundene und aufrichtige Erklärung Preußens, daß es die Zolleinigung mit Österreich gemeinsam erstreben wolle, einen Werth für

1) cf. oben S. 70, Note 6.

letzteres haben könne. Ich füge eine Abschrift des Résumé bei, da ich nicht weiß, ob Ew. Excellenz noch eine besitzen. Graf Buol fragte mich schließlich, ob ich bereit sein würde, mit ihm unter Zuziehung der Gesandten der Darmstädter Coalition zu unterhandeln, da Österreich ohne diese seine Verbündeten keine Erklärung abgeben könne; eine unfreie Lage, in die es durch das Verhalten Preußens zu den Wiener Conferenzen wider Willen gedrängt worden sei; er wolle seine Collegen, den Finanz- und Handelsminister [1]), zwar noch befragen, ob sie glaubten, irgend eine Modifikation des bisherigen Programms eintreten lassen zu können, er habe aber keine Aussicht darauf. Ich entgegnete, daß ich in „Unterhandlungen" der Art nicht eintreten könnte, aber, wenn er es wünsche, nichts dawider habe, auch den Gesandten der „Verbündeten" Österreichs in derselben Art wie ihm die Grenzen des Preußischen Entgegenkommens zu bezeichnen, bis zu welchen wir unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntniß des Zollvereins zu gehen bereit wären. Ew. Excellenz telegraphische Depesche von gestern 11 Uhr 45 Minuten habe ich gestern Nachmittag erhalten, und werde ich meine Position in den ferneren etwaigen Besprechungen danach nehmen, indem ich mich auf die Ermittelung eines beide Theile befriedigenden Ausdrucks in Betreff der Inaussichtnahme der Zollunion nicht weiter einlasse, sondern bei dem beharre, was in dieser Beziehung unsere Erklärung vom 7. cr.[2]) darbietet. Für gewiß halte ich, daß Österreich, ehe es weitere Schritte thut, die Antwort der betheiligten Staaten auf diese unsere Erklärung abwarten wird, ehe es in der augenblicklich genommenen Position etwas ändert. In welchem Sinne man jetzt auf die Höfe wirkt, und was für eine Erklärung man von ihnen abgegeben zu sehen wünscht, werde ich vielleicht in Wien in diesen Tagen erfahren können.

1852 Juni 25.

Se. M. der Kaiser hat mir heute bei Tafel gesagt, daß das Ministerium angewiesen sei, dahin zu wirken, daß die „unanständigen" Angriffe auf uns in den öffentlichen Blättern aufhörten, und Se. Majestät wünschte, daß auch wir alle gesetzlichen Mittel anwenden möchten, um die Preußische Presse vice versa in den Schranken angemessener Discussion zu erhalten. Ich versprach zu befürworten, daß die zum Schutze der Bundesstaaten in dieser Beziehung bestehenden Gesetze aufmerksam gehandhabt werden möchten.

Die Persönlichkeit des Kaisers macht mir einen sehr guten Eindruck; er faßt schnell auf, urtheilt sicher und besonnen, und hat eine Zutrauen erweckende Einfachheit und Offenheit in seinem Wesen. Er reist morgen Mittag von hier nach Stuhlweißenburg, am 2. Juli wird er in Gran von dem Erzbischof-Primas bewirthet, und kehrt dann hierher zurück, um am 12. eine neue

1) cf. oben S. 83, Note 2.

2) Preußen lehnte hier die Verhandlung über den Zollvereinigungs-Vertrag mit Österreich unbedingt ab, und stellte die Verhandlung über einen Handelsvertrag mit Österreich in Aussicht, sobald die Erneuerung des Zollvereins erst gesichert sei.

1852 Juni 25. vierwöchentliche Reise, die Militairgrenze entlang, durch Siebenbürgen, die Marmaros, südlich längs der Karpathen und über die Bergstädte zu machen, und gegen Mitte August wieder in Schönbrunn zu sein. So sagt mir Graf Grünne, [1] der persönlich sehr viel Liebenswürdigkeit für mich hat, in politischen Gesprächen aber sehr zurückhaltend ist. Daß er in Staatsgeschäften keinen Einfluß auf den Kaiser übe, wie manche mir in Wien sagten, halte ich für falsch. Schon die Art, wie er mit den Ministern verkehrt, läßt fast auf eine leitende Stellung schließen.

Von der ganzen Umgebung Sr. Majestät habe ich einen sehr freundlichen Empfang gehabt; auch Graf Buol ist viel weniger boutonnirt gegen mich, als bei den ersten Unterredungen. Nur der Minister Bach betrachtet mich mit schwer zu verhehlender Abneigung.

Ich denke übermorgen wieder in Wien zu sein, und mit dem Englischen Courier am Dienstag ferneren Bericht zu erstatten".

35. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis und die handelspolitische Frage. Liquidationswesen am Bunde. Unterredung mit dem Grafen v. Buol bezüglich der Zollvereinskrisis, des Verhaltens in Bezug auf Frankreich, der Londoner Conferenz zur Regelung der Dänischen Erbfolgefrage und der Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Reisedispositionen des Letzteren.*) Wien, Anfangs Juli 1852.

Anfangs Juli. „Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Schreiben vom 25. und 26. v. M., und beehre ich mich die Anlage des letzteren, Württemberg betreffend, hierbei zu remittiren. Die Nachricht, welche diese Piece enthält, habe ich mit großer Freude begrüßt, und hoffe viel davon; es ist ein Gewinn nach zwei Richtungen.

Mit Graf Buol [2]) habe ich über die handelspolitische Frage seit meinem letzten Schreiben [3]) nicht wieder gesprochen. Dagegen werde ich von Russischer und von Hannoverscher Seite gedrängt, mich über vermittelnde Wortfassungen, die in Bezug auf die Zollunion in einen Handelsvertrag aufzunehmen sein würden, zu erklären. Herr von Fonton [4]) las mir dabei ein Schreiben von Budberg [5]) vor, in welchem stand, Se. M. der König von Hannover habe gegen denselben geäußert: Wenn die süddeutschen Staaten nicht beim Zollverein blieben, so betrachte sich Hannover nicht als an den September-Vertrag [6])

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. oben S. 78, Note 1.

2) cf. oben S. 67, Note 1.

3) cf. Urkunde 34.

4) cf. oben S. 83, Note 1.

5) Freiherr von Budberg, Staatsrath, Russischer Gesandter in Hannover.

6) cf. oben S. 41, Note 1.

gebunden, und Preußen könne in diesem Falle auf nichts rechnen. So lautete es in dürren Worten. Herr von Schele habe sich ebenso, nur weniger klar, ausgesprochen, und mehr darauf hingewiesen, daß in einer solchen Eventualität die alsdann nöthig werdenden neuen Verhandlungen mit den Ständen zur Auflösung des September-Vertrages führen würden. Ich habe darauf geantwortet, daß wir einen solchen, durch keine der verabredeten Bestimmungen begründeten Vertragsbruch von der Hannoverschen Regierung, und namentlich von einem Herrn von der Denkungsweise wie Se. M. der König, oder von einem so ehrenwerthen Charakter wie Herr von Schele, zu erwarten keine Veranlassung hätten. Sollte es dennoch geschehen, so könne selbst die Befürchtung, ganz isolirt zu bleiben, uns nicht irre machen; dies Übel sei für uns geringer, als die Herstellung des Präcedenzfalles, daß wir uns durch die Drohung mit der Auflösung des Zollvereins von den Mittelstaaten zu einer Politik zwingen ließen, die wir freiwillig nicht eingeschlagen haben würden. Ich theilte dagegen Herrn von Fonton mit, wie Graf Buol sich über den Inhalt des Résumé d'une conversation avec le Comte de Buol ausgesprochen habe, und wie wir viel geneigter seien als Österreich, die in diesem Aktenstücke von Graf Nesselrode niedergelegten Wünsche des Kaiserlichen Cabinets als Grundlage einer Verständigung zu acceptiren. Herr von Fonton äußerte sein Befremden über dieses désaveu des Inhalts des Résumé, um so mehr, als letzteres in Gegenwart des Grafen Buol niedergeschrieben worden sei, und seine ausdrückliche Billigung erhalten habe.

1852 Anfangs Juli.

Noch eifriger als die Russischen sind die Bestrebungen des Grafen Platen, eine Einigung herbeizuführen. Er ist gegenwärtig bemüht, mir Auskunft darüber zu verschaffen, welches die äußersten Concessionen seien, zu denen man sich uns gegenüber verstehen werde. Er hat mit Hock und mit Graf Buol Besprechungen gehabt, die ihm den Eindruck machen, als ob man hier nicht mehr recht wisse, was man eigentlich wolle; er glaubt, daß man jetzt das Hauptaugenmerk auf zwei Punkte richte, nämlich den Zollverein nicht auf zwölf, sondern auf sechs, höchstens acht Jahre, unter gleicher Dauer für einen Handelsvertrag, erneuert zu sehen, und einen Termin etwa zwei Jahre vor Ablauf dieses Zeitraums festgestellt zu wissen, an welchem die betheiligten Staaten mit Österreich zusammentreten würden, um über die Zollunion zu verhandeln. Die Worte, in denen diese Verhandlung zu bedingen wäre, wünscht man einer principiellen Anerkennung der Zollunion als Ziel möglichst nahe zu bringen, während wir uns höchstens zu dem Versprechen verstehen könnten, uns zu jenem Termin, auf Grund der inzwischen zu sammelnden Erfahrungen, über Annahme oder Ablehnung der Zollunion zu erklären. Ich habe dem Grafen Platen gesagt, daß ich das, was er über die wahrscheinlichen Grenzen des Entgegenkommens der Anderen ermitteln könne, sehr gern ad referendum nehmen und, soweit es meiner persönlichen Überzeugung entspräche, mich bei Ew. Excellenz dafür

1852 Anfangs Juli.

interessiren würde. Es sei aber jetzt noch weniger Aussicht, als zur Zeit meines Herkommens, daß die Königliche Regierung sich zu irgend welchen Modifikationen von Erheblichkeit verstehen werde, weil sie Grund habe, an eine lange Dauer der Darmstädter Coalition[1]) nicht mehr zu glauben. Diese Andeutung hat unter den anwesenden Vertretern der betheiligten Regierungen einige Aufregung und die entschiedensten Betheuerungen ihrer Festigkeit hervorgebracht. Es sei jetzt an einen Rücktritt irgend einer um so weniger zu denken, als Österreich sich zur vollen Garantie der Zollrevenüen bereit erklärt habe, mit dem Bemerken, daß es der Kaiserlichen Regierung auf 3 oder 4 Millionen für einen so großen Zweck nicht ankomme. Am wenigsten scheinen die übrigen Verbündeten Baden und Darmstadt zu trauen. Auf Sachsen und Bayern rechnet man am festesten, und auf Württemberg wegen der obwaltenden Spannung mit uns.

Den verhältnißmäßig versöhnlichsten und geschäftstüchtigsten Beamten des auswärtigen Ministeriums habe ich in Herrn von Biegeleben[2]) gefunden, und mit ihm einige der bundesrechtlichen Fragen besprochen. In der Liquidations-Angelegenheit[3]) will Österreich ein Verfahren einhalten, welches einer gänzlichen Niederschlagung der Rückstände ziemlich gleichkommen würde. Man will von Specifikation der Forderungen absehen, und nur den Staaten, welche notorisch prägravirt erscheinen, eine billige Abfindung gewähren. Österreich komme dabei schlecht genug fort, indem es mehr als irgend ein anderer deutscher Staat zu fordern habe. Ich habe geltend gemacht, daß es in diesem Falle wünschenswerth sei, durch Anmeldung von Österreichischen Forderungen den übrigen Staaten wenigstens die unrichtige Voraussetzung zu benehmen, als habe der Kaiserstaat keine Forderungen für Bundesleistungen zu machen, eine Voraussetzung, welche durch Hinhaltung des Liquidationsverfahrens von Seiten der Präsidialmacht gefördert werde. Graf Buol hat mir versprochen, demnächst den ungefähren Betrag der Forderungen Österreichs namhaft zu machen.

Nachmittag.

Bei einer heutigen Unterredung mit Graf Buol war derselbe persönlich ganz zuvorkommend, sogar herzlich. Er theilte mir das Concept seines an Ew. Excellenz gerichteten Antwortschreibens vom 21. v. M. selbst mit, und sagte, daß Prokesch ihm Aussicht auf einen ferneren Briefwechsel mit Ew. Excellenz gemacht habe. Ich entwickelte ihm, nach Anleitung von Ew. Excellenz Schreiben vom 6. v. M., die wahrscheinlichen Consequenzen einer vorwiegend politischen Auffassung des Zollvereins. Er sagte, daß Österreich sich nicht helfen könne, es müsse eine politische Frage daraus machen, wenn es allein

1) cf. oben S. 81, Note 2.
2) cf. oben S. 85, Note 1.
3) cf. oben S. 85.

ausgeschlossen bleibe aus dem Verein, und es müsse eher den letzteren zerfallen lassen, als zugeben, daß er sich ohne Österreich consolidire. Die fernere Besprechung dieses Themas lieferte von keiner Seite neue Ergebnisse. Graf Platen hatte mir gesagt, Graf Buol werde mir die Hannoverschen Vermittelungsvorschläge in der auf der dritten Seite dieses Briefes angedeuteten Gestalt mittheilen, nachdem er sie heute formulirt erhalten habe. Dies geschah aber nicht, da ich die Initiative nicht ergriff. An die, angeblich gegen Herrn von Budberg geäußerte Absicht Hannovers, sich vom September-Vertrage loszusagen, wollte Graf Platen nicht glauben, und hielt es auch ehrlicher Weise nicht für thunlich.

Mit der heute hier eingegangenen Mittheilung über das gemeinschaftliche Verhalten in Bezug auf Frankreich [1]) war Graf Buol sehr zufrieden.

Wegen der Notifikationen der Londoner Convention über Dänemark [2]) erwartet er noch Bericht von Graf Colloredo, [3]) welcher erst nach Empfang eines solchen Instruktion erhalten soll. Ich berichte darüber besonders und bemerke nur, daß Graf Buol sich für übereinstimmende, aber nicht collektive Notifikation von Seiten beider deutschen Großmächte an den Bund aussprach.

Außerdem theilte er mir mit, daß Graf Thun die bittersten Beschwerden über meine Abwesenheit von Frankfurt führe, und eine förmliche Liste meiner Reisen seit meiner Anstellung eingereicht habe mit dem Wunsche, dahin zu wirken, daß ein temporärer Substitut von Seite Preußens ernannt werde, der mich vorkommenden Falls zu vertreten hätte. Das zielt, wie es scheint, auf die Ernennung zweier Gesandten auch für Österreich. Jedenfalls meinte Graf Buol, so gern man mich auch hier sähe, würde er es dankbar erkennen, wenn ich die Mühe eines Ausflugs nach Frankfurt nicht scheuen wollte, um vor den Ferien noch die Beschlüsse über die Presse [4]) und die Dänische Sache in's Reine zu bringen. Ich erwiderte, daß ein solcher Ausflug wegen eines nahe bevorstehenden Familienereignisses von mir selbst sehr gewünscht würde, daß ich aber fürchte, mein Gesuch um einstweilige Beurlaubung von hier in Berlin abgelehnt zu sehen. Es sei mir persönlich sehr angenehm, das Verlangen von Graf Thun und die dienstliche Noth in Frankfurt bei Ew. Excellenz als einen haltbaren Entschuldigungsgrund geltend machen zu können, wenn ich gelegentlich im Lauf der nächsten Woche nach Frankfurt reiste, ohne mich durch eine

---

1) Um diese Zeit ging die Tendenz in Frankreich bereits auf die Restauration des Kaiserreichs (10. Mai 1852 Vertheilung der Adler an die Armee). Die Deutsche und Österreichische Regierung nahmen deshalb bereits Stellung zur Eventualität einer Wiederherstellung des Napoleonischen Kaiserreichs.

2) cf. Band I, S. 89, Note 2 und oben S. 64.

3) Graf von Colloredo-Wallsee, Österreichischer Gesandter in London.

4) cf. oben S. 89.

1852 Anfangs Juli.

vorgängige Anfrage in Berlin der Gefahr einer abschlägigen Antwort auszusetzen. Ich wolle nur noch eine weitere Nachricht von den Meinigen erwarten, ehe ich meinen Entschluß faßte.

Ich glaube, daß ich nach dieser Wendung der Frage abreisen kann, ohne hier auch nur einen unbehaglichen Eindruck zu machen, im Gegentheil, es ist eine Gefälligkeit, daß ich dem Uhrwerk des Bundestags einen Anstoß geben helfe. Meine Ansicht wäre demnach, Dinstag den 6. cr. Abends von hier über Prag und Dresden nach Frankfurt zu reisen, nachdem Ew. Excellenz es erlaubt haben, und der Stand der Zollfrage hier derart ist, daß ich bei längerer augenblicklicher Anwesenheit zu Erklärungen über die Hannoverschen Vermittelungsvorschläge gedrängt werden würde, die mindestens zu einer formellen Instruktionseinholung, oder zu direkter Ablehnung führen würden, da ich mich in der bisherigen Unentschiedenheit nicht gut mehr halten kann, ohne böses Blut zu machen. Ich würde also in der Nacht vom 7. zum 8. in Halle, und am 8. Abends in Frankfurt eintreffen. Ist es Ew. Excellenz irgend wünschenswerth oder angenehm, daß ich für einen oder mehrere Tage nach Berlin komme, ehe ich nach Frankfurt gehe, so bitte ich um eine telegraphische Depesche hierher am 5. oder am 6. Vormittags, des Inhalts, „daß mir der gewünschte Urlaub bewilligt werde"; denn dann geht es doch nicht, daß ich anscheinend ohne Urlaub reise. Ich würde meines Theils kein Gewicht darauf legen, zwei oder drei Tage später nach Frankfurt zu kommen, und vielleicht ist es für den Eindruck meiner Mission bei Anderen schicklicher, wenn ich nicht von hier nach Frankfurt gehe, ohne Berlin zu berühren und dort Bericht zu erstatten. Ew. Excellenz Ermessen stelle ich die Entscheidung anheim. Erhalte ich bis zum 6. Mittags hier, oder bis zum 7. Abends in Halle im Hôtel des Thüringer Bahnhofs die gedachte telegraphische Urlaubsbewilligung, so bin ich am 8. in Berlin; erhalte ich nichts, so reise ich direkt nach Frankfurt und sage hier, daß ich keinen Urlaub nachgesucht habe". [1])

36. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Vorstellung bei dem König der Belgier. Holsteinsche Angelegenheit. Vermittelungsvorschläge des Grafen v. Platen in der Zollfrage. 11. Juli 1852.

Juli 11.

„Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß ich vorgestern Abend hier wieder eingetroffen bin und die Meinigen in erwünschtem Wohlsein gefunden habe. Den Brief Sr. M. des Königs an Se. M. den König der Belgier habe ich heute durch einen Offizier nach Wiesbaden geschickt, und gleichzeitig schriftlich um die Erlaubniß gebeten, mich dem König Leopold vorstellen zu dürfen,

1) Wie aus Band I, S. 112, Note 1 bekannt, kündigte Herr von Bismarck am 8. Juli seine demnächstige Ankunft in Berlin aus Kohlfurt an.

um seine etwaigen Befehle in Folge des Königlichen Handschreibens in Empfang zu nehmen [1]). 1852 Juli 11.

Ich konnte wegen der Augustenburger Angelegenheit, über die ich in separato schreibe, [2]) und wegen nöthiger Besprechungen mit Graf Thun bisher Frankfurt nicht verlassen.

Das in Abschrift anliegende Schreiben des Grafen Platen [3]) ist mir gestern zugegangen. Ich dachte ihm zu antworten, daß die Königliche Regierung für jetzt keine Veranlassung habe, ihrerseits Vorschläge zu machen, daß ich aber über den Inhalt seines Schreibens Ew. Excellenz Befehle einholen würde. Die „Vermittelungsvorschläge" des Grafen Platen habe ich in Ew. Excellenz Händen gelassen. Die Beschränkung der Dauer des Zollvereins auf acht Jahre werde ich in meiner Antwort auch gleich als etwas unstatthaftes und unnöthiges bezeichnen".

37. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rechtfertigung Wagener's. Verdächtigungen des Herrn v. Bismarck in Bezug auf dessen Mission in Wien. Umschwung in Nassau bezüglich der Zollfrage. Holsteinsche und Bundes-Preßangelegenheit. Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Reisedispositionen des Prinzen von Preußen. 21. Juli 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in Verfolg meines letzten Schreibens zu Juli 21.

1) cf. Band I, S. 115.

2) cf. Band I, Urkunde 80 und oben S. 44.

3) Graf Platen schrieb in Wien am 8. Juli 1852 Herrn von Bismarck: „Kurz nach Ihrer Abreise habe ich mich zum Grafen Buol begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen über meinen Vermittelungsvorschlag zu reden vermieden hat. Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handelseinigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderst bemerkte er, wie er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmstädter Coalition sorgfältig vermeiden müsse, um dieser nicht ombrage zu geben. Sodann glaubte er bestimmte Anträge von Seiten der Preußischen Regierung abwarten zu müssen, ehe er sich auf irgend eine Art von Besprechung einlassen könne. Ich stellte ihm hierauf die positive Frage, ob er meinen Vermittelungsvorschlag, falls er in Form von Anträgen von der Preußischen Regierung hierhergebracht würde, für geeignet halte, als Basis zu demnächstigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiderte mir hierauf, wie er seiner persönlichen Ansicht nach eine Verständigung auf dieser Basis für möglich halte, vorausgesetzt jedoch, daß die Coalitionsstaaten mit zu den Verhandlungen gezogen würden. Ich schlug ihm darauf folgenden Weg vor: Ich sei bereit, meinen Vermittelungsvorschlag den hier accreditirten Repräsentanten der Coalitionsstaaten mit der Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denselben Instruktionen von ihren respectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie ersuchen, den Vermittelungsvorschlag Ihrer Regierung unterzubreiten und mit den nöthigen Instruktionen hieher zurückzukehren, worauf dann diese Frage mit den hiesigen betreffenden Repräsentanten besprochen und zum Abschluß gebracht werden könne. Graf Buol äußerte sich mit diesem Wege vollkommen einverstanden und rieth mir, denselben unverweilt in Ausführung zu bringen. Ist es wirklich allerseits die Absicht, den Zollverein zu erhalten, so scheint mir der vorgeschlagene Weg der geeignetste zu sein. Sind Sie derselben Ansicht, so schreiben Sie mir gefälligst mit umgehender Post".

1852 Juli 21. benachrichtigen, daß ich heute ein Schreiben von Wagener [1]) erhalten habe, nach welchem er allerdings in meine ihm gemachten beruhigenden Mittheilungen [2]) keinen Zweifel gesetzt, aber kurz darauf aus sicherer Quelle erfahren habe, daß ein Schwanken eingetreten sei, ob man nicht auf die Russische Vermittelung oder auf den sogenannten Sächsischen Vorschlag (beides ist mir unbekannt) eingehen solle.

Er fügte nachrichtlich hinzu, daß man in Berlin das Gerücht verbreite, als hätte ich in Wien meine Mission nicht richtig aufgefaßt, oder gar meine Instruktionen überschritten. Ew. Excellenz stelle ich anheim, ob es zweckmäßig ist, einem solchen Gerücht, falls es existirt, entgegenzutreten, da man, wenn es Bestand gewänne, in Wien nicht recht wissen würde, was man davon denken soll. Ich habe meine Mission ungefähr dahin aufgefaßt, die Beziehungen beider Cabinette so freundlich als möglich zu gestalten, ohne in der Zollsache etwas nachzugeben, unnöthige Spannungen zu heben, und die Bedeutung der Zollfrage und der Divergenz in derselben nicht mehr als nöthig wachsen und auf andere Fragen und auf die allgemeinen Beziehungen beider Mächte Einfluß gewinnen zu lassen. Ich glaube in dieser Beziehung mich mit Ew. Excellenz in Einklang befunden, und durch Besprechung der Zollfrage mit Graf Buol zur Aufklärung der Haltung Österreichs gegen uns, wie gegen Darmstadt beigetragen zu haben, ohne in der Sache etwas zu vergeben.

Aus Nassau erhalte ich eine glaubwürdige Nachricht, daß Vollpracht [3]) „umkehrende" Instruktionen erhalten habe, und der Herzog zur besseren Einsicht gelangt sei. Das gewerbtreibende Publikum in der Umgegend der drei angrenzenden Staaten spricht von der Möglichkeit der Auflösung des Zollvereins mit wahrer Verzweiflung.

Die beiden telegraphischen Depeschen von vorgestern habe ich gestern erhalten; die Linie ist wieder unterbrochen bei Gießen. Ich habe in der Dänischen Sache [4]) in Folge dessen mit dem Bayerischen Gesandten gesprochen, er wird nun seinen Antrag, die fraglichen Worte in unserer Vorlage (mit eben der Gerechtigkeit ꝛc.) zu streichen, zurückziehen. Baden und Darmstadt sind noch immer nicht instruirt.

In der Preßangelegenheit [5]) verhandelte ich mit Graf Thun und Herrn von Schrenk, und würde ihnen, wenn ich nicht neue Weisungen erhalte, soweit nachgeben, als es die Preußische Gesetzgebung in materie zuläßt, in der Form aber bei unserer bisherigen Ansicht bleiben.

---

1) cf. oben S. 12, Note 1.
2) scil. über den Stand der Zollfrage.
3) Präsident der Ministerialabtheilung der Finanzen im Nassauischen Staatsministerium.
4) cf. Band I, S. 114 ff. und oben S. 95.
5) cf. oben S. 89.

Von der Augustenburger Sache[1]) habe ich mehrere Tage lang nichts gehört. Der Herzog verlangt ex titulo der rückständigen Revenüen und der verkauften Mobilien mehr Geld, als die Dänen bieten, und wünscht Rechnungslegung, welche Garlieb[2]) ablehnt. Ich glaube, daß Letzterer über kurz oder lang zur Einholung fernerer Instruktionen nach Copenhagen zurückgehen will, was ich im Interesse des Herzogs beklagen würde, denn wer weiß, wann er wiederkommt. — 1852 Juli 21.

Se. K. H. der Prinz von Preußen soll heute Abend hier eintreffen, falls nicht die von J. K. H. der Prinzessin entgegengeschickte telegraphische Depesche wegen Eintreffens Louis Napoleon's in Baden, wo er bis morgen Abend bleibt, eine Änderung im Reiseplan Sr. K. Hoheit verursacht".

38. Eigenhändiger Bericht, betr. die Erfindungen über persönliche Zukunftspläne des Herrn v. Bismarck. v. Klenzesche Preßmanöver. 23. Juli 1852.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 20. cr. erhalte ich eben kurz vor meinem Postschluß. Den Ursprung der Spenerschen Artikel in Prokesch's Lager hatte ich gemuthmaßt. Die Insinuation von Klenze[3]) setzt seiner Lügenhaftigkeit die Krone auf. Ich erinnere mich, daß Platen[4]) mich einmal gefragt hat, ob ich glaubte, daß Ew. Excellenz im Amte bleiben würden; ich sagte: So lange Sie selbst es wünschten, gewiß, wenn nichts außer Berechnung Liegendes passirte. Sie wären aber der Sache mitunter herzlich müde. Weitere Frage: Wer dann der mögliche Nachfolger sei? Antwort: Vielleicht Rochow,[5]) vielleicht Bunsen[6]); Ew. Excellenz selbst würden, wie ich aus Andeutungen schlösse, wenn Sie abgingen und ich dann lebte, mich als Nachfolger wahrscheinlich empfehlen; Se. Majestät vielleicht nicht darauf eingehen; mein Luftschloß sei, noch drei bis fünf Jahre in Frankfurt, dann ebenso lange in Wien oder Paris, dann zehn Jahre lang mit Ruhm Minister, dann als Landjunker sterben, wenn ich mir meine Zukunft malen könnte. Dies halb scherzhafte Luftschloß mag mit gehörigen Zuthaten die Grundlage eines Platenschen Be- — Juli 23.

---

1) cf. oben S. 97.

2) Dr. Garlieb, Dänischer Conferenzrath, Delegirter der Dänischen Regierung zur Unterhandlung mit dem Herzog von Augustenburg.

3) Hannoverscher General-Steuer-Direktor.

4) cf. oben S. 46, Note 4.

5) Damals noch immer Preußischer Gesandter am Petersburger Hofe.

6) Christian Carl Josias von Bunsen, geboren 1791, gestorben 1860, 1824 Preußischer Geschäftsträger in Rom, 1839 Gesandter in der Schweiz, im April 1841 in Specialmission nach England berufen, bald darauf Preußischer Gesandter in London, welchen Posten derselbe bis 1854 bekleidete.

1852 Juli 23. richts oder Klenzescher Übertreibung sein. Ich müßte, verzeihen Ew. Excellenz meine Offenheit, ein Narr sein, wenn ich meine jetzige Stellung freiwillig mit der eines Ministers vertauschen wollte; ganz abgesehen davon, daß, wenn mich plötzlich ein leidenschaftlicher Drang nach der Dornenkrone befiele, Ew. Excellenz vielleicht der Erste wären, mit dem ich ganz unbefangen von diesem Kitzel sprechen würde. Ich danke Ew. Excellenz aufrichtig für ein angenehmes und ehrenvolles Feld der Thätigkeit, welches ich hier habe, und hege keinen anderen Wunsch, als zu bleiben, was und wo ich bin.

Der anliegende Artikel der Augsburger vom Main soll Klenzesche Inspiration durch Firmenich sein; auch sagt der hiesige Zoll-Commissar Rommel, daß Klenze durch Kühne in nächster Verbindung mit dem Preußischen Wochenblatt [1]) steht. Ich könnte durch eine Nachforschung in Hannover wahrscheinlich bald ermitteln, ob Klenze oder ein Anderer auf meine Kosten lügt, wenn Ew. Excellenz mir nur die Erlaubniß dazu geben wollen, der Klenzeschen Mittheilungen an Sie Erwähnung zu thun. Wenn ich nicht in dieser Beziehung Scandal fürchtete, so hätte ich die Sache schon erforscht".

39. Eigenhändiger Bericht, betr. die Presse und die Haltung der Preußischen Regierung in der Zollvereinskrisis. 23. Juli 1852.

Juli 23. „Durch einen Artikel der Spenerschen Zeitung, den man für officiös hält, ist zuerst die Ansicht in hiesiger Gegend verbreitet worden, daß die Königliche Regierung in der Zollfrage nachgeben werde. Die ungeschickten Artikel der Kreuzzeitung haben diese Meinung bestärkt, und durch den unbegreiflichen Artikel der „Zeit" [2]) vom 13. cr., der „die Dynastie und das Vaterland an den Rand des Verderbens" gebracht sieht, ist die Überzeugung, daß wir die Lösung des Zollvereins zu sehr fürchten, um fest zu bleiben, bei den Meisten hier zur Gewißheit geworden; die Darmstädter tragen den Kopf wieder ganz hoch, und glauben an keine Versicherung des Gegentheils. Die Kölnische Zeitung vom 16. bringt jenen Artikel in perfider Entstellung aus der „Zeit", und greift Ew. Excellenz persönlich in maßloser Weise an. Es war vorauszusehen, daß sie in erster Krisis den Schafpelz wieder abwerfen würde. Dazu kommt der Conflict mit der Kreuzzeitung, um das Maß der Zufriedenheit bei unseren Gegnern voll zu machen. Graf Thun konnte seine Genugthuung nicht verbergen, als er mir heute von diesen Erscheinungen sprach. Ich begreife nicht, wie Wagener [3]) zu dem Irrthum gekommen ist, in dem er sich in Bezug auf die Zollsache namentlich befindet; er sagt, er habe den „Wortlaut", der unsere Nachgiebigkeit

---

1) cf. oben S. 38, Note 1.

2) Die „Zeit" war ein Blatt, welches seine Informationen zumeist aus Regierungskreisen erhielt.

3) cf. oben S. 12, Note 1.

enthalte. Da muß ihm doch Jemand eine absichtlich unwahre Mittheilung gemacht haben. Ich verließ ihn bei meiner Abreise von Berlin, wo er mich noch auf dem Bahnhofe aufsuchte, scheinbar beruhigt, und habe ihm persönlich die Versicherung gegeben, daß nichts geschehen sei, was nicht in die Erklärung vom 7. Juni[1]) passe, die nach wie vor das Programm bliebe. Daß er absichtlich und wider eigene Überzeugung seine Artikel wegen der „Nachgiebigkeit" in die Welt geschickt habe und behaupte, im Besitz des „Wortlautes" zu sein, traue ich ihm nicht zu; ebensowenig glaube ich, daß er Mißtrauen in meine ihm gemachten Erklärungen setzt. Er muß also von Jemand, den er für besser unterrichtet hält als mich, falsche Mittheilungen erhalten haben. Ich möchte empfehlen, in der Preußischen Zeitung eine alle falschen Gerüchte über das Nachgeben Preußens niederschlagende Erklärung publiciren zu lassen, falls nicht eine entscheidende Eröffnung in der Zollconferenz, mit Friststellung, in kurzem bevorsteht. Denn den Darmstädtern hier wächst der Kamm gewaltig".

1852 Juli 23.

40. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeierlichkeiten bei Herrn v. Bismarck. Dispositionen Badens in der Zollfrage. Intrigue zur Entzweiung der conservativen Partei in Preußen. Verdächtigungen gegen Herrn v. Bismarck. Versetzung des Grafen v. Platen nach Paris. Verhältniß zwischen General v. Gerlach und dem Minister Frhr. v. Manteuffel. Politik des Großherzogthums Hessen gegenüber Preußen. 7. August 1852.

Aug. 7.

„Ew. Excellenz sage ich meinen herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch und die Annahme der Pathenstelle; meine Frau und das Kind[2]) befinden sich bis jetzt über Erwarten wohl. Die Taufe wird, wegen Abwesenheit des dazu ausersehenen Geistlichen, erst in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Herr von Savigny[3]) war heute bei mir und hat mich ersucht, in Vervollständigung seiner telegraphischen Meldung über die guten Dispositionen der Badischen Regierung, Ew. Excellenz noch vertraulich zu berichten, daß man in Karlsruhe gern bereit sei, bei der am nächsten Dinstag beginnenden Zusammenkunft in Stuttgart[4]) im Sinne etwaiger, bis dahin noch mitzutheilender Wünsche Preußens zu wirken. Er glaubt nicht, daß dieses Anerbieten von dem Wunsche eingegeben sei, unsere „etwaigen Wünsche" bloß kennen zu lernen, und sagte mir, die Badische Ansicht gehe dahin, daß von einer Zollunion gar nicht die Rede sein, daß Österreich von uns Garantien für den demnächstigen

---

1) cf. oben S. 91, Note 2.
2) Wilhelm Otto Albrecht Graf von Bismarck, geb. zu Frankfurt a. M. 1. August 1852.
3) cf. oben S. 3, Note 4.
4) Vergl. über diese Zusammenkunft Weber: Geschichte des Zollvereins S. 319.

1852 Aug. 7. Abschluß eines Handelsvertrages nicht verlangen könne, und das allein Wünschenswerthe und Erreichbare in einem von uns der Coalition gegenüber zu gebenden einfachen Versprechen bestehe, daß wir nach Abschluß des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Österreich eingehen wollten. Hierin sieht man Badischer Seits die goldene Brücke, welche der Coalition den Rückzug möglich mache, und der Prinz-Regent hofft von dem versöhnlichen Sinne Ew. Excellenz, daß Sie diesen Rückzug möglich erhalten würden.

Savigny theilte mir außerdem mit, daß nach Allem, was ihm durch den Prinzen und dessen Umgebung kund geworden sei, man in der letzten Zeit eine künstlich combinirte Intrigue gespielt habe, um die conservative Partei in Preußen untereinander und namentlich um Ew. Excellenz mit Ihren Anhängern zu entzweien. Seiner Meinung nach habe Prokesch[1]) seine Hände dabei im Spiel, Rochow[2]) sei der Sache nicht fremd, und Rudloff,[3]) nach Savigny's Ansicht, Werkzeug davon gewesen.

Sicher wisse er, daß ein und dieselben Leute mich nach oben hin als einen ehrgeizigen Parteigänger geschildert hätten, der mit junkerlicher Hülfe sich an Ew. Excellenz Stelle setzen wolle, während sie den Männern der Kreuzzeitung insinuirt hätten, ich hätte „meine Mütze über den Kopf gezogen", mit Quehl[4]) fraternisirt, und ginge mit Ew. Excellenz und gegen meine alten Parteigenossen „durch dick und dünn", um auf dem Wege Westphalen zu entthronen und Minister des Innern zu werden. Auch bei dem Prinzen[5]) habe man mich im ersteren Sinne verdächtigt, aber schließlich ohne Erfolg. Es geht den Leuten zu gut, darum klatschen und intriguiren sie. Bei dem Prinzen hat namentlich Klenze,[6]) der Se. K. Hoheit in Berlin gesehen, nicht nur mich, sondern auch Ew. Excellenz angeschwärzt, letzteres aber ganz resultatlos. Klenze ist katholisch.

In Bezug auf Platen[7]) sagt mir Herr von Bothmer,[8]) daß man ihn mit 3000 Thlr. Verlust nach Paris schickt, weil er bisher weniger Hannover in Wien als Wien in Hannover vertreten habe. Savigny weigerte sich, mir die Übelthäter zu nennen, nach seinen Andeutungen muß ich fast auf Rochow und

---

1) cf. oben S. 70, Note 8.

2) cf. oben S. 99, Note 5.

3) Rudloff, Regierungs-Assessor, seit Juni 1851 provisorisch der Preußischen Bundestagsgesandtschaft zur Hülfsleistung beigegeben. Am 7. November 1851 wurde Rudloff von Frankfurt abberufen und im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verwandt; Dezember 1851 wurde er der Preußischen Gesandtschaft in Hannover zur Hülfsleistung beigegeben.

4) cf. oben S. 32, Note 2.

5) scil. von Preußen.

6) cf. oben S. 99, Note 3.

7) cf. oben S. 46, Note 4.

8) von Bothmer, Staatsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.

Rudloff schließen; auch Mittheilungen, die mir der Major Berg macht, deuten darauf hin, und Graf Thun sagt mir, daß ihm ein Preuße aus Berlin geschrieben habe, ich hätte eine verfehlte Intrigue gemacht, um Minister zu werden; ich halte Rochow für diesen Correspondenten. Als ich diesen meinen Freund, Landsmann und Gutsnachbarn zum letzten Mal sah, reisten wir auf demselben Zuge nach Dresden; er war, ohne meine Schuld, wie Ew. Excellenz wissen, so ungehalten auf mich, daß er sich kaum zu der nothdürftigsten Höflichkeit überwinden konnte, und sagte mir, er sei froh, daß er meine Mission nicht habe, der Kaiser (von Rußland) habe sie ihm angeboten, er sie aber abgelehnt.

1852 Aug. 7.

Vom General Gerlach habe ich heute einen Brief mit Belegen für die Thätigkeit der Neunerfreunde in Hamburg [1]) erhalten. Nebenher klagt er, Ew. Excellenz mißtrauten ihm, und er kämpfe vergebens, um das zu ändern; er schließt seinen Brief mit der Ermahnung, auch meinerseits Alles zu thun, um Ihr Mißtrauen gegen ihn zu zerstören und gegen mich nicht aufkommen zu lassen, und überhaupt Alles zu thun, was zur Stärkung des Ministeriums nach oben und nach unten dienen könne, da Ew. Excellenz der einzige mögliche Premier wären. Ich bin gewiß, daß er darin ganz aufrichtig ist, denn Unwahrheit liegt überhaupt nicht in seinem Charakter, und gegen mich namentlich ist er stets ohne Rückhalt offen gewesen. Von Ihrem Herrn Bruder,[2]) schreibt er, hat er einen sehr entgegenkommenden Brief erhalten, der ihn bei dessen „Abneigung gegen Pietisten“ besonders gefreut habe“.

Postscriptum.

„Dalwigk [3]) hat zu Herrn von Oertzen[4]) gesagt, Darmstadt werde keinenfalls nachgeben, sondern bis zum letzten Mann gegen Preußen aushalten; wenn aber alle Anderen wichen, so könne Hessen-Darmstadt allein nichts machen. Auch in Bundesverhandlungen ist Darmstadt besonders bitter gegen uns“.

---

1) Am 27. September 1849 stellte der Rath zu Hamburg bei den Erbgesessenen dortiger Bürgerschaft den Antrag, eine Commission von neun Mitgliedern (vier vom Rath und fünf aus der Bürgerschaft) einzusetzen, die mit der Constituante verhandeln und demnächst berichten sollte. Diese sogenannte „Neuner-Commission“ gelangte demnächst zu dem Schlusse, daß nichts Anderes übrig bleibe, als die „alten Grundlagen der Verfassung“ gänzlich zu verlassen. Näheres über die damaligen Hamburger Verfassungswirren und Kämpfe in der Schrift „Vorstellung und Bitte nebst Rechtsverwahrung, betr. die Aufrechthaltung der Grundgesetze der Stadt Hamburg“ von Dr. Harder, Heinrich Hübbe, Hugo Hübbe und Dr. Trammer.

2) cf. oben S. 33, Note 2.

3) Freiherr von Dalwigk, Kammerherr, Direktor des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Hauses und des Äußern, sowie des Ministeriums des Innern, demnächst Präsident vorstehend genannter Ministerien, dann Minister-Präsident.

4) cf. oben S. 16, Note 2.

41. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeier bei Herrn v. Bismarck. Preußenfeindliche Haltung der Coalitionsstaaten, insbesondere von Darmstadt. Verdächtigungen des Geistes des Preußischen Militairs in Frankfurt a. M. 14. August 1852.

1852 Aug. 14.

„Ew. Excellenz beehre ich mich, unter Wiederholung meiner Danksagung für die gütige Annahme einer Pathenstelle, zu benachrichtigen, daß die Taufe meiner Secundogenitur [1]) möglicherweise schon am nächsten Donnerstag den 19. stattfindet. Se. K. H. der Prinz von Preußen will die Gnade haben, gleichfalls die Bürgschaft für die christliche Erziehung des Täuflings zu übernehmen, und Graf Pückler [2]) hat mir heute bei seiner Durchreise nach Pyrmont oder einem benachbarten Badeort die Aussicht eröffnet, daß Se. K. Hoheit der heiligen Handlung in Person beiwohnen würden, falls sie am 19. cr. stattfinde. Ich glaube zwar, daß dabei ein Mißverständniß über die Lage der Züge von hier nach Mainz—Coblenz obwaltete, und erwarte morgen noch die genaueren Befehle des Prinzen; sollte es nach diesen aber dabei bleiben, daß die Taufe schon am Donnerstag stattfindet, so würde ich Ew. Excellenz bitten, Ihre Vertretung durch meinen Oheim von Kleist-Retzow, [3]) oder falls der dienstlich verhindert sein sollte, durch den Oberst von Kessel, Commandeur des 29. Regiments, zu genehmigen, da ich die Unbescheidenheit nicht soweit treiben kann, Sie zu einer Reise von achtzig Meilen lediglich ad hoc einzuladen, so glücklich ich mich auch schätzen würde, Ihnen die Honneurs von Frankfurt machen und die schöne Aussicht aus meiner Logirstube zeigen zu dürfen, falls Sie ein paar geschäftsfreie Tage hier verleben und den kleinen Heiden aus der Taufe heben wollten.

Was die außerbundestägliche Politik anbelangt, so wird die Haltung der hier benachbarten Cabinette namentlich in der officiösen Presse um so dreister, je mehr ihnen das Resultat des Phaëthonfluges ihrer selbständigen Politik bedenklich zu werden beginnt. Mir drängen sich dabei zwei Betrachtungen auf, begründet auf die Überzeugung, daß mit diesen hoch- und kleinmüthigen Ministern das Zähnezeigen stets weiter führt, als rücksichtsvolles Wohlwollen: 1) Ob es nicht an der Zeit ist, Darmstadt gegenüber eine Demonstration zu machen, indem man den Sitz der Residentur wieder nach Frankfurt zurückverlegt; drei Viertheile der laufenden Geschäfte, die Handel, Pässe, Verifikationen 2c. betreffen, müssen ohnehin hier Namens der Residentur durch die Bundesgesandtschaft betrieben werden. 2) Wenn es überhaupt möglich ist, eine Ansicht über den Verlauf der Zollfrage zu äußern, so geht die meinige dahin,

---

1) cf. oben S. 101, Note 2.

2) Graf von Pückler, Hofmarschall des Prinzen von Preußen.

3) von Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

1852 Aug. 14.

daß die Darmstädter[1]) Winkelzüge und Vermittelungsvorschläge machen werden, bis der Bruch von uns formell proclamirt wird, dann aber einzulenken versuchen werden; in dem Fall wird, wie ich glaube, von der Pfordten eo ipso zwar nicht abtreten, aber fallen, Beust[2]) vielmehr unentbehrlich befunden werden, aber an den Kleinen, an Dalwigk und Wittgenstein,[3]) sollten wir ein Exempel statuiren, daß man uns nicht ungestraft auf der Nase spielt. Es ist ohnehin eine Belästigung, mit Ministern, deren ganzes Programm in der Prinzlich Emilschen[4]) Negation gegen Preußen besteht, in Einem Zollverein zu leben. Kurz ich möchte anheimstellen, den Zollverein mit Darmstadt und Nassau nicht zu erneuern, wenn jene beiden Herren nicht zurücktreten. Dann wird eine Preußische Reaction in der Haltung dieser Staaten erfolgen.

Hinkeldey[5]) hat auf Grund leichtsinniger Polizeiberichte, ich weiß nicht von wem, über den Geist des Preußischen Militairs hier am Orte, durch Se. Majestät und das Kriegsministerium hier Anfragen und Erinnerungen veranlaßt, die das Officiercorps mit Recht verletzt haben, und leider hält man die Gesandtschaft, das „Civil", für die Urheberin davon. Die Polizei-Agenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertreiben unverantwortlich".

Postscriptum.

„Der junge Herr wird Wilhelm Otto Albrecht (nach dem Bären) getauft werden".

42. Eigenhändiger Bericht, betr. die muthmaßliche Haltung Österreichs und der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis, sowie das Bedürfniß Preußens zu einem Festhalten an seiner bisherigen Zollpolitik. 19. August 1852.

Aug. 19.

„Herr von Tallenay[6]) theilt mir eben Folgendes mit:

Nachdem die Coalitionsstaaten dem Wiener Cabinet anhaltend lebhafte Vorwürfe und Gegenvorstellungen über die „Freilassungsnote",[7]) wie Herr

1) cf. S. 75, Note 1.

2) Freiherr von Beust, K. Sächsischer Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten.

3) August Prinz von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Herzoglich Nassauischer Staatsminister, seit 7. Februar 1852.

4) scil. Emil Prinz von Hessen, K. K. Österreichischer Feldzeugmeister.

5) von Hinkeldey, Polizei-Präsident von Berlin.

6) Marquis de Tallenay, Französischer Gesandter am Bundestage.

7) Wie aus dem in Band I, S. 125 f. mitgetheilten Berichte des Herrn von Bismarck hervorgeht, erging Anfangs August 1852 von Wien aus eine Note an die Regierungen der Darmstädter Coalition, wonach das Österreichische Cabinet diese Staaten von den ihrerseits in Wien übernommenen Verpflichtungen entband und ihnen überließ, so zu handeln, wie sie in ihrem Interesse für das Beste und Rathsamste hielten.

1852 Aug. 19. von Scherff[1]) sie nennt, gemacht haben, so habe Österreich, zufrieden, die Coalitionsstaaten aus ihrer Lauheit geweckt und ihnen gezeigt zu haben, daß sie ohne Österreich dem bon plaisir de la Prusse verfallen seien, ihnen in Stuttgart jetzt wirklich das Anerbieten der Revenüen-Garantie erneuert, und dieselbe ausdrücklich übernommen. In Folge dessen werde das Auftreten der Coalition in Berlin fest sein, und bis zum Abberufen der Commissarien gehen. Es mag dies richtig sein, Tallenay ist ein gescheuter und sorgfältig forschender Diplomat; aber so gut ich auch persönlich mit ihm stehe, so ist er aus Pflicht und Neigung doch mehr Österreichisch, was die Politik anbelangt, weil er das dortige Regiment im Innern mehr nach Französischem Recept findet, als das unsrige; er trug mir die Sache in allarmistischer Weise vor, und fürchtete de graves conséquences pour la politique et même pour l'existence de la conféderation allemande in Folge des vielleicht bevorstehenden Bruches. Sollten aber seine Nachrichten auch ganz bona fide gegeben, und die Österreichische Garantie wirklich in Stuttgart erfolgt sein, so würde ich darin nur einen neuen Puff und Versuch sehen, uns durch Phantome zum Weichen zu bringen. Wollte Österreich die Garantie, und überhaupt ein derartiges Verhältniß zu der Coalition ohne Preußen, ernstlich, so wäre es längst damit herausgetreten, und hätte nicht vor drei Wochen den Darmstädtern den Laufpaß geschrieben. Pfordten's leitende Maxime in Stuttgart ist gewesen: „Wenn wir einen einheitlichen Beschluß zu Stande bringen, so giebt Preußen nach"; unter Voraussetzung der Sicherheit dieser Annahme, und nur solange das Gegentheil nicht klar ist, scheint die Adhäsion von Baden und Württemberg erfolgt zu sein. In Bezug auf Letzteres ist übrigens noch immer keine sichere Nachricht über die Genehmigung des Königs aus Badenweiler hier. Ich halte einen solchen Garantiecontract der Coalition mit Österreich ganz unmöglich in praxi; sollte Österreich sie versprechen, die Anderen können und werden es weder bis zur Ausführung kommen lassen, noch glauben, daß dieselbe befriedigend erfolgen würde, wenn sie sich auf dieses Söldlings-Verhältniß einließen. Ich sehe in der Fiction eines solchen Garantievertrages nur eine Demonstration zur Unterstützung des letzten Einschüchterungsversuchs, den die Coalition gegen uns macht, etwa in der Art, wie die Russischen Truppen gegen Ende des siebenjährigen Krieges, nach dem Tode Peters und ihrer Abberufung vom Preußischen Bündniß noch „figurirten", um die Österreicher einzuschüchtern. Wie es sich aber auch verhalten mag, die Frage hat sich für uns so gestellt, daß Nachgeben eine gefährliche Schwächung, Festhalten eine große Kräftigung für unsere Regierung im Innern ist, und ich halte diese Rücksicht für so wichtig und entscheidend, daß ich, wenn ich zu rathen hätte, zu strengerem Festhalten an

1) von Scherff, Staatsrath, Niederländischer Bundestagsgesandter wegen Luxemburg und Limburg.

der bisherigen Position selbst auf die Gefahr hin rathen würde, daß Preußen ganz isolirt bliebe, und auch den Steuerverein wieder verlöre. Mit letzterem ist unsere Position immer gut, was auch der Süden thun mag, ohne Hannover werden wir wenigstens bereitwilliger und fähiger sein, die vorkommenden Opfer zu tragen, als die Anderen, und letztere zwingen können, sich schließlich auf Bedingungen, die wir machen, wieder zu einigen. Ein Hinübertreiben der Süddeutschen in das Französische Lager fürchte ich auch nicht, denn erstens werden sie sich durch kein Band abhalten lassen, vorkommendenfalls doch zu thun, was ihnen vortheilbringend scheint, und zweitens glaube ich, daß ihre Feindschaft im Kriege mit Frankreich, solange die drei Großmächte einig sind, unschädlich und nach dem Siege nutzbar, ihr Bündniß aber anspruchsvoll und unzuverlässig sein würde. Kurz, wenn auch die obige Nachricht sich bestätigen, und wenn es bis zur Abberufung der Commissarien kommen sollte, so halte ich doch, wie die Sachen einmal stehen, festes Ausharren und Abweisung jeder Capitulation für den allein sicheren Ausweg aus der Krisis.

1852 Aug. 19.

Verzeihen Ew. Excellenz dies eilige Schreiben, die Post drängt".

Postscriptum.

„Eine Depesche von Lord Aug. Loftus[1]) aus Baden nach London, die Sir A. Malet[2]) mich lesen ließ, enthielt nichts von der Garantie Österreichs; über Stuttgart nur die Angabe, daß man von uns Auskunft über den Inhalt des Handelsvertrages fordern werde, und die Ansicht, daß Baden und Würtemberg von der Stuttgarter Verabredung zurücktreten würden, sobald Preußen sich weigere, darauf einzugehen".

43. Eigenhändiger Bericht, betr. das maßlose Treiben der kleinen demokratischen Lokalblätter in Frankfurt a. M. 25. August 1852.

Aug. 25.

„Ew. Excellenz habe ich schon öfters Gelegenheit genommen, auf das maßlose Treiben der kleinen demokratischen Lokalblätter hier am Orte aufmerksam zu machen.[3]) Besonders das „Volksblatt", von der rothen Partei (Habermann[4]) — Schuster) redigirt, insultirt den Bundestag hier in seiner eigenen Residenz in einer Weise, die compromittirend ist für die Würde der dabei ver-

1) Lord Augustus Loftus, Legationssecretair bei der Großbritannischen Gesandtschaft in Karlsruhe; z. Z. Geschäftsträger.

2) Sir Alexander Malet, Großbritannischer Gesandter, demnächst Botschafter am Bundestage.

3) Dieser eigenhändige Bericht des Herrn von Bismarck findet eine Ergänzung in der Band I, S. 130 f. mitgetheilten Urkunde 92.

4) cf. oben S. 9, Note 2.

1852 Aug. 25. tretenen Regierungen. In der vorletzten Nummer wird in Bezug auf die vom Bundespalais abgenommene schwarzrothgoldene Flagge gesagt, es sei recht gut, daß es geschehen sei, denn die Farben hätten da doch ausgesehen „wie ein Jungfernkranz auf einem Hurenhause". Ich habe dem regierenden Bürgermeister ernste Vorhaltungen darüber gemacht, aber er entschuldigt sich mit der Unzulänglichkeit der Gesetze, und die neueste Nummer des fraglichen Blattes fährt fort, wenn auch mit minder schmutzigen, doch mit ebenso unverschämten Schmähungen gegen den Bundestag. Diese Artikel erregen hier erhebliches Aufsehen, werden mit Hohn in den Gasthäusern vorgetragen, und lassen es gerechtfertigt erscheinen, wenn man dabei den Bundestag mit einer abgenutzten Vogelscheuche vergleicht, die von den Spatzen, welche sie schrecken soll, ohne Scheu verunreinigt wird. Ich bin kein leidenschaftlicher Seide der Bundesautorität, aber wenn die Mißachtung soweit geht, so wird Preußen, wie jeder andere Bundesstaat mitgetroffen, namentlich da die Frechheit der Angriffe seit der Vertagung und dem Preußischen Präsidium offenbar zugenommen hat, und letzteres jetzt der alleinige Träger der Geschäftsführung ist. Ich habe daher dem regierenden Bürgermeister mit aller Höflichkeit mündlich erklärt, daß, wenn ich in drei Tagen nicht eine Anzeige über die von der Stadt zur Verhinderung fernerer Beleidigungen der Bundesversammlung getroffenen Maßregeln erhielte, ich von Seiten des Bundes Maßregeln der Nothwehr gegen die Fortsetzung dieser Verunglimpfung einleiten müsse, da mir die Wahrung der Würde des Bundes für jetzt obliege. Das Haupt der Republik versprach in Folge dessen, auf gestern den Senat zu berufen, und womöglich gegen das Blatt einzuschreiten. Geschieht nichts der Art, so ist meine Absicht, ohne Sävitien gegen Personen, die Druckerei des Volksblattes von einem gemischten Commando der Bundestruppen besetzen und schließen zu lassen, und die Folgen zu gewärtigen.

Ich schreibe Vorstehendes nicht in der Absicht, durch eine ausdrückliche Billigung von Seiten Ew. Excellenz der Verantwortung für mein Attentat überhoben zu werden, glaube vielmehr, daß die Natur der beabsichtigten Maßregel es mit sich bringt, daß ich dabei meine eigene Haut zu Markte trage. Aber ich halte doch für meine Pflicht, Meldung von der Sache zu thun, damit Zeit zu einem telegraphischen Verbot bleibt, falls Ew. Excellenz meinen coup d'état den Interessen der Regierung zuwiderlaufend halten, auch dann, wenn ich ihn ohne Instruktion auf eigene Verantwortung ausführe. Etwas, glaube ich, muß geschehen, denn die Regierungen selbst verlieren zu sehr in der Achtung der Bevölkerung, wenn dergleichen ruhig geduldet wird".[1]

---

1) Herrn von Bismarck's Haltung fand die volle Billigung des Minister-Präsidenten und war auch vom Erfolge gekrönt, indem das „Volksblatt" verboten und gegen den Redacteur Habermann gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde.

44. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeier bei Herrn v. Bismarck. Wohnungscalamität und Erholungsbedürftigkeit. Zollvereinskrisis. 14. September 1852.

1852 Sept. 14.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir zuvörderst anzuzeigen,[1]) daß die Taufe, bei der Sie die Güte haben wollen,[2]) Ihren geistigen Beistand zu leihen, am Montag den 20. cr. stattfinden wird. Da ich mir, schon aus Rücksicht auf den Zollkrieg, keine Aussicht auf die Ehre und das Vergnügen machen darf, Sie in Person hier zu sehen, so wollte ich Sie bitten, meinen Oheim Kleist[3]) als Stellvertreter anzunehmen oder, wenn dem der Landtag die Abwesenheit eines Tages nicht erlauben sollte, den Oberst von Kessel, Commandeur unserer hiesigen Truppen. Die sonstigen Pathen werden sein Se. K. H. der Prinz von Preußen, Graf Stolberg (beide durch Procuration), Herr von Canitz,[4]) Frau von Scherff und Frau von Kessel.

Ich bin durch den Verkauf meines Hauses in eine unbehagliche Lage gerathen. Die sonderbarsten Umstände mußten zusammentreffen, um mich zu delogiren. Ein Westphale, Namens Lehmkuhl, mußte nach Cuba gehen, dort, obschon selbst häßlich, eine schöne und reiche Spanierin heirathen, mit der hierherkommen, an meinem Hause ein sonderbares Gefallen finden, und dem Eigenthümer einen übermäßigen Preis dafür bieten. Kauf bricht hier Miethe, ich muß schleunig räumen, und in der ganzen Stadt ist eigentlich kein geeignetes Quartier zu haben. Dazu kommt, daß die wenigen, die überhaupt zu miethen sind, gleichzeitig zum Verkauf stehen, und es sich da wiederholen kann, daß ich ein Jahr lang baue und einrichte und dann ausziehen muß. So z. B. das von der Gräfin Hohenthal, der ehemaligen Gräfin Bergen, entschieden das beste Haus in Frankfurt,[5]) aber als Ganzes zu groß und zu theuer für mich. Ich bin in einiger Verzweiflung über diese meine Obdachlosigkeit bei Eintritt des Winters. Dazu kommt, daß ich seit mehreren Wochen an Grippe und Rose leide. Zu völliger Herstellung möchte ich gern noch in der nächsten Woche auf vierzehn Tage in ein englisches Seebad gehen, und habe deshalb eine Bitte um Urlaub eingereicht.[6])

Von den Zollsachen habe ich hier nichts weiter vernommen, als was auch schon in Zeitungen steht, bis auf einige untergeordnete Details, z. B. daß

---

1) Tags vorher (13. September 1852) hatte Herr von Bismarck den Minister Freiherrn von Manteuffel um einen dreiwöchentlichen Urlaub zum Gebrauch des Seebades in Brighton in England gebeten.

2) cf. oben S. 101.

3) cf. oben S. 104, Note 3.

4) cf. oben S. 53, Note 1.

5) Wegen der Zweckmäßigkeit des Ankaufs eines Preußischen Gesandtschaftshôtels in Frankfurt a. M. vergl. Band I, S. 31 f. und 214 f.

6) cf. oben Note 1.

1852 Sept. 14. Österreich zuerst nach unserer letzten Erklärung[1]) Wien oder Prag als Ort einer neuen Zusammenkunft vorgeschlagen hat, und von Sächsischer Seite der Gedanke angeregt worden ist, Preußen und Österreich um Beschickung der nächsten Conferenz der Coalitionsstaaten anzugehen; bei den Anderen scheint diese Idee, die wohl nur darauf berechnet war, unsere voraussichtliche Weigerung auszubeuten, keinen Anklang gefunden zu haben. Der Fürst Wittgenstein in Wiesbaden[2]) findet die Situation (Nassaus) pénible et dangéreuse, wie mir Sir A. Malet sagt, und der Herzog soll sich wieder mit Wintzingerode[3]) in Verbindung gesetzt haben, um dessen Ansicht zu hören. In Darmstadt ist das Hauptwerkzeug unserer Gegner der Beichtvater der Großherzogin, wenn ich nicht irre heißt er Lücht; er steht im intimen Verkehr mit dem Pater Kindermann, der sich gewöhnlich in Mainz aufhält.

Die Hauptstärke des österreichischen Verfahrens liegt in dem Mangel an Blödigkeit im Fordern, und im Beanspruchen alles dessen, was man wünscht, als einer ganz natürlichen und billigen Sache. Diese désinvolture dominirt die Darmstädter Cabinette. Ich glaube, wenn wir, bei unveränderter Höflichkeit in der Form, unsere Forderungen in der Sache höher spannten, z. B. Concessionen in Bezug auf den jetzt so lüderlichen und langsamen Eisenbahnbetrieb in den hiesigen Staaten, und bei einigen den Wechsel der Ministerien als Bedingung der Wiederaufnahme in unseren Zollverein hinstellten, so glaube ich, daß unsere Stellung in der Verhandlung dadurch gebessert würde. Von Canitz[4]) höre ich, daß Dalwigk[5]) sich jetzt nachgiebiger äußert; vielleicht ist es auch nur eine Finte, um die Verhandlungen von neuem zu trainiren, was gewiß nachtheilig für uns wirken würde. Die Entscheidung kann nicht gut länger verzögert werden, sowohl aus den materiellen Gründen des Druckes, den die Ungewißheit auf Handel und Verkehr übt, als auch, weil unsere Position durch Zögern leidet, durch frische Initiative und angriffsweises Verfahren aber gewinnt".

---

1) Am 30. August 1852 gab Preußen auf der Zollvereinsconferenz dem Wunsche von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen-Nassau entsprechend eine Erklärung ab, welche den betheiligten Zollverbündeten die Überzeugung gewähren mußte, daß die Preußische Regierung sich mit denselben über den mit Österreich abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag in allen wesentlichen Punkten im Einverständnisse befand.

2) cf. oben S. 105, Note 3.

3) cf. oben S. 24, Note 1.

4) cf. oben S. 53, Note 1.

5) cf. oben S. 103, Note 3.

45. Eigenhändiger Bericht, betr. den Einfluß des Frhr. v. Koller auf den König von Hannover. Beurlaubung des Frhr. v. Canitz. 21. September 1852.

1852 Sept. 21.

„Ein sicherer und mit den Personen vertrauter Gewährsmann sagt mir, daß die Unsicherheit in der Haltung der Hannoverschen Regierung vorzugsweise durch die persönliche und direkte Einwirkung des Herrn von Koller[1]) auf Se. M. den König von Hannover hervorgebracht werde. Koller soll sehr gewandt sein, der König Georg aber, wie ich mich selbst überzeugt habe, ist leicht ohne Zeugen zu sprechen, und bei seinem körperlichen Zustande ist es schwer, ihm ein beigebrachtes Mißtrauen oder Vorurtheil überzeugend zu benehmen. Ein großer Anhänger des September-Vertrages[2]) ist Se. Majestät ohnehin nicht. Baron Koller soll auch Geldmittel nicht sparen, sowohl bei der untergeordneten Umgebung des Königs, als bei der Redaction der Hannoverschen Zeitung, deren Personal in Mißachtung bei den anständigen Leuten aller Parteien steht. Koller soll namentlich, bei der Neigung des Königs Georg, sich im Gespräch durch einen geschickten Partner hinreißen zu lassen, durch Se. Majestät selbst stets sehr genau au fait der intimsten Ansichten des Cabinets sein. Meine Nachrichten sind von einem älteren und ruhigen Mitgliede der dortigen Junkerpartei, welches mir persönlich befreundet ist. Vielleicht könnte Graf Nostitz[3]) dieser Bearbeitung des Königs durch Herrn von Koller in irgend einer Weise entgegenwirken. Herr von Schele[4]) selbst klagte mir früher über die Schwierigkeit, den König vor der persönlichen Berührung mit Intriganten sicher zu stellen, da er nicht liebt, wenn bei Privataudienzen ein Dritter zugegen ist.

Canitz[5]) wartet mit Schmerzen auf seinen Urlaub; er ist wirklich leidend, und liegt augenblicklich mit Fieber hier in meinem Hause zu Bett. Wenn Ew. Excellenz ihm Urlaub geben, so wäre es vielleicht, in Betracht der Darmstädter Bosheit, gut, ihn nur durch Wentzel[6]) formell vertreten zu lassen, oder auch gar nicht, denn Darmstadt ist doch für die Haltung der Coalition nicht maßgebend. Sonst bin ich auch gern dazu bereit".

---

1) Freiherr von Koller, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Hannover, demnächst auch in Berlin.
2) cf. oben S. 41, Note 1.
3) cf. oben S. 51, Note 1.
4) cf. oben S. 7, Note 1.
5) cf. oben S. 53, Note 1.
6) cf. oben S. 30, Note 2.

46. Eigenhändiger Bericht, betr. das Gerücht von der Abberufung des Grafen v. Thun. Parteinahme der Österreichischen Presse in den Belgisch-Französischen Streitigkeiten. Klindworth. Politische und commercielle Consequenzen einer Zollunion mit Österreich. Das Christenthum der einzige Halt für Fürsten und Völker. Unmöglichkeit einer direkten Verständigung mit Österreich. Rußlands Politik gegen Österreich. Herr v. Meyendorff. Einladung zur Jagd in Letzlingen. 23. September 1852.

1852 Sept. 23.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das Schreiben von 18. cr., welches ich vorgestern Abend nebst dem Mémoire über die Zollvereinssache durch einen Expressen von Schulenburg erhalten habe. Das Gerücht über Graf Thun's Bestimmung nach Berlin ist inzwischen auch von Darmstadt aus hierher gelangt und nennt man Rechberg [1]) als seinen Nachfolger. Das Zerreißen derjenigen Verbindungen, welche sich an Thun's Person knüpfen und durch seine längere Anwesenheit hier bedingt waren, ist für Österreich ein Nachtheil, und wenn Graf Rechberg ihn wirklich ersetzt, so zweifle ich nicht, daß er Stoff liefern wird, unseren Allergnädigsten Herrn zu überzeugen, wie wenig eine Steigerung der Gewalt und Competenz des Bundes in seiner jetzigen Verfassung der Würde und den Interessen der Preußischen Krone entspricht. So lange der Bund seine jetzige Organisation behält, wird er nichts weiter sein können, als eine, so leidlich als die Umstände es erlauben, eingerichtete Assecuranz gegen Kriegs- und Revolutionsschäden, und auch in dieser Hinsicht fürchte ich, daß bei einem ausbrechenden Französischen Kriege die erste Aufgabe Norddeutschlands und Österreichs sein würde, Baden und Württemberg von den sie im ersten Moment überschwemmenden Franzosen zu befreien, und Bayern den Muth oder Willen zu stärken, entschieden für Deutschland einzutreten.

Einiges Befremden erregt hier die unleugbare Parteinahme der Österreichischen Presse gegen Belgien in den Belgisch-Französischen Streitigkeiten,[2]) und namentlich Herr von Bothmer [3]) sprach mir gestern seine Entrüstung

---

1) cf. oben S. 71, Note 2.

2) Nach dem Staatsstreich am 2. Dezember 1851 kam eine große Zahl Französischer Flüchtlinge nach Belgien. Trotz der besonnenen Haltung der Belgischen Regierung, welche die Polizei über die Flüchtlinge mit Vorsicht und Strenge handhabte, wollten doch die Gerüchte Napoleonischer Eroberungsgelüste in Belgien nicht verstummen. Immerhin hielt die Regierung es für rathsam, das Heerwesen in guten Stand zu setzen und für die Errichtung eines verschanzten Lagers bei Antwerpen ein erhebliches Creditgesuch einzureichen. Auch in Betreff des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Frankreich herrschten um dieselbe Zeit Differenzen zwischen den benachbarten Regierungen.

3) cf. oben S. 71, Note 3.

darüber aus, daß man in Österreichischen Kreisen das Aufgeben Belgiens im Falle ernster Conflicte als eine leichte und natürliche Sache zu betrachten scheine. 1852 Sept. 23.

Mit Klindworth[1]) habe ich bisher durch das Medium seines Secretairs Appel und durch Zietelmann in Verbindung gestanden. Appel ist jetzt in Stuttgart und Zietelmann gestern bei Klindworth selbst in Eltville gewesen. Er hat Ew. Excellenz Bestellung an ihn ausgerichtet, und gefunden, daß er mit dem größten Interesse auf Ew. Excellenz fraglichen Brief wartet, das Opus über deutsche Verfassungen aber in etwa vierzehn Tagen zu liefern gedenkt. Einen detaillirten Bericht über Zietelmann's mitgebrachte Eindrücke werde ich morgen oder übermorgen vorlegen. Klindworth behauptet, alle Verbindung mit dem König von Württemberg wegen dessen Wankelmuth abgebrochen zu haben. Die Reise seines Secretairs nach Stuttgart widerspricht dem.

Das für Graf Nesselrode[2]) bestimmte Mémoire habe ich mit vielem Interesse gelesen; meiner Auffassung nach würde ich die politischen Gefahren, die wir von der Zolleinigung zu fürchten haben, weniger stark accentuirt, und die finanzielle und commerzielle Inconvenienz mehr in den Vordergrund gestellt haben. Ganz schlagend aber ist es, daß nicht unser Verhalten die Revolution fördert, sondern das unserer Gegner, an deren Regierungen die letzten Jahre so eindruckslos vorübergegangen sind, daß sie offen vor ihren Unterthanen constatiren, wie deren materielles Wohl den Launen der Dynastien geopfert wird. In dieser Beziehung enthält das Buch von Frantz[3]) die unleugbarsten Wahrheiten, nur sind sie, wie mir scheint, ungeschickt eingekleidet und gruppirt, und falsch motivirt. Denn nur das Christenthum, welches Frantz aus seinem Calcül streicht, kann die Fürsten in würdiger Weise zu dem machen, was Frantz vorschwebt, und sie von der Auffassung des Lebens lösen, welches sie, oder doch viele unter ihnen, in der von Gott verliehenen Stellung nur die Mittel zu angenehmem und willkürlichem Leben suchen läßt. Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, die ihm im Wege göttlicher Offenbarung auferlegt sind, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen, außer der Furcht vor Schaden an Person und Vermögen; und darüber wiegt man sich leicht in Täuschung ein, ob derartiger Schaden bevorsteht.

Eine direkte Verständigung mit Österreich halte ich auch für unmöglich. Die Bedingungen würden jedenfalls schlechter für uns sein, als die, welche wir sicher erreichen werden, wenn wir es auf die vollständigste Isolirung ankommen lassen, und sie eintretendenfalls muthig acceptiren. Und was wir auf diesem Wege erreichen, hat eine ganz andere Bedeutung, weil wir es der

1) cf. oben S. 84, Note 2.
2) cf. oben S. 70, Note 6.
3) cf. oben S. 8, Note 4.

1852 Sept. 23. eigenen Schwerkraft verdanken, nicht dem kostspieligen und gefährlichen guten Willen Österreichs. Daß dem Freihandel die Zukunft gehört,[1]) erkennen sogar die Männer der Coalition und das Wiener Cabinet an, sie wollen nur noch etwas warten.

Herr von Savigny schrieb mir auch vor kurzem seine Auffassung, daß Rußland Österreich auf Deutschland anweist, um mit den Slaven freie Hand zu behalten. Ich glaube, daß Rußland es recht gern sieht, wenn sein Nachbar in Deutschland Beschäftigung hat, aber nicht, wenn er bei dieser Gelegenheit seine Macht durch die Hülfsquellen ganz Deutschlands verstärkt, denn dann würde er nur ein um so kräftigerer Nebenbuhler auf dem Gebiete des Slaventhums und der Donau werden. Ganz unslavisch kann Österreich ohnehin niemals werden, da es Böhmen, Mähren, Illyrien, Kroatien, Westungarn doch nicht missen kann und seine ferneren Slaven nicht wird missen wollen, ohne kriegerischen Zwang, sich also auch nicht gern an der Donaumündung und der Südgrenze von Rußland unterbinden lassen wird. Ich halte daher die Auffassung meines Freundes in Karlsruhe für Phantasie. Ohnehin ist die Politik des Kaisers Nicolaus vielmehr conservative Tendenz- als Eroberungspolitik; er hat Länder genug, um froh zu sein, wenn er sie gegen den Zeitlauf geschützt weiß, und das Russische Cabinet hat aus den Symptomen von 1848 gewiß mehr Weisheit geschöpft als die Darmstädter.

Meyendorff's[2]) Leidenschaftlichkeit halte ich mehr für persönlich; er ist zähe, eigensinnig, und die Schwägerschaft mit Graf Buol um so weniger ohne Einfluß, als das verbindende Glied, die Frau, ihren Bruder liebt, gescheut ist und politisirt.

Se. Majestät haben mich auf den 29. cr. zur Jagd nach Letzlingen befohlen, und wenn ich es hier, wie ich glaube, ohne Nachtheil für den Dienst einrichten kann, so bitte ich, daß Ew. Excellenz mir Erlaubniß geben wollen, am 28. Abends in Magdeburg resp. Letzlingen eintreffen zu dürfen. Nach Berlin würde ich von dort nur auf Ihren besonderen Befehl kommen".

47. Eigenhändiger Bericht, betr. die Indiscretionen im Preußischen Wochenblatt und die muthmaßlichen Quellen derselben. Haltung der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis. Theilnahme an den Kammerverhandlungen. 30. September 1852.

Sept. 30. „Ew. Excellenz Schreiben vom 26. cr.[3]) habe ich so eben über Cöln er-

1) Daß Herr von Bismarck ehemals dem Freihandel huldigte, ist bereits bekannt. cf. die Einleitung zum I. Bande von „Preußen im Bundestag" S. 24*.

2) Freiherr von Meyendorff, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Wien.

3) Das Preußische Wochenblatt vom 28. August 1852 enthielt auf S. 463 einen Artikel über die Maßnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse Luxemburgs, welcher die Sachlage, der Wahrheit in der Hauptsache entsprechend, so

halten. Zu demselben bemerke ich einstweilen, daß ich gegen Kelchner[1]) keinen Verdacht wegen Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung zu unbefugten Mittheilungen hege. Er hat mich im Gegentheil öfters auf bedenkliche Correspondenzen und andere Indicien, die auf die Spur leiten können, aufmerksam gemacht. Auch gegen die beiden Kanzleibeamten Eckert und Thiessen habe ich keinen Grund zum Mißtrauen. Matthis[2]) und Graf Goltz[3]) haben natürlich vielfache Verbindungen hier. Letzterer soll namentlich lebhafte Beziehungen zu dem Carl Bethmannschen Hause unterhalten, dessen Frau die Schwester des Fräulein von Brints ist. Diese Leute haben gute Quellen. Frau von Brints, die Schwester des Grafen Buol, ist gescheidt und lebhaft, ihr Gatte, der keins von beiden ist, disponirt über das Journal de Francfort, und Herr von Dörnberg, Chef der Taxisschen Post, ist der Hausfreund. Möglich ist auch, daß einer der Bundestagsgesandten mit dem Wochenblatt correspondirt. Von dem Preußischen Personal hier sind, nach Abgang des Hauptmanns Bergmann (Artillerie-Militaircommission), der Geheim-Rath Crüger[4]) und der Oberstlieutenant von Twardowsky[5]) am Orte. Der Erstere hat sich durch anspruchsvolle Gereiztheit in eine falsche Stellung zu den Spitzen des hiesigen Preußenthums gesetzt; mit Waldersee und Kessel steht er in gespanntem Verhältniß, mit Wentzel und Zietelmann verkehrt er nur noch dienstlich und schriftlich, und ich habe meine große Noth im persönlichen Verkehr mit ihm. Nach Berlin hin correspondirt er vorzugsweise mit dem Dr. Hupke (der in der Paulskirche eine Rolle spielte) und mit Herrn von Kehler, welche beide jetzt im auswärtigen Ministerium als Expedienten arbeiten; dann mit dem Geheimen Rath Horn im Finanzministerium. Crüger lebt hier nur mit Twardowsky in Einvernehmen, und beide gehören der Farbe des Preußischen Wochenblatts an. Der Erstere läßt seine ziemlich lebhafte Correspondenz, namentlich mit den Herren Hupke und von Kehler niemals, wie es die übrigen Beamten der Gesandtschaft thun, durch Kelchner's Hände gehen, sondern schickt und empfängt seine Briefe direkt; er scheint deshalb mit der hiesigen Post besondere Abrede getroffen zu haben. In dem speciellen Falle des fraglichen Artikels über Luxemburg glaube ich nun

---

detaillirt mittheilte, daß dessen Verfasser nur aus einer mit den einschlägigen Vorgängen vollständig vertrauten Quelle geschöpft haben konnte. Mittelst Erlasses vom 26. September 1852 theilte der Minister Frhr. von Manteuffel Herrn von Bismarck seine Vermuthungen über die Entstehung der auf die Luxemburger Angelegenheit bezüglichen Notiz im Preußischen Wochenblatte mit.

1) Kelchner, Hofrath, Vorstand der Preußischen Gesandtschaftskanzlei in Frankfurt a. M.

2) Matthis, Oberkirchenraths-Präsident, 1852—1855 Mitglied der Fraction Bethmann-Hollweg, früher eifriger Anhänger des Ministeriums „der rettenden That", demnächst ein entschiedener Opponent derselben.

3) cf. oben S. 77, Note 2.

4) cf. oben S. 44, Note 2.

5) Preußischer zweiter Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

1852 Sept. 30. zwar nicht, daß die Indiscretion von Crüger herstammt, weil ich überzeugt bin, daß er den fraglichen Immediatbericht, aus welchem der Artikel, bis auf die hinzugefügte Nachricht über Graf Thun, wörtlich entnommen zu sein schien, rechtzeitig nicht zu sehen bekommen hat; aber im Allgemeinen sind seine Verbindungen mißtrauenerweckend, und sein gesellschaftlicher Ehrgeiz beeinträchtigt seine Brauchbarkeit. Das Österreichische Mitglied der Kassenabtheilung, Baron Nell, ist eins der nützlichsten Werkzeuge des Grafen Thun, während mir Crüger durch seine Wunderlichkeiten Verdruß und Hemmnisse bereitet. Die Überschätzung seiner Stellung und seiner Person hat ihn, trotz meiner anfänglichen Bemühungen, mit ihm in freundlichem Vernehmen zu bleiben, doch dahin gebracht, daß er sich mir gegenüber auf denjenigen dienstlichen Verkehr beschränkt, den ich ausdrücklich verlange, und auch bei diesem bewegt er sich zur Wahrung der Unabhängigkeit seiner Stellung in Formen, die das Geschäft erschweren und zu Streitigkeiten mit Wentzel und Zietelmann Anlaß geben. Jede Ausstellung darüber nimmt er als persönliche Kränkung mit der Erklärung auf, daß er sehr gern seine hiesige Stellung, die ihn ohnehin in Carrière benachtheilige, aufgeben wolle, wenn man mit seinen Diensten nicht zufrieden sei. Ich bin mir bewußt, in Würdigung der Schwierigkeit, die es für einen älteren und sehr selbstbewußten Beamten hat, unter einem Neuling, wie ich bin, zu stehen, die bescheidensten und rücksichtsvollsten Formen in unseren Verkehr zu legen, aber es wird mir nichts anderes übrig bleiben, als das Rauhe herauszukehren. Meine frühere Unzufriedenheit mit Zietelmann ist gänzlich geschwunden, seit ich eine richtigere Weise ihn zu verwenden ermittelt habe. Er ist ungeeignet selbst zu schreiben, dagegen habe ich ihn mit Erfolg benutzt, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, und namentlich um persönliche Verbindungen mit Stände-Mitgliedern und anderen einflußreichen Personen in Nassau, Hessen, Rheinbayern, Franken und hier am Orte zu unterhalten und durch diese im Sinne des Zollvereins zu agitiren. Seinem redlichen Diensteifer habe ich schon früher Gerechtigkeit widerfahren lassen. Außer den Personen, die in dem mir von Ew. Excellenz übersandten Polizeibericht aufgeführt sind, ist auch der Geheime Legationsrath Gruner[1]) Mitarbeiter des Wochenblatts. Bei dessen langjährigen Beziehungen zu vielen der noch jetzt fungirenden Ministerialbeamten kann er leicht in den Besitz amtlicher Nachrichten gelangen. Auch aus dem Vorzimmer Sr. Majestät, wo ich diplomatische Berichte mitunter in den Händen von Personen gesehen habe, die keineswegs zu den Freunden des Ministeriums gehören, dürfte Manches transpiriren. Goltz halte ich, obschon er ohne Zweifel die meisten Artikel über Frankfurt schreibt, doch nicht für den Verfasser der Luxemburger Nachricht; er war damals hier am Rhein, und später in Ostende. Was die Andeutung des gründlicheren von den beiden Polizei-

1) cf. oben S. 18, Note 2.

berichten betrifft, inwieweit es rathsam sei, Matthis und Goltz für die Regierung zu gewinnen, so dürfte dies bei dem Ersteren leicht sein; Goltz aber hat zu viel Ehrgefühl und zu viel Galle, um sich, nachdem er soweit gegangen ist, gewissermaßen abkaufen zu lassen. Vor einem Jahre, höre ich, würde Goltz gern den Posten in Lissabon genommen haben, wenn er es nicht ex post gesagt hat, um einen Beweis seiner Genügsamkeit zu geben. Daß die sogenannte Partei Bethmann-Hollweg [1]) beseitigt wäre, wenn Goltz und Matthis Anstellungen erhielten und annähmen, halte ich für entschieden; nur müßte es nicht in Berlin sein. Den Gewinn des Ersten würde ich höher anschlagen als den Anderen, weil jener mehr Energie und Achtbarkeit hat. Herr von Radowitz [2]) hat, bis zum August cr. wenigstens, nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Wochenblatt gestanden; wenigstens weiß ich, daß Goltz sich über den großen „politischen Fehler" des Herrn von Radowitz beklagt hat, sich nicht an die Spitze der Bethmannschen Partei gestellt zu haben.

1852 Sept. 30.

Mit Überraschung habe ich in der Zeitung gelesen, daß Graf Hatzfeldt [3]) doch abgehen würde; er war vor einiger Zeit bei mir, sehr wohl anscheinend, und aufgeräumt über den Gedanken, daß man, wie er in Baden gehört hatte, seinen Nachlaß schon hätte theilen wollen; er verglich sich mit Tanatschek in dieser Beziehung.

Die hiesigen Vertreter der Coalitionsstaaten bleiben dabei in ihrer Ansicht, daß es zur wirklichen Sprengung des Zollvereins nicht kommen werde; sie wüßten noch nicht wie, aber auf irgend eine Weise müsse es sich bis Ende nächsten Jahres arrangiren, auch wenn Preußen die jetzige Münchener Erklärung [4]) zurückweise. So äußerten sich noch gestern die Gesandten von Bayern und Württemberg zu mir; der Letztere klagte, daß wir den Mittelstaaten nicht genug „den Hof machten", und unsere Bemühungen lieber an Österreich verschwendeten. Die Demonstration des Sächsischen [5]) und jetzt des Pommer-

---

1) Die hauptsächlichsten Mitglieder der Fraction Bethmann-Hollweg oder Riedel waren der spätere Minister von Bethmann-Hollweg, der spätere Oberkirchenraths-Präsident Matthis und der frühere K. Sächsische Minister von Carlowitz.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) cf. oben S. 18, Note 7.

4) Vom 17. bis 19. September tagte in München eine Minister-Conferenz, auf welcher die Darmstädter Verbündeten den Entwurf einer Antwort auf die von Preußen in der Zollconferenz vom 30. August abgegebene Erklärung beriethen. Abgedruckt findet sich der gedachte Entwurf (allerdings nicht ganz correkt) in der Vossischen Zeitung vom 30. September und in der Frankfurter Zeitung vom 2. Oktober 1852. Das Nähere bei Weber: Geschichte des deutschen Zollvereins. S. 321 f.

5) In der fünften Plenarsitzung (18. September 1852) des Provinzial-Landtages der Provinz Sachsen bemerkte ein Abgeordneter der Ritterschaft, daß nach soeben von Berlin eingegangenen Nachrichten die Coalition faktisch die Verhandlungen in der Zollfrage abgebrochen und die Königliche Staatsregierung deshalb den Entschluß gefaßt habe, nur noch mit den Bevollmächtigten von Hannover, Oldenburg, Braunschweig und den Thüringischen

1852 Sept. 30. schen Provinzial-Landtages [1]) hat übrigens Eindruck, und den Herren die Unmöglichkeit, daß unsere Regierung nachgeben könne, mehr als alle Zeitungen wahrscheinlich gemacht.

Aus meinem Wahlkreise [2]) ist mir die Aufforderung zugegangen, mich zu erklären, ob ich die Wahl [3]) annehmen und ob mir mein Amt gestatten würde, den Kammersitzungen dauernd beizuwohnen. Ich kann letzteres in der That nicht mit gutem Gewissen bejahen; durch die Doppelexistenz, wie im vorigen Winter, verliere ich an beiden Orten den persönlichen Einfluß, den bei Kammer und Bundestag nur fortdauernde Anwesenheit erhalten kann. Ich habe indeß mich nicht erklären wollen, ehe ich Ew. Excellenz Meinung kenne".

48. Eigenhändiger Bericht, betr. die Abberufung des Hannoverschen Bundestagsgesandten v. Bothmer. Zollvereins-Nachrichten aus München, Darmstadt und Hannover. 6. Oktober 1852.

Okt. 6. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß, wie ich aus ganz sicherer Quelle weiß, die in mehreren öffentlichen Blättern enthaltenen Andeutungen über einen bevorstehenden Wechsel in der Person des K. Hannoverschen Bundestagsgesandten nicht ohne Begründung sind. Man hat Herrn von Bothmer, muthmaßlich aus Rücksicht auf das gegen ihn ergangene Kammervotum,[4]) die Alternative gestellt, entweder ganz und definitiv zum diplomatischen Fache überzutreten, oder auf seinen Posten als Präsident in Celle zu gehen, dessen Offenhaltung er sich bei Übernahme seines hiesigen Postens ausbedungen hatte. Auf eine Gegenvorstellung des Herrn von Bothmer ist der

---

Staaten weiter zu verhandeln. Durch diesen hocherfreulichen Entschluß habe die Regierung Sr. M. des Königs wiederum den Dank des gesammten Vaterlandes erworben und es werde daher dem Landtage anheimgestellt, der Staatsregierung diesen Dank in einer besonderen Adresse aussprechen zu wollen. Der Provinzial-Landtag faßte fast einstimmig einen dementsprechenden Beschluß.

1) In dem am 12. September 1852 einberufenen Provinzial-Landtage im Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen gelangte zur Berathung eine Petition auf schleunige Einberufung einer Sachverständigen-Commission zur Ertheilung von Beirath in den schwebenden handelspolitischen und Zoll-Fragen. Die Petition wurde zur Kenntniß Sr. Majestät gebracht.

2) cf. oben S. 28, Note 1.

3) Herr von Bismarck ließ sich in die Kammer demnächst nicht wieder wählen. Die Urwahlen erfolgten am 25. Oktober 1852, die Wahl der Abgeordneten am 3. November 1852.

4) In der Sitzung der Zweiten Hannoverschen Kammer vom 2. Juli 1852 stellte der Abgeordnete Ellisen den Antrag, Königlicher Regierung zu erklären, daß die Stände es dankbar anerkennen würden, wenn das Königreich in seinen Gesandtschaften durch Persönlichkeiten vertreten würde, die in höherem Maße, als es gegenwärtig bei dem Gesandten in Frankfurt der Fall sei, das Vertrauen des Landes besäßen, dessen Interessen in ersprießlicher Weise wahrzunehmen. Man vergl. die Verhandlungen der Ersten Kammer S. 142 und 145, der Zweiten Kammer S. 99 und 192.

Bescheid noch zu erwarten, wenn aber die Regierung bei ihrer Ansicht in Betreff der Incompatibilität beider Stellen beharrt, so ist er entschlossen, nach Celle zurückzugehen. Ich würde den Abgang des Herrn von Bothmer lebhaft beklagen; er ist ein ruhiger und durchweg ehrenhafter Mann, und unseren Interessen persönlich geneigt. Sollte er aber abgehen, so könnte vielleicht durch Graf Alvensleben[1]) dahin gewirkt werden, daß wenigstens kein für uns feindseliges Element ihn ersetzt. Noch bemerke ich, daß mir vorstehende Mittheilungen mit der Bitte, sie noch nicht zu divulgiren, gemacht worden sind.

1852 Okt. 6.

Durch Sir A. Malet erfahre ich, daß dem Englischen Gesandten in München[2]) durch den Vertreter des Herrn von der Pfordten gesagt worden ist, die Weigerung (refus) Preußens breche die Unterhandlungen keineswegs ab, man hoffe vielmehr dessenungeachtet ein gedeihliches Resultat, d. h. die Erhaltung des Zollvereins. Nach der Ansicht Sir R. Milbanke's[2]) werde die Coalition sich vorerst nach Wien wenden, oder habe es schon gethan, um dort „intimidirende“ Schritte gegen uns zu verabreden, von denen man hofft, daß sie uns nachgiebig stimmen würden. Milbanke glaubt aber nicht, daß Österreich darauf eingehen werde.

Das Votum der Zweiten Kammer in Darmstadt[3]) ist dem Ministerium unerwartet gekommen; man hatte gehofft, mit Hülfe der zahlreichen Beamten und durch Versprechungen und Einschüchterungen eine Majorität für motivirte Tagesordnung zu erhalten, sonst hätte man wahrscheinlich die Discussion wieder durch Vertagung abgeschnitten. Zietelmann ist ein sehr thätiger Kammerintrigant für uns gewesen.

Von der Reise Sr. M. des Königs von Hannover verspricht sich Herr von Dalwigk günstige Folgen für die Sache der Coalition. In der Presse lasse ich dieses Faktum in dem Sinne behandeln, als wolle der König Georg einen letzten Versuch machen, den König von Württemberg und die Coalition überhaupt zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen“.

---

1) Graf von Alvensleben, Preußischer Staatsminister a. D.

2) Sir R. Milbanke, Großbritannischer Gesandter in München.

3) In der Sitzung vom 4. Oktober 1852 bejahte die Zweite Kammer des Großherzogthums Hessen die Frage:

> „Will die Kammer nach dem Antrage der Mehrheit des Ausschusses die Staatsregierung ersuchen, mit Aufbietung aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen Norddeutschen Staaten hinzuwirken, sich für Aufhebung der Ausgleichungsabgaben und sonstiger Nachtheile der Zollvereinsverfassung zu bemühen, und **erst nachdem** die Neubildung des Zollvereins eingetreten, mit Österreich einen Handels- und Zollvertrag abzuschließen und auf Grund der sich durch ihn ergebenden Erfahrungen einen auf gesunden nationalökonomischen Grundsätzen beruhenden Zoll- und Handelseinigungsvertrag anzubahnen“

mit 25 gegen 23 Stimmen. cf. Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen in den Jahren 1851/52. Protokolle. XII. Band. S. 100.

49. Telegraphische Depesche, betr. den Grafen v. Thun. 16. Oktober 1852.

1852 Okt. 16. „Ew. Excellenz telegraphische Depesche vom gestrigen Tage[1]) habe ich am Abend erhalten. Ich werde heute Abend umständlich durch die Post selbige beantworten, was morgen Abend zu Hochderen Händen gelangen wird“.

50. Eigenhändiger Bericht, betr. die Qualifikation des Grafen v. Thun für den Posten eines Gesandten am Berliner Hofe. 16. Oktober 1852.

Okt. 16. „Ew. Excellenz beehre ich mich auf die mir gestern Abend zugegangene chiffrirte Depesche[2]) Nachstehendes zu erwidern:

Wie ich Graf Thun auf Grund meines bisherigen Verkehrs mit ihm beurtheile, so hat er keine selbständigen politischen Anschauungen, die ihn veranlassen könnten, nach irgend einer Richtung hin die Initiative zu nehmen und auf das Wiener Cabinet bestimmend einzuwirken. Für den Fürsten Schwarzenberg, den Schöpfer seiner Carrière und den Gesellschafter bei Vergnügungen mancherlei Art, hatte er eine große persönliche Verehrung, eignete sich dessen Worte und Gedanken an und sprach in vertraulichen Stunden zu mir Schwarzenbergische Urtheile über das Verhältniß Preußens zu Österreich als eigene Ansichten aus, die dahin gingen, daß Deutschland mächtig und glücklich sein werde, wenn Preußen zum Verständniß seiner historischen Aufgabe gelange; diese bestehe nicht darin, daß es mit Österreich um den diesem gebührenden ersten Platz hadere, sondern daß es den übrigen deutschen Staaten Schutz und Garantie gegen etwaige Übergriffe Österreichs biete; er wollte etwa sagen, Preußen solle in der Bundesversammlung mehr den Volkstribun als den zweiten Consul spielen wollen. Das ließe sich noch hören, aber seinen Commentaren nach hatte er doch einen sehr fügsamen und bescheidenen Tribun im Sinne. Das waren die Echo Schwarzenbergscher Briefe, die er wie Orakel verehrte. Sonst ist er peinlich in Ausführung seiner Instruktion, und bemüht sich selten und nur auf Veranlassung anderer hiesiger Collegen, Einfluß auf den Inhalt derselben zu üben. Die einzige bedeutendere Sache, in der es geschah, war die Flottenangelegenheit, wo er es Herrn von Schele zu Gefallen that, und durch den schlechten Verlauf der ganzen Sache nur von neuem in seiner Gewohnheit befestigt wurde, die Sachen zu nehmen, wie sie von Wien kommen. Fehlt ihm Instruktion, so verfährt er gewöhnlich nach dem Rath des Herrn von Rostitz,

---

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel theilte dem Herrn von Bismarck mit, daß Herr von Prokesch von Berlin abberufen werden solle und angefragt habe, ob Graf von Thun in Berlin angenehm sein werde. „Ich bitte um eine vertrauliche Äußerung über die Persönlichkeit des Grafen von Thun und über seine Gesinnung in Bezug auf die Verhältnisse Österreichs zu Preußen“.

2) cf. die Note zu der vorhergehenden Urkunde.

1852 Okt. 16.

des Sächsischen Gesandten, auch wohl nach meinem, wenn ich der Sache nach unparteiisch bin, aber nicht leicht selbständig. Seine Hauptstärke ist ein klarer Verstand, schnelle Auffassung, Geistesgegenwart und Gewandtheit, und mit diesen Eigenschaften, zu denen entschiedener politischer Muth kommt, sobald er durch Instruktion gedeckt ist, würde er ein sehr bedeutender Mann sein, wenn er eine starke, treibende politische Überzeugung hätte, die seiner Thätigkeit Richtung und Ziel consequent vorschriebe, und wenn er nicht träge und vergnügungssüchtig wäre. Er hat, wenn er will, außerordentliche Arbeitskraft, die er stoßweise, und dann Tag und Nacht zur Anwendung bringt. Solange ihm aber das Feuer nicht auf den Nägeln brennt, schweift er gern allein oder mit seiner Frau einsam in Wäldern und Feldern umher, geht auf die Jagd, des Abends in Gesellschaft von Damen, die mehr faciles und formosae als bonae laboriosae sind, er spielt dann auf dem Casino die Nacht hindurch, wofür er des Morgens so lange schläft, daß er zur Sitzung geweckt werden muß. Ein gründlich arbeitender Unterbeamte, von dem er gewiß ist, daß er die Akten liest, wird daher großen Einfluß auf ihn üben. Bei seinem Hange zur Bequemlichkeit scheut er sich vor unangenehmen scharfen Erörterungen; nehmen die Geschäfte eine derartige Wendung, so wird er leber- und nervenkrank, aber nie so aufgeregt wie Prokesch; auch ist er offen und anständig in und außer Dienst und hat überhaupt, wenn er auch nicht ganz frei von der übertölpelnden Bonhommie und slavischen Bauernklugheit mancher seiner Collegen ist, doch das Bedürfniß, für einen Mann von Ehre, auch im Dienst und Ausländern gegenüber, zu gelten. Daß er die Existenz von Preußen im tiefsten Innern für eine Unregelmäßigkeit hält, daran zweifle ich nicht; aber seine Abneigung gegen Geschäfte, besonders gegen gereizte Zustände und deren auf die Länge für ihn aufreibende Wirkung, berechtigt zu der Annahme, daß er nichts thun wird, um die Dinge schlimmer zu machen, als sie sind, und Öl ins Feuer zu gießen; sein rascher Verstand, seine Freiheit von Pedanterie und empfindlicher Übelnehmerei erleichtern das Verhandeln mit ihm. Ungenirtheit und Trägheit verleiten ihn leicht zu Mangel an égards, und sein persönliches Verhältniß zu Buol ist, wie ich Ew. Excellenz in früheren Schreiben vorzutragen die Ehre hatte,[1]) an und für sich kein inniges; diese beiden Umstände werden machen, daß er im Allgemeinen und in besonderen Fällen das Bedürfniß einer Anlehnung an die Regierung, bei der er accreditirt ist, und einer nachsichtigen Beurtheilung hat. Die Frau ist liebenswürdig, macht ein angenehmes Haus, und gar keine Politik.

Im Vergleich mit Prokesch, Koller[2]), Rechberg halte ich Thun für vorzuziehen; die beiden Ersten sind zur Intrigue geneigt und Ew. Excellenz kennen

---

1) cf. Urkunden 27 und 29.

2) cf. oben S. 111, Note 1.

1852 Okt. 16.

sie ja; Rechberg ist ein anständigerer Charakter, aber sein Preußenhaß ist aktiv und energisch, während er bei Thun höchstens die Gestalt des schmerzlichen Bedauerns über einen Mißgriff der Geschichte annimmt, der nicht mehr zu ändern ist. Ich verliere Thun ungern hier, und bin überzeugt, daß ich einen Unangenehmeren wiederbekomme. Aber hier ist Neutralisation der ganzen Maschine zuletzt ein sicheres Mittel für uns, und im Interesse der Sache kann ich nur zureden, Thun zu nehmen, wenn Buol ihn anbietet. Noch bemerke ich, daß Thun mit unseren Grafen Brühl und Westphalen nahe verwandt ist. Seine Mutter war eine Brühl[1]), und die Schwester seines Vaters, verheirathet an zwei Grafen Westphalen hintereinander, ist die Mutter unseres Gesandten dieses Namens.[2]) Thun's sind eifrig katholisch. Außerdem ist er Jäger, für Jagdeinladungen dankbar, und im Walde gemüthlich und offen mittheilend. Von den Österreichern, die ich kenne, wüßte ich nur drei, die ich lieber in Berlin haben würde, aber die wird man uns nicht geben; das ist Langenau,[3]) Graf Mensdorff[4]) und Graf Clam-Gallas, Commandirender in Böhmen. Aufrichtige Sympathien für ein billiges Hand in Hand gehen mit uns finden sich nur in den jetzt fast einflußlosen Kreisen der Alt-Conservativen, und bei denen vielleicht auch nur solange, als sie in dem jetzigen Zustande von Unterdrückung sich befinden. Unter den Männern, die jetzt im Amt und Ansehen sind, würde ich aber, nächst den oben Genannten, Thun vorziehen, soweit der Kreis meiner Personalkenntniß reicht". [5])

51. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit Herrn v. Schele wegen Beilegung der Zollvereinsdifferenzen und Vermittelungsanerbieten desselben. Bayerns Haltung in der Zollvereinskrisis. Graf v. Nostitz. 4. November 1852.

Nov. 4.

„Ew. Excellenz beeile ich mich über die Conversationen, welche ich mit Herrn von Schele[6]) in Blankenburg gehabt habe, zu berichten. Der Gesammteindruck ist für mich gewesen, daß das Hannoversche Ministerium, wenn auch sehr ungern, doch den September-Vertrag[7]) halten wird, auch in dem Falle,

1) Theresia Maria Anna, geb. Gräfin Brühl, geboren 8. November 1784, gestorben 8. März 1844.

2) Graf von Westphalen, 1848 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Braunschweig, zugleich bei den Großherzoglich Oldenburgischen und Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Höfen. Wegen der späteren Reactivirung desselben vergl. auch die Urkunde 67 am Schluß.

3) Freiherr von Langenau, General-Major, Österreichischer Gesandter in Stockholm.

4) Graf von Mensdorff-Pouilly, General-Major, Österreichischer Gesandter in St. Petersburg.

5) Graf von Thun-Hohenstein wurde demnächst (11. Dezember 1852) als außerordentlicher Gesandter am Berliner Hofe accreditirt.

6) cf. S. 7, Note 1.

7) cf. S. 41, Note 1.

daß der Zollverein sich auflöst, daß indeß Herr von Schele die Hoffnung nicht aufgegeben hat, uns durch Zweifel, die er über die Haltung Hannovers erregt, zu lebhafteren Anstrengungen für die Erhaltung des Zollvereins zu bewegen, während der Kriegsminister von Brandis rund heraus erklärte, Hannover werde unter allen Umständen an dem Vertrage festhalten. Herr von Schele eröffnete sogleich bei der ersten Begegnung in sehr angelegentlicher Weise das Gespräch über die Zollverhältnisse. Er klagte darüber, daß Preußen seiner tractatmäßigen Verpflichtung nicht nachgekommen sei, die „dienlichen Mittel zu ergreifen, um den Beitritt der übrigen Zollvereinsstaaten zum September-Vertrage herbeizuführen", daß im Gegentheil unser Verfahren in Hannover die Ansicht habe erwecken müssen, Preußen wünsche eine Absonderung Norddeutschlands, um letzteres sicherer zu influenciren; auch hätten wir Hannover die ihm durch den Vertrag zugesicherte Theilnahme an den Verhandlungen verkürzt, indem wir einseitig ohne Einvernehmen mit Hannover die Conferenzen abgebrochen[1]) und die Coalitionsstaaten in eine Lage gesetzt hätten, wo ihnen die eigene Ehre die Wiederaufnahme der Unterhandlungen verbiete. Hannover sei daher in seinem Rechte, wenn es sich nach dem „Geiste" des Vertrages von demselben entbunden erachte, sobald er, und zwar durch Schuld Preußens, die beabsichtigte Verschmelzung des Steuervereins mit dem Zollverein nicht zur Folge habe. Er wolle indessen damit nicht sagen, daß Hannover von diesem Rechte vorkommendenfalls Gebrauch machen werde, anstatt mit Preußen allein zollverbündet zu bleiben; er sei vielmehr der Frage, was Hannover thun werde, falls die Coalitionsstaaten aus dem Zollvereine ausschieden, noch gar nicht „nähergetreten" im Cabinet; man wünsche sie auch als eine offene betrachtet zu sehen, und namentlich in den nächsten Wochen zu keiner Erklärung gedrängt zu werden, denn gerade jetzt biete sich uns eine günstige Gelegenheit, die ganze Sache zu arrangiren, ohne daß es der Entscheidung darüber bedürfe, welche Auslegung des September-Vertrages die richtige sei. Österreich sei nämlich jetzt bereit, einen Abschluß auf zwölf Jahre mit einem Handelsvertrage zuzulassen, ohne auf bestimmtere Erklärungen, als die bisher von uns gegebenen, in Betreff der Zolleinigung zu bestehen. Es blieben also streitige Punkte zwischen uns nur die Tariffrage, und in der müsse Österreich allerdings noch in vielen Punkten nachgeben, dann die Etikettenfrage, wegen der Priorität der Reconstruktion des Zollvereins oder der Verhandlung mit Österreich.[2]) Letztere müsse man verhindern, praktisch zu werden, indem man die Summe alles dessen, was die Regierungen unter einander abmachen wollten, in Einem In-

1) Über den Abbruch der Zollvereinsconferenzen durch die Preußische Circulardepesche vom 27. September 1852 vergl. Weber: Geschichte des Zollvereins. S. 322.

2) Über die Differenz wegen der Priorität des Zollvereins und der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich vergl. auch Band I, S. 25* f.

1852 Nov. 4. strumente redigire. Es sei nun allerdings von Preußen nicht zu erwarten, daß es den ersten Schritt thue, um ein solches Arrangement herbeizuführen; auch Österreich werde nicht den Anfang machen wollen; um diese Schwierigkeit zu lösen, sei er, Schele, bereit, nach Wien zu gehen und dort, nicht im Namen der Hannoverschen Regierung, sondern als glaubwürdige Privatperson dem Grafen Buol einen Vertrags-Entwurf mit dem Bemerken mitzutheilen, daß der Inhalt desselben seiner persönlichen Ansicht nach dem Preußischen Cabinet genehm sei. Er habe im Sinne eines solchen Erbietens bereits an Ew. Excellenz geschrieben und rathe dringend, die gute Gelegenheit, welche sich vermöge der jetzigen versöhnlichen Disposition des Wiener Cabinets darbiete, nicht vorübergehen zu lassen. Besonders müsse man eine solche Negotiation vor den Darmstädter Regierungen geheim halten, sonst würden diese, und namentlich Bayern, die Sache zu hintertreiben wissen. Über von der Pfordten sprach er mit Bitterkeit. Herr von Schele wünschte schließlich, daß ich sogleich nach Berlin gehen möchte, um Ew. Excellenz die Dringlichkeit und Leichtigkeit der vorgeschlagenen Arrangements wiederholt vorzustellen. Ich lehnte dies ab, angeblich wegen meiner hiesigen Geschäfte, in der That aber um kein Empressement zu zeigen, da mir jener den Grad unserer Besorgnisse vor Isolirung und den Effekt der angeregten Zweifel über die Ausführung des September-Vertrages ohnehin zu überschätzen schien.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß ich Schele's laxer Interpretation des September-Vertrages entgegentrat, und als ich unter detaillirter Beweisführung an sein juristisches Gewissen appellirte, schien er sich zu schämen; noch mehr Eindruck machte aber das Argument, daß man in Preußen, wie er zugab, den Rücktritt Hannovers, unter welchen Umständen er auch erfolge, für einen Vertrags- und Treubruch halten, und sich demzufolge vorkommendenfalls auch wieder für berechtigt ansehen werde, einer Regierung, die nicht Treu und Glauben halte, die auf nachbarliche Freundschaft keinen Werth lege, und in diesen beiden Beziehungen noch eine Scharte von dem Dreikönigsbündniß [1]) herauszuwetzen habe, mit gleichem Maße zu messen. Schele gab zu, daß die nächste Zeit politische Constellationen bringen könne, in welchen es für Hannover höchst gefährlich sei, eine derartige „Rechnung" bei Preußen stehen zu haben, und wiederholte, daß er über das definitive Schicksal des September-Vertrages nichts präjudicirt haben wollte, und sein obiges Anerbieten, nach Wien zugehen, beweise, wie er Alles aufbiete, um die Spaltung und das Mißtrauen in Deutschland zu beseitigen; auch er fürchte Frankreich, die rheinbündnerischen Reminiscenzen der Coalition, und selbst Österreichs Haltung bezüglich Frankreichs sei bedenklich.

1) Das Bündniß, welches die Könige von Preußen, Hannover und Sachsen am 26. Mai 1849 zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Deutschland und zur Entwickelung der deutschen Verfassung schlossen.

Vielleicht könnte man von dem Vermittelungsanerbieten unseres Freundes wenigstens den Vortheil ziehen, daß wir durch ihn, und ohne uns selbst die Finger zu verbrennen, herausbringen, welchen Sinn das neuerliche Entgegenkommen Österreichs hat. Sr. Majestät stellte ich die Sache in diesem Sinne vor, daß wir, wo wir eine Falle wittern, gut thun, Schele, der behauptet, es sei keine Falle, vorausgehen zu lassen. Sr. Majestät war es aber nicht klar, ob Schele nicht selbst mit dem Stellen der Falle einverstanden sei, und uns um so sicherer hineinführen werde. Ich sollte aber doch glauben, das ließe sich vermeiden, wenn man seine Arrangements vorsichtig trifft, d. h. so, daß Schele für uns nur die Bedeutung eines Kundschafters hat, wenn er nach Wien geht. Die Coalition scheint übrigens im Geheimniß der neuesten Wiener Auffassungen zu sein, da Herr von Rosenberg[1]) hier ganz dasselbe gehört hat, was Prokesch in Berlin geäußert haben soll, mit dem Zusatze, daß die Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin im vollen Gange seien.

Herr von Schele erklärte die jetzige Nachgiebigkeit Österreichs damit, daß es sich herausgestellt habe, wie Bayern nichts anderes als eine Zollgruppe unter eigener Hegemonie wolle, womit weder Österreich noch Rußland einverstanden seien. Damit in Zusammenhang steht, was mir der Prinz von Württemberg auf der Herreise sagte, daß nämlich Bayern, Württemberg gegenüber, die beim Eintritte in unseren Zollverein geschlossenen Verträge geltend macht, nach welchen bei etwaiger Auflösung dieses Vereins, der früher zwischen Bayern und Württemberg bestandene wieder ins Leben zu treten hätte. Auf Baden erstrecken sich diese Verträge, so viel ich weiß, nicht, für Württemberg aber existiren sie in bindender Form.

In Bezug auf Graf Nostitz[2]) bemerkte Herr von Schele noch, daß man ihm Unrecht thue, wenn man glaube, daß er ohne Nutzen für uns dort sei; er besitze eine große Rührigkeit und manche gute alte Verbindung; für die nächsten drei bis vier Wochen aber sei es besser, daß er nicht komme, weil das Drängen in dieser Frist (der muthmaßlichen Dauer der Verhandlungen in Wien) nichts nützen könne".

Postscriptum.

„Die heutige Sitzung ist von Graf Thun abgesagt, ich hätte daher nicht so zu eilen brauchen".

---

1) Herr von Rosenberg vertrat einige Zeit den Freiherrn von Canitz auf seinem Posten in Darmstadt, demnächst (1853) Legationssecretair in Madrid.

2) cf. oben S. 51, Note 1.

52. Eigenhändiger Bericht, betr. Zietelmann. Conjecturen über den zukünftigen Präsidialgesandten. Aussichten in der Zollfrage. Obercommando über die Frankfurter Truppen. Beschwerde des Herrn v. Kettenburg wegen Beeinträchtigung der Religionsfreiheit. Zuwachs der ultramontanen Partei in der Preußischen Kammer. Kammerwahlen. Herr v. Rosenberg. 15. November 1852.

1852 Nov. 15.

„Der Assessor Zietelmann[1]) hat heute die telegraphische Nachricht von dem tödtlichen Erkranken seines Vaters in Stettin erhalten, und ich benutze die Gelegenheit seiner Reise, um Ew. Excellenz diese Zeilen zu übersenden. Dabei kann ich nicht umhin, den Überbringer Ew. Excellenz Gewogenheit wiederholt zu empfehlen. Er ist ein ebenso tüchtiger und fleißiger Beamter, als er Anfangs, und ich glaube noch jetzt, ein schlechter Artikelschreiber war. Seinem thätigen Eifer allein verdanke ich die schmeichelhafte Anerkennung, die mir von Seiten Ew. Excellenz in Bezug auf die diesseits entwickelte Regsamkeit in der Presse in einem neuerlichen Rescripte[2]) zu Theil wurde.

Als künftigen Präsidialgesandten nennt man hier noch immer vorzugsweise Rechberg[3]); doch soll dieser Privatnachrichten zufolge mit dem Bemerken abgelehnt haben, das sei ein Posten, wo man zu leicht den Hals breche. Im Übrigen verlieren sich die Vermuthungen in's Vage. Herr von Dörnberg hier, und wie ich höre auch Fürst Wittgenstein in Wiesbaden, glauben an Graf Leiningen, den General in Krakau, ehemals hier, für Österreich meines Erachtens eine sehr richtige, für uns unwillkommene Wahl. Sonst werden Hübner,[4]) Prokesch,[5]) Blittersdorf, sogar Graf Buol, den Rechberg in Wien ersetzen solle, genannt.

In der Zollfrage scheinen die Coalitionshöfe, nach den hier zu Tage tretenden Symptomen, sich vor der Hand mit der Überzeugung zu beruhigen, daß die Sache zwischen Berlin und Wien auf eine auch für sie befriedigende Weise werde arrangirt werden. Fürst Wittgenstein verspricht sich besonders von der angeblich bevorstehenden Reise des Kaisers von Österreich nach Berlin eine günstige Wendung, die der, wie er selbst gegen Dritte zugiebt, unhaltbaren Stellung Nassaus ein Ende machen würde. Kommt der Kaiser wirklich zu uns, so glaube ich allerdings, daß nur Ew. Excellenz kaltblütige Festigkeit im

---

1) Hülfsarbeiter für Preßsachen bei der Preußischen Bundestagsgesandtschaft.

2) Unterm. 6. November 1852 theilte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck mit, er habe mit großem Interesse wahrgenommen, wie thätig und umsichtig derselbe das Interesse des Gouvernements in der süddeutschen Presse zu vertreten bemüht sei.

3) cf. oben S. 71, Note 2.

4) von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Paris.

5) Freiherr von Prokesch-Osten, Wirklicher Geheimer Rath und Feldmarschall-Lieutenant, Österreichischer Gesandter in Berlin.

Stande sein werde, dem Eindruck dieses letzten und höflichsten Negotiationsmittels bei unserem Allergnädigsten Herrn das Gegengewicht zu halten. Fürst Wittgenstein glaubt, daß neue Zollconferenzen in Berlin unter Zuziehung Österreichs das Resultat des Kaiserlichen Besuchs sein würden, womit dann der ursprüngliche Zweck Österreichs, Theilnahme an den Zollvereinsverhandlungen, erreicht sein würde.

1852 Nov. 15.

Das Rescript vom 11. cr., das Verhalten dem neuen Kaiserthum gegenüber betreffend, habe ich heute empfangen, und werde in geeigneten Fällen mich demgemäß aussprechen.[1])

In Sachen des Herzogs von Augustenburg berichte ich heute[2]) und mit nächster Post über die geringen Aussichten, welche vorhanden sind, hier am Orte die Erledigung des Artikels 4 des Londoner Tractats[3]) in der vorgeschriebenen Weise zu fördern.

Auch über den Flottenverkauf[4]) und über das hiesige Obercommando[5]) habe ich Berichte in der Kanzlei. In letzterer Beziehung machte Graf Thun Weiterung mit Rücksicht auf seine so nahe bevorstehende Abreise, die es ihm nicht möglich mache, diese Angelegenheit jetzt gleich in der vorgeschriebenen Weise gemeinsam zu erledigen; ich habe den desfalsigen Bericht sistirt, weil er mir gestern sagen ließ, er wolle meinem Wunsche gemäß die Sache doch noch abmachen. Jene Zögerung schreibe ich persönlichen Rücksichten auf den General von Schmerling zu, die mit dessen Gehaltsbezügen in Verbindung stehen mögen; die jetzige Bereitwilligkeit, die Sache in Angriff zu nehmen, läßt mich schließen, daß Graf Thun's Abreise nicht so nahe bevorsteht, als er selbst in voriger Woche annahm.

Die interessanteste unter den neueren Eingaben beim Bunde ist die des Herrn von Kettenburg, wegen Beeinträchtigung seiner Religionsfreiheit durch die Mecklenburgische Regierung.[6]) Graf Thun widmet derselben ein lebhaftes Interesse. Ich habe ihm auf Befragen meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, daß der aggressive Geist, welcher jetzt einen Theil der katholischen Geistlichkeit beseele, und welcher bald auch den katholischen Regierungen bedenklich erscheinen werde, mich wünschen lasse, daß meine Regierung in dieser Mecklenburgischen Sache zu Gunsten der Katholiken keinenfalls mehr thue, als das strengste Recht gebiete, und daß mir die Rheinbundsacte, auf deren Inhalt

---

1) cf. Band I, Einleitung S. 38* f. und Urkunden 117, 118, 120—124, 127, 130, 133—136.

2) cf. Band I, Urkunde 113.

3) cf. Band I, Urkunde 114, auch oben S. 95.

4) cf. oben S. 64 f.

5) cf. oben S. 85.

6) cf. Band I, Einleitung S. 36* f. und Urkunden 160, 184 und 185; Band II, Urkunde 116.

1852 Nov. 15. Herr von Kettenburg sich stützt, nach Auflösung des Rheinbundes einen Rechtstitel nicht mehr abgeben zu können scheine. In den öffentlichen Blättern wird diese Sache von der ultramontanen Seite her bereits lebhaft vertheidigt. So wie ich Herrn von Kettenburg kenne, fühlt er sich durch das Verfahren seiner Regierung vielmehr in der Eigenschaft eines durch Reichthum und frühe Unabhängigkeit verwöhnten Mecklenburgischen Ritters als in der eines Katholiken verletzt.

Von dem Zuwachs der ultramontanen Partei in der Kammer [1]) fürchte ich nicht viel, sobald die Rechte einig bleibt; jene sind genöthigt, mit der liberalen Opposition gemeinschaftliche Sache zu machen, und wenn die öffentliche Meinung in unseren östlichen Provinzen erst dahin kommt, den Jesuitismus und den Liberalismus zu identificiren, so ist der letztere auch der wenigen Sympathien verlustig, die er noch besitzt. Der eroberungslustige Geist im katholischen Lager wird uns doch auf die Dauer nicht die Möglichkeit lassen, dem offenen Kampfe mit ihm auszuweichen.

Die Kammerwahlen scheinen mir, soweit ich sie bei den vielen nominibus novis übersehen kann, günstig [2]) ausgefallen zu sein.

Persönlich ist es für mich bequemer, diesmal nicht zweien Herren zu dienen, sondern mich ganz dem Bunde widmen zu können; sollten aber Ew. Excellenz Gründe haben, meine Anwesenheit in der Kammer zu wünschen, so glaube ich, daß ich mich in Naugard, wo durch Doppelwahl des Herrn Ministers von Raumer eine Vacanz ist, würde wählen lassen können.

Rosenberg [3]) sieht, nachdem Canitz wieder eingetroffen ist, Ew. Excellenz Befehlen entgegen. Ich habe in ihm in der kurzen Zeit einen rührigen und intelligenten Geschäftsmann schätzen gelernt; persona grata ist er allerdings nicht, namentlich weil man ihm die tripotagen mit der Darmstädter Kammer in die Schuhe schiebt, und wenn Graf Thun ihn in Berlin nicht loben sollte, so ist das nur ein Beweis seiner energischen Pflichterfüllung".

53. Bericht, betr. die Abberufung des Grafen v. Thun. 18. November 1852.

Nov. 18. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung Graf Thun officiell erklärt hat, er sei von der Kaiserlichen Regierung vorläufig nach Wien berufen und angewiesen, mich für die Zeit bis zu seiner formellen Abberufung und dem Eintreffen seines Nachfolgers zu substituiren. Er nahm von seinen Collegen Abschied, beabsichtigt aber noch

1) Die katholische Partei ging mit 62 Mann aus den Wahlen hervor.
2) cf. unten Urkunde 55.
3) cf. oben S. 125, Note 1.

etwa vier Tage zur Ordnung seiner Privatangelegenheiten und seines Umzuges hier zu verweilen, und sich dann über Wien auf seinen neuen Posten zu begeben". 1852 Nov. 18.

54. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verhandlungen mit Österreich und den Coalitionsstaaten in der Zollsache. Haltung von Hannover. Abreise des Grafen v. Thun. Stand der Zollsache. Ankunft des Prinzen von Preußen. Ball bei Herrn v. Bismarck. 24. November 1852.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 19. cr. habe ich erhalten; es ist dadurch etwas verspätet worden, daß die Post über Cöln nur jeden zweiten Tag geht. Nov. 24.

Nach meinem Dafürhalten würden wir, ohne Präjudiz für unsere bisherige Stellung zur Zollsache, eine Verhandlung mit Österreich, bei der nur wir Theil nehmen, auch dann einleiten können, wenn noch keine Reconstruktion des Zollvereins stattgefunden hätte; wir würden dabei vielleicht noch vornehmer dastehen, als bei der Verhandlung nach hergestelltem Verein und unter Mitwirkung der übrigen Vereinsstaaten. Die Bedenken liegen nur darin, mit Österreich und der Coalition in Einer Conferenz zu verhandeln, weil es alsdann, abgesehen von der Zwickmühle, die Beide gegen uns bilden würden, den Präcedenzfall gäbe, daß Österreich mit Sitz und Stimme in den Zollvereinsverhandlungen Platz nimmt, und daß die Coalition uns genau dahin genöthigt hätte, wohin sie wollte. Noch unbedenklicher aber erscheint mir eine Verhandlung, sobald wir formell sagen können, unser Zollverein ist reconstruirt, und der Zeitpunkt, den wir stets im Auge behalten haben, ist eingetreten. Es müßte dann nur der Abschluß unseres neuen Vereins officiell manifestirt werden vor dem mit Österreich. Vielleicht wäre es angemessener, wenn ein Abschluß mit Österreich diplomatisch, d. h. nicht durch Handelsfachmänner, gemacht würde; jedenfalls aber würde ich auf Berlin als Ort zu bestehen vorschlagen, da es sonst kaum zu vermeiden sein dürfte, daß Österreich der Sache ein Ansehen giebt, als würde die Coalition in Gestalt der Wiener Conferenz oder sonst wie hineingezogen.

Ich kann mir nur noch gar nicht recht denken, daß das Wiener Cabinet es ernstlich damit meint, sich ohne Zuziehung der Coalition mit uns zu verständigen. Jedenfalls wird man nachher bemüht sein, die Sache so zu drehen, als hätte die Coalition uns genöthigt, ihre Bedingungen zu erfüllen, indem wir uns mit Österreich arrangirten, ehe wir den Zollverein mit Bayern 2c. erneuern. Um dem entgegenzutreten, und auch aus anderen Gründen möchte ich anheimstellen, wenn es zum Abschluß mit Österreich kommt, denselben so abzufassen, daß keine Aufforderung an die Coalition zum Beitritte darin vorkommt, sondern daß die Coalition ex officio kommen muß und den Beitritt

1852 Nov. 24. nachsuchen; und auch dann müßten wir nicht verbunden sein, den Beitritt ohne Weiteres zuzulassen. Wir würden dann die Zulassung nur unter Bedingungen bewilligen, wohin ich namentlich rechne, daß wenigstens eins, oder einige der Coalitions-Ministerien [1]) beseitigt würden. Darin würde nicht nur das eigentliche Siegeszeichen aus diesem Streit und eine große Steigerung unseres Einflusses liegen, sondern es scheint in der That nicht unbedenklich, diese Ministerien in den Zollverein zu übernehmen, wie Ungeziefer in das Haus. Ein Vertrag mit Österreich müßte dann in ähnlichen Ausdrücken wie der September-Vertrag gefaßt sein „mit Preußen und den alsdann mit ihm zollverbündeten Staaten".

Geht es in dieser Weise nicht, bringt vielmehr Österreich von Hause aus die Coalition und die Sicherung des Beitrittes und der Rechte derselben mit in den Vertrag, so würde ich, wenn ich zu rathen hätte, entschieden abreden. Wenn Österreich die Coalition nicht preisgiebt, so ist sein Erbieten, sich mit uns zu arrangiren, nur eine neue Form der bisherigen Prätensionen.

Die Haltung von Hannover beklage ich sehr. Ich hörte, daß der König Georg über die Nichtbetheiligung der Österreicher bei Wellington's [2]) Leichenfeier sehr böse sei. Sonst ist bei Hannover eine in Hinweisung auf die Wechselfälle Europäischer Wirren ausgedrückte Drohung gewiß in dem jetzigen Stadium wirksamer als Deductionen, wenn es nur schonend und mit Bedauern der dira necessitas geschieht. In dieser Beziehung möchte ich wünschen, daß der Anti-Bonapartismus unseres Allergnädigsten Herrn weniger landkundig wäre. Il ne faut pas dire »fontaine je ne boirai pas de ton eau«, oder wenigstens muß man die Leute nicht mit Sicherheit darauf bauen lassen, daß man lieber verdürsten wird, als aus dieser Quelle trinken. Ich will durchaus nicht Französischen Sympathien das Wort reden, aber als Schreckschuß kann man Alles brauchen.

Graf Thun ist heute nach Wien abgereist. Ich höre jetzt von ihm und auch anderweit, daß Werner [3]) die meiste Aussicht haben soll, sein Nachfolger zu werden.

Man fragt mich hier sehr viel nach dem Stande der Zollsache in den letzten Tagen. Ich begnüge mich mit der Äußerung, daß man in Wien nachgiebig gestimmt sei, aber wir nicht wüßten, wem man glauben dürfe, und über die Prioritätsfrage [4]) immer nicht hinweg kämen.

---

1) cf. auch oben S. 105 und den in Band I, S. 212 abgedruckten Bericht des Herrn von Bismarck vom 16. März 1853 (Urkunde 157).

2) Sir Arthur Wellesley, Herzog von Wellington, der berühmteste und fähigste Englische General seit Marlborough, geboren 1769, gestorben am 14. September 1852.

3) cf. oben S. 65, Note 3.

4) cf. oben S. 123, Note 2.

Se. K. H. der Prinz von Preußen trifft heute Abend hier ein und bleibt morgen hier. 1852 Nov. 24.

Gestern habe ich meinen ersten Ball gegeben; ich glaube, das Vergnügen ist größer für die Gäste als für den Wirth".

55. Eigenhändiger Bericht, betr. die Wahlen zur Preußischen Kammer. 8. Dezember 1852.

„Mit der größten Aufmerksamkeit folge ich dem Barometerstande der Kammer, wie er sich aus den bisherigen Abstimmungen und der Präsidentenwahl ergiebt. Nach dem Wahlergebniß hatte ich geglaubt, daß die Rechte in ihrer Totalität stärker sein werde. Die Präsidentenwahl[1]) berechtigt zu der Annahme, daß ein Bündniß der liberalen Opposition[2]) mit Bethmann-Hollweg[3]) und den Katholiken[4]) schon jetzt eine regierungsfeindliche Majorität von etwa einem Dutzend Stimmen mehr, als die verschiedenen Fractionen der Rechten[5]) ausmachen, herstellen kann. Es wird daher augenscheinlich von dem guten Einvernehmen zwischen der Regierung und der ultramontanen Partei abhängen, ob mit dieser Kammer auf die Dauer auszukommen ist. Ich glaube es nicht, denn mit der ultramontanen Partei ist kein sicherer Bund zu flechten, da sie jede Concession, bis zur vollständigen Unterwerfung hin, nur als eine aufmunternde Abschlagszahlung annehmen wird. Ich halte eine Auflösung, wenn sie nur nicht zu früh und wegen zu kleiner Differenzen erfolgt, für kein Unglück, glaube vielmehr, daß sie dazu führen würde, in den östlichen Provinzen die Zahl der oppositionellen Abgeordneten in der Neuwahl zu vermindern; denn dort ist die Opposition keine bewußte, mit Ausnahme großer Städte, vielmehr gehen die Oppositionswahlen dort aus Irreleitung der Wähler über die Wünsche Sr. Majestät oder der Regierung hervor, oder aus der Lügenhaftigkeit der Candidaten. So z. B. im Camminer Kreise; ich kenne den Kreis, und weiß, daß die große Mehrheit dort jederzeit thut, was der König will, sobald sie nur weiß, was er will. Bei alle dem hat eine Auflösung im Hinblick auf unsere auswärtige Politik ihre Bedenken. Die Meinung, daß die Politik Preußens, verstrickt in der Abhängigkeit von constitutionellen Majoritäten, die alte Schwunghaftigkeit und Energie vorkommendenfalls nicht mehr entwickeln könne, Dez. 8.

---

1) Gewählt wurde in der Sitzung der Zweiten Kammer am 6. Dezember 1852 zum Präsidenten der ultraconservative Obertribunals-Präsident Uhden (Gegencandidat Graf Schwerin).

2) In der Legislaturperiode von 1852—1855 etwa 61 Mann stark.

3) Die Fraction Bethmann-Hollweg oder Riebel zählte 17 Mann.

4) Die katholische Fraction war 62 Mann stark, unter Führung der Gebrüder Reichensperger und von Mallinckrodt.

5) Es kamen in Betracht die eigentliche Kreuzzeitungspartei mit 103 Mitgliedern und die ministerielle Rechte mit 93 Mitgliedern.

1852 Dez. 8. und daß die Verfassung eine Lockspeise zwar für die Unterthanen unserer deutschen Nachbarn, aber eine Schwächung der äußeren und inneren Kraft der Regierung sei, ist ziemlich verbreitet. Sie erhält neue Nahrung, wenn eine Auflösung das Argument an die Hand giebt, daß wir, um zu regieren, der Majorität in den Kammern bedürfen, und wird widerlegt, wenn wir zeigen, daß die Regierung ihren Weg gehen kann, auch ohne die Majorität, so daß sie nur Vortheile aus der Stütze der Kammern nach außen zieht". 1)

56. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verleihung des Titels „Hofbanquier" an Herrn v. Rothschild in Frankfurt a. M. Politische Tendenzen des Hauses und Verhalten desselben bei dem Flottenanlehen. 5. Januar 1853.

1853 Jan. 5. „Ew. Excellenz vertrauliches Schreiben vom 30. v. M., Rothschild betreffend, erhalte ich erst in diesem Augenblicke bei Postschluß, über Cöln. Ich beeile mich deshalb, vorbehaltlich des zu erstattenden officiellen Berichts, zu erwidern, daß ich keine Bedenken gegen die Verleihung des Titels eines Hofbanquiers geltend zu machen habe, und bei den Betheiligten eine lebhafte Empfänglichkeit für die ihnen zugedachte Ehre glaube voraussetzen zu dürfen.

Eine eigentliche antipreußische Tendenz haben die Rothschild's nie verfolgt, nur haben sie sich bei Gelegenheit eines Conflicts, der vor etwa Jahresfrist zwischen uns und Österreich über die Flüssigmachung von Depositen für die Flotte 2) stattfand, vor Österreich mehr gefürchtet als vor uns. Da indessen der Muth, der den justum ac tenacem propositi virum dergleichen ardorem civium »prava jubentium«, wie Graf Thun ihn damals entwickelte, zurückweisen läßt, von Rothschild nicht füglich verlangt werden kann, die Mitglieder der Familie auch über das damalige Verhalten des von ihnen als altersschwach bezeichneten Baron Amschel 3) sich seither entschuldigt haben, so glaube ich, daß man diesen Fehler, in Betracht der Dienste, welche diese Geldmacht zu leisten im Stande ist, der Vergessenheit übergeben kann". 4)

57. Eigenhändiger Bericht, betr. die Französische Kaiserfrage am Bunde. Ernennung des Frhr. v. Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten.*) 7. Januar 1853.

Jan. 7. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich die Antwort der Bundesversammlung

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. auch unten Urkunde 58.

2) cf. Band I, Urkunden 46—48.

3) Freiherr Anselm von Rothschild, geboren 12. Juni 1773, gestorben 6. Dezember 1855, Chef des Frankfurter Stammhauses Rothschild.

4) Die Verleihung des Prädikats „Hofbanquier" an das Haus Rothschild ging Herrn von Bismarck unterm 15. Februar 1853 zu. An demselben Tage stellte Herr von Bismarck den betreffenden Erlaß dem Frankfurter Disponenten des Hauses, Mayer Carl, zu.

an Herrn von Tallenay[1]) heute übergeben habe.[2]) Von Sachsen ist im Gegensatz zu Bayern, auf Anfrage des Herrn von Nostitz, umgehend die Zustimmung zu der Fassung dieser Antwort erfolgt. Von Württemberg fehlt die Instruktion noch. Die Note, welche mir Herr von Tallenay gestern zeigte, war augenscheinlich Circular von Drouyn de L'Huys.[3]) Er nennt die Unterlassung der Bezeichnung mon frère von Seiten Rußlands une irrégularité, welche er dem Kaiser räth, lediglich als »omission de protocole« zu betrachten, und in Rücksicht auf den freundlichen Inhalt dieses und des früheren Schreibens Sr. M. des Kaisers von Rußland zu übersehen.

1853 Jan. 7.

Die Ernennung von Prokesch,[4]) welche heute der Postzeitung durch Telegraph zugekommen war, hat meine sämmtlichen Collegen erschreckt, und wollen sie es noch nicht glauben. Ich halte sie für einen politischen Fehler von Österreich nach vielen Richtungen hin, und möchte fast annehmen, daß es nicht ernstlich damit gemeint ist. Sollte es dennoch sein, so will ich schon mit ihm fertig werden, ohne die Ruhe zu verlieren".

58. Bericht, betr. die Creditive für den Französischen Gesandten am Bunde. Verstärkung des Bundesheeres. Ernennung des Frhr. v. Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten. Zeit der Ankunft des Frhr. v. Prokesch. Preußische Kammerzustände.*) 13. Januar 1853.

Jan. 13.

„Für Herrn von Tallenay sind bisher die Creditive nicht eingetroffen, obschon er dieselben seit acht Tagen täglich erwartet und früher der Meinung war, man würde sie ihm überschicken, sobald ich ihm die Gewißheit der Anerkennung von Seiten der Bundesversammlung geben könne. Letzteres ist bereits am 4. cr. durch eine mündliche Benachrichtigung geschehen. Es scheint nicht, daß diese Verzögerung in einem Zweifel über die Beibehaltung der Person des Herrn von Tallenay in seinem bisherigen Posten ihren Grund findet, da die Creditive für ihn in Bezug auf Nassau und Frankfurt schon in seinen Händen sind. Herr von Tallenay selbst ist aber beunruhigt über das Ausbleiben seiner Beglaubigung,[5]) wobei ich bemerke, daß Besorgnisse für seine persönliche Stellung ihn leichter zu afficiren pflegen, als Befürchtungen politischer Natur.

Ich habe in der heutigen Bundessitzung eine vertrauliche Umfrage nach

---

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. oben S. 105, Note 6.

2) Betraf die Anerkennung des Kaisers Napoleon durch den Deutschen Bund; siehe wegen dieser Angelegenheit Band I, Einleitung S. 38* f. und die dortselbst näher bezeichneten Urkunden.

3) Drouyn de L'Huys, Französischer Minister des Auswärtigen.

4) scil. zum Bundes-Präsidialgesandten; siehe auch oben S. 70, Note 8.

5) Wie aus Band I, Urkunde 136 bekannt, traf am darauf folgenden Tage (14. Januar) das Beglaubigungsschreiben in Frankfurt ein.

1853 Jan. 13. den Instruktionen über die Verstärkung des Bundesheeres[1]) gehalten, wobei sich herausstellte, daß nur diejenigen Staaten, deren Gesandten bei Gelegenheit der Note wegen Anerkennung des Kaiserthums dissentirten, eine Vertagung der Entscheidung über diese Frage wünschten, nämlich: Bayern, Württemberg, Dänemark und Holland, und mit Modifikationen Sachsen. Von den übrigen Gesandten läßt sich nach ihren heutigen Äußerungen annehmen, daß sie angewiesen sind, schon jetzt wenigstens der von der Majorität der Militaircommission vorgeschlagenen Erhöhung von etwa 50000 Mann zuzustimmen.

Die Ernennung des Herrn von Prokesch fährt fort, die Gemüther meiner Collegen lebhaft zu beschäftigen. Ich war in einiger Verlegenheit, welche Physiognomie ich gegenüber den, mich von allen Seiten bestürmenden Anfragen, ob diese Ernennung im Einverständniß mit Berlin geschehen sei und wie man dort davon denke, annehmen sollte. Das Beste schien mir indessen doch zu erklären, daß ich zwar officiell nichts darüber wisse, aber nicht zweifle, daß diese Ernennung für das Königliche Cabinet unerwartet sein müsse. Ich lege zwar der Herkunft des Herrn von Prokesch kein sehr großes Gewicht bei, neige mich im Gegentheil zu der Annahme, daß sie mir zwar das Leben etwas schwer machen, unserer politischen Stellung aber Vortheil bringen werde. Indessen halte ich doch für politisch richtig, wenn von unserer Seite ein starkes Verletztsein über diesen Schritt der Kaiserlichen Regierung zur Schau getragen und jeder Anschein vermieden wird, als könne von uns gesagt werden: volenti non fit injuria. Mir scheint in diesem Falle der Grundsatz anwendbar, nach welchem Jemand, der auf den Fuß getreten wird, wohl thut, seine Verletzung zu übertreiben und laut zu klagen, damit man künftig behutsamer verfährt. Wir dürfen erwarten, daß uns in den Augen unserer Verbündeten die Ernennung von Prokesch als etwas angerechnet wird, was Österreich uns gegenüber wieder gut zu machen habe, und daß man bei etwaigen Streitigkeiten mit Österreich von Hause aus geneigt sein werde, die Schuld der unrichtigen Wahl des Präsidialgesandten beizumessen. Die Motive dieser Wahl, die mir den Eindruck eines groben politischen Fehlers von Seiten Österreichs macht, kann ich noch nicht vollständig erklären, doch denke ich mir, daß es einestheils dem Wiener Cabinet wirklich an Diplomaten fehlt, welche mit den deutschen Verhältnissen vertraut sind, und daß man anderentheils den Klagen des Herrn von Prokesch über nicht gehaltene Versprechungen und undankbare Behandlung nachgegeben hat, in der Überzeugung, daß unsere Empfindlichkeit von der Zeit werde geheilt werden, wenn die Ernennung einmal ein fait accompli sei. Will man aber wirklich die früheren Feldzugspläne des Fürsten Schwarzenberg gegen uns beim Bunde wieder aufnehmen, vielleicht gar die Zollfrage hier in Angriff nehmen, und hat deshalb diesen in den Streitigkeiten mit Preußen

1) cf. Band I, Urkunden 90, 146 und 154.

vorzugsweise kundigen und routinirten Vertreter gewählt, so glaube ich, daß man dennoch einen Fehlgriff in der Person gethan hat, weil Herr von Prokesch nicht der geeignete Mann ist, Österreich die bisherigen Bundesgenossen zu bewahren und unter den Letzteren selbst den Frieden zu erhalten. Ich glaube, daß bei den unbestimmten und meist auf Herkommen beruhenden Formen des hiesigen Geschäftsverkehrs persönliche Conflicte des neuen Präsidialgesandten mit seinen Collegen nicht ausbleiben werden.[1] Ich werde mich bemühen, wenigstens nicht der Erste zu sein, mit dem etwas der Art vorkommt.

1853 Jan. 13.

Ich bin bisher ganz ohne Kenntniß von dem muthmaßlichen Zeitpunkt der Herkunft des Herrn von Prokesch. Sollte dieselbe stattfinden, bevor ich dem Herrn von Tallenay das übliche Gala-Diner Namens des Präsidiums habe geben können, so wird letzteres muthmaßlich ausfallen, da die Funktion des Präsidialgesandten inzwischen auf Herrn von Prokesch übergegangen sein würde. Meine Absicht ist, in diesem Falle in der Eigenschaft als Preußischer Gesandter dem neu accreditirten Vertreter Frankreichs ein officielles Diner zu geben, welches alsdann aber nicht in Uniform stattfinden würde. Einfacher bleibt das Verhältniß, wenn Herr von Prokesch erst nachher hier eintrifft.[2]

Von unseren Kammerzuständen weiß ich weiter nichts, als was ich aus den verschiedenen Zeitungen theils in, theils zwischen den Zeilen habe entnehmen können. Ich kann nicht sagen, daß mir dies Aussicht auf eine lange Dauer der jetzigen Kammern giebt,[3] da ich nach wie vor der Überzeugung bin, daß eine Verständigung mit der katholischen Partei für die Regierung unmöglich wird".

59. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verstimmung Bayerns wegen der Behandlung der Französischen Kaiserfrage am Bunde. Die neuen Creditive für den Französischen Gesandten am Bunde. Frhr. v. Prokesch; Parallele zwischen demselben und Herrn v. Bismarck in der Postamts-Zeitung.*) 15. Januar 1853.

Jan. 15.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Mittheilung des Berichts des Herrn von Bockelberg[4]) vom 3. cr., und erlaube mir zu demselben zu bemerken, daß, ungeachtet der befriedigenden Aussprache des Ministers von der Pfordten, in München doch eine Mißstimmung wegen des Ganges der Verhandlungen über die Anerkennung Napoleon's herrschen muß,[5] die sich aber

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Über die schon in der nächsten Zeit eintretenden zahlreichen Conflicte des Herrn von Prokesch mit Herrn von Bismarck vergl. Band I, S. 192, 225, 245, 255, 274, 314.

2) Über das demnächst stattgefundene Gala-Diner cf. Urkunde 59.

3) Eine Auflösung dieser Kammer erfolgte nicht.

4) cf. oben S. 67, Note 3.

5) Vergl. auch den in Band I, S. 186 abgedruckten Immediatbericht des Herrn von Bismarck vom 14. Januar 1853.

1853 Jan. 15.

mehr gegen Österreich als gegen uns richtet, indem man annimmt, daß wir von Hause aus eine Mitbetheiligung der Deutschen Staaten an den Frankreich zu gebenden Erklärungen gewollt haben, davon aber durch den Einfluß Österreichs abgehalten worden sind. Herr von Schrenk hat mir das in vertraulichem Gespräch mitgetheilt, und sich mit Bitterkeit darüber geäußert, daß seine Regierung natürlich empfindlich werden müsse, wenn man ihr zumuthe, „sich stets ohne Weiteres den, ohne Erklärung über die Gründe, wechselnden Vorschriften der Großmächte zu unterwerfen". Auf meine Bemühungen, ihn zu beruhigen, erwiderte er, daß Österreich durch sein Verlangen, die übrigen Bundesstaaten von den Schritten der Großmächte auszuschließen, die ganze Sachlage „verdorben" habe. Der Niederländische Gesandte ist ebenfalls nachträglich angewiesen worden, dem Beschluß vom 3. cr. zuzustimmen, so daß Bayern, Württemberg und Dänemark als dissentirend übrig bleiben. Herr von Reinhard [1]) soll sich besonders bemüht haben, den Bayerischen Gesandten aufzustacheln, der sonst am Tage vor der Sitzung persönlich geneigt war, zuzustimmen. Überhaupt ist Herr von Schrenk, bis auf ein sehr reizbares Bayerisches Nationalgefühl, ein wohlgesinnter und aufrichtiger College.[2])

Die Creditive des Herrn von Tallenay [3]) werde ich am Montag früh entgegennehmen; die Abschrift habe ich in Händen; der Text enthält nichts Auffälliges, die Ziffer III [4]) kommt nicht darin vor. Tallenay wird darin gelobt wegen seines esprit de prudence et de conciliation et son dévouement à notre personne, welches letztere mir etwas zweifelhaft ist. Er wird ferner M. le Marquis de Tallenay darin genannt, während er eigentlich M. Marquis heißt, und den Namen de Tallenay von seinem Geburtsorte angenommen hat. Am Donnerstag werde ich die Creditive in der Sitzung vorlegen, und an demselben Tage das officielle Diner geben.[5]) Kommt Prokesch noch vorher, so muß er als „Fremder von Distinction" dabei figuriren, oder das Diner selbst geben.

Übermorgen habe ich einen großen Ball bei mir.

Die Beileidbezeugungen von Seiten meiner Collegen wegen der Ernennung von Prokesch dauern fort, besonders scheinen die Russen sehr unzufrieden damit zu sein. Übrigens ist bei der Österreichischen Gesandtschaft noch keine Notiz über seine Ernennung oder die Zeit seiner Herkunft eingegangen, auch noch keine Anstalten im Taxisschen Palais getroffen. Nach Privatbriefen, die Frau von Brints [6]) aus Wien hat, soll Herr von Prokesch indessen Ende der

1) cf. oben S. 16, Note 5.

2) Eine übereinstimmende Charakteristik dieses 1884 verstorbenen Staatsmannes siehe Band I, Urkunde 186.

3) cf. oben S. 135.

4) scil. bei Napoleon.

5) cf. auch Urkunde 60.

6) cf. oben S. 4, Note 5.

nächsten Woche, am 22. oder 23. cr. hier eintreffen. Die Postamts-Zeitung ist angewiesen, bis dahin noch mehrere Artikel zu seinem Ruhme zu geben, und versetzt mir dabei den Seitenhieb, daß ich niemals mehr als Auskultator und Rittergutsbesitzer gewesen sei, worin ich, abgesehen von dem gänzlichen Ignoriren der schönen Zeit meines Referendariats, keine Schande zu erblicken vermag. Zitelmann[1]) war aber voll sittlicher Entrüstung über diese Hindeutung auf die ruhmlose Vergangenheit seines Missionschefs".

1853 Jan. 15.

60. Bericht, betr. die Französische Kaiserfrage. Gang der bezüglichen Verhandlungen am Bunde. Sonderhaltung einzelner deutscher Cabinette, insbesondere Bayerns. Diner für den Französischen Gesandten am Bunde. Gerücht von der Vermählung des Kaisers Napoleon.
21. Januar 1853.

Jan. 21.

„Ew. Excellenz beehre ich mich über den schließlichen Verlauf der Anerkennung des Kaisers Napoleon[2]) Nachstehendes zu melden:

Nachdem mir Herr von Tallenay eine copie figurée seines Creditivs am 14. cr. überreicht, und ich auf seinen Wunsch ihm den Zeitpunkt genannt hatte, an welchem ich bereit sein würde, das Original entgegenzunehmen, fand sich derselbe am Montag den 17. cr., begleitet von dem Personal der Französischen Gesandtschaft, in Uniform bei mir ein, wo ich ihn mit dem Bundes-Kanzlei-Direktor und dem Legationsrath Wentzel erwartete, und übergab mir unter einigen, der Veranlassung entsprechenden und von mir in ähnlicher Weise erwiderten amtlichen Anreden das Schreiben seines Souverains, durch welches er von Neuem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Deutschen Bunde ernannt wird. Letzteres habe ich demnächst dem herkömmlichen Gebrauch gemäß in der gestrigen Sitzung nach Verlesung der Abschrift geöffnet und der Bundesversammlung vorgelegt. Dieselbe hat darauf den Beschluß gefaßt, Herrn von Tallenay als Gesandten des Kaisers der Franzosen anzuerkennen, und habe ich ihm unmittelbar nach der Sitzung seinen Besuch amtlich erwidert und die betreffende, inzwischen ausgefertigte Erklärung der Bundesversammlung eingehändigt.

Ich habe bei dieser Gelegenheit Veranlassung genommen, die früher und namentlich im Jahre 1835 von unserer Seite geführten Verhandlungen über die dem Präsidialgesandten in Französischer Sprache zu gebende Titulatur durchzugehen. Es sind von meinen Vorgängern wiederholentlich Schritte geschehen, welche dahin zielten, daß die Bezeichnung »Président de la diète« in den Mittheilungen auswärtiger Gesandten vermieden und statt deren in richtiger Übersetzung des deutschen Sprachgebrauchs die Bezeichnung: »le Ministre

1) cf. oben S. 126, Note 1.
2) cf. oben S. 135 f.

1853 Jan. 21. de — présidant la diète« angewandt werde. Durch das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten haben in dieser Beziehung wiederholte Verwendungen, namentlich bei dem von St. Petersburg, mit abwechselndem Erfolge stattgefunden und ist der diesseitigen Gesandtschaft die Weisung ertheilt, darauf zu achten, daß in amtlichen Schriftstücken des Bundes der Ausdruck: „Präsident der Bundesversammlung" oder »Président de la diète« nicht passire, indem mit dem Ausdruck »Président« der Begriff eines Vorgesetzten des Collegiums verbunden werden könne, welche Eigenschaft nach dem Sinne der Bundesacte dem lediglich mit den Funktionen der Geschäftsleitung betrauten Präsidialgesandten nicht habe beigelegt werden sollen. Ich habe indeß aus den Präsidialakten ersehen können, daß in den letzten Jahren und auch schon vor 1848 die fremden Gesandten sich ohne Ausnahme des Titels »le Président de la diète« bedient haben, und konnte, wenn dies auch in den jetzigen Verhandlungen mit Herrn von Tallenay geschehen ist, um so weniger Einspruch dagegen erheben, als ein Bundesbeschluß vom 12. Juni 1817 (34. Sitzung § 227) existirt, in welchem es ausdrücklich heißt: „Die Bekanntmachungsschreiben werden unter der Unterschrift und Ausfertigung: Der Deutsche Bund und in dessen Namen der Kaiserlich Österreichische präsidirende Gesandte der Bundesversammlung, in der Französischen Übersetzung aber: la confédération germanique et en son nom le ministre d'Autriche Président de la diète erlassen".

Das Protokoll der Sitzung vom 3. cr. ist noch immer nicht vollzogen; ich habe dasselbe noch für einige Zeit reponirt, nachdem mir durch Herrn von Brenner eine Mittheilung des Grafen Buol zugegangen ist, nach welcher Letzterer nochmals den Versuch gemacht hat, die Cabinette von München und Stuttgart dahin zu disponiren, daß sie jede Sondererklärung zu dem gedachten Protokolle fallen lassen. Herr von Schrenk, mit dem ich vertraulich über diesen Gegenstand gesprochen, sagt mir: Er halte es nicht für unmöglich, daß seine Regierung auf derartige Wünsche eingehe, nachdem sie ihren „Zweck" erreicht habe. Dieser Zweck sei lediglich gewesen, den Großmächten den Beweis zu liefern, daß Bayern, obschon es sich keineswegs in den Rang der Großmächte eindrängen wolle, doch glaube verlangen zu können, daß da, wo man seine Mitwirkung wünsche, dieselbe rechtzeitig und unter Darlegung der zur Beurtheilung der Sache nöthigen Verhältnisse nachgesucht werde. Bayern könne sich nicht gefallen lassen, daß man es mit den kleinsten deutschen Staaten auf gleicher Linie behandle, und ihm zumuthe, daß es seine Gesandten lediglich dahin instruire, zu stimmen, wie Preußen und Österreich stimmen würden.

Gestern fand bei mir ein officielles Diner statt,[1] welchem sämmtliche Bundestagsgesandten, die höheren Beamten des Bundes und die bei letzterem

---

1) cf. oben S. 136.

accreditirten Gesandten und Geschäftsträger in Uniform beiwohnten, von den hier bei der Stadt accreditirten Diplomaten hatte ich aus Rücksicht auf meine Eigenschaft als substituirter Gesandter für Österreich den Freiherrn von Menßhengen [1]) eingeladen. Ein Toast findet bei Diners dieser Art herkömmlich nicht statt und unterblieb daher auch gestern.

1853 Jan. 21.

Während des Diners kam die telegraphische Nachricht von den Gerüchten über die Vermählung des Kaisers mit der Gräfin Montijo hier an. Aus der Art, wie Herr von Tallenay dieselbe aufnahm und als willkommen schilderte, darf ich schließen, daß er ein solches Ereigniß wenigstens nicht für unmöglich hält".

61. Bericht, betr. die Politik Preußens gegenüber Frankreich. Opportunität der Eingehung eines Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich. Einwirkung auf die Kreuzzeitung im Sinne einer weniger verletzenden Art bei Besprechung auswärtiger Verhältnisse. 28. Januar 1853.

Jan. 28.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, im Verfolg meines gestrigen flüchtigen Schreibens [2]) nochmals auf die Frage der Französischen Heirath und deren Behandlung in unseren Zeitungen zurückzukommen. Ich bin gewiß soweit, wie irgend Jemand, davon entfernt, Sympathien für ein Französisches Bündniß zu hegen, aber es scheint mir im Interesse unserer politischen Stellung zu liegen, daß bei uns alle Kundgebungen, welche einer Provokation ähnlich sehen, vermieden werden, und daß wir uns von unseren östlichen Bundesgenossen einigermaßen unabhängig erhalten. Letzteres hört auf, sobald wir die Freiheit der

1) Menßhengen war gleichzeitig Österreichischer Gesandter in Wiesbaden.

2) In einem eigenhändigen Schreiben vom 27. Januar 1853 berichtete Herr von Bismarck seinem Chef über das Aufsehen, welches unter seinen Collegen die beiden heftigen Leitartikel der Kreuzzeitung über die Französische Heirath hervorgerufen hatten. In dem ersten Artikel der Kreuzzeitung vom 25. Januar 1853, überschrieben: „Die Heirath des Kaisers der Franzosen", hieß es, dieselbe sei entweder eine Kriegserklärung in Form einer Verlobungskarte, oder ein unverzeihlicher politischer Fehler. „Wir haben — so heißt es weiter — kein Recht, ohne Weiteres das Letztere anzunehmen, wenngleich der Schein der Unfreiwilligkeit, mit welcher jener Entschluß des Kaiser-„Parvenüs" in seiner politischen Bedeutung behaftet ist, und der Umstand, daß selbst die „untergeordnetsten" Fürstenhäuser die Ehre seiner Verwandtschaft nicht überschätzt haben, die Consequenz und Ursprünglichkeit seiner Politik in Etwas compromittiren, und die nachträglich als eine „Inspiration der Vorsehung" gerühmte Entschließung, selbst wenn, was die Person anlangt, die Vernunft bei ihrer Berathung mit der Leidenschaft das letzte Wort behalten, doch in der Sache als einen gezwungenen Ausweg erscheinen lassen". Weiter heißt es, der Kaiser habe mit der Heirath die letzte Brücke zwischen sich und den legitimen Fürstengeschlechtern abgebrochen und es bleibe ihm nichts übrig, als va banque zu spielen. In einem Artikel vom 26. Januar wird diese Tonart weiter fortgesetzt und bemerkt, der Fehler werde andere Fehler und der erste Act einer neuen Politik dessen Consequenzen unabwendlich nach sich ziehen.

1853 Jan. 28. Stellung, welche unser erhabenes Regentenhaus in früheren Zeiten so erfolgreich zur Ausdehnung seiner Macht benutzt hat, dadurch alteriren, daß wir unserer Gegnerschaft gegen Frankreich öffentlich einen Stempel der Unwiderruflichkeit aufdrücken. Die Politik unserer Nachbarn, und namentlich Österreichs, hat zu wenig von der hochherzigen Auffassung unseres Allergnädigsten Herrn, um nicht unsere Lage zu mißbrauchen, wenn wir einmal soweit gekommen sind, daß selbst die Drohung einer Anlehnung an Frankreich jeden Schein von Glaubwürdigkeit verloren hat und daß man sicher ist, daß der Hauptanfall Frankreichs in einem Kriege uns nicht nur, vermöge unserer geographischen Lage, sondern auch vermöge der speciellen und provocirten Erbitterung der Machthaber Frankreichs, treffen werde. In diesem Falle sind wir Diejenigen, welche Österreichs und Rußlands Bündniß suchen und erkaufen müssen, während es Sache Jener ist, unseren Beistand zu erwerben und durch freundliches Benehmen zu erhalten, so lange wir die Schiffe nach der anderen Seite hin wenigstens nicht verbrannt und diese Thatsache öffentlich constatirt haben. Ich bin überzeugt, daß es ein großes Unglück für Preußen wäre, wenn seine Regierung ein Bündniß mit Frankreich einginge; aber die Möglichkeit, unter Umständen dieses Übel als das kleinere von zweien zu wählen, dürfen wir uns in den Augen unserer Bundesgenossen nicht abschneiden, wenn wir auch niemals Gebrauch davon machen. Ich habe heute an den General von Gerlach[1]) geschrieben und ihn gebeten, durch seinen Bruder[2]) dahin zu wirken, daß die Kreuzzeitung in Besprechung der auswärtigen Verhältnisse einen diplomatischeren Ton annimmt. Es ist dieser Weg der gütlichen Einwirkung der einzig rathsame, indem amtliche Schritte, gegenüber der Zeitung, die Regierung, wie ich glaube, in eine falsche oder doch leicht zu mißdeutende Stellung bringen würden, wenn sie im Interesse Frankreichs und, wie man glauben würde, auf Verlangen desselben gegen ein patriotisches Blatt vorginge. Eine polemische Behandlung der Sache durch Vermittelung der Central-Preßstelle würde, wie ich fürchte, nur zu heftigeren Erwiderungen führen, welche dann wiederum unbequeme Einschreitungen nöthig machen und den Nutzen der Kreuzzeitung für die Regierung nach anderen Richtungen hin schmälern würden. Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich unberufen vorstehende Ansichten über einen außerhalb meines Geschäftskreises liegenden Gegenstand Ihrem Ermessen unterbreite".

---

1) cf oben S.. 4, Note 3.

2) Ernst Ludwig von Gerlach, conservativer Publicist und Preußischer Abgeordneter, geboren 1795, gestorben 1877. 1842 Ober-Justizrath und Mitglied des Staatsrathes, 1848 Mitbegründer der feudal-conservativen „Neuen Preußischen Zeitung in Berlin" und lange Zeit die Seele dieses Blattes und der sogenannten Kreuzzeitungspartei.

62. Eigenhändiger Bericht, betr. den Geburtstag des Ministers Frhr. v. Manteuffel. Charakteristik des Herrn v. Prokesch. Versetzung des Kanzlei-Direktors Frhr. v. Brenner; Bedürfniß einer Reorganisation der Bundeskanzlei; Mißgunst der Nebenbeamten der Präsidialgesandtschaft; Frau v. Brints und Frhr. v. Prokesch. Berliner Neuigkeiten. 12. Februar 1853.

1853 Febr. 12.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, Ihnen nachträglich meinen herzlichen und ehrerbietigen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstage darzubringen, und ihn besonders dahin zu richten, daß Gott Ihnen auch ferner durch häusliches Glück und durch Freude an dem Gedeihen Ihres einzigen Kindes ein friedliches Gegengewicht für ein Leben von Kampf und Unruhe erhalte, welches Ihnen außer dem Hause beschieden ist. Ich hatte in der Präoccupation durch Prokesch's Ankunft mich nicht an den 3. Februar rechtzeitig erinnert, und schäme mich seither, daß unter den vielen Manifestationen freudiger Theilnahme die meinige fehlte, obschon ich so gern den Anspruch mache, Ew. Excellenz persönlich noch mehr als dienstlich nahe zu stehen.

In der Anlage erlaube ich mir außer einigen Zirndorferschen [1]) Notizen ein halbamtliches Referat [2]) über einen „Vortrag" zu überreichen, den mir Prokesch gestern in ziemlich professoralem Style gehalten hat, während er von 9 bis 12 Uhr im tête-à-tête bei mir Thee trank und fünf schwere Cigarren rauchte. Seine persönliche Erscheinung gefällt hier nur Wenigen; er spricht den Leuten zu viel und sagt ihnen zu übertriebene Schmeicheleien. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Gegen mich ist er so liebenswürdig, wie einer sein kann, und wenn ich dem, was er sagt, irgend Glauben beimessen könnte, so wäre das herzlichste Einverständniß zwischen uns, persönlich und politisch.

Es scheint, daß der Baron Brenner [3]) demnächst von hier versetzt werden wird. Bei diesem Wechsel in der Person des Kanzlei-Direktors dürfte der Moment eintreten, wo wir versuchen könnten, statt der bisherigen, den ganzen Geschäftsmechanismus für Österreich monopolisirenden Einrichtung, eine wirkliche Bundeskanzlei zu schaffen, die nicht dem Präsidium, sondern dem Collegium untergeben wäre. Ich komme darauf zurück. [4]) Wie sehr man in dem hiesigen Österreichischen Unterpersonal dergleichen Anregungen übel nimmt, zeigt der einliegende Artikel der Wiener Presse, den man hier dem zweiten Beamten der Österreichischen Gesandtschaft Ritter Braun zuschreibt,

---

1) cf. oben S. 32, Note 4.

2) Abgedruckt ist das Referat in Band I als Urkunde 148. Dasselbe betraf die orientalische, die Zoll- und Handels-Frage und die Preußische Verfassung.

3) cf. S. 2, Note 2.

4) cf. Band I, Urkunde 161.

1853 Febr. 12.

dessen publicistischer Amanuensis ein gewisser Kehner ist.[1]) Den besondern Verdruß dieser Herren erregt es, daß die Feste, die ich im Laufe des Karnevals gegeben habe, über meine eigene Erwartung gelangen und nach dem Zeugniß der competenten Richterin, Frau von Vrints, Alles übertrafen, was seit 1848 hier in der Art stattgefunden hat. Die letztgenannte Dame scheint den Herrn von Prokesch gründlich zu verabscheuen und spricht diese Empfindung mit einer für ihre Eigenschaft als Schwester des Grafen Buol überraschenden Offenheit aus. Berechnung ist das bei ihr wohl kaum, da sie sich sonst auch in den bedenklichsten Fällen nicht überwinden kann, zu unterdrücken, was sie empfindet.

Meinen Dank sage ich Ew. Excellenz für die mir durch Quehl[2]) zugegangenen Nachrichten über die Gestaltung der Dinge hinter den Coulissen in Berlin, die mich sehr interressiren. In den Kammern ist es zu meiner Freude

1) In dem betreffenden Artikel d. d. Wien 8. Februar hieß es: „Der Preußische Legationsrath und Bundestagsgesandte von Bismarck hat bekanntlich nach der Abreise des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Übertragung die Österreichische Stimme in der Bundesversammlung und mit ihr interimistisch den Vorsitz geführt. Herrn von Bismarcks Soireen waren im Laufe dieses Interregnums viel besucht, von einer besonderen Thätigkeit der Bundesversammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch scheint sich der interimistische Präsident an diese Ausnahmestellung so gewöhnt zu haben, daß er sie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigstens begegnen wir in dem Berliner ministeriellen Blatt „Die Zeit“ einem sehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präsidialbefugnisse Österreichs Zweifel setzt und jenen alten Preußischen Wunsch nach Alternirung des Vorsitzes wieder durchschimmern läßt.

Es war wirklich höchst zeitgemäß, mit solchen Ansprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Österreich, indem es sich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anstatt der ihm zugemutheten politischen Pläne, bloß materielle Verbesserungen im Auge hat. Die Haltung Österreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtstellung einzugreifen gesonnen ist, daß es aber sein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu sichern gedenkt, welche viele Blätter der Geschichte zu rühmen wissen. Das Recht des Vorsitzes in der Bundesversammlung ist ihm durch die Bundesacte zugesichert und wir hoffen, daß es Niemandem ernstlich einfallen wird, dieses Recht anzutasten.

Gänzlich verfehlt in seiner logischen Begründung und nicht sehr delikat in staatsmännischer Beziehung erscheint vollends der Versuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Persönlichkeit des K. Österreichischen Präsidialgesandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn sich Herr von Prokesch“, heißt es dort, „um die Vertretung der specifisch Österreichischen Politik Verdienste erworben hat, so liegt darin allein noch keine Gewähr seines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Im Gegentheil kann man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß seine bisherige vorzugsweise Accentuirung der Österreichischen Politik dem allgemeinen deutschen Interesse Eintrag thun möchte“. Auf diese Behauptung ließe sich ganz einfach mit dem gar sehr zutreffenden Sprüchwort antworten: „Wer nicht für sich zu sorgen weiß, wird auch Anderen nichts leisten“. Die Förderung der Österreichischen Interessen ging, wie alle Welt weiß, mit den allgemein Deutschen fortwährend Hand in Hand; namentlich knüpft sich an die frühere Stellung des Herrn von Prokesch die Auflösung der Union und die Vereitelung anderer Sonderbundspläne, Ereignisse, die gewiß einen allgemein deutschen Charakter haben“.

2) cf. oben S. 32, Note 2.

besser gegangen, als sich erwarten ließ, und besonders ist es ein großer Gewinn, den Erisapfel der Ersten Kammer-Frage[1]) so gut wie beseitigt zu sehen, denn die Abstimmung in der Zweiten Kammer wird ohne Zweifel mit großer Majorität im Sinne Sr. Majestät ausfallen. Ich fand die Wichtigkeit dieser Frage mehr in dem Zwiespalt, den sie erregte, als in ihrer Entscheidung selbst". 1853 Febr. 12.

63. Eigenhändiges, dem Minister v. Manteuffel überreichtes Privatschreiben an den General v. Gerlach (unvollendet), betr. die Ulm-Rastatter Festungsbau-Angelegenheit.[2]) Haltung Österreichs in derselben und in der Bundespolitik überhaupt. 16. März 1853.

„In Ihrem vorletzten Schreiben berührten Sie den Ulm-Rastatter Festungsbau[3]) unter Hinweisung auf einen Vermittelungsvorschlag, der die Ziffer von einhalb Millionen Thalern enthielt. Ich nehme darum Veranlassung, Ihnen über die Lage der augenblicklich hier von Österreich lebhaft betriebenen Angelegenheit einige Worte zu schreiben. Sie werden mit mir darüber einverstanden sein, daß die Dinge nur dann sich vernünftig entwickeln können, wenn Preußen und Österreich sich über das, was Einer von ihnen hier durchsetzen will, vorher verständigen, und Fragen, über welche dies nicht gelingt, einstweilen gar nicht anhängig machen. Wenn aber Österreich der Schwarzenbergschen Erbschaft nicht vollständig entsagt, sondern stets den Versuch wiederholt, seine Wünsche malgré nous hier durchzusetzen, und uns durch Beschluß oder Einfluß der Majorität zu etwas zu nöthigen, was wir ohne dies nicht thun würden, so bleibt uns nur die Wahl, entweder gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem wir unsere Flagge streichen und der Superiorität Österreichs in den Augen der Bundesregierungen durch Nachgiebigkeit neue Nahrung geben, oder aber unseren Mangel an Übereinstimmung durch Streit vor versammeltem Collegium offen zu constatiren; wodurch dann früher oder später der Bundes-Karren, an dem das Preußische Pferd nach vorn, das Österreichische nach hinten zieht, in Trümmer gehen muß und, bis dies geschieht, der Einfluß der kleineren Staaten durch das Werben der großen um ihre Stimme über Gebühr vermehrt wird. In den letzten beiden Jahren ist dieser Fall leider vielfach vorgekommen, und schreibe ich es diesem Umstande namentlich zu, daß in der Frage wegen Erhöhung der Contingente[4]) Preußen März 16.

1) cf. oben S. 60.

2) Herr von Bismarck erwähnt dieses unvollendete Schreiben in einem im I. Bande auf S. 214 abgedruckten Privatschreiben an den Minister Freiherrn von Manteuffel d. d. 16. März 1853.

3) Wegen dieser Angelegenheit siehe Band I, Einleitung S. 32* und die daselbst näher bezeichneten Urkunden, sowie Band II, Urkunde 19. Eine kurze Darstellung des Sachverhalts findet sich im I. Band, S. 222, Note 1.

4) cf. oben S. 133 f.

1853 März 16. und Österreich, ungeachtet ihrer gemeinsamen Anstrengungen, es nur zu einer Minorität von sechs Stimmen unter siebzehn bringen konnten. Ich habe keine Gelegenheit versäumt, meine beiden Österreichischen Collegen sowie seiner Zeit den Grafen Buol auf die vorstehenden Betrachtungen aufmerksam zu machen. Das Resultat meiner Bemühungen waren jedesmal blühende Phrasen über das Anerkenntniß der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens beider Großmächte und Versprechungen für die Zukunft; und das wird auch so bleiben, wenn wir nicht mit der festesten Consequenz Österreich jedesmal auflaufen lassen, wo es unterläßt, sich über einen Antrag mit uns zu verständigen, ehe es denselben bei dem Bunde einbringt. In der Ulm-Rastatter Sache ist dies aber auf das Gröblichste geschehen, und müssen wir dieselbe meiner Meinung nach als ein Erziehungsmittel benutzen, um einem Gefährten, mit welchem wir voraussichtlich noch sehr lange zusammenleben, seine Unarten abzugewöhnen. Die Österreichischen Anträge sind in diesem Herbst, ohne jeglichen Versuch einer vorgängigen Verständigung mit uns, zur größten Überraschung des Preußischen Militairbevollmächtigten, dem nicht einmal vor oder in der betreffenden Sitzung irgend welche Andeutung darüber gemacht war, in einer von Hause aus gegen uns polemisirenden und unseren bekannten Ansichten widersprechenden Fassung eingebracht worden. Wenn man vorher Verhandlungen darüber mit uns versucht hätte, so würden sich beiderseitige Techniker über das wirklich Nothwendige verständigt haben, und wir hätten nach dem Grundsatz: „Eine Hand wäscht die andere“ uns bereit erklären können, einer Sache, auf die Österreich vorzugsweise Werth legt, gegen Zusicherung irgend welches Äquivalents an politischen Vortheilen, Geldopfer zu bringen. Wie die Sache aber jetzt liegt, würde ich dafür stimmen, die Österreichischen Anträge abzulehnen. Es hat dies den Schein, als schlüge ich vor, die großen Interessen der Vertheidigung Deutschlands einem kleinlichen Formstreit unterzuordnen, aber es ist dies nur Schein; denn einen Theils ist nach dem Urtheil unserer Ingenieure Rastatt schon jetzt eine starke Festung, haltbarer als viele unserer eigenen, und der Michelsberg vor Ulm fast uneinnehmbar, und ist schwer vorher zu sagen, welchen Nutzen die fernere Verwendung von sechs Millionen auf Erweiterung und Verbesserung dieser beiden Festungen für die Vertheidigung Deutschlands haben würde, während der Krieg mit Frankreich leicht vor Ablauf der zum Bau ausgesetzten drei Jahre beginnen kann. Es ist sehr möglich, daß man alsdann dringend wünschen würde, jene sechs Millionen noch disponibel zu haben. Anderer Seits aber halte ich es im Interesse der Vertheidigung Deutschlands für viel wichtiger als diesen Festungsbau, daß Österreich endlich lerne, mit uns so umzugehen, wie wir es verlangen können, und wie es nothwendig ist, wenn nicht gerade in kritischen Augenblicken die Einigkeit zwischen beiden Mächten gefährdet bleiben soll. Wenn wir bei dieser Gelegenheit einen erheblichen Fortschritt in der Erziehung des Wiener Cabinets machen können, so scheint mir

1853 März 16.

dies ein größerer Gewinn für die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands zu sein, als die Vergrößerung jener beiden Festungen. Solange aber Österreich von uns stets Gefälligkeiten ohne Äquivalent erwartet, und seiner Seits in Erfüllung unserer Wünsche, selbst da, wo diese nur der Ausdruck von bundesbeschlußmäßigen Rechten sind, eine Zähigkeit entwickelt, welche an die Römische Curie erinnert, solange wird die größte Gefahr für Deutschlands Sicherheit, nämlich eine Uneinigkeit zwischen seinen beiden Großmächten, stets zu den mehr oder weniger bevorstehenden Möglichkeiten gehören.

Die Behandlung der Festungsfrage ist von Seiten Österreichs in der Militaircommission bisher eine ebenso gehässige als ungeschickte gewesen. Der General von Schmerling[1]) hat von jeher, anstatt das Vertrauen des Grafen Waldersee[2]) zu gewinnen, was bei einer so offenen und militairischen, wenn auch reizbaren Natur wie Letzterer, leicht gewesen wäre, denselben stets zu überlisten und zu überstimmen gesucht, und keine Gelegenheit versäumt, sogar die Feier des Kaiserlichen Namenstages nicht, um Anmaßungen und persönlichen Gereiztheiten der militairischen Vertreter der kleineren Staaten auf Kosten Waldersee's Vorschub zu leisten. Während der Verhandlung in der Festungsfrage, und seit Prokesch hier ist, hat der General Schmerling seine Stelle als Vorsitzender der Militaircommission ausgebeutet, um die Preußischen Ansichten in ein falsches Licht zu stellen, ihre Verbreitung und schließlich ihren vorschriftsmäßigen Druck zu verhindern, so daß ich es dem Grafen Waldersee nicht verdenke, wenn er seinem Österreichischen Collegen nicht über den Weg mehr traut. Es ist außerordentlich schwer, Prokesch von der Unrichtigkeit der auf veralteten Traditionen beruhenden Theorie des Lügens in der Diplomatie zu überzeugen. Ich habe, als er herkam, trotz aller Antecedencien die aufrichtige Absicht gehabt, ihm Glauben zu schenken, aber ich habe sie nicht durchführen können, und sein hiesiger Generalstab im Militair und Civil ist noch unglaubwürdiger als er selbst".

Marginalbemerkung.

„Der Druck ist heute noch nicht erfolgt, trotz der Ausschuß-Beschlüsse, nach welchen er unverzüglich stattfinden sollte. Man hat fast acht Tage gewartet, ehe das Manuscript zur Druckerei gegeben wurde, und sucht seit weiteren acht Tagen den Fortgang des Drucks zu verschleppen".

---

1) cf. oben S. 3, Note 1.
2) cf. oben S. 37, Note 4.

64. Bericht, betr. das Ergebniß der Flottenversteigerung. Reklamation des Herrn v. d. Kettenburg wegen Beeinträchtigung der Religionsfreiheit. Streitigkeit Österreichs mit der Schweiz. 17. März 1853.

1853 März 17. „Wie ich telegraphisch schon gemeldet habe, ist bei der Auction der „Hansa" und des „Erzherzog Johann"[1]) gestern der hiesige Kaufmann Lehmkuhl Meistbietender mit 165 000 Thalern geblieben. Dieses Gebot bleibt um 10 000 Thaler hinter demjenigen zurück, welches von demselben Manne vor etwas länger als vierzehn Tagen aus freier Hand gemacht wurde. Außerdem waren damals die Armaturgegenstände der „Hansa" (der „Erzherzog" hat keine) ausgeschlossen, während sie bei dem jetzigen Gebot eingerechnet sind. Herr von Prokesch fand das frühere Gebot so niedrig, daß er es kaum im Ausschusse zur Sprache bringen wollte, und als es auf mein Verlangen dennoch geschah, war ich der Einzige, der dafür stimmte, die Annahme zu befürworten.

Ich hege auch jetzt, falls der Käufer zur Erhöhung seines Meistgebots auf die früher gebotenen 175 000 Thaler nicht zu bewegen ist, und falls nicht die Königliche Regierung auf den Ankauf der Schiffe nach den Wünschen Sr. K. H. des Prinzen Adalbert[2]) noch eingehen will, die Ansicht, daß es das Beste ist, zuzuschlagen. Bisher scheint indessen der Käufer, der mir heute früh die telegraphisch erhaltene Nachricht von seinem Meistgebot selbst mittheilte, wenig aufgelegt, dasselbe zu erhöhen. Ich hatte erwartet, daß in der heutigen Sitzung dieser Gegenstand entschieden werden würde, Herr von Prokesch brachte ihn indessen gar nicht zur Sprache, und war in der That die telegraphische Benachrichtigung, welche das Präsidium erhalten hatte, zu kurz, um daraus auch nur zu ersehen, ob der Bundescommissar den Zuschlag schon ertheilt habe, wie der Käufer glaubt, oder ob er vorbehalten sei, wie es die Instruktion des Staatsraths Fischer[3]) bedingt. Sollte die Königliche Regierung noch die Absicht haben, die Schiffe zu erwerben, so würde, wie ich glaube, auch das geringste Mehrgebot über 165 000 Thaler zum Ziel führen, vorausgesetzt, daß die Zahlung baar und nicht auf Abrechnung bei der Liquidation erfolgte. Die Entscheidung wird voraussichtlich nicht vor übermorgen Nachmittag erfolgen, und würde also, wenn dieses Schreiben am Sonnabend früh Ew. Excellenz zu Händen kommt, eine an diesem Tage bis etwa um 1 Uhr hier anlangende telegraphische Depesche mich von dem eventuellen Entschluß der Königlichen Regierung noch rechtzeitig unterrichten.

Der interessanteste Vortrag der heutigen Sitzung war der über die Reklamation des Herrn von der Kettenburg.[4]) Die Mehrheit des Reklamations-

---

1) Wegen der Veräußerung der Nordsee-Flotte vergl. oben S. 64 f.

2) Wilhelm Adalbert, Prinz von Preußen, Oberbefehlshaber der Preußischen Kriegsfahrzeuge.

3) cf. oben S. 65, Note 2.

4) cf. oben S. 127 f.

Ausschusses beantragte die Einholung der Erklärung der Mecklenburgischen Regierung. Die Minorität, aus Hannover und Mecklenburg bestehend, beantragte die Zurückweisung der Beschwerde als nicht für die Cognition der Bundesversammlung geeignet, durch einfachen Kanzleibescheid. Herr von Prokesch stimmte nach erfolgtem Vortrage sofort dem Majoritätsgutachten bei, wogegen ich für das der Minorität votirte, und außerdem meine Ansicht aussprach, daß selbst der Beschluß, die Mecklenburgische Regierung zur Erklärung aufzufordern, nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden könne, indem bundesverfassungsmäßig in Religionssachen Majoritätsbeschlüsse nicht stattfinden. Indem ich mir hierüber die Berichterstattung vorbehalte,[1] erwähne ich nur noch, daß auf Antrag von Sachsen und Bayern Instruktions-Einholung in sechs Wochen beschlossen wurde".

1853 März 17.

Postscriptum.

„Herr von Prokesch hat die Weisung erhalten, mit Rücksicht auf die Streitigkeiten Österreichs mit der Schweiz,[2] „die Eventualität eines raschen und nachdrücklichen Auftretens des Bundes soweit vorzubereiten, als dieses auf seinem Standpunkte vor Ertheilung bestimmter Instruktionen geschehen könne". Man erwartet von Bayern und Baden Anträge gegen die Schweiz, an welche Prokesch anknüpfen soll".

65. Eigenhändiger Bericht, betr. das Resultat der Flottenversteigerung. Stellung Preußens zu Österreich; Antrag Österreichs, betr. die Einsetzung einer Bundesfestungs-Abtheilung. Haltung Bayerns in der Zollvereinskrisis. Spaltung zwischen dem Minister v. Westphalen und dem Staatsministerium. Maßregeln des Bundes gegen die Schweiz. Ulm-Rastatter Festungsbausache. Äquivalente Österreichs für Preußische Concessionen. Revision der Geschäftsordnung des Bundes. Zuvorkommende Haltung des Frhr. v. Prokesch. 24. März 1853.

— — „Die beiden Schiffe in Bremerhaven sind inzwischen so gut als

März 24.

1) cf. Band I, Urkunde 160.

2) Im Jahre 1849 führte der Sieg über die Europäische Revolution Tausende politischer Flüchtlinge auf Schweizer Boden. Zur Entwaffnung der Flüchtlinge und zum Schutze der Grenzen gegen ihre Verfolger ordnete die Bundesversammlung 1849 ein Aufgebot von 12000 Mann, später von 24000 Mann an. Allmählich verminderte sich die Zahl der in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge auf wenige Hunderte. Ihre Anwesenheit gab indessen einigen Nachbarstaaten, besonders Österreich, Anlaß zu Beschwerden; insbesondere erweckte die Betheiligung einiger Italienischer Flüchtlinge am Attentat in Mailand vom 6. Februar 1853 bei der letzteren Regierung den Verdacht, als sei die Sache von der Schweiz und insbesondere vom Canton Tessin eingeleitet oder doch begünstigt worden. Die von Österreich gestellten Forderungen vertrugen sich indessen so wenig mit der Stellung der Schweiz als eines unabhängigen Staates, daß sie zurückgewiesen werden mußten. In Folge hiervon rief Österreich seinen Geschäftsträger bei der Eidgenossenschaft ab, ordnete eine Grenzsperre gegen den Canton Tessin an und wies alle im Lombardisch-Venetianischen Königreiche wohnenden Tessiner, über 6000, aus dem Kaiserstaate aus. Der Ausbruch des orientalischen Krieges stimmte indessen demnächst Österreich zu friedlichem Austrag, indem im Juni 1854 die Grenzsperre aufgehoben wurde.

1853 März 24. verkauft für 175 000 Thaler [1]) und konnte ich, da ich nicht berechtigt war, ein Gebot zu machen, den Zuschlag nicht aufhalten, nachdem der Käufer sich an dieses, das Ergebniß der Auction um 10 000 Thaler übersteigende Gebot nicht länger binden wollte. Die „Hansa“ soll ein gutes Schiff, aber ein schlechtes Kriegsschiff sein, weil sie zu viel Leib für ihre Geschützfähigkeit hat.

Sehr habe ich mich gefreut, daß Ew. Excellenz meine Äußerungen über unsere Stellung zu Österreich [2]) beifällig aufgenommen haben. Wie nöthig es ist, unsern Nachbar die Nothwendigkeit fühlen zu lassen, daß er sich mit uns verständigen muß, wenn er etwas durchsetzen will, beweist der Umstand, daß trotz der Zusicherungen, die mir Prokesch neulich gab, schon wieder ein wichtiger Antrag, über die Herstellung einer selbständigen Bundesfestungs-Abtheilung, von Österreich in die Militaircommission eingebracht worden ist, ohne uns ein Wort davon zu sagen. Graf Waldersee wird schon darüber berichtet haben, und ich behalte mir dasselbe unter Motivirung meines Votums gegen den Antrag vor. [3])

Über die Zollsache habe ich gelegentlich mit Herrn von Schrenk [4]) gesprochen. Nach seinen Nachrichten aus München erwartet man dort in keiner Art Schwierigkeiten für den baldigen Abschluß und scheint also nachgiebig und ohne Prätention gestimmt zu sein. Er versicherte übrigens, daß man anderenfalls den Zollverein mit Österreich ohne uns abgeschlossen haben würde, und antwortete auf meine Zweifel, daß das allerdings die Politik der Verzweiflung gewesen sein würde, ähnlich einem Ausspruch des Grafen Lerchenfeld [5]) in der Kammer 1849, daß für Bayern nur übrig bliebe, Österreichische oder Preußische Provinz zu werden, ersteres aber wegen der Gleichartigkeit des Stammes und der Religion vorzuziehen sei.

Die Nachrichten, welche mir Quehl [6]) über die Gravamina des Staatsministeriums gegen Minister Westphalen [7]) und über den Zwiespalt des Letzteren mit Ihrem Herrn Bruder [8]) gegeben hat, haben mich beunruhigt. Meiner Überzeugung nach kann die Regierung für jetzt weder der Mitwirkung des Einen noch des Anderen entbehren, und ich würde mich freuen, wenn es Ew. Excellenz versöhnendem Einflusse gelänge, die nach Darstellung Quehl's aller-

1) cf. oben S. 146.
2) cf. oben S. 143 ff.
3) cf. Band I, Urkunden 163, 167, 199 und Schluß der Urkunde 220.
4) cf. oben S. 16, Note 4.
5) Gustav Anton Freiherr von Lerchenfeld, geboren 1806, Bayerischer Staatsmann, seit 1859 der Hauptführer der großdeutschen Partei in Bayern, Gründer und Präsident des 1862 gestifteten großdeutschen Reformvereins.
6) cf. oben S. 32, Note 2.
7) Preußischer Minister des Innern.
8) cf. oben S. 33, Note 2.

dings gerechte Empfindlichkeit Ihres Herrn Bruders zu besänftigen, so daß die Spaltung wenigstens nicht offenkundig würde.

1853 März 24.

Herr von Prokesch, der mich eben verläßt, fragt täglich, ob ich noch keine Instruktion wegen etwaiger gegen die Schweiz zu fassender Bundesbeschlüsse hätte;[1] seiner Rechnung nach müßten sie schon vor acht Tagen hier eingetroffen sein. Wenn etwas der Art, wie Österreich gegen Tessin thut, vom Bunde auf der deutschen Grenze vorgenommen werden soll, so wird die Beschlußnahme darüber voraussichtlich einige Monate erfordern, und die Ausführung, besonders wegen des Kostenpunktes und der Verkehrsnachtheile, welche die Bevölkerung der deutschen Grenzstaaten an der Schweiz zu tragen haben wird, mit manchen Weiterungen verbunden sein. Besonders werden die mit Truppenaufstellungen zu beauftragenden Regierungen wohl zum Theil, mit Rücksicht auf den bisherigen Verlauf des Liquidationsgeschäftes, besondere Garantien für den Ersatz ihrer Auslagen verlangen. In unserem Interesse scheint es mir zu liegen, daß wir, wenn wir auf Maßregeln gegen die Schweiz eingehen, unsere Wünsche wegen Neuenburg[2] nicht zu sehr hervortreten lassen, damit unsere Theilnahme mehr den Anschein bundesfreundlicher Gefälligkeit, als den des eigenen Bedürfnisses hat.

Auf das Schreiben an General von Gerlach wegen Ulm-Rastatt[3] habe ich gestern eine Antwort erhalten, nach welcher seine persönliche Ansicht dahin geht, die neue Forderung von 6 Millionen (neu gefordert sind nur gegen 4, der Rest sind Ausstände innerhalb der alten Bewilligung) abzulehnen, aber sich bereit zu erklären, beide Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen, was „mit den vorhandenen Geldern, vielleicht mit einem Plus von 3 bis 500 000 Gulden möglich“ sei. Ich weiß nicht, ob er unter „vorhandenen Geldern“ die Ausstände bei der Marine zc. mitbegreift, vermuthlich wohl, da er die Lage der Sache wohl nicht so im Detail kennt. Jedenfalls werde ich heute oder morgen einen genauen Bericht über die Sache an Ew. Excellenz absenden[4]) und resümire hier mein Votum dahin, zur Flüssigmachung der jetzt nicht liquiden Summen aus der *alten* Bewilligung die Hand zu bieten, wenn

1) cf. oben S. 147, Note 2.

2) Neuenburg, nach dem ersten Pariser Frieden 1814 an Preußen gefallen, erhielt von dem König von Preußen unterm 18. Juni 1814 eine der Genfer ähnliche Verfassung, und wurde 1815 als einer der 21 Cantone in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Die Ereignisse von 1848 führten zur Abdankung der bestehenden, und Einführung einer provisorischen Regierung. Der König von Preußen protestirte gegen die einseitige Aufhebung seiner Rechte, und am 24. Mai 1852 erkannten die Europäischen Großmächte zu London in einem von ihren Gesandten unterzeichneten Protokoll die Ansprüche des Königs auf das Fürstenthum an. Doch blieb es thatsächlich bei den bestehenden Zuständen.

3) cf. oben S. 143 ff.

4) cf. Band I, Urkunde 164.

1853 März 24. Österreich seinen passiven Widerstand in anderen Fragen, z. B. der des hiesigen Obercommandos, [1] aufgiebt und in der Militaircommission mehr mit uns Hand in Hand geht; auf neue Bewilligungen aber nur gegen neue Concessionen, vielleicht in den Garnisonverhältnissen von Mainz, [2] einzugehen, und wenn an solchen der Königlichen Regierung nichts liegt, gar nicht. Wir können den Österreichern gewiß manchen Gefallen thun, wenn wir nur an dem Grundsatz festhalten, daß wir es niemals gratis thun.

In Bundesangelegenheiten hat Österreich in den übermäßigen Präsidialbefugnissen eine für uns annehmbare Münzsorte, mit der es bisher sehr geizig umgeht; vielleicht ließen sich auch auf diesem Felde Äquivalente für eine etwaige Nachgiebigkeit von unserer Seite in der Festungsfrage finden, die deshalb noch nicht weiter zu gehen braucht, als unsere Interessen es mit sich bringen. Bei der jetzigen Stellung des Präsidiums ist es von Preußen gar nicht zu verlangen, daß wir irgend etwas für Ausbildung des Bundes und Erweiterung seiner Competenz thun, denn der Einfluß auf die Geschäfte ist zu ungleich unter den angeblich gleichberechtigten Bundesgenossen vertheilt.

Eine Sitzung des Ausschusses für Revision der Geschäftsordnung [3] habe ich noch immer nicht von Herrn von Prokesch erreichen können, trotz des vor vierzehn Tagen gefaßten Beschlusses, daß diese Arbeiten beschleunigt werden sollen, und obschon ich ihn erinnere, so oft ich ihn sehe. Das kann doch auf die Dauer nicht angehen, daß Österreich einseitig einen Beschluß dadurch im Sande verlaufen läßt, daß sein Gesandter als Vorsitzender den betreffenden Ausschuß nicht beruft. Mit dem der Geschäftsordnung geht es nun schon fast zwei Jahre so.

Trotz alledem stehe ich jetzt mit Prokesch auf einem Fuße, dessen Aufwand an gegenseitiger Liebenswürdigkeit auf die Dauer kaum durchzuführen ist. Die Unterhandlungsform aufbrausender Heftigkeit hat er nicht wieder gewählt, seit ich einmal in dem Tone erwiderte. Er ist jetzt beängstigend sanft und spielt mit meinen Kindern".

66. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reise des Herrn v. Bismarck nach Coblenz und Wahrnehmungen daselbst. Reorganisation der Bundeskanzlei. 1. April 1853.

April 1. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich gestern von Coblenz zurückgekehrt bin. Ich fand daselbst eine sehr zahlreiche, vorwiegend militairische Gesellschaft, die von allen Regimentern der beiden westlichen Armeecorps zur Be-

1) cf. oben S. 85.

2) cf. Band I, S. 366—369.

3) Wegen dieser Angelegenheit cf. Band I, Einleitung S. 28* f. und die Urkunden 15, 105, 161, 197, 201 und 244, sowie Band II, Urkunde 15.

1853 April 1.

glückwünschung des Prinzen [1]) erschienen war. Auch einige der rheinischen Autonomen waren gekommen und wurden, soviel ich wahrnehmen konnte, mit Auszeichnung behandelt, was nicht hinderte, daß sie mit ihrer Aufnahme unzufrieden abreisten, dem Vernehmen nach, weil Graf Fürstenberg-Stammheim [2]) noch mehr geehrt wurde als die Übrigen. Letzterer schien in einiger Absonderung zu leben und sprach sich mir gegenüber unaufgefordert gegen das Treiben der Ultramontanen aus. Der Graf Goltz [3]) hatte einen Brief von seinem Bruder Robert, [4]) in welchem dieser der jetzigen Haltung unserer auswärtigen Politik seine volle Anerkennung zollt und namentlich eine Note nach Wien lobt, welche abmahnenden Rath in Bezug auf die Confiscationen in der Lombardei ertheile, und eine andere nach Petersburg, welche den Wunsch ausdrücke, über Rußlands Haltung im Orient und die Sendung von Menschikoff [5]) Aufklärungen zu erhalten. Bei meiner Rückkehr fand ich Abschrift der Instruktion an Graf Arnim [6]) in Sachen der Bundeskanzlei [7]) hier vor. Ich bin etwas in Sorge, daß Graf Arnim diese Instruktion, gleich anderen, deren Geheimhaltung nicht sehr wichtig erscheint, dem Grafen Buol zeigt, und habe deshalb heute berichtet [8]) und telegraphirt; das würde hier ein Wespennest gegen mich rege machen.

Die demokratischen Verhaftungen und Beschlagnahmen in Berlin kommen für unsere äußere Politik etwas mal à propos".

---

1) scil. des Prinzen von Preußen zu seinem am 22. März statthabenden Geburtstage.

2) Franz Egon Graf zu Fürstenberg-Stammheim, geboren 24. März 1797, K. Preußischer Kammerherr.

3) Carl Friedrich Graf von der Goltz, geboren 1815, (1853) Preußischer Rittmeister im Garde-Kürassier-Regiment und Adjutant des Prinzen von Preußen.

4) cf. oben S. 3, Note 3.

5) Fürst von Menschikoff, General-Adjutant des Kaisers von Rußland und Admiral, in außerordentlicher Mission vor Ausbruch des Krimkrieges nach Constantinopel abgesandt.

6) cf. oben S. 70, Note 1.

7) cf. oben S. 141.

8) In diesem Berichte ersuchte Herr von Bismarck den Minister Freiherrn von Manteuffel, die demselben bekannt gegebenen detaillirten Personalnotizen über das Österreichische Bundeskanzlei-Personal dem Grafen Buol nicht mittheilen zu lassen. Würden die gerügten Einzelheiten zur Kenntniß des Wiener Cabinets kommen, so würde letzteres einen willkommenen Anlaß entnehmen, „die einzuleitenden Verhandlungen von dem Hauptgesichtspunkte, nämlich einer Revision der Kanzleiverfassung und Geschäftsordnung, abzulenken, und im günstigsten Falle die Entlassung eines der Beamten oder die Zurechtweisung eines anderen als einen besonderen Beweis rücksichtsvollen Entgegenkommens für uns, vielleicht aber auch die Erklärung, daß genaue Ermittelungen die erhobenen Beschwerden unbegründet erscheinen ließen, zum Resultat haben." „Meiner Auffassung nach müßte aber eine Änderung der jetzigen Organisation von uns auch dann erstrebt werden, wenn die Beamten der Österreichischen Kanzlei ihre Obliegenheiten tadellos und zuvorkommend erfüllten". Der Minister von Manteuffel entsprach der Anregung des Herrn von Bismarck (Erlaß vom 3. April 1853).

67. Eigenhändiger Bericht, betr. den Frhr. v. Prokesch. Fürstliche Reisen und Besuche in Rumpenheim. Stimmung Englands in der orientalischen Frage. Ordensverleihung an Herrn v. Rothschild. Haltung Österreichs in dem Türkisch-Russischen Conflict. Belassung des Grafen von der Goltz im diplomatischen Dienst. Wiederverwendung des Grafen v. Westphalen im Preußischen Dienst. 4. Juli 1853.

1853 Juli 4.

„Ew. Excellenz würde ich mir schon früher erlaubt haben, nach meiner Rückkehr zu schreiben, wenn nicht Herr von Prokesch eine zeitraubende Thätigkeit in Ausschußverhandlungen und vertraulichen Besprechungen entfaltet hätte. Seine unruhige Geschäftigkeit findet ihre Befriedigung in Vervielfältigung und Verlängerung der Sitzungen, und sein Wohlgefallen an dem Klang seiner eigenen Stimme verleitet ihn, die längsten uns Allen durch den Druck bekannten Aktenstücke mit deklamatorischer Betonung nochmals zu verlesen.

Die vier letzten Tage habe ich fast vollständig in den ehrenvollen, aber geschäftlich nicht förderlichen Beziehungen verbracht, welche durch die Reise J. K. H. der Prinzessin Carl,[1]) und die dadurch hervorgerufene Bewegung anderer fürstlichen Herrschaften bedingt wurden. Prinz Carl ist zwei Tage in Rumpenheim gewesen und heute früh mit dem Schnellzuge nach Baden abgegangen. Die Frau Prinzessin kommt heute um 12 Uhr von Schlangenbad wieder hier durch, um Prinzeß Anna[2]) in Rumpenheim zu besuchen. Die Landgräflichen Herrschaften am letztern Orte nehmen aus der Standeserhöhung der Gräfin Schaumburg[3]) Veranlassung, für sich den Titel „Hoheit" zu wünschen, doch scheint der Kurfürst wenig geneigt, darauf einzugehen. Die ganze in Rumpenheim versammelte Fürstenfamilie macht in ihren Beziehungen unter einander einen wohlthuenden Eindruck; unsere Prinzeß Anna wird von den alten Herrschaften auf Händen getragen. Ich habe dreimal dort dinirt und eine Landpartie mitgemacht, bei welchen Gelegenheiten ich manche Bitterkeiten über den Kurfürsten zu hören bekam; ich wurde mit Auszeichnung behandelt, namentlich auch von den Nassauischen Herrschaften, welche sich längere Zeit dort aufhalten. Prinz Friedrich[4]) machte mir den Eindruck, als ob dieses ländliche Familienleben nicht ganz nach seinem Geschmack wäre.

Durch Sir A. Malet, der eben von London zurückkehrt, höre ich manches über die dortigen Stimmungen, und lege Gewicht darauf, weil er eigentlich kein Parteimann ist, obschon Lady Malet, eine Tochter Lord Brougham's, eine große Politikerin ist. Er sagt, daß die Stimmung in England durch alle

---

1) Gemahlin des Prinzen Carl von Preußen.

2) Marie Anna Friederike, Tochter des Prinzen Carl von Preußen.

3) In morganatischer Ehe Gemahlin des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen.

4) Friedrich Wilhelm Georg Adolf Prinz von Hessen, demnächst Landgraf von Hessen, vermählt am 27. Mai 1853 mit Prinzessin Anna von Preußen.

1853 Juli 4.

Parteien, bis zu den „blutigsten Tories", und durch alle Schichten der Gesellschaft eine gereizte gegen Rußland sei, indem man sich vollständig und mit Vorbedacht dupirt fühle, und mit Baron Brunnow [1]) nie wieder unterhandeln würde, wenn man nicht wirklich überzeugt wäre, daß er ebenfalls zu den Düpen gehöre. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, werde man lediglich von der Meinung des Sultans abhängen lassen; finde der casum belli, so werde man sofort die Russischen Ostseehäfen blockiren, sich auf Landungen nicht einlassen, sondern nur Rußlands Seehandel sperren; mit Frankreich sei man einig. Diese Meinungen kann ich um deswillen wenigstens als die wahren von Malet betrachten, weil er sie im Vertrauen gegen einen Engländer geäußert hat, von dem er nicht wissen konnte, daß er mit mir darüber reden würde. Von einer anderen Seite höre ich, daß Lord Holland [2]) vor einigen Tagen erzählt habe, er wisse sicher, daß Herr von Brunnow insgeheim in Paris dem Kaiser Napoleon Anerbietungen eines Bündnisses gegen England gemacht habe, aber zurückgewiesen sei. Napoleon soll anderweit geäußert haben, seit 14 Tagen sei er überzeugt, daß England es aufrichtig mit ihm meine, bis dahin habe er geschwankt und gezweifelt. Derartige Redensarten werden durch die vornehmeren Reisenden hierher gebracht und hat ihre Mittheilung an Ew. Excellenz nur dann Werth, wenn sie durch Nachrichten von anderen Seiten ergänzt und bestätigt werden. Herr von Tallenay hat eine Depesche vom 25. Juni [3]) aus Paris, deren Ton in Bezug auf das Russische Memorandum, welches darin mitgetheilt und besprochen wird, allerdings durch seine Schärfe sich von den bisherigen Aktenstücken, die er mir gezeigt hat, unterscheidet.

Herrn von Rothschild [4]) habe ich seine Dekoration für Nichtchristen [5]) über-

---

1) Freiherr von Brunnow, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in London, demnächst am Bundestage.

2) Henry Richard Fox Vessel Lord Holland, Britischer Staatsmann, geboren 23. November 1773, kam unter dem Ministerium Grey als Kanzler des Herzogthums Lancaster in das Cabinet, und war in dieser Eigenschaft auch Mitglied des Ministeriums Melbourne. Mit Clarendon vertrat er im Cabinetsrath in der orientalischen Frage das freundschaftliche Verhältniß zu Frankreich.

3) cf. von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band I, Urkunde 91.

4) Die Verleihung des Rothen Adler-Ordens dritter Klasse erfolgte am 26. Juni 1853 an den damaligen Disponenten des Hauses Rothschild, Mayer Carl von Rothschild.

5) Im Jahre 1851 verfügte eine Ah. Cabinets-Ordre vom 26. Februar, daß die Insignien sämmtlicher Klassen des Rothen Adler-Ordens, wenn dieselben an Nichtchristen für hervorragendes Verdienst verliehen würden, nicht mehr die Kreuzesform haben sollten. Der Orden war schon früher an Nichtchristen für besondere Verdienste um den Preußischen Staat verliehen worden; der tief religiöse Sinn des Königs Friedrich Wilhelm IV. sträubte sich aber gegen das christliche Kreuz auf der Brust von Nichtchristen; die vierte Klasse erhielt die Form einer silbernen Sonne in der Größe eines kleinen Thalerstückes, die dritte Klasse erhielt die Form eines viereckigen Strahlensterns. Das Nähere mit den Ordensabbildungen in dem Werke von L. Schneider: Das Buch vom Rothen Adler-Orden. Berlin 1857. S. 95 f. Tafel XIII.

1853 Juli 4. reicht; sie ist sehr geschmackvoll und er war dankbar, wenn er auch offenbar lieber zu den Kreuzträgern gehört hätte. Er hat keine neueren Nachrichten über den Orient, als daß die gestern über Wien hier eingegangene telegraphische Depesche, wonach die Russen schon in Jassy sein sollten, unrichtig war.

Herr von Prokesch glaubt an ein baldiges Einrücken, aber nicht an Krieg, wenn nicht ein Volksaufstand der Christen gegen die Türken oder vice versa dazutritt. Merkwürdig war mir, bei der äußerlich den Russen günstigen Haltung Österreichs, eine Befürchtung des Herrn von Prokesch, die Türken möchten sich mit den Ungarisch-Polnischen Flüchtlingen einlassen, dann, sagte er, „wird unsere (Österreichs) Stellung sehr schwierig, denn wir können unmöglich an der Seite Kossuth's [1]) fechten.“ Er scheint danach doch für möglich zu halten, daß ohne Kossuth die Österreicher auf Seite der Türken „fechten“ könnten. Man weiß bei ihm freilich niemals, ob er lügt, und ob aus Absicht oder aus bloßer Liebhaberei. Er sagte mir neulich, daß er es sehr unrecht fände, in der Politik eine absichtliche Täuschung und Düpirung übel zu nehmen, man müsse auch dann immer nur fragen, was die Interessen, nicht was das ressentiment vorschreibe.

Durch den heutigen Bericht aus der Centralstelle erhalte ich die Nachricht, daß beabsichtigt wird, Goltz [2]) an Borck's [3]) Stelle in das Ministerium zu nehmen. Ich zweifle nicht, daß ein so fähiger Kopf auch dort an seiner Stelle ist, aber für nützlicher möchte ich seine Verwendung im eigentlich politischen und diplomatischen Dienste halten; er ist einer von den wenigen, welche alle Requisite besitzen, um uns auswärts zu vertreten, und dann fühle ich mich nicht frei von Besorgniß darüber, ob er sich bei so unmittelbaren und ununterbrochenen Beziehungen stets Ew. Excellenz Zufriedenheit bewahren wird. Wenn meine Befürwortung der Wiederanstellung Goltz's auf Ew. Excellenz Entschließungen irgend welchen Einfluß gehabt hat, so möchte ich doch von der Verantwortung für die Miturheberschaft frei sein für den Fall, daß Sie ihn in dieser Stellung auf die Dauer nicht bequem fänden. Ich fürchte, daß die Schattenseiten, welche die unzertrennliche Beigabe eines Charakters von so scharfer und zäher Entschiedenheit bilden, bei stetem persönlichen Verkehr mit Ew. Excellenz wieder nachtheilige Rückwirkungen für Goltz haben könnten.

Nachdem ich durch die Ankunft I. K. H. der Prinzeß Carl unterbrochen worden, muß ich der Post wegen schließen. Erwähnen will ich nur noch, daß Graf Thun für etwa im Ministerium zu besetzende Stellen mir unter anderen besonders den Grafen Westphalen [4]) recommandirte. So sehr ich auch diesem achtungswerthen und brauchbaren Diplomaten wieder eine Anstellung wünsche,

1) Ludwig Kossuth, der Ungarische Dictator, geboren 1805.
2) cf. oben S. 3, Note 3.
3) cf. oben S. 13, Note 2.
4) cf. oben S. 122, Note 2.

so scheint doch für diese seine nahe Verwandtschaft mit Thun, und der Umstand, daß andere Glieder seiner Familie in Österreichischem Militairdienste sind, bedenkliche Momente abzugeben". [1]

1853 Juli 4.

68. Eigenhändiger Bericht, betr. die Präsidialstellung des Frhr. v. Prokesch. Uneigennützigkeit Preußens gegenüber Österreich. Preußens Politik in der orientalischen Frage. Haltung Englands gegenüber Österreich. Major Deetz. Besuch des Frhr. v. Manteuffel. 15. Juli 1853.

Juli 15.

— — „Ein morgen in Betreff der Bundes-Geschäftsordnung [2] abgesandter Bericht enthält Einiges über die anmaßliche Art, in welcher Prokesch seine Präsidialstellung auffaßt. Ich kann nicht alle Ausbrüche pathetischer Selbstüberschätzung wiedergeben, welche in der Discussion zu Tage traten; gewiß aber ist es, wenn er sich vorgenommen hätte, uns durch höhnische Arroganz zu Angriffen auf die Stellung des Präsidiums herauszufordern, so könnte er es nicht anders anfangen.

Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage [3] wiederum Österreich unseren vollsten ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen; und doch sind die Fälle, wo Österreich in der Europäischen Politik unser bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der Deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein „Herr gedenke der Athener!" alle Tage vorhalten dürfte. Ich sehe in der That nicht, warum wir, ohne zwingende Ursache oder starke Lockung überhaupt, voreilig Partei nehmen müssen. Eine bewaffnete Neutralität, womöglich in Verbindung mit den anderen Deutschen Staaten und Belgien, würde eine unseren Interessen entsprechende und würdige Stellung sein, die unserem Einflusse im außerösterreichischen Deutschland einen neuen Elan gäbe. Österreich muß sich freie Entschließung bewahren, es ist zu nahe am Schauplatz; aber die anderen Deutschen Staaten haben mit uns das gleiche Interesse, in Ruhe gelassen zu werden, wo es nichts zu verdienen giebt. Einer Neutralität mit 500 000 Mann kann es wohl gelingen, den Krieg, wenn er ausbricht, auf die See und die Türkei zu beschränken. Doch ich spreche wie der Blinde von der Farbe, da ich mit der augenblicklichen Sachlage und den bei uns etwa schon gefaßten Entschlüssen ganz unbekannt bin. Vielleicht ist längst der Friede gesichert; bricht der Krieg aber doch aus, so denke ich, Ew. Excellenz ruhige Kaltblütigkeit wird der Aufregung anderer Rathgeber nicht nachgeben, und wir uns keine blutigen

[1] Mittelst Cabinets-Ordre vom 11. Juni 1854 wurde Graf von Westphalen zum Preußischen Gesandten in Stockholm ernannt, gestorben 13. Oktober 1856.

[2] cf. Band I, Urkunde 197; s. auch oben S. 150.

[3] cf. oben S. 154.

1853 Juli 15. Köpfe holen; pour les beaux yeux de qui que ce soit, oder für den bloßen Ruhm, auch dabei gewesen zu sein. Können wir etwas profitiren, so ist es allerdings anders.

Prokesch spricht in dem Sinne, daß die Parteinahme Englands für die continentalen Revolutionärs es Österreich unmöglich mache, mit England zu gehen.

Jemand, den ich hier gern los würde, wenn es anginge, ist unser Commandant Major Deetz.[1] Er macht zu viel Unfrieden unter den Preußen hier am Orte, verträgt sich mit Niemand unter seinen Landsleuten, und gegenüber dem engen Zusammenhalten der Österreicher unter einander wird durch Deetz's Unverträglichkeit und seine sonstigen persönlichen Verhältnisse der Vortheil für uns, die Commandantur von Preußen zu besetzen, ein sehr geringer.

Da die Zeit herannaht, für welche Ew. Excellenz mir Hoffnung machten. Sie und die gnädige Frau hier zu sehen, so würde ich mich sehr freuen, wenn ich bald nähere Gewißheit darüber hätte. Ich rechne darauf, daß Sie uns die Freude machen, bei uns abzusteigen, und da ich im Hause zwei vollständige Wohnungen habe, die ich nicht gleichzeitig benutze, eine an der Straße und eine am Garten, so macht es uns nicht die mindeste Unbequemlichkeit, und meine Frau und ich bitten dringend, daß Sie uns nicht verschmähen. Mit der Bitte, mich der Frau Gemahlin zu empfehlen, und Otto,[2] den wir doch auch hier zu sehen hoffen, meinen Gruß zu bestellen, Ew. Excellenz ꝛc."

69. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck und des Frhr. v. Prokesch. Geschäftsgang während der Vertagung der Bundesversammlung. Frhr. v. Maltitz. 13. August 1853.

Aug. 13. — — „Ich stehe auf dem Sprunge, von meiner durch die vorgestrige Vertagung erlangten Freiheit Gebrauch zu machen, um mich an die See zu begeben;[3] nur warte ich noch, mit schmerzlichem Blick auf das schöne Wetter, auf den Eingang des wirklichen Urlaubs, nachdem Ew. Excellenz die Güte hatten, mir telegraphische Benachrichtigung darüber zuzusagen. Meine Absicht ist, mich zuerst nach Ostende zu begeben und mich etwa den 21. oder 22. über Holland nach Norderney zu verfügen, dort solange zu baden, als es gutes Wetter ist, und dann meine Frau und Kinder aus der Schweiz abzuholen, wohin diese sich zu Anfang der nächsten Woche begeben. Der Minister Schele hat

---

1) cf. oben S. 4.

2) Der Sohn des Ministers Freiherrn von Manteuffel, gegenwärtig Mitglied des Deutschen Reichstags, des Preußischen Herrenhauses und Landrath des Luckauer Kreises, auf Schloß Crossen, der Besitzung seines verstorbenen Vaters.

3) cf. Band I, S. 301, Note 1.

mir aus Gais bei Appenzell geschrieben, daß er einstweilen eine Gebirgsreise durch die Schweiz mache, und gegen Ende des Monats Frankfurt zu passiren gedenke. Er wünscht sich mit mir zu besprechen; ich kann aber ihn hier nicht erwarten, weil mir sonst auch in diesem Jahre die Zeit zum Seebaden vergeht, ich aber diese Cur, an deren jährliche Wiederholung ich früher gewöhnt war, nicht um noch ein Jahr verschieben möchte. Ich werde mir daher von Norderney aus ein Rendezvous mit ihm einrichten, entweder in Bremen oder in Hannover. Graf Hatzfeldt [1]) hatte mich eingeladen, ihn während der Festlichkeiten am 15. in Paris zu besuchen; ich habe aber auf diese interessante Excursion verzichtet, theils weil mein Urlaub noch nicht hier ist, theils weil man unter den jetzigen Umständen meine Anwesenheit in Paris zu Vermuthungen und Zeitungsgerüchten mißbrauchen könnte. Sehr gern würde ich aber die fernere Ferienzeit nach meiner Rückkehr von Norderney zu einer Ausflucht nach Paris benutzen, um mir, nach 10 Jahren seit meiner letzten Anwesenheit, Stadt und Menschen einmal wieder anzusehen.

1853 Aug. 13.

Herr von Prokesch beabsichtigt nach Ischl und nach Wien zu gehen; wenn er mit Sr. M. dem König, oder mit einflußreichen Personen von den Unsrigen zusammentrifft, so hoffe ich, daß man ihm nicht Alles glaubt, was er sagt oder verspricht.

Die diesmalige Vertagung der Bundesversammlung ist in der Art erfolgt, daß keine Substitutionen stattfinden, und die Gesandten, welche hier bleiben (mindestens zwei außer dem Präsidirenden), haben schlimmsten Falls nur darüber zu beschließen, ob Anlaß sei, die Anderen einzuberufen. Prokesch beabsichtigt, die erste Sitzung nicht vor dem 3. November zu halten.

Aus guter Quelle höre ich, daß der Russische Gesandte im Haag von Maltitz ein Werkzeug ultramontaner Bestrebungen ist. Er hält sich jetzt, wie ich glaube, in unserer Rheinprovinz auf. Die Königin-Mutter (der Niederlande) hat übernommen, in Petersburg seine Abberufung aus Holland zu betreiben".

70. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufenthalt des Herrn v. Bismarck in Ostende. Zusammenkunft mit Frhr. v. Schele. Ostende, Hôtel Fontaine, 16. August 1853.

Aug. 16.

— — „Se. K. H. der Prinz von Preußen ist gestern Abend von England hier eingetroffen, sehr befriedigt von dem dortigen Aufenthalte, und befindet sich wohl. Höchstderselbe beabsichtigt, auf Rath des Arztes das Seebad noch bis zum 25. oder 26. hier zu gebrauchen. Der Herzog von Brabant und dessen Bruder sind auch hier; von Bekannten ferner Herr von Brockhausen [2]), Eulenburg [3]), Scherer [4]), Graf Hatzfeldt und Andere.

1) cf. oben S. 18, Note 7.
2) Freiherr von Brockhausen, Kammerherr, Preußischer Gesandter in Brüssel.
3) Graf zu Eulenburg, Preußischer Generalconsul in Antwerpen.
4) Dr. Scherer, vortragender Rath im Ministerium des Innern.

1853 Aug. 16. Ich erwarte noch eine Antwort von Herrn von Schele[1] hier, um mit ihm entweder auf seiner Rückreise nach Hannover in Cöln, oder später von Norderney aus zusammenzutreffen". [2])

71. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck aus Italien und die Lage der Geschäfte am Bundestage. 22. Oktober 1853.

Okt. 22. „Ew. Excellenz habe ich bereits auf telegraphischem Wege[3]) meine Rückkehr hierher zu melden die Ehre gehabt, und bitte ich um Nachsicht, daß dieselbe erst jetzt erfolgt ist. Ich hatte die vollständige Geschäftsstille hier noch zu einer kurzen Excursion nach Italien benutzen wollen, wurde aber auf dieser durch einen Kolikanfall zu längerem Bleiben in Genua und zu langsamer Rückreise genöthigt. Als ich am Genfer See wieder eintraf, fand ich ein Schreiben des Legationsraths Wentzel, in welchem er mich benachrichtigte, daß Ew. Excellenz meine schleunige Rückkehr hierher wünschten. Ich ließ daher meine Familie einstweilen zurück und reiste sofort ab, so daß ich nach einer Fahrt von einigen dreißig Stunden hier eintraf. Hier ist es indessen noch ziemlich still. Etwa die Hälfte der Gesandten fehlt noch. Herr von Prokesch wird im Laufe der nächsten Woche erwartet. Unsere erste Sitzung soll verabredetermaßen am 3. November sein, obschon der Vertagungsbeschluß, um nicht den damals so sehr fern liegenden „November" darin zu benennen, und den Eindruck überlanger Ferien zu machen, nur bis zum 27. Oktober lautet. Einige der anwesenden Gesandten zweifelten sogar an einer Sitzung am 3. November, weil bisher noch keine einzige Instruktion über die vielen schwebenden Sachen hier ist. Unter diesen Umständen darf ich überzeugt sein, daß Ew. Excellenz keinen Nachtheil für den hiesigen Dienst in einer Excursion von wenig Tagen finden, und mir gestatten wollen, die mir gestern zugegangene Einladung Sr. M. des Königs nach Letzlingen anzunehmen, und am nächsten Dienstag den 25. Abends dahin abzugehen, um so mehr als ich hoffen darf, Ew. Excellenz selbst wiederum dort zu finden, und mich durch mündliche Rücksprache über die zunächst bevorstehenden Geschäfte noch näher zu instruiren".

72. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen zu Ysenburg-Büdingen in Wächtersbach. 8. November 1853.

Nov. 8. — — „Der Graf zu Ysenburg-Wächtersbach, des Kurfürsten[4]) Schwiegersohn in partibus infidelium, soll von einer Geistesstörung befallen sein.

1) cf. oben S. 7, Note 1.
2) cf. oben S. 156 f.
3) cf. Band I, S. 302, Note 5.
4) scil. von Hessen.

1853 Nov. 8.

Schon den Ankauf des Hohenthalschen Hauses schreibt man dem zu, da der Graf kein eigenes Capital dazu hat und das der Gräfin ihm nicht zu Gebote steht, wenigstens nicht zu diesem Behuf. Dann hat er den Minister Hassenpflug[1]) mit einem Kurfürstlichen Rohrstock durchgeprügelt; wenn schon ich diese Thatsache an sich nicht für einen Beweis von Wahnsinn halten möchte, so sind doch die begleitenden Umstände eigenthümlicher Art. Gestern Abend besuchte mich Herr von Trott,[2]) und las mir aus einem Briefe des Ministers von Baumbach[3]) Folgendes vor: „Graf Ysenburg hat den Minister Hassenpflug, nachdem er ihn in seiner Wohnung vergeblich aufgesucht, aus seiner Loge im Theater rufen lassen, weil er ihm etwas Wichtiges zu sagen habe. Als er kam, hat er ihn freundlich beim Arm genommen, auf den Friedrichsplatz hinausgeführt und von dort, weil zu viel Menschen dort seien, um eine Straßenecke, wo er ihm mit den Worten: „Sie haben meine Frau beleidigt!“ den Stock auf den Kopf geschlagen hat, so daß Hassenpflug stark blutete. Dann ist er fortgelaufen, zunächst nach dem Bahnhofe, um einen Extrazug nach Frankfurt zu verlangen, und da ihm dieser verweigert wurde, ist er sofort mit Extrapost hierhergefahren. Vor seiner Abreise hat er noch geäußert, mit Herrn von Bismarck in Frankfurt und mit dem Minister Schäffer[4]) in Darmstadt werde er es ebenso machen“. Der Brief des Herrn von Baumbach schließt mit der wohlwollenden Bemerkung: „Hoffentlich wird er von Bismarck todtgestochen oder bekommt wenigstens selbst Prügel“. Was übrigens den Zorn des Grafen auf mich lenkt, begreife ich nicht, denn ich habe stets in freundlichen Beziehungen zu ihm gestanden. Er war dem Anschein nach ein stiller, sanfter Mensch. Die Beleidigung, welche er an Hassenpflug rächen wollte, bestand darin, daß in dem amtlichen Casseler Blatt die Ankunft ihrer „Erlaucht“ der Gräfin Ysenburg angezeigt war, während er verlangt, daß sie „Durchlaucht“ und „geb. Prinzessin von Hanau“ titulirt werde. Gereizt ist er auf diesem Punkte wohl besonders deshalb gewesen, weil seine Agnaten haben verlauten lassen, daß sie die Kinder aus dieser Ehe als successionsfähig nicht anerkennen könnten, weil die Gräfin vor dem Zeitpunkte geboren sei, an welchem Se. K. H. der Kurfürst erklärt habe, sich mit ihrer Mutter vermählt zu haben. Hier angekommen, hat sich Graf Ysenburg vorgestern Abend zu Baron Dörnberg[5]) begeben und diesen um Aufnahme gebeten, „weil ihn Hessische Gendarmen vor seinem Palais (dem Hohenthalschen) erwarteten“. — Gestern Mittag ließ er sich bei Frau von Brints[6]) melden, und da ihn diese, schon mit den circulirenden Gerüchten be-

1) Kurhessischer Minister der Justiz und des Innern.

2) cf. oben S. 33, Note 3.

3) Kurhessischer Minister des Äußern und des Kurfürstlichen Hauses.

4) Freiherr Schäffer von Bernstein, General-Lieutenant und Kammerherr, Großherzoglich Hessischer Kriegsminister.

5) cf. oben S. 4, Note 4.

6) cf. oben S. 4, Note 5.

1853 Nov. 8. kannt, nicht annahm, hat er durch die Domestiken ihr sagen lassen, „er sei auf Requisition von Hassenpflug hier verhaftet, aber wieder freigelassen worden". Gendarmen und Verhaftung waren Phantasiegebilde. Sich von Hassenpflug's Schergen verfolgt glaubend, hat er sich an Herrn von Prokesch gewandt, und dieser, um ihn los zu werden, ihm den Rath ertheilt, nach Offenbach zu fliehen. Selbigen hat er befolgt, und soll sich heute von dort nach Wächtersbach begeben haben. Gelegentlich des Hauskaufs hat er geäußert: „Ich werde das Palais den Preußen wegfischen;[1]) die können mit ihren Ständen nicht fertig werden, ich aber habe keine Stände". Wie man hört, soll der Kauf wieder zurückgehen".

73. Eigenhändiger Bericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Österreichische Anleihe. Orientalische Frage. Note des Frhr. v. Beust. Diplomatischer Bruch zwischen Preußen und Großherzogthum Hessen.*) 7. Januar 1854.

1854 Jan. 7. — — „Von den beiden confiscirten Nummern der Kreuzzeitung[2]) war mir die erste noch zugegangen, und ich erwartete nur den Schluß der „Rundschau", in welchem ich eine Beleuchtung des Badischen Streites von einem anderen Gesichtspunkte zu finden hoffte, um Herrn von Gerlach[3]) meine Bedenken über sein Auftreten brieflich mitzutheilen. Wenn ich ihn nicht seit vielen Jahren genau kennte, so würde ich in der That an seinem Protestantismus irre werden. Ich verstehe es nicht, wie Jemand, der unzweifelhaft von einer warmen Vaterlandsliebe beseelt ist, sich in diesem Grade von jeder Preußischen Anschauungsweise frei machen kann, wenn ich auch zugebe, daß mich der Borussianismus in derartigen Fragen einseitig und befangen macht. Ich hoffte, der zweite Theil der „Rundschau" würde wenigstens den dreisten Gesetzbruch, welcher in dem faktischen Vorgehen des Bischofs liegt, entschieden stigmatisiren; nach der Confiscation zu urtheilen, scheint es nicht geschehen zu sein. Es thut mir leid, die hohe Geisteskraft eines von mir geehrten und

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Herr von Bismarck befürwortete eine Zeit lang den Ankauf des Palais zu Zwecken der Preußischen Gesandtschaft. cf. Band I, Urkunde 158.

2) In der Neujahrs-Rundschau 1854 besprach die Neue Preußische Kreuzzeitung (cf. die Nr. 3 (4. Januar), Nr. 4 (5. Januar) u. A. den Badischen Kirchenconflict. In der Nr. 3 fanden sich heftige Angriffe gegen die Badische Regierung, welche mit dem hölzernen Schwerte der Büreaukratie dem gewaltigen Aufschwunge der Römischen Kirche entgegentreten wolle. Das K. Polizeipräsidium sah sich demnächst veranlaßt, die beiden Nummern mit Beschlag zu belegen. Über den Kirchenconflict in Baden siehe auch Band I, Einleitung S. 34* ff. und die daselbst näher angegebenen bezüglichen Urkunden.

3) von Gerlach, Chefpräsident des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, Mitglied der Preußischen Ersten Kammer, Mitbegründer der Neuen Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung); cf. auch S. 140, Note 2.

